Nr. 197 Mai '94

DM 7,50 M 3477 F



informationszentrum dritte welt

50 JAHRE IWF und WELTBANK

Impressum

Hrsg.: Aktion Dritte Welt e.V. - Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus) D-79020 Freiburg i. Brsg., Tel.: 0761/74003, Bürozeiten: Mo.-Fr. 10-16 Uhr
NEU: Fax: 0761/709866

Zusammengestellt von: Isabel Armbrust, Uwe Göde, Thomas Herr, Uwe Jungfer, Sebastian Kasack, Georg Lutz, Bernhard Merk, Christian Neven-du Mont, Christine Parsdorfer, Gerhard Rieger, Bernd Riegraf, Nivien Saleh, Ann Stafford, Jörg Später, Udo Wolter.

Druck und Satz:
SOAK Hannover, Tel.: (0511) 1318621/22

Vertrieb für Buchhandel:
Prolit Verlagsauslieferung GmbH, Siemensstraße 16, Postfach 9, 35463 Fernwald (Annerod)
Telefon: (0641) 4 30 71

Redaktionsschluß für Nr. 198:
13.5.1994

Anzeigenschluß für Nr. 198:
(Druckfertige Vorlagen) 23.5.1994

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im Inland: DM 54,- (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende 48,- DM) Förderabonnement: DM 100,-, im Ausland: Europa +16,- DM, Welt + 24 ,- DM Porto/Jahr)

Konten (Aktion Dritte Welt e. V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 148 239-755
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35 899
Hypo-Bank Bregenz Nr. 10 157 108 110

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Spenden:
Steuerlich abzugsfähige Spenden bitte auf Kto. 124 96 06 Volksbank Freiburg (BLZ 680 900 00). Kto.-Inhaber: Stadtkasse, Verw.-Zweck: Durchlaufspende zugunsten Aktion Dritte Welt. Diese Spenden beinhalten kein Abonnement!

Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt der Initiative 'ÄrztInnen gegen den Atomkrieg" bei.

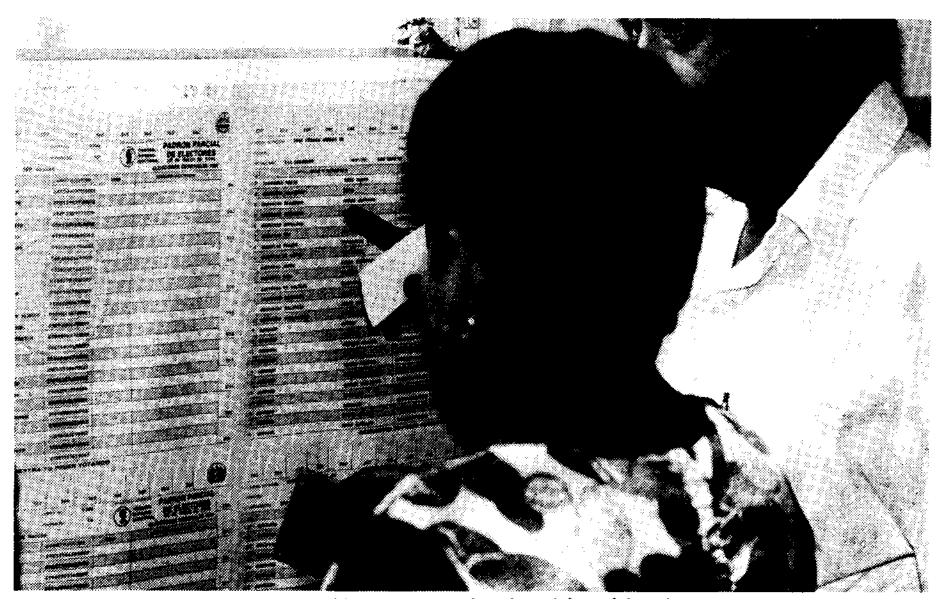
Inhaltsverzeichnis

Mehr war nicht drin

Jahrhundert-Wahlen in El Salvador: die ersten Wahlen nach 12 Jahren Krieg; die ersten Wahlen, an denen alle politischen Kräfte des Landes teilnahmen; Präsidentschafts-, Parlaments- und Gemeinderatswahlen in einem - was nach dem salvadorianischen System nur alle 15 Jahre vorkommt. Da durfte es an Superlativen nicht fehlen. Es handle sich um die "Geburt eines neuen El Salvador", schwärmte die Kommentatorin von "EL PAIS" (22.3.1994). Was hat sich mit den Wahlen in El Salvador am 20. März 1994 tatsächlich verändert ?

Jene, die ein halbes Glas Wasser als halb voll bezeichnen, heben hervor, daß die Linke im ersten Anlauf zur zweiten politischen Kraft des Landes geworden ist und den Präsidentschaftskandidaten der rechtsextremen ARENA-Partei, Armando Calderón Sol, zu einer Stichwahl gegen den Kandidaten der Linken (die Koalition aus FMLN, "Demokratische Konvergenz", CD, und "Nationale Revolutionäre Bewegung", MNR), Rubén Zamora, gezwungen hat. Jene, die ein halbes Glas Wasser für ein halb leeres halten, erinnern an die ursprünglich genannten Wahlziele: die Mehrheit der Rechten im Parlament brechen und möglichst viele Gemeinderäte gewinnen. Mit voraussichtlich über 20 Abgeordneten (von insgesamt 84) hat die FMLN, die hier getrennt von CD und MNR angetreten ist, gut abgeschnitten. In Koalition (zumal wenn die CD es nicht verpaßt hätte, ihre nationale KandidatInnenliste rechtzeitig einzureichen), ohne Wahlbetrug und bei höherer Wahlbeteiligung hätte sie besser abgeschnitten. Vielleicht hätte es dann zusammen mit den Christdemokraten zu einer bequemen Mehrheit im Parlament gereicht (von geschätzten 2,7 Millionen Wahlberechtigten haben nach den letzten Auszählungsergebnissen ca.1,4 Millionen abgestimmt).

Nach der ersten Runde fehlen Calderón Sol (49,3 %) bei der Präsidentenwahl so wenige Stimmen zur absoluten Mehrheit und ist der Abstand, mit dem Zamora hinterherhinkt (24-25 %) so groß, daß der zweite Wahlgang am 24. April wahrscheinlich nichts an dem vorliegenden Ergebnis verändern wird. Bei den Gemeinderatswahlen schließlich ist die Niederlage der Linken, die auch hier getrennt angetreten ist, eindeutig. Die FMLN hat nur in 12 bis 15 von 266 Gemeinden gewonnen, zumeist in den Kerngebieten der vormals von ihr militärisch kontrollierten Zonen. In den ersten zwei Wochen seit den Wahlen sind diese allerdings in 65 Gemeinden angefochten worden. Tatsächlich sieht die Linke vor allem im Wahlbetrug die Hauptursache für ihren (zu) geringen Erfolg. An einigen Orten konnte offene Manipulation im traditionellen Stil nachgewiesen werden (z.B. mehr Stimmzettel in der Urne als ursprünglich ausgegeben wurden), aber mehr ins Gewicht fällt der technische Betrug, jene Defizite und "Unregelmäßigkeiten" (Lieblingsausdruck der UN-WahlbeobachterInnen), die auf das komplizierte Wahlsystem zurückgeführt werden können. In diesen Bereich fallen die ca 300.000 BürgerInnen, die erst gar keine Wahlausweise bekommen haben und jene schätzungsweise 100.000 - 150.000, die zwar Ausweise hatten, deren Namen aber nicht in den Wahllisten standen. Von diesen Benachteiligungen sind ganz überwiegend Bewohner der von der FMLN kontrollierten Gebiete und interne Kriegsflüchtlinge betroffen. Auch die viel zu langsame Auszählung der Stimmen (inzwischen sind vier Wochen vergangen, ohne daß ein offizielles Endergebnis vorliegt) deutet auf ein erhebliches Gerangel hinter den verschlossenen Türen des Obersten Wahlgerichts hin.



Bis zu 150.000 BürgerInnen hatten Wahlausweise, standen aber nicht auf den Listen. Foto: Udo Rzadkowski

Der notwendige Hinweis auf diese Machenschaften führt freilich nicht an der Tatsache vorbei, daß auch bei diesen Jahrhundertwahlen in El Salvador die hohe Anzahl von Wahlenthaltungen der Linken am meisten geschadet und der Rechten am meisten genutzt hat. Letzteres vor allem, weil ARENA mit einem stabilen WählerInnenpotential von ca. einer halben Million Stimmen rechnen kann. Neben der Angst, die verständlich ist, solange immer noch Straffreiheit für staatlichen Terrorismus herrscht, ist es wohl das fehlende Vertrauen in die Parteien und die Politiker, was jenseits des technischen Wahlbetruges ca. eine Million SalvadorianerInnen vom Urnengang abgehalten hat. Auf den Wahlbetrug muß auch deswegen hingewiesen werden, weil die Regierung der Vereinigten Staaten, tatkräftig unterstützt von der UNO, schon lange vor den Wahlen beschlossen hatte, diese auf jeden Fall für legitim zu erklären - eben um alsdann die Linke als Verliererin in freien und korrekten Wahlen vorführen zu können.

Unter derlei Umständen bleibt die Frage, ob die Linke - wie es jetzt in Lateinamerika in Mode gekommen ist - mit ihrer ganzen Kraft auf Wahlen setzen sollte, auf die Spielräume der formalen Demokratie, die ihr eingeräumt werden, ohne daß sie darin wirklich gewinnen könnte - und ohne daß sich dadurch wirklich etwas veränderte.

Eduard Fritsch

Iraker im kurdischen Exil berichten über die Situation im Land

Der folgende Beitrag ist nicht im Kernland des Irak entstanden, sondern im selbstverwalteten Irakisch-Kurdistan. Kurdistan gewährt derzeit einer großen Zahl an irakischen Oppositionellen, Flüchtlingen aus dem schiitischen Süden und desertierten Soldaten Asyl. Mit diesen Exil-Irakern hat die Autorin zahlreiche Gespräche geführt und die so gewonnenen Informationen mit allgemeineren Hintergrundinformationen über die wirtschaftliche und politische Entwicklung im Irak verknüpft.

Zwei Hotels hat der Zusammenschluß der irakischen Opposition "Iraqi National Congress" (INC) in der kurdischen Stadt Shaklawa angemietet. Zur Zeit sind sie völlig überbelegt. In beiden sind Flüchtlinge aus dem Süden des Irak oder Bagdad untergebracht, die vom INC auch mit Lebensmitteln versorgt werden. Einige von ihnen halten sich schon seit der Niederschlagung des Aufstandes im irakischen Süden im März 1991 in der kurdischen Region auf und sind nun, nach Einrichtung der Anlaufstelle, nach Shaklawa gekommen. Viele jedoch sind Newcomer. Abu Amer, der Verantwortliche für die beiden Hotels, spricht von einem enormen Zulauf während des gesamten Jahres 1993. Die meisten der Flüchtlinge kommen aus den Provinzen Amarra, Basra und Nasriya im Süden des Irak, eine kleinere Gruppe aus Bagdad. Die Flüchtlinge zeigen eine große Bereitschaft, über die Situation in ihrer Heimat zu sprechen, ohne jedoch ihre Namen preiszugeben. Viele haben Verwandte zurückgelassen, um die sie fürchten.

"Ich bin seit einigen Monaten hier", erklärt eine Lehrerin aus Amarra. "Nachdem mein Vater wegen einer Kleinigkeit auf der Straße ermordet worden ist, bin ich gegangen." "Wie ist das tägliche Leben in Amarra?" "Gut", antwortet sie spontan, "wenn du ein Baath-Funktionär bist. Ich habe den Eindruck, die aktiven Mitglieder der Baath-Partei in Amarra werden von Tag zu Tag reicher. Verwunderlich ist das nicht, denn wenn du irgendetwas erreichen willst, dann mußt du ihnen Geld geben. Im Zentrum von Amarra, auf dem Suk Al Nacarin, finden jeden Tag Demonstrationen statt, jeden Tag werden Leute festgenommen, immer so zwischen 10 und 15. Wenn ihre Angehörigen genug Geld haben, werden sie wieder freigelassen. Wenn nicht, dann...."

"Hat es diese Demonstrationen schon immer gegeben?" "Nein, erst seitdem alles so teuer ist. Die Preise sind ganz enorm gestiegen. Niemand kann mehr einkaufen gehen. Die Leute sind arbeitslos. Vor allem die, die lange in beiden Kriegen waren und vielleicht sogar bleibende Schäden haben. Ihnen wird schon seit dem Ende des Kuwait-Krieges eine Entschädigung versprochen, von der haben sie aber noch nichts gesehen." "Es gibt keine Arbeit" bestätigt auch eine andere Frau aus Basra. "Die vielen Soldaten, die in den beiden Kriegen waren, wollen jetzt leben, aber wie? Viele von ihnen gehen in die Sümpfe, das ist besser als in den Städten vor sich hinzudösen."

Außer von Demonstrationen wird von einer Reihe versuchter Attentate auf Baath-Funktionäre berichtet. Nachdem vergangenen Sommer eines glückte - Opfer war ein wichtiger Geheimdienstbeamter -, kam Verteidigungsminister Ali Hasan Macid in die Stadt und führte persönlich Exekutionen an zum Tode verurteilten Oppositionellen aus.

Verschiedene Schilderungen aus Bagdad deuten schlicht auf ein rapides Anwachsen der Kriminalität hin. "Abends ist die Stadt wie ausgestorben", erzählt eine kurdische Dozentin, die Bagdad besuchen kann. "Wenn du dich hinaus wagst, kannst du damit rechnen, ausgeraubt zu werden, oder mit Schlimmerem. Es gibt kaum jemanden, der nicht versucht, sich mit Stehlen über Wasser zu halten, das sind noch die harmloseren Formen des Überlebenskampfes."

"Die Kriminalität auf der Straße, vor allem in Bagdad, aber auch in Mosul und anderen großen Städten ist eine richtige Fundgrube für den irakischen Geheimdienst", meint Kak Simko, Chef der politischen Polizei in Kurdistan, die versucht, die Arbeit der "fünften Kolonne Saddam Husseins" in den Griff zu bekommen. In seinem Gefängnis in Hewler sitzen zur Zeit zwei Personen, die mit jeweils mehr als 50 kg TNT in ihrem Auto festgenommen wurden. Einer von ihnen wurde in Mosul beim Stehlen erwischt, statt der Festnahme winkte man ihm mit 200 000 Dinar, wenn er das TNT in Hewler zum explodieren brächte. Der andere, ein Schmuggler, wurde ebenfalls auf frischer Tat ertappt und angeheuert.

"Diejenigen, die dich nur bestehlen" sind noch harmlos", bestätigt ein Student, der mit Mühe einer Festnahme an der Universität Bagdad entgangen und nun ebenfalls in Shaklawa gelandet ist. "Viele Stadtviertel befinden sich unter der Kontrolle von Straßenbanden, die vor nichts zurückschrecken und auch morden, wie es ihnen paßt."

Eskalation auf allen Ebenen

Die Lage im Irak spitzte sich zu, als Jordanien Anfang 1993 auf US-amerikanischen Druck hin seinen Grenzhandel mit dem Nachbarn um fast 80% reduzierte. Mit Amman hatte sich die Regierung in Bagdad auf die bilaterale Formel 'Öl gegen Lebensmittel' geeinigt und hatte fast den ganzen Bedarf aus dem südwestlichen Nachbarland bezogen. So war die Versorgungslage im Irak immer um einiges besser gewesen als in der selbstverwalteten kurdischen Region.

Ab März 1993 hatte sich sogar dieses Blatt gewendet. Die Lebensmittelpreise überholten die in Kurdistan um Längen und sogar der Schwarzmarktkurs des Dollar stieg im Februar des vergangenen Jahres auf 265 Dinar pro Dollar (Januar 93 noch weniger als 20). Der Preis für einen Sack Reis stieg im April des selben Jahres von 300 auf sage und schreibe 3000 Dinar, die restlichen Grundnahrungsmittel zogen nach.

Während zum Beispiel der Preis für ein Kilo Mehl in der kurdischen Region von März bis September 1993 um nicht gerade bescheidene 90% stieg, betrug die Preisstei-

gerung im Rest-Irak 127%; der Preis für Tomaten, die noch im März 1993 in Bagdad 5 Dinar pro Kilo gekostet hatten, war im September bei 20 Dinar angesiedelt, während er in der kurdischen Region - auf Grund der eigenen kurdischen Ernte - auf 2 - 3 Dinar gesunken war.[1]

Versuche, den galoppierenden Dollarkurs auf dem Schwarzmarkt wieder zum Fallen zu bringen, schlugen bislang fehl. Selbst als Saddam Husseins ältester Sohn Uday im Februar des vergangenen Jahres Millionen von US-Dollars auf die Straße leerte und vor den Augen der Bevölkerung zählen ließ, um zu beweisen, daß es genug Dollar im Irak gäbe, sank der Dollarkurs nicht erheblich. Geld zu tauschen ist im Irak offiziell nur noch bei 28 erst kürzlich gegründeten Wechselstuben erlaubt, Geldhändler auf dem Schwarzmarkt wurden verhaftet und sogar ermordet, aber selbst solche drastischen Maßnahmen können den Schwarzhandel mit Dollars nicht eindämmen. Die Regierung hält eisern an einem offiziellen Dollarkurs von 3.2 Dollar/1 Dinar fest, doch dem Außenhandel des Irak liegt der Schwarzmarktkurs zugrunde.

"Hunger", antworten auch die vier Soldaten wie aus einem Mund auf die Frage, warum sie vom irakischen Heer desertiert sind. Ihre Tagesration an Essen hatte drei Brötchen und ein Glas Reis betragen - ergänzt durch ein Glas Zucker im Monat; keinen Tee, von Gemüse oder Fleisch ganz zu schweigen. An den wenigen Urlaubstagen hatte der Sold nicht gereicht, um nach Hause zu fahren. "Keiner will mehr kämpfen", meint einer der vier. "Die, die bleiben, haben eben keine Alternative und zuviel Angst vor der Flucht." Alle vier waren direkt an der kurdisch/irakischen Demarkationslinie stationiert und antworten auf die Frage nach einem möglichen Großangriff auf die kurdische Region wiederum einhellig: "Da würde keiner mitmachen, wir sind viel zu hungrig, um loszulegen."

Viele Soldaten, die weiter im Süden stationiert sind, gehen in die Sümpfe, um zu kämpfen. Das ist eine - so die vier - im Heer bekannte Tatsache. Sie wird auch von einem Mitglied des Politbüros der Kommunistischen Partei Irak (KPI), das seinen Sitz ebenfalls in Shaklawa hat, bestätigt: "Seit einigen Monaten erhalten wir ständig Nachrichten von unseren Kadern, daß sich die Kämpfe in den Sümpfen wieder zugespitzt haben. Wir müssen allerdings sagen, daß weder wir noch andere Gruppen der Opposition diese Kämpfe wirklich organisieren können. Natürlich haben wir auch Partisanen dort, aber die Sumpfbewohner sind spätestens seit dem Volksaufstand 1991 bewaffnet und sind nicht in irgendeiner Form organisiert. Die militärische Leitung der Kämpfe haben Deserteure des irakischen Heeres übernommen. Ich spreche von einem Gebiet, das ungefähr 700 Dörfer umfaßt und das die irakische Armee höchstens bei Tag kontrollieren kann."

Nach übereinstimmenden Aussagen des INC, der KPI und verschiedener Flüchtlinge haben sich die Bodenbewegungen des irakischen Heeres nach Einrichtung der Flugverbotszone südlich des 32. Breitengrades intensiviert, außerdem gibt es vermehrte Aktivitäten auf paramilitärischem Gebiet. "Überall im Irak werden Versammlungen mit verschiedenen Clans abgehalten, die paramilitärische Aufgaben übernehmen sollen", erklärt der Vertreter der KPI. "Sie erhalten enorme Summen, Waffen, neue Autos und Häuser. Es gibt also Geld im Irak, das zu verteilen ist, die Leute müßten trotz des Embargos nicht so hungern."

Nach den Giftgasangriffen der irakischen Regierung auf die Sumpfgebiete im Herbst 1993 schien der INC als Oppositionszusammenschluß dort mehr Präsenz zu zeigen als zuvor; mehrmals gelangten Flugblätter des INC, die in den Sümpfen verteilt wurden, auch in die kurdische Region. Wie diese verstärkte Präsenz einzuschätzen ist, kann allerdings von dort aus nicht beurteilt werden.

In den Großstädten, vor allem in Bagdad, ist dennoch von organisierter Opposition wenig die Rede. In Bagdad war es im vergangenen Jahr, einen Tag vor dem Geburtstag Saddam Husseins am 28. 4., zu Demonstrationen in den drei schiitischen Stadtvierteln Al Thaura, Al Huriya und Al Shoula, gekommen. Die Menschenmengen wurden aus Hubschraubern beschossen. Doch wie selbst die Augenzeugen, die größtenteils irgendwie mit dem INC zusammenhängen, berichten, haben solche Demonstrationen eher den Charakter spontaner Unmutsäußerungen; eine Strategie gegen den Staats- und Parteiapparat ist nicht zu erkennen. In der in London erscheinenden Monatszeitschrift "Middle East" zitiert der Journalist Andrew Noth den Mitarbeiter einer englischen Hilfsorganisation: "Die Mitglieder der irakischen Gesellschaft sehen sich mehr und mehr nur noch als Individuen und stellen kaum noch einen Bezug zum Überleben der Gesellschaft her."[2]

Die Berichte aus Bagdad und Basra gehen in die gleiche Richtung. Hoffnung hat fast niemand von denen, die aus dem Rest-Irak nach Kurdistan kommen. Besonders von schiitischer Seite sind Flüche auf den Iran zu hören: "Er hat uns während des Aufstandes verraten und wird uns nie unterstützen", meint die Frau eines Funktionärs der schiitischen "Hizb-l-Dawa", die auch nach Shaklawa geflohen ist. Offizielle Berichte des INC sprechen von offener iranischer Geheimdiensttätigkeit mit irakischer Unterstützung in Basra.



Festival für die 'Märtyrer von Halabja', 16.3.94. Was 1988 in Halabja geschah, ist im Südirak traurige Gegenwart: Giftgasangriffe durch Saddams Militär

Selbst Kuwait favorisiert den Status quo

Während die gesellschaftliche Situation im Irak immer unstabiler wird, ist die Stimmung im Hauptquartier der irakischen Opposition bestenfalls als Zweckoptimismus zu beschreiben. Im kurdischen Salahaddin, wo der INC sein Büro und seine Medienzentrale eingerichtet hat, ist man sich der internationalen Ambivalenz gegenüber der irakischen Opposition nur allzu bewußt. Besser als alle anderen Beispiele macht das Verhältnis des INC zu Kuwait deutlich, daß Saddam Hussein zwar international kontrolliert werden soll, eine Änderung der politischen Struktur des Irak aber in niemandes - nicht einmal in Kuwaits - Interesse liegt.

Schon im Sommer 1993 besuchte eine erste kuwaitische Delegation Salahaddin.

Wir trauern um Lissy Schmidt

Wir alle, die sich längere Zeit mit Kurdistan befaßt haben, kannten auf die eine oder andere Weise Lissy Schmidt. Jahrelang hat sie ungeschminkte Berichte über die Situation und den Krieg im türkischen Teil Kurdistans hierher übermittelt. Sie berichtete für uns über die Realität des schmutzigen Krieges in Kurdistan und verfolgte den Weg deutscher Rüstungsexporte in die Türkei, schilderte den Einsatz deutscher Waffen in diesem Krieg. Ihre Artikel und Analysen gaben der Solidaritätsarbeit mit Kurdistan unschätzbare Impulse, waren Antrieb für den Kampf gegen den Teil der Gewalt, der seinen Ursprung hier in der Bundesrepublik hat. Als die türkischen Behörden Lissys kritische Berichterstattung nicht mehr zulassen wollten und sie verhafteten und des Landes verwiesen, verlagerte sie ihren Aufenthalt und ihre Aktivitäten in den irakischen Teil Kurdistans. Dort wurde sie zur unbestechlichen Chronistin der Entwicklungsprozesse der kurdischen Selbstverwaltung unter den schwierigen Bedingungen der UN-Schutzzone. Ihr Interesse richtete sich dabei besonders auf die Lebensbedingungen und sozialen Kämpfe der Bevölkerung: der Frauen, der Arbeitslosen, der Bauern. Der Menschen eben, mit denen sie in Kurdistan lebte.

Pressefreiheit hat sie immer sehr wörtlich genommen. War eine Information zu unbequem oder zu brisant, um sie unter ihrem richtigen Namen veröffentlichen zu können, so wählte sie eines von mehreren Pseudonymen. Veröffentlicht hat sie sie in jedem Fall. Die Spielregeln eines Journalismus am Gängelband der politisch Mächtigen hat sie nie akzeptiert. Auch hat sie ihre professionelle journalistische Tätigkeit nie von ihrem politischen Engagement mit klarem politischen Standpunkt auf Seiten der Linken abgetrennt. Durch ihre einzigartige Arbeit konnte sie unsere Vorstellung von Internationalismus an der Realität überprüfen und daraus oft beunruhigende Konsequenzen ziehen. Neben ihren professionellen Beiträgen z.B. für die Frankfurter Rundschau und für AFP verfaßte sie regelmäßig umfassendere Analysen und Hintergrundartikel, die sie den 'blättern des iz3w' und anderen nichtkommerziellen unabhängigen Medien zur Verfügung stellte. Die blätter hatten dank Lissys anspruchsvoller Berichte seit mehr als zwei Jahren die einzigartige Gelegenheit, die Entwicklung in der selbstverwalteten kurdischen Region des Irak beinahe lückenlos zu dokumentieren. (Für die blätter wie für die Frankfurter Rundschau schrieb Lissy unter dem Pseudonym Milena Ergen oder dem Kürzel 'me'). Wir sind uns bewußt, daß Lissys Tun niemand wird ersetzen können - nicht ihre kritische Berichterstattung und nicht ihre Aktivitäten im Bereich praktischer Solidarität.

Lissy wußte, daß ihre Arbeit ihr zahlreiche Feinde eingetragen hat, daß ihr Leben bedroht war. Sie erzählte uns von dieser Bedrohung und der Unmöglichkeit, sich wirklich dagegen zu schützen.

Am 3. April 1994 wurde Lissy Schmidt zusammen mit ihrem kurdischen Begleiter Kak Aziz in Südkurdistan durch einen gezielten Angriff ermordet.

Dem Besuch der Delegation folgte eine Kuwaitreise des INC-Generalsekretärs Dr. Ahmed Celebi im November 1993. Das Ergebnis blieb völlig hinter den Erwartungen des INC zurück; Kuwait war zu keinerlei aktiver Unterstützung der irakischen Opposition bereit. Die müsse, so erklärte ein Vertreter der Al Sabah Familie, "erst mit Saudi-Arabien abgestimmt werden." In Riad hält man sich bedeckt, weil eine schiitische Regierungsbeteiligung nicht unbedingt im Interesse der sunnitischen Herrscherfamilie liegt.

Kuwait seinerseits hat jedoch zumindest eine nicht zu überhörende Forderung an die irakische Opposition gestellt. Der INC solle - als potentieller Nachfolger der jetzigen Regierung in Bagdad - die von der UN bestimmte neue irakisch/kuwaitische Grenze anerkennen, hieß es schon während des Besuches in Salahaddin. "Das geht so nicht", erläutert Ahmed Celebi. "Wir erkennen die UN-Resolution natürlich generell an, aber über die Grenzfrage muß die irakische Bevölkerung abstimmen, da können wir nicht vorgreifen." So wurde die Grenzfrage zur Gretchenfrage der Opposition; bei einem "nein" war keinerlei Unterstützung von Kuwait zu erwarten, ein "ja" hätte einen Vertauensverlust der Bevölkerung zur Folge. Kuwait zog es dann auch vor, zwei Wochen vor der UN-Sicherheitsratsentscheidung über Aufhebung der Sanktionen die UN-Untersuchungskommission bezüglich irakischer C-Waffenangriffe im Alleingang zu finanzieren - und so die Verlängerung der Sanktionen für weitere sechs Monate zu garantieren - statt die Opposition bei ihren Versuchen, die Regierung zu stürzen, zu unterstützen.

Die Ausdehnung der Sanktionen ist sowohl für Kuwait als auch für Saudi-Arabien von vitalem Interesse; weniger jedoch, weil von Saddam Hussein sonst eine militärische Gefahr ausgehen könnte, sondern weil beide Länder darauf angewiesen sind, so lange als möglich teures Öl verkaufen zu können. Eine Normalisierung der Wirtschaftsbeziehungen mit dem Irak würde jedoch mit einem Ölpreissturz einhergehen.

Die Kritik des INC, wie auch der kurdischen Verwaltung, die UN setze sich mit wesentlich mehr Elan für die Durchsetzung und Einhaltung der Resolution 687[3] ein, als für die der 688[4], trifft also genau den Kern der Sache. Ein schwacher Irak ohne beängstigendes Waffenpotential ist durchaus gewünscht, ein demokratischer Irak steht dagegen nicht auf der Dringlichkeitsliste.

Als Bill Clinton am 18.12.93 verkündete, eine Aufhebung der Sanktionen müßte an die Durchsetzung der Resolution 688 gekoppelt werden, begrüßten das Kurden und INC gleichermaßen. Doch Informationen der schiitischen Hilfsorganisationen, die im Süden des Irak tätig sind, machen deutlich, daß sich die UN auch in diesem Jahr nicht nachhaltiger als zuvor für die Durchführung humanitärer Hilfe für die mittlerweile Tausenden von Flüchtlingen in den Sümpfen einsetzt. "Außer uns ist dort niemand aktiv", berichtet Dr. Bayati, Koordinator des INC für humanitäre Arbeit. "Die Menschen, die vor den C-Waffenangriffen in die Sümpfe geflohen sind, hausen dort unter freiem Himmel. Von einer medizinischen Versorgung kann überhaupt nicht gesprochen werden. Warum ist da die UN und auch die USA nicht genauso konsequent, wie bei den Auseinandersetzungen um ihre Waffeninspektionsteams? Offensichtlich liegt ihnen an der humanitären Hilfe nicht soviel."

me

Anmerkungen:

1) Die Zahlen sind aus Statistiken der UN-Zentrale Bagdad entnommen.

2) A. North, In a state of limbo, in:The Middle East, April 1993 Issue 222, Seite 14.

3) Kontrolle und Vernichtung der irakischen Massenvernichtungswaffen und deren Produktionsstätten durch UN-Teams.

4) Bereitstellung aller Voraussetzungen für die Durchführung humanitärer Hilfe im gesamten Irak von seiten der UN.

Der oben gedruckte Beitrag ist der letzte Text, den wir von Lissy Schmidt erhalten haben. Sie hat für uns unter dem Kürzel me (Milena Ergen) geschrieben. Die Gespräche mit irakischen Flüchtlingen hat sie bereits im Herbst 1993 geführt - der Gesamttext wurde von ihr jedoch im März 1994 noch einmal überarbeitet.

Von der Diktatur zur 'Demokratur'

Terror, Wahlen und die Rehabilitierung eines Diktators

Das kleine westafrikanische Land Togo galt, nicht zuletzt dank großzügiger deutscher und französischer Entwicklungshilfe, lange Zeit als die "Schweiz Afrikas". Präsident Emanuel Gnassingbe Eyadema putschte sich 1967 an die Macht, von der er, gestützt durch die Armee, bis heute nicht mehr abließ. Die wichtigsten Posten in Militär, Polizei und Verwaltung vergab Eyadema an Angehörige ihm nahestehender Familien. Zur Stärkung seiner Macht spielte er geschickt die Ethnien Nord- und Südtogos gegeneinander aus. Als die Forderungen nach Demokratisierung im Lande immer lauter wurden, reagierte Eyadema mit verschärfter Repression. Bürgerkriegsähnliche Zustände und der Zerfall der Wirtschaft waren die Folge. Von der Wandlung einer Diktatur in eine "Demokratur" unter internationaler Aufsicht berichtet die folgende Chronik.

Die Nationalkonferenz im benachbarten Benin ermutigte auch in Togo die Opposition. So wurden zahlreiche neue Parteien, Gewerkschaften und Initiativen gegründet. Kirchliche und intellektuelle Kreise beriefen im August 1991 eine Nationalkonferenz und erklärten sich für souverän. Im Mittelpunkt der Diskussion standen nicht wirtschaftliche Fragen, sondern die Menschenrechtsverletzungen des Eyadema-Regimes. Mit dem "Hohen Rat der Republik" (HCR) wurde eine Art Übergangsparlament mit Regierungsfunktionen gebildet, das die demokratische Entwicklung bis zu Parlamentswahlen vorantreiben sollte. Eine unabhängige freie Arbeit dieses Gremiums war aber nie möglich. Die alte Einheitspartei RPT sowie das Militär waren vom HCR ausgeschlossen und nahmen ihre theoretische Entmachtung nicht tatenlos hin. Ihre Antwort: Mehrere offene und verdeckte Putschversuche, Anschläge auf oppositionelle Politiker und Journalisten und die Besetzung und demütigende Geiselnahme des kompletten HCR. Die Mehrzahl der Führer oppositioneller Formationen und der Mitglieder des HCR flohen ins Ausland. So auch Oppositionsführer Gilchrist Olympio, der bei einem Attentat schwer verletzt wurde. An diesem Attentat wie auch der Besetzung des HCR war u.a. der Präsidentensohn Captn. Ernest Eyadema beteiligt. Während ein Teil der Opposition in den Untergrund ging, arrangierte sich der gemäßigte Flügel mit Eyadema. So erhielt die alte Einheitspartei RPT Einzug in den Torso HCR. Als Regierungschef ernannte Eyadema Joseph Koffigoh, den Chef der togolesischen Menschenrechtsliga, der sich vom Hoffnungsträger der Opposition zum Stadthalter Eyademas wandelte.

Boykott der Präsidialwahlen

Die Opposition reorganisierte sich in der "Demokratischen Sammelbewegung", COD II. Deren erster Generalsekretär Tavio Amorin wurde bereits eine Woche nach der Gründung ermordet. Im November 1992 wurde zusammen mit den unabhängigen Gewerkschaften erfolgreich zum Generalstreik aufgerufen, wenig später schoß das Militär bei einer verbotenen Großdemonstration in die Menge. Das Regime geriet nun doch unter Druck. Deutschland, Frankreich und die USA stellten offiziell die Entwicklungshilfe ein. Im Juli 1993 wurden im sog. Ouagadougou-Abkommen Regelungen zu einem Verfassungsreferendum, Präsidial- und Parlamentswahlen getroffen. Das Verfassungsreferendum wurde mit großer Mehrheit von der Bevölkerung angenommen. Die zwischen COD II und der Regierung erzielte Kompromißlösung sah internationale Wahlbeobachter und das Verbleiben der Militärs in den Kasernen vor. G. Olympio nahm an den Verhandlungen nicht teil und wurde von der regierungstreuen Wahlkommission auch nicht zu den Präsidialwahlen zugelassen. Entgegen dem Abkommen von Ouagadougou blieb das Militär aber keinesfalls in den Kasernen. Offene Repression und



Oppositioneller Yao Agboyibo: "mit einem Regierungschef Agboibo ist Togos Krise keineswegs gelöst."

Terror kennzeichneten weiterhin die innenpolitische Situation. Auch innerhalb des Militärs und in den nördlichen Heimatregionen Eyademas nahm die Repression stark zu. Das führte dazu, daß auch die restlichen Bewerber um die Präsidentschaft die Wahl im August 1993 boykottierten. Bei einer Wahlbeteiligung von 36% erhielt Eyadema offiziell 94% der Stimmen. Die deutschen und amerikanischen Vertreter der internationalen Wahlbeobachtungskommission brachen ihre Mission bereits im Vorfeld der Wahlen ab. Faire und freie Wahlen seien aufgrund mangelnder politischer Alternativen, gravierender technischer und organisatorischer Mängel sowie einer repressiven Regierungspolitik nicht zu erwarten[1]. Skandalös das Verhalten der Wahlbeobachter aus Frankreich und Burkina Faso, die die Wahlen als frei und fair bezeichneten, um Eyadema international zu rehabilitieren.

Parlamentswahlen unter internationalem Druck

Die innenpolitische Lage blieb weiter gespannt. Je nach aktueller Situation flohen bis zu 250 000 Togolesen in die Nachbarländer Ghana und Benin. Bereits kurz nach der Präsidialwahl wurden mindestens 22 Oppositionelle auf einer Gendarmerie in Sokodé ermordet. Eine unabhängige Presse existiert lediglich aus dem Untergrund heraus. Im Januar 1994 kam es zu einem Putschversuch gegen Eyadema, dessen Umstände bis heute nicht geklärt sind. Amnesty International wirft dem Militär die Exekution von 48 Menschen ohne gerichtliches Verfahren vor. Sie wurden der Teilnahme an dem vorangegangenen vermeintlichen Putschversuch beschuldigt. Obwohl in Menschenrechtsfragen seit den Präsidialwahlen keine Verbesserung der Situation festzustellen war, entschloß sich - auch unter internationalem Druck - ein Teil der Opposition zur Teilnahme an den Parlamentswahlen, darunter das Aktionskomitee für Erneuerung (CAR) unter Yao Agboyibo und die Union für Demokratie (UTD) unter Edem Kodjo, einem ehemaligen Generalsekretär der alten Einheitspartei RPT und der OAU. Beim entscheidenden zweiten Wahlgang kam es am 20.02.94 zu vereinzelten gewaltsamen Zwischenfällen, für die sich Opposition und Regierung gegenseitig die Verantwortung zuschoben. Die internationale Wahlbeobachterkommission stellte aber diesmal einhellig fest, daß die Vorfälle in fünf Wahlkreisen keinesfalls deren Wahlergebnisse beeinflussen konnten. Als sich ein Sieg der Opposition in den umstrittenen Wahlkreisen abzeichnete, verhinderten die Behörden eine Veröffentlichung der offiziellen Ergebnisse. Die Vertreter der RPT fochten die Ergebnisse in den entsprechenden Wahlkreisen an. Die Behörden delegierten das Problem an den obersten Gerichtshof, der am 13. März die Mehrheit der Opposition mit 43 von 81 Sitzen bestätigte. Trotz massiver Militärpräsenz an den Wahltagen lag die Wahlbeteiligung bei 50%. Davon stimmte die Mehrheit gegen Eyadema. Gewinner der Wahl war der Anwalt Yao Agboyibo, der am wenigsten im Verdacht einer möglichen Zusammenarbeit mit der alten Einheitspartei RPT stand. Agboyibo ist in Deutschland bestens bekannt, erhielt er doch als erster den neu geschaffenen "Deutschen Afrika-Preis". Edem Kodjo errang mit der UTD nur sieben Wahlkreise. Eindeutiger Verlierer war der inzwischen zurückgetretene Premierminister Koffigoh, dem die Bevölkerung seine politische Kehrtwende mit einer vernichtenden Wahlniederlage dankte. Laut der Verfassung muß Eyadema nun einen Regierungschef aus den Reihen der Opposition ernennen.

Mit einem Regierungschef Agboyibo ist Togos Krise aber keineswegs gelöst. Während in anderen afrikanischen Ländern durch Nationalkonferenzen ein nationaler Konsens geschaffen wurde, bleiben die gesellschaftlichen Gegensätze Togos auch nach den Wahlen weiter bestehen. Die Forderung nach Anklage und Bestrafung der für zahllose Menschenrechtsverletzungen Schuldigen steht nach wie vor auf der politischen Tagesordnung Togos. Das Militär muß kontrolliert und reformiert, grundlegende Menschenrechte müssen gewährleistet werden. Ein langfristig tragfähiger Konsens erfordert aber die Beteiligung aller gesellschaftlich relevanter Kräfte. Yao Agboyibo hat sich deswegen direkt nach der Wahl mit G. Olympio zu Beratungen über dessen Beteiligung an einer "Regierung der nationalen Versöhnung" getroffen. Die Frage ist nur, wie groß Agboyibos Handlungsspielraum unter Präsident Eyadema tatsächlich ist. Eyadema wird den Wahlsieg der Opposition nur anerkennen, um seine internationale Rehabilitation als Präsident nicht zu gefährden. Er hat weiterhin die Zügel von Militär, Polizei und Verwaltung in der Hand und wird weiter versuchen, die bisherige Opposition zu spalten. Das Beispiel Koffigohs lehrt, wie schnell Politiker die Fronten wechseln können und läßt noch auf einige Überraschungen bei der Regierungsbildung und -arbeit schließen. Das Eyadema aber der Rückkehr seines Erzrivalen Olympios, der die Präsidentschaft Eyademas berechtigter Weise nicht anerkennt, tatenlos zusehen wird, daran glaubt in Togo niemand. Zukünftige Konflikte sind unter der momentanen politischen Konstellation bereits vorprogrammiert.

Christian Müller

Anmerkung:

1) Siehe Abschlußbericht der deutschen Wahlbeobachtergruppe in afrika spectrum 93/3, S.399ff.



Demonstration der Opposition im August 1993.

Das chilenische Wirtschaftsmodell am Scheideweg

War der Militärputsch in Chile der Geburtshelfer einer erfolgreichen neoliberalen Wirtschaftspolitik? Und empfiehlt sich daher das Modell Chile anderen Ländern zur Nachahmung? Der folgende Beitrag weist auf die Fragwürdigkeit dieser These hin, die sich derzeit in konservativen Kreisen großer Beliebtheit erfreut. Er zeigt, daß der chilenische 'Erfolgskurs' mit riesigen Einkommensdisparitäten und einer bedrückenden Armut erkauft ist.

Ich hatte niemals Machtambitionen. Wir selbst haben gesagt, daß wir willens sind, die Demokratie zu verbessern und wieder einzurichten." Der einstige Kommandeur des Militärputsches und heutige Oberbefehlshaber des Heeres, General Augusto Pinochet, bescheinigt sich in seiner Rede am 25.11.93 anläßlich seines 78. Geburtstages, er könne nur sprechen "wie ein alter General, der die Schlacht geschlagen hat, nach einem Kampf, den wir gut beendet haben, den wir siegreich beendet haben."

Viele sind auf diesem "Schlachtfeld" zurückgeblieben. Mindestens 3.000 Erschossene und Verschwundene sowie etwa 1 Million ins Exil Vertriebene, von denen nach offiziellen Schätzungen noch 200.000 im Ausland leben.

Mit der Regierung Aylwin sind 1990 parlamentarische Verhältnisse nach Chile zurückgekehrt. Wenn nun am 11. März die Regierung des mit überwältigender Mehrheit gewählten Eduardo Frei ihr Amt antritt, scheinen in der Tat auch die aktuellen Wirtschaftsdaten in Chile eine Atmosphäre geschaffen zu haben, in der die Stimmen der Erinnerung an den blutigen Preis des "chilenischen Modells" leiser werden. Die wirtschaftliche Erfolgsbilanz drängt die juristische Abrechnung und die moralisch-politische Aufarbeitung in den Hintergrund.

Das Bruttoinlandsprodukt wächst seit 1984 ununterbrochen, wobei lediglich 1985 und 1990 die Wachstumsraten unter 5 Prozent liegen. Die Investitionsquote bewegt



JUSTO BARBOZA

sich seit 1988 bei mehr als 20 Prozent und erreicht 1993 die historische Rekordmarke von 27 Prozent. Die Investitionen des Auslands in Chile betragen 1993 1,4 Milliarden US-Dollar - eine Zunahme von 40 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Seit 1989 wurden fast 600.000 neue Arbeitsplätze geschaffen, so daß die offizielle Arbeitslosenquote 1993 auf 4,5 Prozent gesunken ist. Die Einkommen sind gestiegen und die Zahl der in Armut lebenden Menschen hat nach Regierungsangaben um eine Million auf nunmehr 4 Millionen abgenommen.

Auch die rigorose Öffnung des chilenischen Marktes nach außen verlief in den letzten Jahren auf den ersten Blick recht erfolgreich: Der Export ist zwischen 1989 und 1993 um 45 Prozent gewachsen und hat mittlerweile ein Volumen von 10 Mrd. Dollar erreicht. Der Anteil der Fertigwaren hat zugenommen. Die mit allen Mitteln vorangetriebene Exportoffensive bei Früchten, Holzprodukten und Fischereierzeugnissen hat die Diversifizierung des Außenhandels erhöht. Heute werden ca. 3.500 verschiedene Produkte exportiert, was eine Verdopplung gegenüber 1989 bedeutet.

Wachstumsraten und Exportsteigerung ermöglichten - zusammen mit der Umwandlung von Schuldtiteln in Anteile an chilenischen Unternehmen (Debt-Equity-Swaps) - eine erhebliche Reduzierung der Auslandsverschuldung. Die öffentliche Auslandsverschuldung konnte in den vergangenen vier Jahren um 26 Prozent auf 9 Mrd. Dollar gesenkt werden. Gleichzeitig wuchsen die Devisenreserven auf 10 Milliarden Dollar.

Die Exportmärkte haben sich ebenfalls diversifiziert. Während der Anteil des US-Marktes an der Aufnahme des Gesamtexports bei ca. 20 Prozent stagnierte, sank - z.T. erzwungen durch Rezession und Protektionismus - der Anteil des europäischen Marktes von 43 Prozent (1988) auf 28 Prozent. Gefördert durch zahlreiche Handelsverträge weitete sich der Anteil des asiatischen (30 Prozent) und lateinamerikanischen Marktes (von 13 Prozent 1988 auf 20 Prozent 1993) aus.

Blut als Schmiermittel für den Neoliberalismus

Derart günstige Rahmendaten kann kaum ein anderes Land Lateinamerikas aufweisen. Und so bleibt die internationale Anerkennung für das "chilenische Modell" nicht aus: Das US-Institut "Standard & Poor" stufte Ende 1993 Chile als sicherstes Investitionsland Lateinamerikas ein. Das "Pinochet-Modell" empfiehlt sich zur Nachahmung "für fast jedes Land, das die Überwindung der sozialistischen Armut sucht", heißt es in der angesehenen Zeitschrift "Foreign Affairs", die in ihrer November/Dezember-Ausgabe 1993 eine von A. Codevilla verfaßte Arbeit des Hoover-Studienzentrums der Stanford Universität in Kalifornien veröffentlichte. Der Erfolg des "Pinochet-Modells" sei dem Kampf des Militärs gegen den Staatsapparat zu verdanken, erfährt der verblüffte Leser. Der Militärputsch gewissermaßen als blutiger Geburtshelfer des Neoliberalismus.

Ausführlich wird diese Version in der chilenischen Zeitung "El Mercurio" zitiert - eine



Landbesetzung in Peñalolén/Santiago 1992, Foto: B. Scharlowski

Zeitung, die 1973 Steckbriefe der von der Militärjunta gesuchten Mitglieder der Allende-Regierung veröffentlichte: "Es war diese Vision, mehr als der politisch-militärische Kampf zwischen den bewaffneten Streitkräften und den traditionellen Parteien während sechzehn Jahren, die das Land veränderte, in einem Ausmaß, daß nur wenige Chilenen der Vergangenheit nachtrauern."

Und weiter: "Dieses Modell basiert auf einer Kombination von politischer Repression und wirtschaftlichem Liberalismus: Ein Machthaber erzwingt eine Periode der wirtschaftlichen und politischen Einschränkung, aus der das Land hervorgeht mit einer Marktwirtschaft, einer stabilen Gesellschaft und einer politischen Klasse, die dann bereit ist, die Regierung zu übernehmen ."

In der gewaltsamen Durchsetzung der Grundlagen neoliberaler Politik sieht Codevilla die Qualität des "Pinochet-Modells" und seine internationale Bedeutung: "Das Scheitern der politischen Reformer in Polen und anderen Teilen der ehemals kommunistischen Welt hat einige zu der Schlußfolgerung veranlaßt, daß nur ein Regime wie dieses in Chile, das nicht den Forderungen der Bevölkerung nachgeben muß, diese Arbeit machen kann." Das Blut der sechzehnjährigen Militärdiktatur gerinnt in dieser Interpretation zum Schmieröl bei der Schaffung neoliberaler Wirtschaftsverhältnisse.

Das von der Mehrheit der Chilenen sehnsüchtig erwartete Ende der Militärdiktatur 1989 und die ersten freien Wahlen können in den Augen seiner Anhänger das "Modell" nicht mehr gefährden: "Ich habe es schon früher gesagt: Wenn wir erfolgreich sind, wird das bedeuten, daß die Wahlen nicht sehr wichtig sein werden", bemerkt der ehemalige Finanzminister der Militärjunta Hernán Büchi anläßlich der Vorstellung seines Buches "La Transformación Económica de Chile" in Santiago unmittelbar vor den Präsidentschaftswahlen im Dezember 1993.

Die "erfolgreiche" wirtschaftliche Veränderung war möglich aufgrund der Verhältnisse, die jeden Widerstand der Bevölkerung gegen die politischen Zielsetzungen der Militärjunta unmöglich machten. Wenn erst in diesen Tagen eine neue Arbeitsgesetzgebung erlaubt, daß sich Arbeitnehmer auch auf Branchenebene gewerkschaftlich organisieren, mag dies dafür symptomatisch sein.

Die soziale Bilanz des Wirtschaftswunders

Der Militärputsch 1973, die ihm folgende Abschaffung wichtiger Grundrechte und die Unterdrückung aller Organisationen der Arbeiter und Angestellten ermöglichte eine gigantische Umverteilung der Einkommen:

Zwischen 1973 und 1975 fielen die Reallöhne und -gehälter um etwa 40 Prozent. In der gesamten Zeit von 1973 bis 1989 hat sich - bei allerdings erheblichen jährlichen Schwankungen - der private Konsum pro Einwohner nicht erhöhen können. Erst unter der Regierung Aylwin wird das ursprüngliche Ausgangsniveau überschritten und der Lebensstandard kann sich deutlich verbessern.

Noch härter traf die Wirtschaftspolitik der Militärjunta die Ärmsten der Armen, die den Mindestlohn beziehen. Der Netto-Mindestlohn wurde von 1973 bis 1989 pro Jahr im Durchschnitt um 0,5 Prozent gesenkt. Von 1982 bis 1987 sank der Mindestlohn ununterbrochen um insgesamt 45 Prozent.

Während Ende der sechziger Jahre weniger als 20 Prozent der Bevölkerung als "arm" eingestuft wurden, bezog 1987 fast die Hälfte (45 Prozent), 1990 ein Anteil von 40 Prozent und 1993 immerhin noch ein Drittel der Bevölkerung den Mindestlohn oder weniger. Dies verdeutlicht die dramatischen Auswirkungen der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Militärjunta, die sich erst in den letzten Jahren abzumildern beginnen.

Es verwundert daher nicht, wenn eine Studie der Comisión Económica para America Latina y el Cariba (CEPAL) für das Jahr 1990 eine extreme Einkommenspolarisierung feststellt:

Die reichsten 10 Prozent der Haushalte Chiles verfügen über 45 Prozent des chilenischen Gesamteinkommens, die reichsten 20 Prozent bereits über 60 Prozent. Demgegenüber teilen sich die ärmsten 10 Prozent der Haushalte gerade 1,5 Prozent der Gesamteinkommen. Auf dem Lande sind Einkommenspolarisierung und Armut noch extremer ausgebildet. Dort verfügen die reichsten 10 Prozent über fast 60 Prozent und die ärmsten 10 Prozent über lediglich 1,1 Prozent des Gesamteinkommens.

Obwohl sich die Einkommensverteilung in den vergangenen drei Jahren leicht verbessert hat, muß das Instituto Nacional de Estadisticas 1993 feststellen, daß die reichsten 20 Prozent der Haushalte immer noch einen elfmal so großen Anteil am Gesamteinkommen auf sich vereinen wie die ärmsten 20 Prozent (59,9 Prozent und 5,1 Prozent). Das seit 10 Jahren ununterbrochene wirtschaftliche Wachstum, das sich unter der Regierung Aylwin - getragen vor allem durch die hohe Investitionsquote - noch beschleunigt hat, bewegt sich also bisher noch auf der Basis einer erheblichen sozialen Ungleichheit, einer deutlichen Einkommenspolarisierung und eines bedrückenden Sockels von Armut.

Vor diesem Hintergrund sind die warnenden Stimmen in der christdemokratisch-sozialistischen Regierungskoalition zu verstehen, die - mit zunehmender Dringlichkeit - die allein seligmachende Wirkung des Marktes in Frage stellen.

Die Erwartungen der überwiegenden Mehrheit des chilenischen Volkes an die Regierung Aylwin waren 1990 wohl eher darauf gerichtet, daß das Land nach 16 Jahren Diktatur ohne neue Konflikte und Polarisierungen in die Demokratie geführt und dem Volk die Luft zum Atmen zurückgegeben werde. Insofern glaubte die Regierung Aylwin auch, mit der Geduld der Bevölkerung rechnen zu können, trotz der drückenden "Konsequenzen einer unausgewogenen Politik" der Militärdiktatur, wie sie der Finanzminister der Aylwin-Regierung Foxley in seinem Buch "Politische Ökonomie der Übergangsperiode" kennzeichnet: "Ich denke zum Beispiel an diese bescheidenen und armen Leute, die während vieler Jahre die Konsequenzen einer unausgewogenen Politik ertrugen, einer Politik, die die großen Zentren der chilenischen Wirtschaft im Exportsektor modernisierte, die aber nicht die Fähigkeit hatte, die vielen kleinen Erzeuger, die selbständigen Handwerker, die Lohnabhängigen, die Bauern, die Menschen aus den Provinzen und Regionen mitzureißen.

Diese armen Menschen, die allen Grund der Welt hatten, Gefangene ihrer Ungeduld zu werden, ungeduldig gegenüber den Aussagen der Regierung, daß die Demokratie tatsächlich ein erstes entbehrungsreiches, hartes Jahr in wirtschaftlicher Hinsicht bedeuten würde. Diese Leute verstanden das nicht nur, sondern sie unterstützten auch diese Botschaft ... Wieviele Streiks gab es denn im Jahre 1990 in diesem Land? Wieviele Generalstreiks? Wieviele Protestaufrufe in den Straßen für oder gegen die Wirtschaftspolitik?"

Die neue Regierung Frei wird demgegenüber wohl eher daran gemessen werden, ob sie das Versprechen, daß die Demokratie auch zu sozialer Gerechtigkeit und zum Ende der Armut führe, einlösen kann. Die überraschenden sozialen Explosionen Anfang 1994 in Chiapas und - weniger bekannt - in Santiago de Estero in Argentinien haben zudem die "Gefahr der Balkanisierung der lateinamerikanischen Gesellschaften" - so ein chilenischer Kommentator - vor Augen geführt. Die Marginalisierung ganzer Bevölkerungsteile ist zwar nicht unbedingt neu für Lateinamerika, aber die augenblickliche neoliberale Wirtschaftspolitik ist bestens geeignet, diese zu verstärken.

Harte Startbedingungen für Frei

In einer Rede im Januar in Santiago gestand der scheidende Präsident Aylwin das Scheitern der Regierung bei der Überwindung der Armut ein und mahnte, der Markt sei "nicht gerecht in der Verteilung des Reichtums, er kennt keine soziale Rücksichtnahme, ist schrecklich grausam, favorisiert die Mächtigsten, vergrößert das Elend der Ärmsten und verschärft die soziale Ungleichheit."

Die Ausgangsbedingungen für die neue Regierung des Präsidenten Frei, das Vermächtnis der Pinochet-Ära zu überwinden, sind schwierig. Nach wie vor sind die ökonomischen Voraussetzungen bescheiden. Das Bruttosozialprodukt pro Kopf betrug 1990 ein Drittel des portugiesischen. Der Abstand zu den in den chilenischen Medien immer wieder als Vorbilder zitierten fünf asiatischen "Tigern" ist groß. Nach wie vor weist Chile die Außenhandelsstruktur eines Landes der Dritten Welt auf: 60 Prozent des Exports bestehen aus Rohstoffen. Allein Kupfer machte 1993 43 Prozent des Gesamtexports aus. Über 50 Prozent der Auslandsinvestitionen werden ausschließlich im Bergbaubereich getätigt. Das Land ist gezwungen, die gegenwärtig in allen wichtigen Exportbereichen fallenden Weltmarktpreise durch gesteigerte Produktion auszugleichen. Dies führt nicht nur zu verstärkter Waldvernichtung durch Holzeinschlag, sondern auch zu einem beginnenden Rückgang der Anbaufläche für die noch weniger ertragreichen Grundnahrungsmittel für den

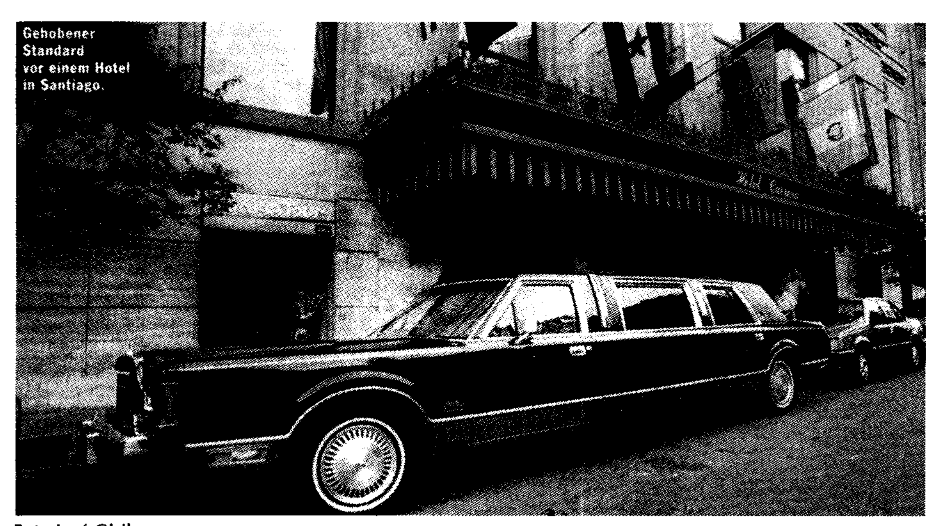

Gehobener Standard vor einem Hotel in Santiago.

Foto José Giribas

Inlandsmarkt. Die 1993 erstmals wieder negative Handelsbilanz deutet die außenwirtschaftlichen Probleme an.

Die kommende Regierung muß in ihrer Arbeit nicht nur mit dem nach wie vor sein Amt ausübenden Pinochet rechnen. Sie ist auch mit einer Fülle von Einschränkungen demokratischer Machtausübung konfrontiert, die in der unter Pinochet verabschiedeten Verfassung festgeschrieben wurden. Der ehemalige Finanzminister Foxley bewertet die zahlreichen verfassungsmäßigen Einschränkungen der politischen Tätigkeiten nicht nur negativ, denn sie schufen "ein neues Szenarium, das die Chilenen lehrte, den systematischen Dialog einzuüben." Und weiter: "Das neue politische Szenarium hat auch dazu gedient, die Pläne der radikalsten Sektoren des politischen Spektrums zu mäßigen. Die Linke mußte wählen zwischen ihrem Wunsch, zur Konsolidierung der Demokratie beizutragen und ihrem alten Streben nach revolutionärer Umwandlung der Gesellschaft ... Die Gruppierungen mit radikaleren Überzeugungen sehen sich eingebunden in eine kontinuierliche Übung von Verhandlungen und Kontakten mit den konservativeren Gruppierungen. Auf jeden Fall wäre dies nicht eingetreten in einem Szenarium ohne derartige Einschränkungen, die wir geerbt haben. Wir haben hier, alles in allem, eine unerwartete Konsequenz der Restriktionen und Einschränkungen, die die Demokratie vom autoritären Regime geerbt hat." Soweit Foxley.

Wie groß die Versuchung sein wird, in kommenden Konfliktsituationen die nach 16 Jahren Diktatur nach wie vor vorhandene Angst der Chilenen vor einer erneuten Intervention des Militärs und die vorgegebenen Verfassungseinschränkungen des "Pinochet-Modells" taktisch zu nutzen, wird sich zeigen.

Peter Neumaier

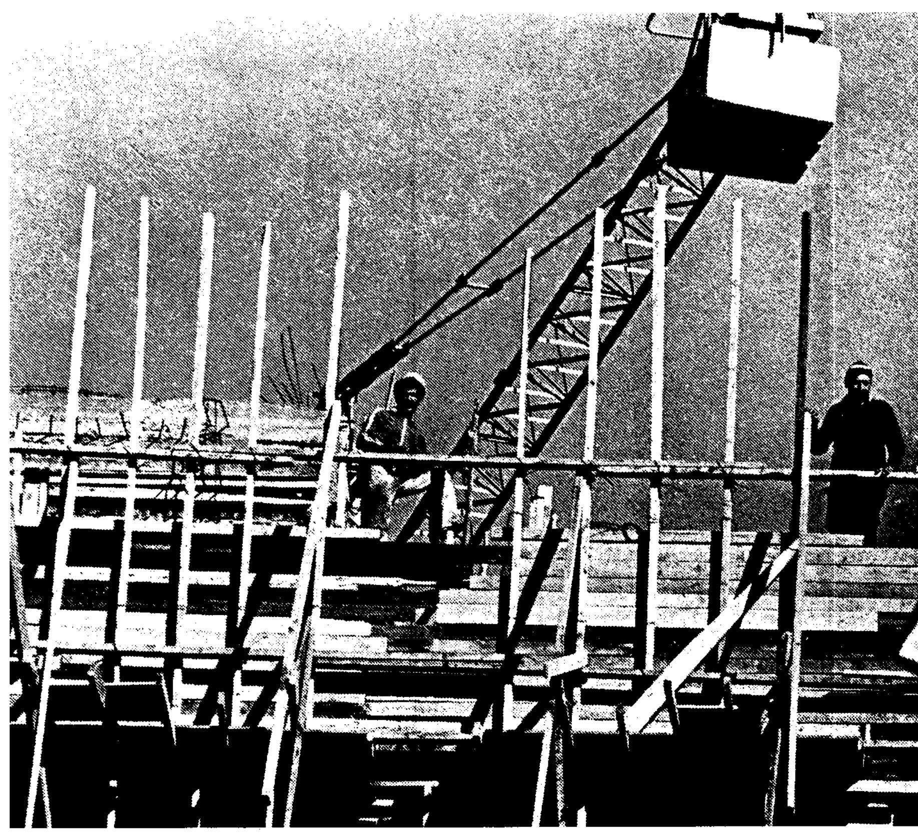
Die ökonomische Zukunft Gazas liegt jenseits der Erdbeere

Interview mit Salah Abdel Shafi, EDG* Gaza

Frage: Die besetzten Gebiete wurden seit 1967 in eine Art koloniale Abhängigkeit von der israelischen Ökonomie gebracht. Hat das Gaza-Jericho-Abkommen Voraussetzungen für eine größere Eigenständigkeit der palästinensischen Ökonomie geschaffen?

Abdel Shafi: Der Text der Grundsatzerklärung des Abkommens zeigt ganz deutlich, daß Israel den wirtschaftlichen Status quo beibehalten will und daß die Integration der palästinensischen Ökonomie in die israelische gefestigt werden soll. Wenn man die Grundsatzerklärung genau liest, so findet man einige Passagen, die das ganz genau regeln. Erstens: Es werden bestimmte Bereiche an die Palästinenser übergeben, und das sind speziell die Bereiche Kultur, Gesundheit, Ausbildung, Tourismus, Sozialwesen und direkte Besteuerung (Artikel VI, Pkt.2 der Grundsatzerklärung). Direkte Steuern sind z.B. Einkommenssteuer, Eigentumssteuer, Steuern auf kommunaler Ebene. Die indirekten Steuern hingegen bleiben in israelischer Hand, d.h. alles, was mit Export-Import zu tun hat, außerdem die Mehrwertsteuer. De facto heißt das, daß Israel die Kontrolle über die Außenbeziehungen der Ökonomie nicht aus der Hand gibt und daß die palästinensischen Gebiete und Israel weiterhin eine wirtschaftliche Einheit bilden sollen.

Zweitens spricht das Abkommen (Artikel XI und Anhang III und IV) von einer engen wirtschaftlichen Kooperation auf allen Gebieten der Wirtschaft, in den Bereichen Transport, Finanzen, Industrie, Handel, Umwelt, Stromversorgung, Wasser usw.. Dazu soll nach Inkrafttreten der Prinzipienerklärung ein israelisch- palästinensisches Komitee für wirtschaftliche Zusammenarbeit gegründet werden (so Art XI). Und in diesem Komitee werden natürlich die Probleme in den palästinensischen Gebieten diskutiert werden und nicht die Israels. Damit behält Israel sich de facto das Recht vor, sich in die inneren, d.h. wirtschaftlichen Angelegenheiten der palästinensischen Gebiete einzumischen.


In der Anfangsphase werden viele Arbeitsplätze im Bausektor entstehen

Frage: Aber eines wird doch der Vergangenheit angehören, nämlich daß Israel Ansätze einer eigenständigen palästinensischen Industrialisierung dadurch verhindert, daß es für Investitionen in bestimmte Bereiche keine Genehmigung erteilt?

Abdel Shafi: Das ist richtig. Aber das hat sich in der Tat schon vor dem Abkommen geändert. 1991, nach dem Golfkrieg, hat Israel eine neue Wirtschaftspolitik gegenüber Gaza eingeleitet, die auf einer Studie des israelischen Ökonomen Ezra Sadan beruht. Diese Studie wurde übrigens vom Verteidigungsministerium in Auftrag gegeben. An Stelle der massenhaften Beschäftigung von Arbeitern aus Gaza sollten, so der Grundgedanke von Sadan, in Gaza selbst Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden, und zwar in bestimmten Bereichen, die als Zulieferer für die israelische Industrie arbeiten. Um dies zu erreichen, sollte die Lizenzvergabe für Industrieunternehmen gelockert werden. Tatsächlich kam es im August 1991 zur Verordnung 1055 der israelischen Militärverwaltung, deren erklärtes Ziel es war, Investitionen in den Gazastreifen anzuregen. Dieses Umdenken Israels ruhte zum einen auf der Einsicht, daß die Angst vor der palästinensischen Konkurrenz im Industriebereich völlig unbegründet war - nach damals 24 Jahren Besatzung war die palästinensische Ökonomie nicht konkurrenzfähig. Zum anderen betrachtete man die 60.000 bis 70.000 in Israel beschäftigten Arbeiter als Sicherheitsrisiko und erkannte auch die Gefahr, die in der hohen Arbeitslosigkeit in Gaza selbst lag.

Zusammenfassend kann man sagen, daß das Hauptziel der israelischen Wirtschaftspolitik gegenüber Gaza darin besteht, ein Zuliefersystem (Subcontracting system) zu entwickeln.

Die **Economic Development Group (EDG)** ist eine private, nicht profitorientierte Organisation, deren Ziel eine Stärkung des Selbständigkeitsgedankens in der palästinensischen Gemeinschaft ist. Auf diesem Weg soll die Abhängigkeit von der israelischen Ökonomie reduziert und eine leistungsfähige palästinensische ökonomische und soziale Infrastruktur geschaffen werden.
Mit der Gründung der EDG wurde auf einen grundlegenden Strukturdefekt in den besetzten Gebieten reagiert. Seit der erzwungenen Schließung der arabischen Banken im Jahr 1967 gibt es keine Möglichkeit, an kommerzielle Kredite heranzukommen und auch Vergabeschienen für nicht kommerzielle Kredite mittlerer und langer Laufzeit fehlen völlig.
Seit Aufnahme ihrer Tätigkeit im Jahr 1987 hat die EDG Kredite im Gesamtwert von 9 Mio US $ vergeben. Während in der Anfangsphase die Aktivitäten der EDG vornehmlich auf kleinere Projekte in den Bereichen Landwirtschaft, Gewerbe und Dienstleistungen gerichtet waren und zugleich auf die sozialen Zielgruppen Frauen, Arbeitslose und ehemalige politische Gefangene, hat die EDG in jüngster Zeit auch die Förderung von Industrieprojekten in Angriff genommen.
Finanzielle Unterstützung erfährt die EDG u.a. durch die EU - EU-Darlehen machten in den vergangenen Jahren 85% des EDG-Kapitals aus. Eine weitere wichtige Geldgeberin ist die Palästinensische Wohlfahrtsorganisation mit Sitz in Genf.

Frage: Wurden die Empfehlungen von Sadan umgesetzt?
Abdel Shafi: Nicht alle Empfehlungen aus der Studie Sadans wurden bislang umgesetzt, vor allem nicht der freie Waren- und Personenverkehr zwischen Gaza und Israel. Am weitesten fortgeschritten ist die Umstellung der Landwirtschaft Gazas auf eine Agroindustrie, wie sie von Sadan angeregt wurde. In den vergangenen beiden Jahren erlebte Gaza eine Zurückdrängung des Anbaus von Zitrusfrüchten und Gemüse zugunsten der Produktion von Schnittblumen und Erdbeeren. Für Israel sind diese beiden Produkte wichtige Exportgüter für den europäischen Markt. Weil Blumen- und Erdbeerproduktion arbeitsintensiv ist, verlagert Israel seine Produktion nach Gaza, behält aber den Export nach Europa in der eigenen Hand. Während die palästinensischen Arbeiter in israelischen Schekel bezahlt werden, erhält Israel für seine Waren Devisen.

Frage: Nun direkt zu Ihrer Organisation, der Economic Development Group. Sie ist eine NGO und existiert schon viel länger als die Organisation für Wirtschaftsentwicklung der PLO (PECDAR - Palestinian Economic Council for Development And Reconstruction), die eigens geschaffen wurde, weil die Weltbank ein formal von der PLO getrenntes institutionelles Gegenüber haben wollte. Wie ist denn das Verhältnis von EDG und PECDAR?
Abdel Shafi: Bislang gibt es keine offizielle Beziehung zu PECDAR. Aber weil PECDAR die zentrale palästinensische Stelle sein wird, die alle wirtschaftlichen Aktivitäten koordiniert, wird natürlich zwangsweise irgendeine Art der Kooperation entstehen. Aber wir bestehen dabei darauf, daß wir eine unabhängige Organisation sind und bleiben. Wir befürchten, und ich kann nur hoffen, daß es nicht dazu kommt, daß die PLO oder die palästinensische Führung die Absicht hat, alle NGOs unter ihre Kontrolle zu bringen. Wir glauben, daß die Existenz von einem breiten Netz von NGOs auf allen Ebenen, nicht nur auf der wirtschaftlichen, eine wichtige Voraussetzung ist für die Demokratie in der palästinensischen Gesellschaft.

Frage: Was Sie sagen, deckt sich weitgehend mit der Position des Ökonomen Nabil Handal aus BirZeit. Auch der hält die lokalen NGOs für die wichtigsten Ansprechpartner für eine vernünftige Wirtschaftspolitik. Den PLO-Leuten in der PECDAR z.B. unterstellt er, daß sie von der Realität in den besetzten Gebieten zu geringe Kenntnisse haben. Außerdem kritisiert er an den PLO-Ökonomen, daß sie sich zu allzu willfährigen Gehilfen der Weltbank machen lassen.
Abdel Shafi: Es ist in der Tat so, daß das ökonomische Programm der PLO von der Weltbank ausgearbeitet wurde. Das ist kein Geheimnis. Die Weltbank hat Ende Oktober/Anfang November zwei Dokumente geliefert. Ein Dokument ist das Programm über Technische Hilfe (Technical Assistance Programme), das andere ist das Sofortprogramm (Emergency Programme). Beide Dokumente wurden als Empfehlung an die PLO übergeben - mit dem Recht, Passagen zu streichen, Dinge zu ergänzen usw.. Das wurde auch gemacht und dann wurde das Programm quasi adoptiert von der PLO, so daß es jetzt ein palästinensisches Dokument ist. Aber die Prioritäten wurden von der Weltbankt bestimmt.
Zu dem Sofortprogramm wäre vielleicht noch zu ergänzen, daß es streng auf neoliberalen Grundsätzen ruht. Im Zentrum steht der Aufbau von Infrastruktur, die Voraussetzungen schaffen soll für private Investitionen im Industriebereich. Eine direkte Industrieförderung ist nicht vorgesehen. Die würde nämlich der Idee einer staatsfreien Marktwirtschaft widersprechen. Investitionen im Wohnungsbau kommen in dem Weltbankprogramm ebenfalls nicht vor.

Frage: Welche konkreten Schritte wurden denn auf der Basis dieses Weltbankdokuments bereits eingeleitet? Gibt es schon konkrete Projekte?
Abdel Shafi: Was bislang praktisch läuft, sind Studien. Das Dokument geht von notwendigen Studien im Wert von 10 Mio $ aus. Wer führt die Studien durch? Natürlich die ausländischen Experten. Man muß generell davon ausgehen, daß ein Großteil des Geldes, das z.B. die Europäer für den wirtschaftlichen Aufbau in Palästina ausgeben, wieder nach Europa zurückfließt. Was auch schon angelaufen ist, ist ein Prozeß der Gründung von Organisationen. Die US-AID hat z.B. mit einem Programm zur Förderung des privaten Sektors in der Westbank und Gaza begonnen. Es soll eine Institution entstehen, deren Aufgabe die Beratung von Unternehmen, consulting, training, management usw. sein wird. Für diese Institution wurde ein Budget von 14 Mio US$ veranschlagt. Das Programm wurde nur in den USA ausgeschrieben, d.h. nur amerikanische Firmen durften sich bewerben. Es ist also auch bei diesem Beispiel so, daß ein großer Teil des Geldes an die Amerikaner zurückfließen wird.

Frage: Werden Ihrer Meinung nach auch israelische Firmen bessere Karten haben als lokale palästinensische - z.B wenn es um die Vergabe von Aufträgen im Bau- oder Straßenbau geht?
Abdel Shafi: Nehmen wir noch einmal das Dokument der Weltbank. Da heißt es konkret folgendermaßen: Bei Aufträgen im Wert von bis zu einer halben Mio. US$ haben palästinensische Firmen Priorität. Aber das werden die wenigsten Projekte sein. Bei mehr als einer halben Mio. $ wird das international ausgeschrieben. Und da sind die Israelis natürlich sehr interessiert. Und die sind vor allem konkurrenzfähig. Die kennen das Land sehr gut, sind quasi direkt vor Ort. Aber israelische Firmen gelangen mit einem kleinen Trick selbst an die Aufträge, deren Volumen unter einer halben Mio US $ liegt. Dazu brauchen sie nur eine palästinensische Firma als subcontractor. Ich weiß im Augenblick von zwei Fällen, wo israelische Firmen Verträge mit Gazafirmen abgeschlossen haben, die als subcontractors für sie arbeiten.

Frage: Nun zu einem anderen Komplex. Wie wird sich denn die Währungspolitik in den besetzten und teilautonomen Gebieten während der fünfjährigen Übergangszeit gestalten?
Abdel Shafi: In Paris liefen Verhandlungen zwischen der PLO und Israel zu konkreten wirtschaftlichen Fragen. An erster Stelle stand natürlich die Frage der Währung und das Finanzwesen. Da gibt es zwar noch keine konkrete Vereinbarung. Soviel ist aber schon klar, daß Israel die Kontrolle über das Bankwesen und die Zulassung neuer Banken den Palästinensern überlassen wird. Was jedoch die Frage der Währungshoheit anbetrifft: man geht davon aus, daß die israelische und die jordanische Währung die offiziellen Währungen in den besetzten Gebieten sein werden, und daß die israelische Zentralbank und die jordanische die Geldmengenpolitik und die Zinsen bestim-

men werden. Und gerade deshalb werden ja auch die Palästinenser gezwungen sein, alle ihre wirtschaftspolitischen Maßnahmen mit Israel und mit Jordanien abzustimmen

Frage: Was bedeuten für Sie die Einflußmöglichkeiten dieser beiden Staaten ?

Abdel Shafi: Im Falle Jordaniens habe ich keine so große Bedenken wie im Falle Israels. Immerhin steht in der Vereinbarung mit Jordanien, daß Jordanien in den Aufsichtsrat der Zentralbank Palästinenser aufnehmen wird, so daß es hier ein Mitspracherecht gibt.

Frage: Sie haben jetzt sehr viel zu den schwierigen Rahmenbedingungen gesagt, unter denen der wirtschaftliche Aufbau in den besetzten Gebieten während der in der Prinzipienerklärung festgelegten fünfjährigen Übergangszeit vollzogen werden muß. Was wäre Ihrer Meinung nach das Beste, was die Palästinenser in dieser Situation machen können? Was sind Ihre Vorstellungen von einer halbwegs akzeptablen Wirtschaftspolitik?

Abdel Shafi: Ich muß zunächst klarstellen, daß Integration in die israelische Wirtschaft nicht bedeutet, daß das Lebensniveau niedrig sein wird. Wir gehen davon aus, daß in den ersten Jahren, vorausgesetzt, das Abkommen wird umgesetzt und es werden Investitionen getätigt, das Lebensniveau angehoben wird.

Problem Nummer eins in Gaza ist die Arbeitslosigkeit. Wir haben derzeit eine Arbeitslosenquote von 60 Prozent. Dieses Problem können wir aus eigenen Kräften zunächst nicht lösen, wir brauchen also Israel. Und da müssen wir mit den Israelis verhandeln und festlegen, daß Israel mindestens 40.000 Arbeiter aus Gaza beschäftigt. Im Unterschied zur gegenwärtigen Situation müssen diese Arbeiter allerdings Rechte erhalten. Dazu gehört, daß ihnen nicht, wie früher, Sozialversicherungsbeiträge einfach nur abgezogen werden, sondern daß sie tatsächlich sozialversichert sind. Außerdem denke ich an Kündigungsschutz und alle anderen üblichen Arbeitnehmerrechte.

Außerdem gehen wir davon aus, daß Investitionen in die Infrastruktur in den ersten fünf Jahren etwa 10.000 bis 15.000 Arbeitsplätze schaffen werden. Die Infrastruktur ist ein arbeitsintensiver Bereich. Wir haben den rechnerischen Überschlag gemacht, daß man für die Schaffung eines Arbeitsplatzes in der Infrastruktur etwa 10.000 bis 15.000 US $ benötigt. Im industriellen Bereich hingegen benötigt man, um einen Arbeitsplatz zu schaffen, eine Investition von 35.000 bis 60.000 $. In der Landwirtschaft liegen die Kosten in ähnlicher Höhe wie bei der Infrastruktur. Wenn wir also mit den Israelis zu der Vereinbarung kommen, daß sie 40.000 Arbeitskräfte nehmen, und außerdem noch 15.000 Arbeitsplätze lokal neugeschaffen werden, durch Investitionen im Industriebereich, im Wohnungsbau, in der Infrastruktur, dann wird die Arbeitslosigkeit auf eine Quote von 10 bis 15 Prozent zurückgehen. Eine Arbeitslosigkeit in dieser Größenordnung wäre noch zu ertragen.

Zweitens. Der lokale Markt von Gaza ist sehr klein. Wenn man Investitionen will, muß man auch über Absatzmöglichkeiten reden. Ich denke, man sollte langsam, sehr langsam und vorsichtig versuchen, neue Märkte zu erschließen. Und damit könnte langfristig eine größere Unabhängigkeit von der israelischen Wirtschaft erreicht werden. Die Bindungen würden in diesem Fall nicht von einem Tag auf den anderen gekappt werden, sondern allmählich. Bei den neuen Märkten denke ich an die arabischen Staaten. Da gibt es ein Potential. Nehmen wir den Irak zum Beispiel. Das ist ein potentieller Markt für landwirtschaftliche Produkte aus den besetzten Gebieten und auch für einige industrielle Produkte. Wir haben in der Westbank z.B. pharmazeutische Industrie, wir haben Plastikindustrie und auch Möbelherstellung. Ich denke aber auch an Libyen und sogar an Europa - da gibt es ein Nachfragepotential vor allem für die landwirtschaftlichen Produkte aus Gaza und Westbank.

Was uns fehlt, und da sind wir im Nachteil gegenüber den Israelis, ist Flexibilität. Deren Stärke in der Landwirtschaft besteht darin, daß sie sehr viel in die angewandte Forschung investieren. Dadurch können sie sehr flexibel reagieren auf die Märkte. Wenn die merken, Tomaten und Gurken bringen nichts in Europa, dann steigen sie eben auf exotische Früchte wie Kiwis und Avocados um. Hier hat die palästinensische Ökonomie einen Nachholbedarf. Wir können uns nicht hinter den traditionellen Produkten verstecken.



Gaza-Beach im Jahr 2000 ?

Ein dritter Bereich wäre Tourismus - und wir meinen lokalen Tourismus. Auch dieser Bereich muß sehr vorsichtig aufgebaut werden. Tourismus hat auch den Vorteil, daß er gerade im Baubereich Arbeitsplätze schafft. Zudem stimuliert Tourismus die Leichtindustrie wie Lebensmittelindustrie, Getränke-, Bekleidungsindustrie. Und schließlich fördert der Tourismussektor einen breiten Dienstleistungsbereich, Restaurants, Taxigewerbe, Busse usw.. Und das sind alles arbeitsintensive Bereiche. Das sind in groben Zügen meine Vorstellungen bezüglich der künftigen Entwicklung.

Das Interview führten Isabel Armbrust und Christoph Lienkamp am 20. März 1994.

*Salah Abdel Shafi ist Exekutivdirektor und Chef des Gazabüros der Economic Development Group (EDG), siehe Kasten

Vorwort

Fünfzig Jahre Bretton Woods, das muß gefeiert werden! Und so geben sich die Manager im Herbst in Madrid die Ehre und die beauftragten PR-Experten knipsen schon im Vorfeld gleißende Scheinwerfer an, um die weltweiten Leistungen der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds in gebührendes Licht tauchen zu können. Sicher, man hat Fehler gemacht. So haben einige der berüchtigten Infrastrukturprojekte, von denen die Staudämme nur den größten Wirbel verursacht haben, selbst in internen Studien ein vernichtendes Urteil erhalten. Aber verspricht man nicht Besserung? Da ist zum Beispiel von "regionalen Lösungsansätzen für Entwicklungsprobleme" die Rede. Über "konkrete Aktivitäten" wollen die Manager näher an den Problemen der Betroffenen sein.

Aber ist nicht nach dreieinhalb Dekaden der Nicht-Entwicklung jeder Optimismus unangebracht? Schon die Erklärungen, die die Entwicklungexperten der Bank für die ausgebliebene Entwicklung in vielen Dritte-Welt-Ländern anführen, lassen auf eine große Verdrängungsneigung schließen. Nur halbherzig umgesetzte Strukturanpassungsprogramme oder gar völlig ausgebliebene Strukturanpassungen stehen immer noch an erster Stelle der Erklärungen. Die betroffenen Regierungen, so die Banker, halten sich einfach nicht an die vorgegebenen Regeln.
Dabei wurde Ende der achtziger Jahre die Krise gerade der 'erfolgreichen' Strukturanpassung manifest. In etlichen afrikanischen Staaten ging die von den Anpassungsmaßnahmen am meisten betroffene städtische Bevölkerung auf die Staße. Paradoxerweise gerieten die jeweiligen Eliten, mit denen die Bretton-Woods-Institutionen meist gut zusammengearbeitet hatten, durch diese Revolten in Bedrängnis, da sie trotz aller antiimperialistischen Rhetorik ihr eigenes Versagen nicht vertuschen konnten. Der Ruf nach mehr Demokratie war unüberhörbar.
Die Weltbank riß Anfang der 90er Jahre das Steuer herum und machte sich die Forderungen der Demokratiekongresse und Runden Tische in Afrika auf dem Papier und rhetorisch zu eigen. Und so lesen wir mit staunenden Augen den neuen Kriterienkatalog für die jeweiligen Länder, die mit der Weltbank zusammenarbeiten wollen. Die Diktatoren müssen sich transparent geben, Wahlen durchführen und soziale und ökonomische Partizipation zulassen. Clever ausgedacht. Nur: wie verhält es sich mit der Demokratie innerhalb der Institutionen von Bretton Woods?
Niemand kontrolliert die Kontrolleure, die Experten, die die Planungen für den Narmada Staudamm verbrochen haben. Niemand fragt nach, warum die Bank in den 80er Jahren für Ceaucescus Rumänien einer der wichtigsten Vertragspartner war. Die Zusammenarbeit mit den Stalinisten ging so weit, daß im Flurfunk der Weltbank der Witz kolportiert wurde, Chile sei 1973 fallen gelassen worden, da es noch zu wenig sozialistisch gewesen sei.
In den Regionen bzw. Ländern gibt es keine Möglichkeit für die Menschen, darüber zu entscheiden, ob sie die Projekte so wollen oder nicht. Trotz vieler, selbst in internen Studien kritisierter Fehlschläge, beziehen alle verantwortlichen Manager weiter ihr gutes Gehalt. 37% Prozent der Projekte gingen laut einer offiziellen Studie selbst nach den großzügigen Kriterien der Weltbank den Bach runter. Das ist wohlgemerkt eine weltweite Durchschnittszahl. In Afrika liegt die Quote mindestens zehn Prozentpunkte höher.

Hand aufs Herz, wer kennt den Namen des deutschen Exekutivdirektors der Weltbank, der die ganzen Geschichten mitverantwortet? Vermutlich liegt selbst bei den Lesern und Leserinnen einer entwicklungspolitischen Fachzeitschrift der Anteil jener, denen er bekannt ist, im Promillebereich. Er heißt nicht Hans Maier, hat aber einen ähnlich deutschen Namen: Fritz Fischer. Im Gegensatz zu den Vertretern der nationalen politischen Klasse, die sich in Talkshows lümmeln und uns im Superwahljahr von tausend Plakatwänden herunter anlächeln, verhalten sich die Herrscher der mächtigen Institutionen wie traditionelle Machthaber: Sie wollen alles sehen, ohne selbst gesehen zu werden. Unsere aktuellen Spitzenpolitiker zeichnen sich dagegen eher dadurch aus, daß sie von allen gesehen werden, ohne selbst sehen zu können. Fritz Fischer und seine Kollegen haben die Mutation von der Elite zur Prominenz noch nicht nachvollzogen.
Nehmen wir an, Sie sind stinksauer über eine Entscheidung des Exekutivrates der Weltbank, und Sie wollen wissen, wie und warum ihr nationaler Vertreter so oder so abgestimmt hat. Sie könnten scheitern: Fischer gibt, wenn Sie Glück haben, gnädigerweise Auskunft. Die Kollegen Jean-Pierre Landau aus Frankreich und David Peretz aus Großbritannien winken grundsätzlich ab: 'Kein Kommentar'. Sie sind nicht verpflichtet, über ihr Votum Auskunft zu geben, geschweige denn es zu rechtfertigen. Das ist Demokratie auf der Stufe von Preußen im 19. Jahrhundert. Der Apparat kontrolliert sich ausschließlich selbst.
An dieser Kluft zwischen dem Anspruch, der an die Gesellschaften der "Dritten Welt" gerichtet wird und der Wirklichkeit der internen Strukturen der Weltbank und des IWF müssen wir mit unserer Kritik ansetzen. Hier besteht die Chance, die Verantwortlichen ans Licht der Öffentlichkeit zu ziehen, das sie scheuen wie der Teufel das Weihwasser. In diesem Lande ist das nur zweimal ernsthaft versucht worden. Im Herbst 1984 brachten die Grünen im Bundestag durch eine große Anfrage den Themenkomplex IWF/Weltbank zum ersten Mal in die Öffentlichkeit. Zuvor waren nur die Mitglieder des Finanzauschusses klandestin damit beschäftigt. 1988, zur IWF-Jahrestagung in Berlin, eroberte sich die Gegenöffentlichkeit die Straße und machte der Welt, in erster Linie den Gesellschaften der Dritten Welt klar, daß ihre Probleme auch hier wahrgenommen werden. Seither herrscht aber Funkstille. Nur in kleinen Spezialzirkeln ist das Thema IWF und Weltbank noch en vogue. Aber die Ergebnisse aktueller und zurückliegender Diskussionen gehören dieses Jahr wieder auf den Tisch. Die Ohren der Öffentlichkeit werden im Herbst wieder etwas offener sein. Wir sollten das ausnützen.
Wir präsentieren daher einen Themenschwerpunkt, der die Politik der Bretton-Woods-Institutionen ein weiteres Mal unter die Lupe nimmt und dabei neue Fragestellungen berücksichtigt, die 1988 noch nicht in Sichtweite waren. Einige Autoren stellen in ihren Beiträgen konkrete Veränderungsvorschläge zur Diskussion. Der Vorwurf des Reformismus liegt ohne Frage in der Luft. Was aber, wenn konkrete Veränderungsvorschläge, die von vielen Gruppen unterstützt werden, die Manager in IWF und Weltbank in die Zwickmühle bringen?

Die Redaktion

Nicht nur Gelder verschieben

Plädoyer für eine neue Rolle der Weltbank

Die Weltbank ist, laut Bruce Rich, gänzlich ungeeignet, an lokale Gegebenheiten angepaßte Lösungen zu initiieren bzw. zu fördern. Genau solche sind aber heute gefragt. So steht für Rich, intimer Kenner der Weltbank und einer ihrer schärfsten US-amerikanischen Kritiker, eine entscheidende Veränderung auf der Tagesordnung: Entweder muß die Weltbank so grundlegend reformiert werden, daß sie zivilgesellschaftlichen Anforderungen gerecht wird oder sie muß ihre Arbeit beenden, um neuen Konzepten Raum zu geben.

Was soll aus der Weltbank werden? Die Frage was aus der Weltbank werden soll, ist im wesentlichen die Frage wie man den Bedürfnissen der Menschen, vor allem der Armen in Entwicklungsländern, gerecht werden kann. Es geht um die Länder, die man traditioneller Weise als 'Dritte Welt' bezeichnet, aber auch um große Teile des früheren Ostblocks. Zur Lösung dieser Aufgabe bedarf es möglicherweise großer internationaler Institutionen, aber wenn solche Institutionen erfolgreich sein sollen, müssen sie mehr und mehr Züge dezentraler Netzwerke annehmen. Würde man sich entschließen, die Weltbank zu 'reformieren', dann müßten die Reformen so weitreichend sein, daß eine ganz neue Institution entstehen würde. Solche Veränderungen würden voraussetzen, daß es gelänge, in gewissem Maß eine kritische Meinung zu mobilisieren, und daß in den größten Geberländern, die Mitglied der Weltbank sind, Druck ausgeübt würde.

Manchmal gelingt es großen privaten Konzernen, sich in solcher Weise zu verändern, wenn sie sich dem brutalen Zwang der Konkurrenz ausgesetzt sehen und sich ändern müssen, um nicht unterzugehen. Aber auch solche Konzerne werden oft durch agilere Mitbewerber verdrängt. Eines der Probleme liegt darin, daß die Weltbank nicht dem Druck irgendeiner Konkurrenz ausgesetzt ist (die regionalen Entwicklungsbanken sind eher Kopien und Juniorpartner der Weltbank als Konkurrentinnen). Das De-facto-Monopol der Weltbank ist künstlich, es wurde der Weltbank von ihren größeren Geldgebern ermöglicht.

Ein erster Reformschritt müßte darin bestehen, die Quelle des Problems zu verstopfen - den Geldfluß, denn das Bedürfnis nach Geld ist letztendlich der Grund für die Aufnahme von Anleihen. Wenn sich die Bank als nicht reformierbar erweist (die spezifischen Elemente einzelner Reformen sollen weiter unten behandelt werden) würde eine Reduktion der ihr zur Verfügung stehenden Geldmittel auch ihren Einfluß beschneiden. Für den Fall, daß die Bank reformierbar ist, lehrt die Erfahrung, daß glaubwürdige Drohungen, die Finanzmittel zu beschneiden, das letzte und effektivste Mittel sind, das widerstrebende Bürokratien dazu zwingen kann, sich neu zu erfinden. Aber noch wichtiger ist, daß die Öffentlichkeit Druck auf die Regierungen der Mitgliedsländer der Bank ausüben sollte, eine ganze Reihe unterschiedlicher alternativer Institutionen und Kanäle der Entwicklungshilfe zu fördern, und zwar solche, die eine bessere Gewähr bieten, den Menschen und der Umwelt wirklich zu helfen. Größere Diversität und Konkurrenz sind unbedingt nötig, wenn alternative Strukturen und Netzwerke geschaffen werden sollen, um ein flexibles, effektives und sensibles internationales System zu schaffen, eines, das in der Lage ist, weltweite Probleme auf lokaler Ebene anzugehen.

Vorbild Klimabündnis

Zum Beispiel ist das neuartige Modell des europäischen Klimabündnisses, das ein Eingreifen auf lokaler Ebene ermöglicht, wert, auf breiterer Basis entwickelt zu werden. Um das Problem der Erwärmung des Planeten anzugehen, geht das Klimabündnis davon aus, daß im Norden und im Süden gleichzeitig eine Veränderung stattfinden muß. Es versucht dies dezentral in die Praxis umzusetzen, indem es lokale Aktionen, die darauf abzielen, die Wirtschaftsweise des Nordens zu verändern, mit der Hilfe für Gemeinschaften im Süden verbindet. Die klassische Herangehensweise zentralisierter supranationaler Hilfsorganisationen besteht darin, den Regierungen im Süden Geld in den Rachen zu werfen, man kümmert sich nicht um die Notwendigkeit einer Veränderung im Norden. Die Verbindungen und der Austausch zwischen europäischen Gemeinden und Nichtregierungsorganisationen im Süden, die das Klimabündnis charakterisieren, ähneln sehr viel mehr dem zukünftigen Modell des Managements, einem Netzwerk von Mikroprozessoren (oder anderen organisierten Systemen für Information und Vermittlung von Wissen, ob es sich nun um Neutronen oder soziale Gruppen handelt). Sie arbeiten nebeneinander, im Gegensatz zu einem einzigen zentralistisch arbeitenden System oder einem Zentralcomputer. Wenn die Ziele eines weltweiten Umweltschutzes erreicht werden sollen, und wenn die Entwicklungshilfe von Grund auf umgestaltet werden soll, könnte man damit beginnen, Netzwerke wie das Klimabündnis zu unterstützen und zu schaffen. Sie sind ein Ausdruck gemeinsamer Interessen und geteilter Verantwortung zwischen wirklichen Gemeinschaften im Norden und im Süden.

Ansatzpunkt Rechenschaftslegung

Welche Chancen bestehen, die Bank zu reformieren, hängt zum großen Teil davon ab, ob ihre Mitgliedsregierungen dazu gebracht werden können, mehr Rechenschaft über ihr Handeln abzugeben und auf Forderungen einzugehen. Die internationale Kampagne von Nichtregierungsorganisa-

tionen für eine Reform der Umweltpolitik hat im vergangenen Jahrzehnt gezeigt, daß die Mobilisierung von Aktivitäten außerhalb der Regierungsebene durchaus Einfluß auf Regierungen ausüben kann und in manchen Aspekten auch auf die multilateralen Entwicklungsbanken. Aber es hat sich gezeigt, daß die meisten Veränderungen, die bisher stattfanden, eher Veränderungen in der Bürokratie als Veränderungen der Inhalte waren. Die Regierungen der wichtigsten Mitgliedsländer der Bank sind bereit gewesen, einzelne Projekte und Vorgehensweisen in Frage zu stellen, nicht aber grundlegendere institutionelle Probleme. Wir sollten uns aber auch darüber im klaren sein, daß einige der Veränderungen, die die Kampagne bewirkt hat, durchaus große Bedeutung für die Umweltpolitik und die gesellschaftliche Entwicklung haben: Zum einen hat die Bank darauf verzichtet, sich an dem Geschäft der Finanzierung landwirtschaftlicher Kolonisationsprogramme in ursprünglichen Wäldern zu beteiligen. Daß die Weltbank neue Polonoroestes Transmigrasi[1] finanziert, werden wir nicht erleben.


Die Alternative: Ein Netzwerk von Mikroprozessoren. Foto: Brot für die Welt.



Kreditsucht im Süden

Letztendlich sind die Mitgliedsregierungen der Bank der Meinung, daß die Bank wichtigen, wenn auch zweifelhaften, politischen Zielen dient. Ziele, die als wichtiger angesehen werden, als die Folgen einzelner Projekte. Die meisten Mitgliedsregierungen haben stillschweigend eine Situation akzeptiert, wo das Management und das Personal der Bank jahrelang halb autonom operierten und dem Exekutivrat[2] Informationen vorenthalten haben und manchmal die Direktoren in die Irre geführt und getäuscht haben. Es ist klar, daß für die Länder des Nordens die Bank ein praktisches politisches und finanzielles Werkzeug ist, bei dem Versuch, die Widersprüche ungleicher Beziehungen zwischen Norden und Süden zuzukleistern, und daß die Bank einen Vorwand bietet, sich davor zu drücken, das Problem der Verschuldung ernsthaft anzugehen. In jüngster Zeit hat sich die Bank als nützlich erwiesen, wenn es darum ging, auf die Forderung der Öffentlichkeit zu reagieren, etwas gegen die weltweite ökologische Krise zu tun, und wenn man kosmetischen Veränderungen den Anschein der Glaubwürdigkeit verleihen wollte. Die Bank ist als Institution ungeeignet, diese Probleme anzugehen, sie dient den Regierungen als gefährliches, irreführendes Alibi und fördert die Illusion, daß etwas getan wird, während sich die Probleme verschlimmern.

Die Minister und Beamten der Regierungen des Südens protestieren zwar gegen die Stimmenverteilung in der Bank (wo der Norden dominiert) und gegen ihre arrogante Verhandlungsführung. Sie sind aber süchtig geworden nach ihren Krediten. Die Kreditvergabe der Bank in der Größenordnung von 24 Mrd. Dollar pro Jahr ist nichts anderes als eine Maschinerie weltweiter politischer Patronage, für die es in der Weltgeschichte kein Beispiel gibt. Sie schmiert das Getriebe der Bürokratien im Finanz- und Planungswesen, in der Energiewirtschaft und der Landwirtschaft. In der gesamten Dritten Welt fördert sie den Ehrgeiz der in diesen Bereichen beschäftigten Kader.

In näherer Zukunft wird die Weltbank weiterhin eine einzigartige Rolle in der internationalen Politik einnehmen. Sie wird eine Art archimedischer Punkt sein, von dem aus starke Hebelkräfte auf bestimmte Stellen der Welt ausgeübt werden können. Langfristig gesehen hat ihre Attraktivität für die Regierungen nichts mit dem zu tun, was sie in einem bestimmten Moment tut oder propagiert, es geht einzig und allein um die Stellung, die sie im politischen Raum einnimmt. Der Hebel, der von diesem Punkt aus betätigt werden kann, hat, wenn er mißbraucht wurde, zahllose verhängnisvolle Programme mit Leben erfüllt, die ohne diesen Hebel aufgrund von unzureichender Finanzierung und mangelnder Unterstützung innerhalb des jeweiligen Landes eines natürlichen Todes gestorben wären.

Stärkung der Zivilgesellschaft

Könnte man den gleichen Hebel benützen, um der weltweiten Zivilgesellschaft gegenüber den Regierungen, Raum zu schaffen, um eine notwendige gemeinsame Evolution und ein Aufeinanderzugehen von Regierungen und sozialen Bewegungen bzw. Umweltschutzbewegungen zu fördern? Kann die Bank selbst radikal umstrukturiert werden, um die Werte einer weltweiten Zivilgesellschaft widerzuspiegeln - Rechenschaftspflicht, Transparenz, Freiheit, Mitgefühl?

Obwohl es zahllose Gründe gibt, pessimistisch zu sein, ist es nicht unmöglich, die Bank umzustrukturieren. Es ist eine Frage des weltweiten politischen Willens. Ich möchte einige der Voraussetzungen einer solchen Transformation aufzählen: Die Frage der Rechenschaftspflicht ist die wichtigste, davon hängen alle anderen Veränderungen ab. Es kann keine Rechenschaftspflicht ohne Transparenz geben. Erinnern wir uns an Max Webers Analyse der Macht der Bürokratie. Seiner Ansicht nach basiert sie vor allem auf der Verfügung über die Information, auf dem 'offiziellen Geheimnis'. Die uneingeschränkte Informationsfreiheit ist eine Voraussetzung für jede internationale Institution, die diesen Namen verdient. Das bedeutet, daß die Dokumente der Bank für die Öffentlichkeit zugänglich sein müssen, vor allem im Anfangsstadium der Vorbereitung eines Projektes. Die Standardantwort der Bank auf diese Forderung besteht im Verweis auf die nationale Souveränität ihrer Kreditnehmer - peinlicherweise ist das vielleicht der einzige Bereich, in dem die Bank in der Praxis dieses Prinzip immer respektiert hat. Die nationale Souveränität ist ein Begriff der Aufklärung, eine Idee, die während fünfhundert Jahren bis zur Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts an Stärke zugenommen hat, die aber von den neuen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen

Realitäten auf der Welt zunehmend in Frage gestellt wird. Außerdem ist die Souveränität nicht absolut, sondern bezieht ihre Legitimität aus der informierten Zustimmung und der Beteiligung der Regierten.

Aber auch wenn alle Umweltverträglichkeitsprüfungen öffentlich gemacht werden, bleibt ein Großteil der wesentlichen Informationen über die Projekte der Bank geheim. Nachdem der US-Kongreß wiederholt damit gedroht hatte, der Bank die Finanzierung zu entziehen, sah sie sich veranlaßt, im September 1993 eine neue Informationspolitik anzukündigen. An der ist aber wenig neu. An den entscheidenden Punkten vor der Bewilligung eines Kredits sind alle Dokumente der Bank weiterhin geheim, mit Ausnahme eines oberflächlichen, geschönten, zwei oder drei Seiten langen 'Projektinformations-Dokuments'. Thomas Jefferson hat geschrieben: "Wenn ich zu entscheiden hätte, ob wir eine Regierung ohne Zeitungen oder Zeitungen ohne Regierung haben sollten, dann würde ich keinen Moment zögern, das Letztere vorzuziehen". Es wäre besser keine Weltbank zu haben, als eine zu haben, die weiterhin ohne Informationsfreiheit arbeitet.

Unabhängige Kontrollen

In der Praxis bedeutet die Rechenschaftspflicht in einer Institution wie der Bank mehr als den öffentlichen Zugang zu Information. Max Weber hat die Bedeutung parlamentarischer Kontrolle und Untersuchungsausschüsse mit uneingeschränkten Befugnissen betont, "unabhängig vom Wohlwollen der Beamten". Im Fall der Weltbank war die Morse-Kommission[3] ein Untersuchungsausschuß in diesem Sinn. Ein einmaliger Fall in der Geschichte internationaler Institutionen. Ihre Effektivität als einer wirklich unabhängigen Untersuchungsinstanz beruhte auf ihrem uneingeschränkten Zugang zu den internen Dokumenten der für Indien zuständigen Länderabteilung der Bank und auf ihrer völligen Unabhängigkeit von der Verwaltung der Bank. Aber ihre Aufgabenstellung war begrenzt und zur Verblüffung der Weltöffentlichkeit ignorierte das Bankmanagement ihre Empfehlungen.

Eine reformierte Weltbank müßte von einer Art permanenter Morse-Kommission überwacht werden. Diese Kommission könnte aus Repräsentanten der Zivilgesellschaft aus allen Teilen der Welt bestehen und Umweltschützer, Vertreter von Universitäten und Kirchen, von Menschenrechtsorganisationen und Organisationen, die für soziale Gerechtigkeit eintreten usw., umfassen. Ein solcher 'unabhängiger Petitionsausschuß' müßte uneingeschränkte Befugnis haben, spezifische Klagen, Umweltzerstörung und Verstöße gegen Menschenrechte bei der Tätigkeit der Bank zu untersuchen und müßte uneingeschränkten Zugang zu den Akten der Bank haben.

Im Herbst 1993 arbeitete die Bank einen Vorschlag für ein zahnloses 'Inspektionsorgan' aus - auch damit reagierte sie auf wachsende Kritik aus allen Teilen der Welt. Dieses 'Inspektionsorgan' würde über noch weniger Unabhängigkeit und Ressourcen verfügen als die bereits existierende Abteilung der Bank zur Auswertung ihrer Aktivitäten. Die Empfehlungen dieses 'Inspektionsorgans' wären nicht verbindlich und seine Berichte über die Probleme in laufenden Projekten sollten nicht veröffentlicht werden, bevor das Management und die Exekutivdirektoren entschieden haben, wie sie darauf reagieren wollen.

Die Regierungen der größten Anteileigner der Bank sollten unter Druck gesetzt werden, das Exekutivdirektorium anzuweisen, die Richtlinen der Bank so zu verändern, daß eine wirklich unabhängige Kontrollkommission installiert wird, die das Management zwingen kann, ihren Anweisungen zu folgen.

Ein anderer Aspekt der Rechenschaftspflicht hat mit der Verantwortung des Personals der Bank für den Erfolg der Projekte zu tun. Es spielt keine Rolle, wie mangelhaft die Planung und die Ausführung eines Projekts ist, wie tragisch die Folgen für die Menschen und für die Umwelt sind. Es spielt keine Rolle, wenn gegen die offiziell verkündete Politik und Geschäftsordnung der Bank verstoßen wird. Niemand wird verantwortlich gemacht. Im Gegenteil: Viele Manager der Bank, die tief verstrickt waren in die Planung und die Ausführung ihrer schlimmsten sozialen und ökologischen Desaster im letzten Jahrzehnt, sind befördert worden, obwohl es interne Berichte gab, die belegen, daß sie abweichende Ansichten unterdrückt haben und daß sie das höhere Management und den Exekutivrat der Bank in die Irre geführt haben.

Zwang zur Kreditvergabe

Außer dem Mangel an Rechenschaftspflicht hält die Bank seit ihrer Gründung an einer zweiten Sünde fest: dem Zwang, Kredite vergeben zu müssen. Von Anfang an hat die Bank unter einem Mangel an bankfähigen Projekten gelitten. In späteren Jahren wurde dieses Problem verschärft durch den notorischen Rückstand der Bank beim Nettogeldtransfer, der dadurch verursacht wird, daß sie nur eine beschränkte Zahl von Ländern der Dritten Welt als Kunden hat. Der Wapenhansreport[4] von 1992 zeigt ein trübes Bild einer Institution, die praktisch außer Kontrolle geraten ist, wo der Zwang, Kredite



Unter Geiern: Viele Manager der Bank sind tief verstrickt...

Foto: Aus Jürgen Heinemann, América, Edition dia.

vergeben zu müssen, alle anderen Überlegungen in den Hintergrund gedrängt hat.

Es gibt in jüngerer Zeit einige Anzeichen dafür, daß der Druck, Kredite vergeben zu müssen, so tief in der Institutionskultur der Bank verwurzelt ist, daß er unausrottbar ist. Die erste Reaktion der Bank auf den Wapenhansreport war nicht, ihre bereits existierenden Anstrengungen, die Projektqualität zu erhöhen, zu verstärken (diese Richtlinien sind unter dem Namen 'operational directives' oder 'ODs' bekannt). Viel mehr zog die Bank den Schluß, daß diese Richtlinien zu kompliziert seien und ihre Umsetzung zu schwierig sei. Dementsprechend teilte das Bankmanagement Anfang 1993 seinen Beschäftigten mit, daß alle wichtigen ODs neu formuliert werden sollen - zum Beispiel was Zwangsumsiedlungen, Umweltverträglichkeitsprüfungen und den Schutz von Stammesvölkern betrifft. Es soll neue, vereinfachte, weniger spezifische 'operational policies' (Handlungsrichtlinien) geben.

Das Management der Bank brauchte fast ein Jahr, um einen etwas inhaltsreicheren Aktionsplan zu formulieren, um die Probleme anzugehen, die Wapenhans beschrieben hatte. Die Vorschläge, die im Frühjahr 1993 den Exekutivdirektoren in einem Dokument mit dem Titel 'Nächste Schritte' unterbreitet wurden, waren so unzulänglich, daß die Exekutivdirektoren das Dokument dem Management zurückgaben, mit der Auflage, umfangreiche Veränderungen vorzunehmen. Der US-amerikanische Exekutivdirektor beklagte sich auf einer Sitzung Anfang Mai 1993 darüber, daß die zu erwartenden Vorgaben nicht „konkret genug formuliert sind, als daß man die Einhaltung der Richtlinien überwachen könnte". "Wer gegenüber der Bank feindselig eingestellt ist", warnte er, „würde sich auf 'Nächste Schritte' stürzen und dieses Papier als eine unseriöse Herangehensweise an wichtige Fragen der Projektumsetzung" bezeichnen. Unterhalb der Wogen und Strudel in denen sich neue Richtlinien und Aktionspläne ablösen, die die Aufmerksamkeit auswärtiger Beobachter auf sich ziehen, fließt die Strömung der Bankbürokratie schweigend, mit unerbittlicher Kontinuität, weiter.

Der Druck, Kredite vergeben zu müssen, wird sowohl durch interne als auch durch externe Faktoren erzeugt: Er wird von den Mitgliedsländern ausgeübt und wird deutlich verstärkt durch die natürliche Neigung der Institution, sich bürokratisch selbst zu vergrößern. Dieser Druck wird nicht nachlassen, wenn es keine klaren, starken Direktiven von den größten Teilhaberländern der Bank gibt. Wichtiger noch ist, daß diese Länder Maßnahmen ergreifen, um die starken Weltmarktzwänge auszugleichen, denen sich wiederum die ärmeren Länder ausgesetzt sehen. Zwänge, die das Alibi für übersteigerte Kreditvergabe der Bank abgeben. Die Satzung der Bank verlangt, daß in erster Linie Kredite für Projekte vergeben werden sollen, aber im letzten Jahrzehnt haben die Industrieländer - angeführt von den USA - die Bank ermutigt, ihr Kreditvolumen auszuweiten, als Alternative zum Erlaß von privaten kommerziellen Schulden in großem Umfang. Der Bedarf der Riesenprojekte an Devisen ist dazu benutzt worden, private ausländische Banken und ausländische Regierungen davor zu bewahren, ihre Kredite abschreiben zu müssen. Diesem Ziel werden alle Anforderungen hinsichtlich der Qualität der Projekte untergeordnet.

Schuldenstreichung und Zollsenkung

Die Bank sollte nicht länger als eine Maschinerie zur Geldbewegung benützt werden, um weltweite makroökonomische Ungleichgewichte zu bekämpfen, für die die wirkliche Lösung in einer neuen weltwirtschaftlichen Übereinkunft zwischen dem Norden und dem Süden liegt. Entscheidende Elemente einer solchen Übereinkunft müßte der Erlaß der Schulden und die Senkung von Zollbarrieren sein, die die Importe aus Entwicklungsländern abwehren. Allein diese beiden Maßnahmen würden jährlich mehr als 110 Mrd. Dollar zurück in den Süden transferieren. Negative Nettotransfers in den Norden, die auf die Verschuldung zurückzuführen sind, belaufen sich auf jährlich mehr als 50 Mrd. Dollar, und die Zölle und anderen Handelshemmnisse in den Industrieländern entziehen den Entwicklungsländern mindestens noch einmal 60 Mrd. Dollar Exporteinkommen jährlich. Allein die Zollschranken gegen Textilexporte der Entwicklungsländer kosten die Entwicklungsländer jährlich schätzungsweise 24 Mrd. Dollar.

Auch wenn es keinen Schuldenerlaß und keine deutliche Handelsreform gäbe, wären die negativen Nettotransfers zur Weltbank kein Problem für die Kreditnehmer, wenn die Kredite der Bank ihnen wirklich dabei helfen würden, sich zu 'entwickeln'. Man könnte davon ausgehen, daß die Projekte der Bank mehr einbringen würden als die Rückzahlung der Kredite verschlingt. Aber da die Bank es bei der Kreditvergabe sehr eilig hat, ist die Qualität der Projekte, die sie finanziert, ständig gesunken. Auch nach den Kriterien einer völlig konventionellen wirtschaftswissenschaftlichen Betrachtungsweise sind eine bedenkliche Anzahl dieser Projekte Pleiten gewesen, um die enormen ökologischen und sozialen Schäden, die sie verursacht haben, gar nicht erst zu erwähnen. Es wäre nur gerecht, wenn die Bank die Schulden vieler Nationen, die unter einer negativen Zahlungsbilanz leiden, erlassen würde. Besonders da viele dieser Länder - wie zum Beispiel Brasilien - auch Schauplatz der übelsten Fiaskos gewesen sind, die die Bank finanziert hat. Auch in Afrika müßte man die Anleihen und Kredite der Weltbank abschreiben, wenn man die Interessen der Armen wirklich als vorrangig betrachtet. In Afrika sind 36% der gesamten Auslandsschulden auf Kredite von der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) zurückzuführen. Beispielsweise hat Uganda allein 62% seiner gesamten Schulden bei der Weltbank. Diese Schuld verschlingt mehr als 10% der Exporteinnahmen von acht Ländern südlich der Sahara, mehr als ein Drittel der Exporteinnahmen im Fall von Sambia und Uganda.

Die Bank hat sich immer strikt geweigert, von sich aus irgendwelche Schulden zu erlassen. Sie argumentiert, daß ihre Kreditwürdigkeit darunter leiden würde, und daß für sie dann die Kreditaufnahme auf internationalen Kapitalmärkten teurer werden würde - und daß sie diese Verteuerung dann ihrerseits an ihre zukünftigen Kreditnehmer weitergeben müsse. Aber die Kreditwürdigkeit der Weltbank hängt nicht davon ab, ob alle kreditnehmenden Entwicklungsländer ihre Kredite an sie zurückzahlen. Ihre Kreditwürdigkeit hängt ab von den Garantien (dem verfügbaren Kapital), das ihr die Industrieländer zur Verfügung stellen, als Deckung für jeden Dollar, den die Bank möglicherweise als Kredit aufnehmen muß, wenn ihre Schuldner nicht zurückzahlen oder ihnen Schulden erlassen werden.

In Wirklichkeit könnte die Bank ihren Schuldnerländern Milliarden Dollars erlassen, ohne auf das zur Defizitdeckung bereitgestellte Kapital der Gruppe der Sieben zurückgreifen zu müssen. Die Bank verfügt über ungefähr 18,5 Milliarden Dollar flüssige Reserven, die sie in einem Investmentfonds bereithält, der in Staatsanleihen und Aktien Multinationaler Konzerne angelegt ist. Alleine die Zinsen, die die Bank für dieses Aktienkapital erhielt, betrugen 1993 etwa 1,13 Milliarden. Dieser Fonds existiert schon seit Jahrzehnten und seit 1985 ist er nie unter 17 Milliarden Dollar gesunken. Keine andere Institution der Welt hat so große Investitionen in Schuldverschreibungen und Wertpapiere getätigt wie die Weltbank, sie ist ein Midas im Weltmaßstab, der seinesgleichen sucht. Die größten Anteilseignerländer der Weltbank könnten sie leicht dazu bringen, 10 Milliarden Dollar aus diesem Fonds ihren ärmsten und in den größten wirtschaftlichen Nöten steckenden Kreditnehmern zu überlassen, um ihnen die Last der Schulden zu erleichtern, die sie bei der Weltbank haben. Oxfam hat dieses Vorgehen für Afrika vorgeschlagen (siehe Beitrag in diesem Heft).

Die öffentliche Meinung und die weltweite Zivilgesellschaft wird die Gruppe der Sieben dazu zwingen müssen, sich diesen Forderungen zu stellen: Der Notwendigkeit, die Qualität der durchgeführten Hilfsprojekte zu kontrollieren, die Notwendigkeit die Entwicklungsländer anständig zu behandeln, was Terms of Trade und Schuldenstreichung angeht - anstatt diese Forderungen zu ignorieren, wie dies auf dem Erdgipfel der Fall war.

Wenn sich die Bank auf eine Prüfung der Projektqualität konzentrieren würde, unter uneingeschränkter Einbeziehung der Öffentlichkeit und mit uneingeschränktem Zugang zu Informationen, dann gäbe es wesentlich weniger Anleihen und kleinere aber bessere. Die Weltbank würde zu einer sehr viel bescheideneren Institution, aber sie würde zu einer Institution, die durch ihr Beispiel wirklich etwas verändern kann. Technologische Herangehensweisen, die weniger umweltschädlich sind - zum Beispiel effizienter Energieeinsatz und ökologischer Landbau - verlangen neben größerem Einsatz von Informationen und ausgebildeten Fachleuten, ein sorgfältiges Eingehen auf lokale Gegebenheiten und weniger finanziellen Aufwand für Energie und Kapital. All dies läuft auf eine ziemlich einfache, aber gründliche Umkehrung der Perspektive hinaus: Statt daß die Bank ihr Augenmerk auf ihre eigenen Bedürfnisse richtet, indem sie auf den 'komparativen Vorteil' großer Kredite unter möglichst geringem Einsatz von Personal aus ist, würde sie ihre Prioritäten so setzen müssen, daß es wirklich um die Bedürfnisse lokaler Gemeinschaften und Ökosysteme in Entwicklungsländern geht. Nur sehr geringe Beträge hat die Bank ausgegeben, um Projekte im Erziehungs- und Gesundheitswesen und der Bevölkerungspolitik zu fördern - 1992 waren das 13 Prozent. Diese Kreditvergabe sollte beibehalten werden. Aber auch diese Kredite sind kritisiert worden, weil sie aus einer vertikalen Perspektive vergeben werden und nicht auf lokale Bedürfnisse eingegangen wird, auch bei diesen Krediten müßte die Herangehensweise bei der Kreditvergabe gründlich überdacht werden.

Es könnten weiterhin auch nicht projektgebundene Kredite und Strukturanpassungskredite eine Rolle spielen, aber auch hier müßte die Perspektive verändert werden. Diese Kredite sollten dazu verwendet werden, die Länder dazu zu ermutigen, ihren Staatshaushalt auszugleichen und ihre internen Prioritäten und Herangehensweisen so zu gestalten, daß eine konstruktive, harmonisch wachsende Partnerschaft zwischen Staat und Zivilgesellschaft entsteht - anstatt die Volkswirtschaft auf den Kopf zu stellen und sie in eine Exportmaschine zu verwandeln, um auf Kosten der Umwelt, der sozialen Dienstleistungen und der Bürgerrechte den Schuldendienst sicherzustellen.

Perspektiven für die Zukunft

Können multilaterale Entwicklunsbanken jemals mit so einer Herangehensweise erfolgreich sein? Ein paar Mechanismen und Präzedenzfälle gibt es bereits. Ein paar Jahre nach der Gründung der Interamerican Foundation richtete die Interamerikanische Entwickungsbank einen Finanzierungfonds für Kleinprojekte ein, um zu zeigen, daß auch sie in der Lage sei, mit kleinen Projekten von Nichtregierungsorganisationen umzugehen. Seit mehr als zwanzig Jahren sind aus diesem Fonds für Kleinprojekte etwa 10 Millionen Dollar jährlich vergeben worden, mit denen etwa zwanzig Projekte von Nichtregierungsorganisationen, kleinen Unternehmen und Kooperativen finanziert werden. Der ehemalige Chefjustitiar, der Interamerikanischen Bank, Jerome Levinson, verweist darauf, daß die Weltbank und andere multilaterale Entwicklungsbanken bereits einen Mechanismus zur Verfügung haben, den sogenannten Globalkredit, der es ihr ermöglicht "einen Kredit an eine zwischengeschaltete Finanzinstitution zu vergeben, die dann diese Geldmittel an die Endverbraucher weiter verleiht, zum Beispiel an kleine Industrie- oder Landwirtschaftsbetriebe. (Solche Kredite brauchen natürlich eine sorgfältige Vorbereitung und Überwachung, und manche von ihnen - wie zum Beispiel große Kredite an landwirtschaftliche Kreditinstitutionen - haben dazu beigetragen, ökologische Probleme und soziale Ungleichheit zu verschärfen, anstatt sie zu lindern.)

Es gibt auch keinen Grund dafür warum die Weltbank und ihre Schwesterinstitutionen die Effizienz der Kreditnutzung beim Endverbraucher und den Umweltschutz nicht zu einer Priorität in ihren Verhandlungen mit den Energieministerien machen könnten oder, wenn sie mit Landwirtschaftsministerien verhandeln, nicht darauf bestehen, daß alternative Landwirtschaftsformen gefördert werden und die Stellung der Bauern gestärkt wird. Die Manager der Bank fürchten möglicherweise, daß die Nachfrage nach Krediten drastisch sinkt, wenn die Bank sich diese Haltung zu eigen macht und daß die Kredite kleiner wären und mehr Personalaufwand nach sich ziehen würden. Wenn das der Fall ist, wäre es nur ein deutlicher Beweis dafür, daß die langfristigen Interessen des weltweiten Umweltschutzes und der weltweiten Zivilgesellschaft in unmittelbarem Widerspruch zu dem heutigen Vorgehen und den Prioritäten der Weltbank als Institution stünden.

Schließlich, wenn man die Weltbank als eine rechenschaftspflichtige und verantwortungsvolle Institution neu konstituieren wollte, müßte man ihre Satzung verändern und andere Ziele und Werte darin aufnehmen, die im Einklang stehen mit den Werten einer weltweiten Zivilgesellschaft. Der frühere Chefjustitiar der Interamerikanischen Entwicklungsbank, Jerome Levinson, hat vorgeschlagen, daß die Satzungen der Weltbank und anderer multilateraler Finanzinstitutionen verändert werden sollten, in dem Sinne, daß sie verpflichtet würden, die Werte Demokratie, Menschenrechte und soziale Gleichheit sowie auch wirtschaftlichen Wohlstand zu fördern. Die Bewahrung des ökologischen Gleichgewichts und die Bewahrung der anderen Lebensformen mit denen wir diesen Planeten teilen, sollten auch als Verpflichtungen aufgenommen werden.

Wohin führt uns das? Ist die Weltbank von ihrer Anlage her so falsch konstruiert, so immun gegen äußeren Druck, der Veränderungen einfordert? Ist sie so von Widersprüchen in ihrer Organisationsstruktur geplagt, daß es am Ende nicht möglich ist oder nicht der Mühe lohnt, zu versuchen sie radikal umzustrukturieren? Die Geschichte der Bank bis heute legt diesen Schluß nahe. Aber die Möglichkeit eines besser organisierten Drucks der Weltöffentlichkeit läßt diesen Schluß nicht unausweichlich erscheinen. Gegenwärtig erscheint die praktikabelste Strategie eine mit drei Schwerpunkten zu sein, die erstens den Geldmittelzufluß für die Bank drosselt, zweitens unterschiedliche, flexiblere Institutionen und Netzwerke fördert und drittens die Regierungen der Welt aufruft, sich mit den Tagesordnungspunkten auseinanderzusetzen, die auf dem Erdgipfel unter den Tisch fielen - und zwar eine neue weltweite Verhandlung über Schuldenerlaß und gerechten Handel zwischen Nord und Süd. Die Kürzung der Finanzmittel der Bank wird der wirkungsvollste Anreiz sein, sie zu einer Reform zu bewegen. Das ist die einzige Art von äußerem Druck, die das Weltbankmanagement wirklich ernst zu nehmen scheint.

Bruce Rich

Übersetzung: CN

gekürzte Fassung des Schlußkapitels des neuesten Buches von Bruce Rich: Mortgaging the Earth - The World Bank, Environmental Impoverishment, and the Crisis of Development

Anmerkungen:

1) Bei Polonoroestes handelt es sich um ein Landerschließungsprogramm der brasilianischen Regierung in Amazonien Anfang der achtziger Jahre. Die Weltbank finanzierte mit 450 Mio. Dollar rund ein Drittel des Projektes. Hauptkritikpunkte waren die katastrophalen ökologischen Folgen des Projekts und die Verdrängung bzw. der Tod der Indianer in dieser Region. Bei 'Transmigrasi' handelt es sich um ein regierungsgesteuertes Umsiedlungsprogramm in Indonesien, an dem sich die Weltbank aktiv beteiligte. Die Menschen wurden von den Hauptinseln Java, Madura und Bali auf die weniger dicht besiedelten Außeninseln gebracht. Kritisiert wurde eine Vielzahl von Aspekten: vom Herausreißen der Umsiedler aus ihrem sozio-ökonomischen Umfeld, über die schlechten Lebensbedingungen für die Siedler in den neuen Gebieten, bis zur Vernichtung des tropischen Regenwaldes durch die Siedler und die Verdrängung bzw. Javanisierung der Ureinwohner auf den Außeninseln.

2) Der Exekutivrat bzw. das Exekutivdirektorium ist das eigentliche Entscheidungsorgan der Weltbank. Es umfaßt 24 Exekutivdirektoren.

3) Eine unabhängige Expertenkommission unter dem Vorsitz von Bradford Morse, die das umstrittene indische Staudammprojekt Narmada durchleuchtete. Der Morse-Bericht führte zu neuen Auflagen für die indische Regierung, die in der Folge darauf verzichtete, weitere Weltbankmittel für ihr Vorhaben zu verlangen.

4) Der Bericht des ehemaligen Weltbank-Vizepräsidenten, Willi Wapenhans stellte bei 37,5% der 1991 abgeschlossenen Projekte schwere Mängel in Vorbereitung und Durchführung fest.

Defizite an Demokratie

Reformvorschläge für den Internationalen Währungsfonds

In den letzten Jahren konzentrierte sich die Kritik seitens der Nichtregierungsorganisationen (NROs) vor allem auf die Strukturanpassungsprogramme der Weltbank. Dabei ist die Tätigkeit des Internationalen Währungsfonds (IWF) in den Hintergrund getreten. Zu Unrecht. Immer noch spielt der IWF eine maßgebliche Rolle in der Weltwirtschaft. Die Kritiker der Bretton-Wood- Organisationen sollten sich nicht einseitig auf die Politik der Weltbank festlegen. Vielmehr sollten sie gleichzeitig und koordiniert ihre Forderungen an beide Organisationen richten. Ansätze dazu gibt es bereits in den USA und in der Schweiz.

Demokratiedefizite lassen sich beim IWF auf mehreren Ebenen feststellen. Kritik wird geübt am Entscheidungsprozeß des IWF, an seiner Öffentlichkeitsarbeit bzw. der mangelnden Einbeziehung anderer gesellschaftlicher Institutionen, an der Durchführung und Evaluierung seiner wirtschaftspolitischen Programme sowie daran, daß der IWF in erster Linie darauf achtet, daß seine Kredite wieder zurückgezahlt werden.

Schwindende Repräsentanz der Entwicklungsländer

Im IWF hat nicht jedes Land eine Stimme wie es beispielsweise in der UN-Vollversammlung der Fall ist. Das Stimmgewicht der Staaten im IWF bestimmt sich vor allem aus ihrer wirtschaftlichen Potenz; das heißt die Industrieländer haben, obwohl sie deutlich in der Minderheit sind, das Sagen in den Entscheidungsgremien des IWF.

Vorschläge für eine Strukturreform des IWF liegen Überlegungen zugrunde, nicht nur die ökonomische Macht der Staaten im IWF zu repräsentieren, sondern die Interessen und Bedürfnisse aller Mitgliedsstaaten und ihrer Bevölkerungen im IWF besser zu vertreten. 1993 machte der Stimmenanteil der 135 Entwicklungsländer im IWF 34% aus, und das, obwohl sie etwa 78% der Weltbevölkerung repräsentieren.

Wie könnte nun größere Repräsentativität erreicht werden? Richard Gerster lehnt sich bei seinem Reformvorschlag eng an IWF-interne Entwicklungen und Diskussionen an. Als der IWF 1944 ins Leben gerufen wurde, legten die Gründungsstaaten fest, daß sich das Stimmgewicht der Mitgliedsstaaten aus einer Kombination aus Basisstimmen (pro Land 250) und aus quotenbezogenen Stimmen zusammensetzt. Das heißt, die Basisstimmen entsprechen dem UN-Prinzip (jedem Land die gleiche Anzahl Stimmen), die quotenbezogenen Stimmen drückten vor allem die wirtschaftliche Potenz der Staaten aus (verkürzt: hohes Bruttosozialprodukt = hohe Quote = hohe Anzahl Stimmen).[1]



In den letzten fünfzig Jahren ergaben sich zwei Entwicklungen: Erstens erhöhte sich die Anzahl der Mitgliedsstaaten im IWF von 44 (1944) auf 175 (1993). Damit verstärkte sich das Gewicht der Entwicklungsländer bei den Basisstimmen (sie stellen 135 der 175 Staaten). Diese Tendenz wurde dadurch konterkariert, daß gleichzeitig die Bedeutung der Quotenstimmen für das Stimmgewicht der Einzelstaaten enorm zunahm. Es kam zu einer Verzwanzigfachung des Gewichts der Quotenstimmen. Diese Verschiebung hatte zur Folge, daß der Anteil der Basisstimmen beim Stimmgewicht auf 3% geschrumpft ist,[2] der Quotenanteil stieg dementsprechend auf 97%.[3]

Der Reformvorschlag von Gerster orientiert sich nun genau an dem heutigen Berechnungsmodell des IWF. Gerster will das Gewicht der Basisstimmen erhöhen (d.h. den Einfluß der Staaten der Dritten Welt stärken). Sie sollen auf 5.000 Stimmen pro Land aufgestockt werden. Dadurch würde die Gewichtung zwischen Basis- und Quotenstimmen etwas in Richtung Basisstimmen bewegt, nämlich vom jetzigen dreiprozentigen Anteil an den Gesamtstimmen auf 37% bzw. für die Quotenstimmen ergäbe sich eine Reduzierung ihrer Gewichtung von 97% auf 63%. Dies wiederum hätte zur Folge, daß sich das Stimmgewicht der Entwicklungsländer (das in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich abnahm) von heute 34% auf etwa 49% steigern würde.

Es waren insbesondere die USA , die auf der Bretton-Woods-Konferenz 1944 auf die Einführung des einheitlichen Basisstimmrechts drängten. Die Kontrollmöglichkeiten des Fonds sollten damit auf viele Länder verteilt werden und eine Kontrolle durch wenige Länder vermieden werden. Mit der Stimmrechtsreform soll die Bedeutung der Basisstimmrechte unterstrichen werden.

Transparenz und Partizipation

Hinsichtlich der Information über seine Arbeit hält sich der IWF stark zurück. Dokumente werden im allgemeinen als nur für den Fonds bestimmt betrachtet, das heißt für den Gouverneursrat, das Exekutivdirektorium und die für die Länder zuständigen



Wenn der IWF schon 'Demokratisierung' für viele Mitgliedsländer verlangt, dann sollte er sich selbst miteinbeziehen. Illustration: Lilian-Esther Perin (aus: Finanzplatz Information).

Manager. Länderberichte und Protokolle von Tagungen gelten als nicht für die Öffentlichkeit bestimmt. Diese Geheimniskrämerei fördert das Mißtrauen gegenüber der Politik des Fonds und läßt zudem viele Entscheidungen nicht nachvollziehbar werden. Wenn der IWF schon 'Demokratisierung' für viele seiner Mitgliedsländer verlangt, dann sollte er sich selbst dabei miteinbeziehen. Dazu gehört nicht nur die volle Information über die Grundlagen der Entscheidungsbildung, sondern auch die Partizipation von anderen gesellschaftlichen Gruppen. So gibt es beispielsweise kein Forum für einen permanenten Politikdialog mit Nichtregierungsorganisationen. Sollen die Auflagen- und Anpassungsforderungen des Fonds Erfolg in dem Sinne haben, daß die Interessen der Bevölkerungsmehrheit Berücksichtigung finden, dann ist die Zusammenarbeit mit nicht-staatlichen Akteuren über soziale, wirtschaftliche und ökologische Fragen dringend notwendig. Zudem könnte zumindest ein Teil der Fehler schon durch eine breitere Diskussion im Vorfeld vermieden werden.

Evaluierung der Programme

Da sich die wirtschaftspolitischen Programme des Fonds nicht wesentlich von den Strukturanpassungsprogrammen der Weltbank unterscheiden, wäre eine systematische und fundierte Evaluierung der Maßnahmen angebracht. Evaluierungen sind für den IWF nur Teil seiner Forschungsaktivitäten, nicht aber - wie bei der Weltbank - ein eigenständiges Arbeitsfeld. Dadurch sind die Stand-by-Vereinbarungen, die Stabilisierungs- und Anpassungsprogramme schwieriger zu beurteilen. Der IWF sollte in diesem Sinne eine Evaluierungsabteilung aufbauen, die eine Evaluierung der Programme und deren technische Unterstützung und Überwachung gewährleistet und die die sozialen und ökologischen Folgen der Programme analysiert. Sie sollte unabhängig vom Fonds arbeiten (d.h. die Evaluierungsabteilung müßte direkt dem Exekutivrat berichten und ihr Vorsitzender würde auf jeweils fünf Jahre bestimmt). Ihre Ergebnisse und Empfehlungen müßten regelmäßig publiziert werden. Auch solche Ergebnisse, die dem IWF-Management und den nationalen Autoritäten unangenehm sind.

Im Januar 1993 wurde der Vorschlag für die Einrichtung eines Evaluierungsbüros im Fonds diskutiert. Zwar wurde der Vorschlag grundsätzlich positiv beurteilt, aber über die Kriterien für die Arbeit eines solchen Büros gab es sehr unterschiedliche Auffassungen.

Finanzielle Verantwortlichkeit

Im bilateralen Kreditgeschäft liegen die Risikien sowohl bei den Gäubigern als auch bei den Schuldnern. Es wäre also nur recht und billig, würde der IWF im multilateralen Kreditgeschäft ebenfalls an den Risiken beteiligt, zumal der IWF über beachtliche Rücklagen verfügt. Würde der IWF beispielsweise sämtliche ausstehenden Kredite für Afrika abschreiben, so entspräche dies gerade einmal 10% seiner Goldreserven (siehe den Beitrag über Uganda in diesem Themenblock). Diese Rücklagen werden bisher aber nicht in Anspruch genommen, da der IWF grundsätzlich keine Kredite abschreibt.

Der IWF hat einen Präferenzstatus als Kreditgeber, d.h. die von ihm ausgegebenen Kredite müssen bevorzugt zurückgezahlt werden. Bevor es beispielsweise im Pariser Club (der G-7 Staaten) oder im Londoner Club (der Geschäftsbanken) zu Verhandlungen über Umschuldungen, Schuldenstreichungen etc. kommen kann, müssen die ausstehenden Zahlungen an die Bretton-Woods-Organisationen (IWF und Weltbank) geregelt sein.

Die Kreditnehmerländer tragen die volle Verantwortung für die Umsetzung der IWF-Auflagen. Da bei Entscheidungsprozessen in marktwirtschaftlich organisierten Ökonomien dem potentiellen Risiko eine entscheidende Signalfunktion zukommt, müßte auch der IWF unter diesen Bedingungen arbeiten. Kurzfristig sollte also der IWF unter den gleichen Bedingungen arbeiten wie andere Kreditgeber. Langfristig wäre die Entwicklung eines Insolvenzmechanismus zu überlegen, der von einer unabhängigen internationalen Einrichtung dazu genutzt wird, daß Zahlungsengpässe ausgeglichen werden.

ug/uju

Anmerkungen:

1) Die Quote eines Mitgliedslandes wird vom Mitarbeiterstab des IWF anhand von volkswirtschaftlichen Eckdaten wie Im- und Exportvolumen, Gold- und Dollarbeständen und dem Volkseinkommen berechnet und anschließend mit vergleichbaren Ländern abgestimmt. Für jeweils 100.000 Sonderziehungsrechte (SZR) erhält es eine Stimme zugeteilt. Die SZR sind die interne Rechnungseinheit des IWF, die täglich anhand der fünf größten Währungen (US-Dollar, DM, Pfund Sterling, Yen und franz. Franc) ermittelt werden.

2) An den Basisstimmen haben die Entwicklungsländer einen Anteil von 77,2%, was wiederum 2,3% des Gesamtstimmgewichts entspricht.

3) An den Quotenstimmen haben die Entwicklungsländer einen Anteil von nur 30,75%, was wiederum 31,7% des Gesamtstimmgewichts ausmacht.

Literatur:

Richard Gerster: "A New Framework of Accountability for the International Monetary Fund (IMF)", erscheint im Herbst 1994 in: IPS/TNI (ed.) "Beyond Bretton Woods: Alternatives to the Global Economic Order", Pluto Press, London.

Richard Gerster: "Vorschläge für eine Stimmrechtsreform des Internationalen Währungsfonds (IWF)", unveröffentl. Manuskript der Arbeitsgemeinschaft Swissaid/ Fastenopfer/Brot für alle/Helvetas/Caritas, März 1993.

Richard Gerster: "Der Internationale Währungsfonds auf dem entwicklungspolitischen Prüfstand", unveröffentl. Manuskript der Arbeitsgemeinschaft, Juni 1991.

"Der Internationale Währungsfonds", hg. vom Current Publications Division (einer Unterabteilung des IWF), Washington, D.C., Januar 1994.

Multilaterale Schulden als Entwicklungsblockade

Das Verschuldungsprofil Ugandas

Schulden beim Internationalen Währungsfonds (IWF) und anderen internationalen Institutionen sind für einige der ärmsten Länder Afrikas zu einem großen Problem geworden. Oxfam hat am Beispiel Uganda diese Problematik analysiert. Dabei ist die britische Hilfsorganisation auf das Paradox gestoßen, daß Uganda zwar die IWF-Anpassungsprogramme strikt einhält, die Belastungen durch den Schuldendienst aber noch zunehmen. Daß der einfachste Ausweg aus der Schuldenkrise eine Schuldenreduzierung durch den IWF wäre und daß für diesen Weg nur der politische Wille der Mitgliedsstaaten des IWF fehlt, das hat Oxfam in seiner Studie vom Dezember 1993 herausgearbeitet. Wir dokumentieren den Text in einer gekürzten Fassung. Kopien der englischen Originalfassung können bei uns für 5.-DM (inklusive Porto) bestellt werden. Wer weitere Informationen möchte, wende sich an Oxfam, Policy Department, 274 Banbury Road, Summertown, Oxford, OX2 7DZ, UK.

Mit einem Pro-Kopf-Einkommen von 170 US-$ ist Uganda das viertärmste Land der Welt. Seine Misere legt trauriges Zeugnis ab von der Abwärtsspirale, in die das Land durch Jahre ökonomischer Mißwirtschaft und despotischer Regierungen bis 1986 geriet. Zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit zählten die sozialen Indikatoren Ugandas zu den besten in Afrika: heute gehören sie zu den schlechtesten. Gemäß Weltbankberichten lebt mehr als die Hälfte der Bevölkerung in Armut. Die Lebenserwartung ist eine der niedrigsten der Welt. Unter den vielen Hindernissen, die sich der Armutslinderung und der wirtschaftlichen Erholung in Uganda in den Weg stellen, ist die Verschuldungskrise des Landes das herausragende. Die Verschuldungsprobleme Ugandas sind deshalb so gravierend, weil über 60% der Schuldenzahlungen des Landes an multilaterale Gläubiger gehen. Diese Schulden können - bei Beibehaltung der bisher praktizierten Entschuldungsregelungen - nicht umgeschuldet oder reduziert werden.

Hintergrund

Als die Regierung der NRM (Nationale Widerstandsbewegung) 1986 in Uganda an die Macht kam, lag die Wirtschaft Ugandas am Boden. Die durchschnittlichen Einkommen betrugen weniger als die Hälfte derjenigen von 1970, ökonomische und soziale Infrastruktureinrichtungen waren in desolatem Zustand und die realen Ausgaben für Gesundheit und Bildung betrugen 27 bzw. 9 Prozent der Anteile des vorhergehenden Jahrzehnts. Die NRM erbte zudem eine riesige Auslandsverschuldung. Einen großen Teil dieser Schulden hatten frühere Regime akkumuliert, welche rücksichtslos ausländische Kredite in Anspruch nahmen und sich daran bereicherten. Diese Kredite wurden genauso verantwortungslos von westlichen Gebern verliehen, welche ihre Augen gegenüber jenen Aktivitäten verschlossen.

Nach 1987 erholte sich Uganda mit einer bemerkenswerten Geschwindigkeit. Das ökonomische Wachstum betrug nun jährlich vier Prozent und erhöhte sich auf sechs Prozent in den Jahren 1990 bis 1992. Diese Entwicklung wurde trotz eines schwindelerregenden Preisverfalls beim Kaffeeweltmarktpreis erreicht. Immerhin zwei Drittel der Exporteinnahmen stammten aus dem Kaffeexport. Die Einkommen aus den Kaffeeverkäufen fielen von 394 Millionen Dollar 1986 auf 98 Millionen 1992 und das, obwohl das Exportvolumen zunahm. Mit anderen Worten: der Kaffee finanzierte 1992/93 etwa ein Viertel der Importe, verglichen mit 70 Prozent im vorangegangenen Jahr.

Trotz dieses Außenhandelsschocks fiel die Inflation auf vernachläßigbare Werte, und die ugandische Regierung kam den wichtigsten Vorgaben eines mit der Weltbank/IWF vereinbarten Strukturanpassungsprogramms (SAP) nach. Haushalts- und Staatsausgabenziele wurden weitgehend befolgt. Import- und Exportabläufe wurden liberalisiert und die Beschränkungen im Außenhandel aufgehoben. Preiskontrollen wurden eliminiert und bei der Vermarktung des Kaffees und anderer landwirtschaftlicher Güter wurde freier Wettbewerb eingeführt. Die Regierung ergriff außerdem Maßnahmen zur Förderung von in- und ausländischen Investitionen und reduzierte den Umfang der öffentlichen Verteidigungsausgaben.

Soziale Kosten

Für die Haushaltsstabilisierung, eines der zentralen Ziele des Anpassungsprogramms, wurde ein hoher Preis bezahlt. Die fiskalischen Kürzungen belasteten die sozialen Investitionen und haben den Zugang für schwächere Gruppen zu Gesundheitsdiensten, Bildung, Wasser und sanitären Einrichtungen erschwert. Eine Vorstellung des Ausmaßes dieses Ausblutungsprozesses wird durch einen einfachen Vergleich vermittelt: heute gibt Uganda mehr Geld aus für die Rückzahlung an ausländische Gläubiger als für die Verbesserung der Gesundheit und Bildung seiner Bevölkerung. Die Anstrengungen auf lokaler Ebene, das absolute Mindestniveau an sozialer und ökonomischer Absicherung angesichts von Haushaltskürzungen und sinkenden Realeinkommen zu gewährleisten, stehen im Gegensatz zur Untätigkeit der Regierungen des Nordens, eine Lösung der Verschuldungskrise Ugandas anzugehen.

Die Herausforderung des Wiederaufbaus in Uganda verlangt sofortige Maßnahmen zur Reduktion der Schuldenrückzahlungen. Auch die Industriestaaten müßten Interesse an der Lösung der Verschuldungskrise Ugandas haben, denn diese Krise gefährdet das, was in ihren Augen als Musterbeispiel erfolgreicher Strukturanpassung gilt. Wir zweifeln daran, daß Ugandas Strukturanpassungsprogramm zu dauerhaftem ökonomischem Wachstum und zu Armutslinderung führt. Zweifellos bestehen jedoch, trotz beachtlicher Erfolge der NRM-Regierung bei der Stabilisierung der Ökonomie, grundlegende Schwächen weiter. Dazu gehören



Uganda möchte seine Exportpalette diversifizieren. Anbau von Tabak.

eine geringe Sparquote, ein unzureichendes privates Investitionsaufkommen, eine fortgesetzte starke Abhängigkeit von einer zu wenig diversifizierten Exportpalette und die Abhängigkeit von Entwicklungshilfe.

Eine Schuldenreduzierung würde sich sofort in vier Bereichen positiv auswirken. Erstens würde sie die Unsicherheit für in- und ausländische Investoren reduzieren. Es ist bekannt, daß - ganz unabhängig von der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung - die Schulden eines Landes aufgrund der impliziten Abwertungs- und Inflationsgefahr eine bedeutende Abschreckungswirkung auf Investoren haben. Zweitens verbessert ein spürbarer Schuldenerlaß, so argumentiert die Weltbank, die Konditionen für und die Verfügbarkeit über das Kapital zur Handelsfinanzierung. Für ein Land wie Uganda, welches seine Exportpalette diversifizieren möchte, ist dies lebensnotwendig. Drittens würde ein niedrigerer Schuldendienst die finanziellen Mittel erhöhen, die für die ugandische Regierung zur Verfügung stünden und damit würde die Abhängigkeit von der Entwicklungshilfe reduziert. Die Regierung schränkt ihre ohnehin schon begrenzten Einnahmequellen aus der Besteuerung des Außenhandels angesichts der Exportliberalisierungsmaßnahmen zusätzlich ein, so daß sie noch abhängiger von Entwicklungshilfe wird (die mehr als 10% zum BIP beiträgt). Gleichzeitig werden die Steuern gesenkt. Schließlich würde ein umfangreicher Schuldenerlaß die ugandische Regierung vor langwierigen Umschuldungsverhandlungen bewahren. Diese kosten viel, weil sie die Arbeitskapazitäten in der Verwaltung des Landes stark in Anspruch nehmen, deren Know-how eigentlich für den wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufbau benötigt wird.

Verschuldungsprofil

1992/1993 betrugen die Gesamtverbindlichkeiten Ugandas 173 Millionen US-$, dies entspricht einem Volumen von über 80% der Exporteinnahmen. Die Regierung konnte jedoch weniger als die Hälfte der regulären Tilgungen bezahlen, so daß beträchtliche Zahlungsrückstände aufgelaufen sind. Selbst wenn die internationalen Kaffeepreise sich in den nächsten fünf Jahren erholen würden (ein höchst optimistisches Szenario), würde die Schuldendienstrate im Jahre 1997/98 weiterhin bei etwa 60% liegen.

Rückzahlungen in diesem Umfang sind für eine Volkswirtschaft untragbar. Dies bestätigt auch ein neueres Weltbankdokument über multilaterale Verschuldungsprobleme. Um das Ausmaß der Verschuldungsprobleme eines Landes zu bestimmen, werden darin die Schulden ins Verhältnis zum Export gesetzt. Das Dokument schlägt für das Verhältnis Schulden/Exporte einen Richtwert von 200% als Obergrenze für ein nachhaltiges Schuldendienstniveau vor. Ugandas Rate liegt derzeit bei etwa 700%.

Der Schuldendienst Ugandas wird 1994 sprunghaft ansteigen, 1998 seinen Höhepunkt erreichen, bis er danach bis 2002 wieder fällt. Die Steigerung bei den Zahlungsverpflichtungen bis 1998 ist vor allem dem Anwachsen der Zahlungen an den IWF geschuldet. Diese Rückzahlungen erreichen 1997 einen Höchststand von 71 Millionen Dollar und liegen damit bei mehr als einem Drittel der Gesamtschuld des Landes, denn 1997 werden die Rückzahlungen der Erweiterten Strukturanpassungsfazilität (ESAF) fällig. Insgesamt werden die Zahlungen an den IWF zwischen 1993/4 und 1997/8 den Betrag von 200 Millionen Dollar übersteigen und damit wird es zum negativen Ressourcentransfer zwischen Uganda und dem Fonds kommen.

Etwas mehr als ein Viertel der Verbindlichkeiten besteht aus bilateralen Schulden, an denen Gläubigerländer außerhalb der OECD einen beträchtlichen Anteil haben. Rückstände haben sich hauptsächlich bei den an diese Gruppe zu leistenden Zahlungen akkumuliert. Bis 1993 stellten kommerzielle Schulden einen schwerwiegenden destabilisierenden Faktor dar. Private Gläubiger drohten mit rechtlichen Schritten und verbreiteten ein Klima der Unsicherheit, das die Handelsgeschäfte unterminierte. Dieses Problem wurde nun durch eine 'Rückkaufoperation' gelöst, bei der die Regierung 12%

des Nominalwertes der kommerziellen Schulden bezahlte, unter Verwendung von Zuschüssen der IDA, der EU (Europäischen Union) sowie der schweizerischen und deutschen Regierung. Fast 90% der kommerziellen Schulden wurden durch diese Rückkaufaktion gedeckt, und der Rest wurde weitgehend umgeschuldet. Damit stehen nur noch 75 Millionen US-$ an kommerziellen Schulden aus.

Schuldenerlaß: Das Problem

Der hohe Anteil multilateraler Schulden (über 50%) bildet den Kern von Ugandas Schuldendienstproblem, da diese Schuldenzahlungen aufgrund der gegenwärtigen Schuldenerlaßregelungen nicht umgeschuldet oder reduziert werden können.

Ein gesondertes Problem Ugandas ist der hohe Anteil an Rückzahlungen, die an den IWF geleistet werden müssen. Während die Weltbank einen positiven Nettoressourcentransfer beibehalten hat, war dies beim IWF nicht der Fall. Zwischen 1987 und 1990 bestand ein Nettotransfer von Uganda an den IWF von 90 Millionen US-$. Auch wenn seither ein kompensierender positiver Transfer stattgefunden hat, wird der starke Anstieg des Rückzahlungsniveaus von 1993 an aufgrund fehlender neuer Mittel wiederum zu einem Nettotransfer zum IWF führen.

Das Profil der bilateralen Verschuldung Ugandas beinhaltet eine weitere Schwierigkeit. Geht es nach den Spielregeln des Pariser Clubs werden die offiziellen Gläubiger keine Schulden umschulden oder reduzieren, die nach dem Zeitpunkt des ersten Besuches des Landes beim Pariser Club ausgehandelt wurden. Im Falle Ugandas wurde dieser "Ausschlußtermin" auf 1981 festgesetzt. Etwa 40% der bilateralen Schulden Ugandas sind nach diesem Datum ausgehandelt worden, vorwiegend zur Unterstützung des sozialen und ökonomischen Wiederaufbaus nach 1986. Ugandas früher "Ausschlußtermin" hat zur Folge, daß von den 65 Millionen US-$ an Rückständen und Verbindlichkeiten an den Pariser Club, die 1993/94 fällig werden, 44 Millionen US-$ nicht für Umschuldungen oder Reduzierungen in Frage kommen. Das Fazit: Ugandas nächster Besuch beim Pariser Club wird Einsparungen von etwa 9 Millionen US-$ erbringen - dies entspricht etwa 5% des jährlichen Schuldendienstes des Landes.

Die Kombination einer beträchtlichen multilateralen Schuldenlast mit hohen bilateralen Schuldenforderungen, die nach dem "Ausschlußtermin" aufgelaufen sind sowie riesige bilaterale Schuldenforderungen an Länder außerhalb der OECD führen dazu, daß gegenwärtige Schuldenerlaßinitiativen für Uganda nur marginale Relevanz besitzen. Die "World Debt Tables" (Schuldentabellen) der Weltbank zeigen auf, daß eine Anwendung der vollen "Trinidad Terms" (TT)[1] durch den Pariser Club Uganda mit einem Schulden/Export-Verhältnis von über 600% hinterlassen würde. Dies ist mit der 200%-Obergrenze unvereinbar, welche gemäß Weltbank für die Herausbildung eines stabilen finanziellen Umfeldes notwendig ist, die einem langfristigen ökonomischen Aufschwung dienlich ist.

Wie die Weltbank erkannt hat, ist Uganda eines der Länder, das zur Wiederherstellung seiner Zahlungsfähigkeit eine bevorzugte Behandlung nötig hat. Das Unvermögen der Regierungen des Nordens, diese Behandlung zu gewähren, hat Uganda gezwungen, 25 Millionen US-$ an Hilfszuschüssen von bilateralen Gebern zu erbitten, um den Forderungen multilateraler Institutionen nachkommen zu können. Mehrere Geber - darunter Dänemark, Norwegen und die Niederlande - haben auf diese Bitte positiv reagiert und gewährten Unterstützung für die Zahlungen an die Afrikanische Entwicklungsbank (ADB) und die Weltbank. Andere werden nun gebeten, diesem Beispiel zu folgen.

Aber während die Regierung Ugandas kaum eine andere Wahl haben mag, als bilaterale Unterstützung zu erbitten, um eine Akkumulation von Rückständen bei multilateralen Schulden zu vermeiden, bestehen verschiedene Probleme bei diesem Vorgehen. Erstens werden bereits jetzt verbilligte Kredite, die zur Armutslinderung bzw. für den Aufschwung der Wirtschaft vergeben wurden, in unakzeptablem Umfang als Rückzahlungen an multilaterale Institutionen zweckentfremdet. Eine Erhöhung der Entwicklungshilfe ist kaum zu rechtfertigen, wenn sie in unproduktive Schuldenrückzahlungen umgeleitet wird. Zweitens, auch wenn es als wünschenswert unterstellt würde, bilaterale Entwicklungshilfe zur Lösung eines IWF-Problems zu verwenden, ist es unwahrscheinlich, daß genügend finanzielle Mittel auf diese Weise erbracht werden könnten. Entwicklungshilfegelder an Länder mit niedrigem Einkommen stagnieren real angesichts des Drucks auf die Haushalte der OECD-Länder und angesichts konkurrierender Nachfrage aus Osteuropa und der GUS.

Multilaterale Verschuldung: das weitergefaßte Problem

Während des letzten Jahrzehnts hat sich die multilaterale Schuldenlast der hochverschuldeten Länder niedrigen Einkommens (SILICs) auf 43 Milliarden US-$ vervierfacht, was einem Viertel ihrer gesamten Schulden entspricht. Der Anteil des Schuldendienstes inklusive Tilgungen von SILICs bei multilateralen Gläubigern ist ebenfalls steil angestiegen, nämlich von 14% auf 30% des Gesamtbetrages. Obwohl ein beträchtlicher Teil der Schulden von SILICs zu Vorzugsbedingungen läuft, haben sich die Rückzahlungen von 1982 bis 1992 von 1 Milliarde US-$ auf 3 Milliarden US-$ verdreifacht. Diese Schulden können weiter bedient werden, weil Zahlungsrückstände besonders gegenüber bilateralen Gläubigern in Kauf genommen werden. Zur Zeit wird nur etwa die Hälfte der an offizielle Gläubiger fälligen Tilgungszahlungen beglichen.

Diese Durchschnittszahlen verschleiern das volle Ausmaß der multilateralen Schuldenlast, die einige der ärmsten Länder der Welt zu tragen haben. Gemäß UNCTAD (UNO-Konferenz zu Handel und Entwicklung) sind 19 SILICs gegenüber multilateralen Institutionen hochverschuldet. Zwölf dieser Länder haben beträchtliche Schuldendienstrückstände, und weitere neun haben jährliche multilaterale Schuldendienstforderungen, welche 20% der Exporteinkommen übersteigen. Das Problem dieser Länder - inklusive Uganda - wurzelt in Schuldenrückzahlungen für nichtverbilligte Kredite, die in den 70er und frühen 80er Jahren vergeben wurden, als die verbilligte Finanzierung begrenzt war und die Aussicht auf ökonomischen Aufschwung bei weitem überschätzt wurde. Dies zeigt auch die Tatsache, daß die multilaterale Schuldenlast in Afrika südlich der Sahara von 1980 bis 1992 um 41 Milliarden US-$ stieg, während die Exporteinnahmen um fast 3 Milliarden US-$ sanken. Ohne Maßnahmen zur Reduzierung der multilateralen Schuldenlast wird eine steigende Anzahl von Ländern vermehrt mit Schwierigkeiten bei der Rückzahlung an multilaterale Gläubiger konfrontiert werden.

Im Gegensatz zur Weltbank hat es der IWF nicht geschafft, eine kohärente Schuldenreduzierungsstrategie zu entwickeln. Mit der Strukturanpassungsfazilität (SAF) und der Erweiterten Strukturanpassungsfazilität (Enhanced Structural Adjustment Facility, ESAF), 1986 bzw. 1988 eingerichtet, konnten weit weniger als die Hälfte der Kredite, die in den frühen 80er Jahren gewährt wurden, zurückbezahlt werden. Mit dem Resultat, daß der IWF seit 1987 rund zwei Milliarden US-$ mehr an Zahlungen aus Afrika erhalten hat, als er an Mitteln bereitstellte. Zwei Faktoren schwächen die Rolle von SAF und ESAF in bezug auf die Probleme der SILICs. Erstens müssen Rückzahlungen bei beiden Fazilitäten innerhalb von zehn Jahren getätigt werden (mit einer fünfjährigen Nachzahlungsfrist). Dies führt dazu, daß Rückzahlungen auf SAF und ESAF nun ein vorrangiges Schuldenproblem für zahlreiche Länder geworden sind. Zweitens war die Kreditaufnahme aus SAF und ESAF sehr enttäuschend, denn bis zum Februar 1993 waren rund zwei Drittel der Kapitalausstattung von 6 Milliarden US-$ nicht ver-

wendet worden. Die Langsamkeit der Auszahlungen, die zur Entscheidung beitrug, die ESAF über das Abschlußdatum vom November 1992 hinaus zu verlängern, spiegelt die unrealistisch strengen Konditionen wider, die an ESAF-Kredite gebunden werden. Damit stellt sich die Frage, ob die IWF-Politik in bezug auf Stabilisierung und Konditionalität überhaupt richtig ist, wenn dadurch eindeutig die verbilligten Fazilitäten unattraktiv werden. Das Aufstellen von unrealistischen Zielen zur Reduzierung von Handelsdefiziten und zur Inflationssenkung ist besonders schädlich. Diese Ziele haben zur Durchführung von stark deflationären Steuer-, Geld- und Zinspolitiken geführt, die Afrika südlich der Sahara einer Abwärtsspirale von Investitionsabbau, Deindustrialisierung, niedrigen Wachstumsraten und zusammenbrechender sozialer und ökonomischer Infrastruktur ausgesetzt haben.

Im Gegensatz dazu bestehen eine Reihe von ökonomisch und politisch gangbaren Optionen, um Afrikas Schulden gegenüber dem IWF zu reduzieren. Eine solche Option wäre die Einrichtung einer speziellen Ausgabe von Sonderziehungsrechten (Special Drawing Rights, SDRs), die speziell den Schuldenerlaß ermöglichen sollte. Die damit verbundenen technischen Schwierigkeiten könnten leicht überwunden werden, wenn die Industriestaaten die politische Entscheidung treffen würden, ihre Sonderziehungsrechte den SILICs zu überschreiben. (...)

Eine weitere Option wäre die Finanzierung einer IWF-Schuldenfazilität durch den Verkauf eines Teils des Goldbestandes des IWF. Die Relevanz dieser Bestände für die Aktivitäten des IWF ist höchst fraglich. Abgesehen davon, daß die meisten Länder ihre Abhängigkeit von Gold als Sicherheitsreserve reduzieren, sind die Kapitalbestände und Bargeldrücklagen in den vergangenen Jahren signifikant gestiegen. Viele unabhängige ExpertInnen gehen heute davon aus, daß die Rücklagen bei weitem die Sicherheitsfordernisse für den Fall ausbleibender Zahlungen und die Befriedigung neuer Nachfrage erfüllen. Überhaupt würde die totale Abschreibung des IWF-Engagements in Afrika den Verkauf von nicht mehr als etwa 10% der Goldreserven des IWF in Anspruch nehmen.

Bilateraler Schuldenerlaß

Hinsichtlich bilateraler Schulden illustriert Uganda das totale Scheitern des Pariser Clubs bei der Gestaltung einer wirksamen Schuldenreduzierungsstrategie. Bei den "Erweiterten Toronto Terms"[2] kommen nur diejenigen Rückstände für Abschreibungen bzw. Umschuldungen in Frage, die bis zum Treffen des Pariser Clubs ausstehend waren sowie die zukünftigen Kapital- und Zinsfälligkeiten, die innerhalb einer kurzen Konsolidierungsphase von gewöhnlich 18 Monaten fällig werden. Wie bereits festgestellt, führt dies für Uganda zu einer Einsparung von nur neun Millionen US-$.

Es ist für die Gläubiger des Pariser Clubs unumgänglich, sich das zentrale Prinzip, das den "Trinidad Terms" zugrundeliegt, anzueignen: nämlich, daß der gesamte Bestand der dafür in Frage kommenden Schulden zur Umschuldung und Abschreibung freigegeben wird.

Es spricht sehr viel dafür, für Länder wie Uganda eine Schuldenreduzierung ins Auge zu fassen, die sogar das in den "Trinidad Terms" anvisierte Ausmaß übersteigt (die Trinidad Terms ermöglichen eine Abschreibung zwischen zwei Drittel und 80% der Schulden, der abschreibungsfähigen Schuldverschreibungen). Die Tatsache, daß die Weltbank und offizielle Gläubiger im Falle Ugandas kommerzielle Schuldenrückkäufe zu derart niedrigen Preisen wie 12% des Nominalwertes getätigt haben, weist darauf hin, daß die Regierungen des Nordens Abschreibungen in gleichem Ausmaß für ihre eigenen ausstehenden Schulden vornehmen sollten.

Die beste Option für die meisten Länder - inklusive Uganda - wäre eine Abschreibung von zwischen 80% (wie es Norwegen vorgeschlagen hat) und 100% (wie es der ehemalige niederländische Minister für Entwicklungszusammenarbeit, Jan Pronk, 1990 vorgeschlagen hat). Auf alle Fälle sollte das Ziel die Einrichtung einer Rückzahlungsobergrenze sein, die mit der Zahlungskapazität übereinstimmt. Jedoch hat die japanische Opposition gegen die Einführung der "Trinidad Terms" den Fortschritt hin zu einer radikaleren Schuldenreduzierung durch die Gläubiger des Pariser Clubs wirksam aufgehalten. Ein geschlossenes Vorgehen der G7-Staaten ist überfällig, um Japan umzustimmen. Dies gilt ebenfalls für Überlegungen, weitergehende Maßnahmen zum Schuldenreduzierungsverfahren des Pariser Clubs anzustoßen. Zum Beispiel gibt es bei zahlreichen Ländern triftige Gründe für die Verschiebung des Ausschlußdatums, damit der Anteil der für Schuldenerlaß geeigneten Schulden erhöht werden kann. Im Falle Ugandas sprechen besonders gravierende Gründe dafür, das Ausschlußdatum von 1981 mindestens bis zum Jahr 1987 zu verschieben. Einer der stichhaltigsten Gründe ist die Tatsache, daß der überwiegende Anteil bilateraler Schulden der jetzigen Regierung von den brutalen, zerstörerischen und korrupten Regimes von Idi Amin und Milton Obote geerbt wurde. Die Tatsache, daß ein großer Teil der damaligen Entwicklungshilfe verschleudert und unverantwortlich verliehen wurde, macht die Forderung nach Rückzahlung unakzeptabel, speziell wenn das Ausmaß der Armut der Bevölkerung derart groß ist.

Weitere Verbesserungen der offiziellen Entschuldungspraktiken würden Uganda - und den meisten anderen Schuldnern in Afrika südlich der Sahara - zusätzliche Vorteile bescheren. Zum Beispiel können bei den bestehenden Vereinbarungen diejenigen Schulden, welche bereits reduziert wurden, nicht noch einmal abgeschrieben werden. Dies hatte zur Folge, daß etwa ein Viertel der bilateralen Schulden Ugandas, die in früheren Verhandlungen mit dem Pariser Club umgeschuldet worden waren, 1992 nicht umschuldungsberechtigt waren. Der Pariser Club sollte diesen äußerst restriktiven Ansatz, dem scheinbar eher die Maximierung der Rückzahlungen zugrundeliegt als die Linderung der Probleme der Schuldner, aufgeben und die weitere Reduzierung von umgeschuldeten Schulden ermöglichen.

Schlußfolgerung

Die Regierung Ugandas hat unter den bestehenden Regelungen zur Schuldenreduzierung alle erdenklichen Maßnahmen unternommen, um ihr Schuldendienstproblem in den Griff zu bekommen. Sie hat auch das mit der Weltbank und dem IWF vereinbarte Strukturanpassungsprogramm genau befolgt. Tatsächlich haben beide Institutionen und viele nördliche Regierungen auf den Vorbildcharakter Ugandas hinsichtlich seiner ökonomischen Praxis hingewiesen. Die Tatsache, daß diese Regierungen es nicht geschafft haben, die Schuldenkrise des Landes anzugehen, ist ein Zeugnis sowohl ihrer Kurzsichtigkeit bei der Gefährdung eines "Vorzeige"-Erholungsmodells als auch eines weitgehenden Scheiterns international abgestimmten Vorgehens. Für die Bevölkerung Ugandas erhöht dieses Scheitern das Ausmaß einer sozialen und ökonomischen Katastrophe, die abgewendet werden kann - und muß. Die Tragik der mißlichen Lage Ugandas, wie auch der tieferen ökonomischen Verschuldungskrise in Afrika südlich der Sahara, liegt darin begründet, daß sie so einfach zu lösen wäre. Einzig notwendig wäre eine unumgängliche, aber fehlende Zutat: politischer Wille.

Oxfam (GB)

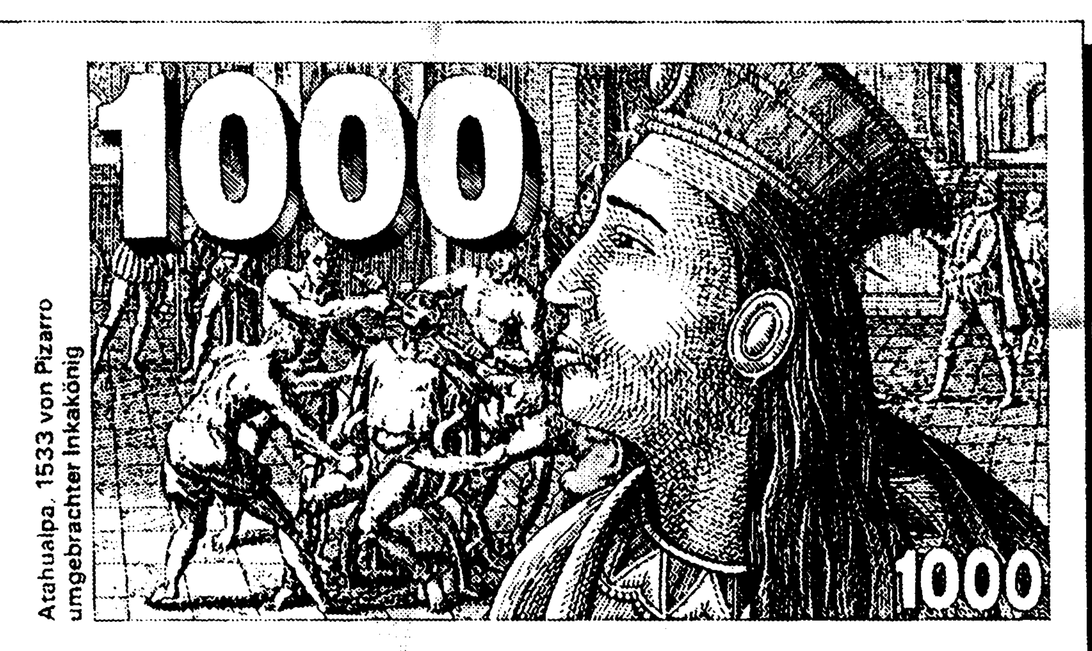
Übersetzung: Ann Stafford

Anmerkungen:

1) Von John Major - damals noch Finanzminister - im Herbst 1990 bei der Commonwealth-Konferenz in Trinidad in die Diskussion gebrachter Vorschlag für verbesserte Bedingungen für Schuldnerländer. Die Trinidad-Bedingungen verheißen die Behandlungen der gesamten Schulden eines Landes, die Reduzierung um zwei Drittel sowie eine rückzahlungsfreie Periode von fünf Jahren.

2) Beim Weltwirtschaftsgipfel in Toronto 1988 wurden Zugeständnisse an eine Reihe der ärmsten Länder beschlossen. Seither gewährt der Pariser Club die sogenannten Toronto- Bedingungen. Diese sahen für rund 25 vorwiegend afrikanische Staaten Schuldenreduktionen von einem Drittel vor, wobei die Gläubiger aus einem 'Menü' von drei Möglichkeiten wählen konnten: Streichung von bestehenden Schulden, Kürzung der Zinszahlungen um ein Drittel oder Verlängerung der Rückzahlungsperiode auf 25 Jahre. Allerdings galten die Nachlässe nicht für die Gesamtschulden, sondern nur für jene Kredite, die in den kommenden 12 bis 15 Monaten fällig wurden. Die 'Erweiterten Toronto Bedingungen' gibt es seit Dezember 1991/Januar 1992. Jetzt wurden Nachlässe bis zu 50% gewährt, allerdings immer noch nicht bezogen auf die Gesamtschulden.

Strukturreformen für die Schweiz



Strukturanpassung für den Norden: Während sich in der Bundesrepublik konkrete Vorschläge für eine Strukturreform des Landes noch im Stadium der Projektskizze befinden (das Wuppertaler Institut arbeitet an einem Konzept für ein 'Dauerhaftes Deutschland'), haben Nichtregierungsorganisationen in den Niederlanden und der Schweiz bereits Reformschritte eingefordert. Die niederländische Studie hat ihren Schwerpunkt auf der ökologischen Umgestaltung des Landes (das Programm nennt sich 'Nachhaltige Niederlande'). Der Reformvorschlag aus der Schweiz hat einen weltwirtschaftlichen Schwerpunkt. Er erscheint uns deshalb - trotz einiger spezifisch schweizerischer Details - anregend und hoffentlich beispielgebend für die bundesdeutsche Beschäftigung mit diesem Thema.

Es braucht - in einer globalen Perspektive - Maßnahmen auf drei Ebenen, um Entwicklungsprozesse im Süden im Sinne einer verbesserten Befriedigung von Grundbedürfnissen bei vermehrter gesellschaftlicher Partizipation und ökologischer Nachhaltigkeit zu begünstigen:
- Reformen im Süden
- Verbesserungen der weltwirtschaftlichen Spielregeln
- Reformen im Norden.

Letztlich ist ein Lebensstil im Norden gefragt, der globalisierungsfähig ist. Im Hinblick darauf sind für die Wirtschaftspolitik drei Prinzipien wichtig:
- Kohärenz: Die verschiedenen Maßnahmen sollen sich ergänzen, nicht widersprechen.
- Symmetrie: Alle Mitspieler, national und international, sollen gleiche Rechte und Pflichten haben, Verzicht auf doppelte Standards, keine Marktwirtschaft von Fall zu Fall.
- Kostenwahrheit: Die vollen Kosten sollen im Preis der Produkte enthalten sein.

Damit die Diskussion um die strukturelle Anpassung des Nordens nicht allgemein und unverbindlich bleibt, ist es wichtig, sie anhand der Schweiz zu konkretisieren.

Als ersten Schritt hat die Arbeitsgemeinschaft Swissaid/ Fastenopfer/ Brot für alle/ Helvetas/ Caritas 1992 den afrikanischen Ökonomen Ebenezer Mireku beauftragt, Vorschläge für Strukturreformen der Schweiz aus der Sicht des Südens auszuarbeiten. Diese hat die Arbeitsgemeinschaft vor der Jahresversammlung der Bretton Woods-Institutionen in Washington der Öffentlichkeit präsentiert. Daran anschließend möchte die Arbeitsgemeinschaft nun auf zehn Politikbereiche hinweisen, in denen akuter Handlungsbedarf besteht.

■ Währungspolitik

In der Währungspolitik entsprechen die gesetzlichen Bestimmungen nicht mehr der Realität, was die Rolle des Goldes (Deckung des Notenumlaufs, Goldparität, Einlösungspflicht in Gold) in der Währungsordnung betrifft. Die Goldreserven der Schweizerischen Nationalbank sind währungspolitisch überflüssig geworden. Die Schweiz sollte eine entsprechende Revision der Rechtsgrundlagen einleiten. Die zinslosen und

funktionslosen Goldvorräte von 2.600 Tonnen im Marktwert von rund 40 Milliarden Schweizer Franken sollten in innovativen und inflationsfreien Formen für die Entwicklungsfinanzierung im Süden nutzbar gemacht werden.

■ Finanzpolitik

Um das Zinsniveau nicht hochzutreiben, ist ein ausgeglichener Haushalt anzustreben durch die Senkung unproduktiver Ausgaben, namentlich bei der Armee. Michel Camdessus, geschäftsführender Direktor des IWF, hat am 29.6.1993 in Genf mit Nachdruck festgehalten, daß es darum geht, "die Regierungen dazu anzuhalten, ihre unproduktiven Ausgaben zu reduzieren und den hochproduktiven Stellenwert der Sozialpolitik anzuerkennen." Dazu kommt die Erschließung neuer Einnahmequellen. Die Mehrwertsteuer von 6,5 % ist ein wichtiger Schritt, reicht aber nicht aus. Ein Teil einer CO^2-Abgabe sollte zur Finanzierung von umweltpolitischen Maßnahmen im Süden und Osten zweckbestimmt werden. Sowohl Friedensdividende als auch Umweltabgabe stärken die Glaubwürdigkeit des Nordens, wenn er im Süden die Senkung von Militärausgaben oder neue Umweltschutzmaßnahmen fordert.

■ Entwicklungszusammenarbeit

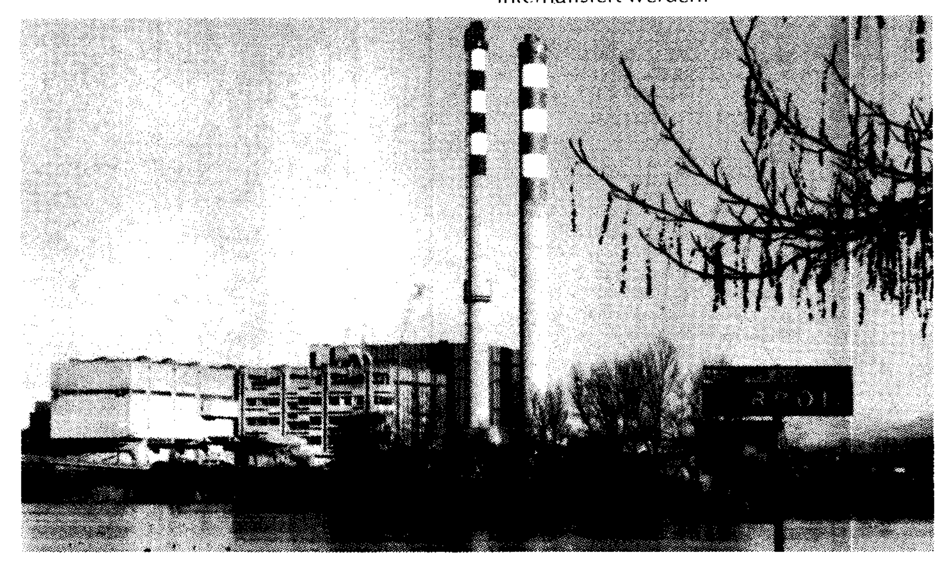
Die schweizerischen Leistungen an öffentlicher Entwicklungshilfe sind zwar bis 1992 auf 0,40 % des BSP stetig gestiegen. Trotzdem ist nach wie vor ein Nachholbedarf im Vergleich zu den Bedürfnissen im Süden, den Leistungen der anderen europäischen Länder und der UNO - Zielsetzungen vorhanden. Insbesondere ist das Niveau 1992 einmalig statt nachhaltig. Aufgrund von Kürzungen beim Budget und in der Finanzplanung dürften die Entwicklungshilfeleistungen wieder auf 0,35 % zurückfallen. Klare Prioritäten zugunsten einer aktiven Rolle der Schweiz in der Welt tun not. Dazu gehört eine substantielle Steigerung der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit in den 90er Jahren, wie sie beispielsweise auch von der OECD (Development Assistance Committee) anläßlich der Überprüfung der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit am 24. September 1993 mit Nachdruck gefordert worden ist.

■ Rechtshilfe

Im Hinblick auf die Abwehr und Repatriierung von Fluchtgeldern ist die internationale Rechtshilfe zu beschleunigen und auf Steuer- und Devisenvergehen auszudehnen. Sofern erforderlich, soll Steuerhinterziehung zu einem Straftatbestand erhoben werden. Unter rechtsstaatlichen Voraussetzungen ("Good Governance") ist nicht einzusehen, weshalb die Schweiz mit ihrer heutigen weitmaschigen Gesetzgebung stillschweigende Beihilfe zur Kapitalflucht leistet, sogar wenn die dortige Steuer- und Devisengesetzgebung verletzt wird. Der Finanzplatz Schweiz dient nach wie vor als internationale Drehscheibe auch für Gelder aus dem Süden. Insofern ist ein Ausbau des Rechtshilfegesetzes ein Beitrag zur finanziellen Absicherung der Strukturanpassung in den Entwicklungsländern.

■ Umweltpolitik

Der Konsum von nicht erneuerbaren Ressourcen und die Umweltbelastung z.B. durch Emissionen von CO^2 müssen auf ein globalisierungsfähiges Ausmaß gesenkt werden. Weltbank-Autoren haben kürzlich festgehalten: "Bei unbeschränkt möglicher Nutzbarkeit der natürlichen Ressourcen wäre nichts gegen Wachstum einzuwenden. Die tatsächlich aber eingeschränkte Erneuerbarkeit der natürlichen Ressourcen hat bei weiterer Wachstumsförderung im Norden unweigerlich weniger Raum für die Entwicklung des Südens zur Folge. Produktivitätssteigerung muß deshalb rein leistungsorientiertes und damit quantitatives Wachstum ablösen; diese Richtung muß als Weg des Fortschritts vom Norden - und schließlich auch vom Süden - eingeschlagen werden" (Goodland/Daly 1992, S. 2). Wenn unser Lebensstil darauf beruht, daß er anderen verwehrt bleibt, sind doppelte Standards im Spiel. Lenkungsabgaben bei Energie und CO^2 sind die entscheidenden politischen Projekte.



Schweizer Umweltpolitik: Verbrennen statt vermeiden.

■ Handelspolitik

Gegenüber allen Kategorien von Entwicklungsländern fährt die Schweiz einen Überschuß in der Handelsbilanz ein, insgesamt pro Jahr um die 7 Milliarden Franken. Entwicklungspolitisch ist dieses krasse Ungleichgewicht nicht wünschenswert, weil vermehrte Exporte des Südens bekanntlich Arbeit, Verdienst und Devisen beschaffen würden. Es braucht vermehrt Maßnahmen zur aktiven Importförderung aus dem Süden. Eine wichtige Maßnahme ist zweifellos der Abbau des Agrarprotektionismus in Verbindung mit dem weltweiten Abbau von Exportsubventionen. Der Verzicht auf Exportsubventionen betrifft aber nicht nur den Agrarsektor, sondern auch die defizitäre Ausfuhrförderung über die Exportrisikogarantie (ERG) ganz allgemein. Waffenexporte und paramilitärische Ausfuhren wie PC-7/9 sind einzustellen und statt dessen wäre aktive Rüstungskonversion zu betreiben. Das Freihandelsprinzip setzt Kostenwahrheit voraus: Damit nicht verzerrte Wirtschaftsstrukturen entstehen, sollten in den Produkt- und Transportpreisen alle externen Kosten internalisiert werden.

■ Wettbewerbspolitik

Das Resultat von Marktwirtschaft und Freihandel darf nicht darin bestehen, daß marktmächtige Unternehmen die Konkurrenz wieder aus den Angeln heben. Um "privaten Protektionismus" zu verhindern, ist ein griffiges Wettbewerbsrecht wichtig. Wenn gemäß Schätzungen bis zu einem Drittel des Welthandels konzerninterne Transaktionen multinationaler Unternehmen darstellen, so stellen Konzerntransparenz und Regeln gegen restriktive Geschäftspraktiken erstrangige Interessen der schwächeren Partner in der Weltwirtschaft dar. Auf internationaler Ebene ist ein Ausbau der GATT-Regeln, auf schweizerischer Ebene ein Kartellverbot in Analogie zur Europäischen Gemeinschaft überfällig.

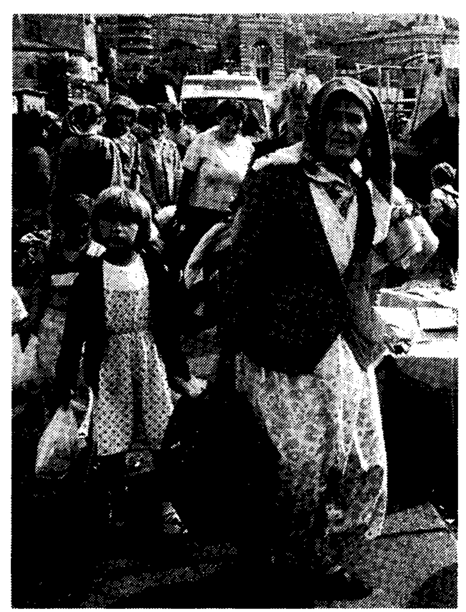
■ Patentpolitik

Auf dem Weg von bilateralen Pressionen und über internationale Abkommen (GATT etc.) wird der Rechtsschutz von Erfindungen, insbesondere im biotechnologischen und pharmazeutischen Bereich, heute weltweit massiv ausgebaut. Dies mag im Interesse der chemischen Industrie als Technologieexporteur liegen. Doch beispielsweise Taiwan oder Korea und früher auch Japan oder die Schweiz haben ihre wirtschaftlichen Erfolge gerade der effizienten und

kostenlosen Nachahmung fremder Erfindungen zu verdanken. Aus entwicklungspolitischer Sicht spricht die Erfahrung klar gegen ein weltweites Patentrecht. Nicht zu vergessen ist überdies aus einer liberalen Sicht, daß die Einführung der Patente im letzten Jahrhundert ein Siegeszug der Protektionisten war, weil Patente allemal Monopolrechte zur Alleinverwertung einer Erfindung darstellen. So standen neoliberale Denker wie beispielsweise Wilhelm Röpke dem Patentrecht skeptisch bis ablehnend gegenüber. Die Schweiz sollte deshalb nicht die Souveränität der Technologieimporteure durch eine globale GATT-Regelung ("TRIPS") in Sachen des geistigen Eigentums unterlaufen.

■ Ausländerpolitik

Auf der einen Seite freien Waren- und Kapitalverkehr global durchzusetzen, auf der anderen Seite bei der Migration von Menschen - in ökonomischen Lehrbüchern ebenso wie Kapital als Produktionsfaktor betrachtet - die Flagge des Liberalismus einzurollen, ist eine krasse Asymmetrie zu Lasten des Südens. Das zieht sich hin bis zu den Menschenrechten, wo bekanntlich nur die Emigrationsfreiheit, nicht die Immigrationsfreiheit verankert ist. Im Welthandel gewährleistet das Inländerprinzip des GATT, daß Importe aus dem Ausland gegenüber der Lokalproduktion nicht diskriminiert werden dürfen. Würde das Inländerprinzip auch auf Menschen Anwendung finden, so hätte das weitgehende Auswirkungen auf die wirtschaftlichen und politischen Rechte der Ausländerinnen und Ausländer. Überdies schließt die schweizerische Ausländerpolitik mit ihrem Dreikreismodell Migranten aus den Entwicklungsländern praktisch aus. Auch wenn Migrationsfreiheit auf der politischen Ebene heute nicht zu verwirklichen ist, sollte zumindest im Rahmen der tolerierten Zuwanderung ("Quoten") der Süden nicht erneut diskriminiert werden und das Inländerprinzip auch für die Migration Anwendung finden.



Inländerprinzip auch für Menschen.

■ Internationale Zusammenarbeit

Die Schweiz sollte ihre entwicklungspolitischen Grundsätze der bilateralen Entwicklungshilfe (Armutsbekämpfung, Nachhaltigkeit, Partizipation) aktiver als bisher in die multilateralen Institutionen hineintragen. Insbesondere sollte die Schweiz Mitglied der Vereinten Nationen werden. Eine aktive Rolle in der UNO könnte ein Gegengewicht zur allzu stark auf Europa fixierten Außenpolitik der Schweiz setzen.

Diese Tour d'horizon zeigt auf, wieviele brisante Themen, vielleicht gar politische Tabus, sich hinter der unscheinbaren Etikette von Strukturreformen verbergen. Die Länder des Südens wissen aus breiter Erfahrung, wie schmerzhaft und innenpolitisch brisant die strukturelle Anpassung ist. Im Norden sind Reformen mit einer globalen Perspektive gegenwärtig allzuoft noch ein intellektuelles Thema ohne ausreichenden politischen Druck. Eine Integration dieser Überlegungen in die Stellungnahme des IWF gegenüber der schweizerischen Regierung ist deshalb von erstrangiger Bedeutung.

Eine kohärente Südpolitik und darauf ausgerichtete Strukturreformen in der Schweiz müssen innenpolitisch breit abgestützt sein. Die Schweizer Bevölkerung wird derartige Reformen nur auf dem Hintergrund einer ausreichenden eigenen sozialen Sicherheit mittragen. Dazu kommt auch die Einsicht in ein langfristig ausgerichtetes Verständnis der Eigeninteressen. Information und Solidarität im Inland sind somit entscheidende innenpolitische Voraussetzungen von Strukturreformen im Norden, in der Schweiz.

Richard Gerster
gekürzte Fassung des Memorandums der Arbeitsgemeinschaft Swissaid/Fastenopfer/Brot für alle/Helvetas/Caritas vom 5.10.1993

Literaturverzeichnis:

Brakel Manus van/Bultenkamp Maria, Sustainable Netherlands, Friends of the Earth, Den Haag 1992.

Eppler Erhard/Nuscheler Franz/Klingebiel Stephan, Die Anpassungsverantwortung liegt im Norden, Germanwatch, Bonn Juli 1993.

Goodland Robert/Daly Herman, Ten Reasons why Northern Income Growth is not the Solution to Southern Poverty, mimeographed, Washington 25.2.1992.

International Monetary Fund, Annual Report 1993, Washington 1993.

Mireku Ebenezer, Policy Framework Paper for Switzerland 1993 - 2000, Berne September 1992.

Vergiftet und vertrieben

Die zerstörerischen Auswirkungen von Weltbankprojekten



Singrauli im Nordosten Indiens: Fünf thermische Kraftwerke und mehrere Industriekomplexe verseuchen in der Region Nahrungsmittel, Böden und Wasser mit Quecksilber, Cadmium sowie anderen Schwermetallen. Die sozialen Folgen des Kraftwerkbaus sind verheerend: 300.000 von ihrem Land vertriebene Bauern.

Singrauli ist keine Ausnahme, sondern eines von vielen Beispielen für die katastrophalen sozialen und ökologischen Auswirkungen von Weltbankprojekten. Bereits seit etwa zwanzig Jahren finanziert die Bank Projekte mit, die Zwangsumsiedlungen zur Folge haben. Nach einer bankinternen Studie sind insgesamt vier Millionen Menschen weltweit durch 215 laufende und geplante Weltbankprojekte von Zwangsumsiedlungen betroffen. Nach anderen Untersuchungen zur Qualität von Umsiedlungen gibt es keine Garantie dafür, daß diese Maßnahmen menschenwürdig durchgeführt werden.

Zwangsumsiedlungen sind vielfach Bestandteil von Plantagen-, Bewässerungs-, Staudamm- oder Straßenprojekten. Fehlgeschlagene Zwangsumsiedlungen bedeuten, daß Menschen ihr Land, ihre Arbeit, ihren Besitz verlieren. Sie werden aus ihrem sozialen Kontext gerissen, ihnen wird unfruchtbares Land zugewiesen, sie verschwinden in den Slums der Großstädte oder verlieren als Ureinwohner nicht nur die Lebensgrundlage, sondern auch die kulturelle und spirituelle Heimat. In der Regel sind davon die ärmsten Bevölkerungsschichten betroffen.

Gegen die eigenen Prinzipien

Der von der Weltbank in Auftrag gegebene und 1992 erschienene Report der sogenannten "Morse-Kommission" über den indischen Sardar-Sarovar-Staudamm (auch Narmada-Staudamm genannt) weist darauf hin, daß die Mißachtung der bankeigenen Richtlinien bei Umsiedlungen nicht die Ausnahme, sondern die Regel ist. In diesen seit 1980 bestehenden Richtlinien heißt es, daß vor der Bewilligung eines Kredites die Umsiedlungspläne von dem Projektträger, d.h. dem Entwicklungsland, fertiggestellt sein müssen. Umsiedlungen sollen nach Möglichkeit vermieden werden. Sind Umsiedlungen unvermeidbar, soll es den Betroffenen nach der Umsiedlung mindestens gleich gut und wenn möglich besser gehen als vorher. Wenn es nach den Richtlinien der Bank geht, sollen also das "Leben, das Wohlergehen und die Rechte der Umsiedler geschützt werden."

Die im Juni 1993 erschienene interne Weltbankstudie "Frühe Erfahrungen mit unfreiwilliger Umsiedlung - eine Übersicht" förderte bereits die grundlegenden Mängel von Umsiedlungsmaßnahmen im Rahmen von Weltbankprojekten zu Tage. In Lateinamerika, so fand man heraus, „gibt es nicht einen einzigen Fall eines von der Bank finanzierten Projektes, der quantitativ demonstriert, daß Umsiedler in Hinblick auf Einkommen, gesundheitliche und soziale Fürsorge ausreichend entschädigt wurden. Aber weder diese Berichte noch die Warnungen externer Berater erreichten das Bankmanagement oder die Entscheidungsträger ignorierten sie.

Protest

Aber es regt sich Protest gegen die Praxis der Bank. In den USA prangern in erster Linie Umweltschutzorganisationen seit Jahren die Verfehlungen der Bank an. Sie fordern mehr Transparenz, frühzeitige Information der von Projekten Betroffenen und die Beteiligung derselben an Planung, Durchführung und Evaluierung der Projekte. Sie weisen auf die vorliegenden Studien hin und fordern entsprechende Reformen. Dieses Jahr zeigte ihre Beharrlichkeit erste Erfolge. Der US-Kongreß kürzte die Mittel für die Internationale Entwicklungsgesellschaft (IDA), eine Tochtergesellschaft der Weltbank, um 200 Millionen US-Dollar und knüpfte deren Freigabe an konkrete Reformschritte. Für die Bank ist dies eine ernste Drohung, muß sie doch damit rechnen, daß andere Länder nachziehen. So liegen auch dem deutschen Bundestag Anträge vor bzw. werden vorbereitet, die Änderungen bei der Bank einklagen.

Forderungen

Der Abschlußbericht der aktuellen Untersuchung zu den Zwangsumsiedlungen wurde im April 1994 dem Exekutivdirektorium der Bank vorgelegt. Es ist der dritte Bericht dieser Art in den letzten zehn Jahren; alle vorherigen sind ohne größere Konsequenzen in der Schublade verschwunden. Das darf diesmal nicht passieren! Bundesminister Spranger und Weltbankpräsident Preston sollen sich dafür einsetzen, daß

- rückwirkend Maßnahmen ergriffen werden, die den Betroffenen von Weltbankprojekten menschenwürdige Lebensbedingungen verschaffen,
- Mitarbeiter der Bank für die Nichtanwendung bestehender Richtlinien zur Rechenschaft gezogen werden,
- neue Umsiedlungsvorhaben gestoppt werden, bis einvernehmliche Lösungen mit den Betroffenen gefunden und effektive Überwachungsmechanismen installiert sind, die die Einhaltung der Weltbankrichtlinien garantieren,
- notfalls Gelder für die Weltbank zurückgehalten werden, bis diese Mißstände beseitigt sind.

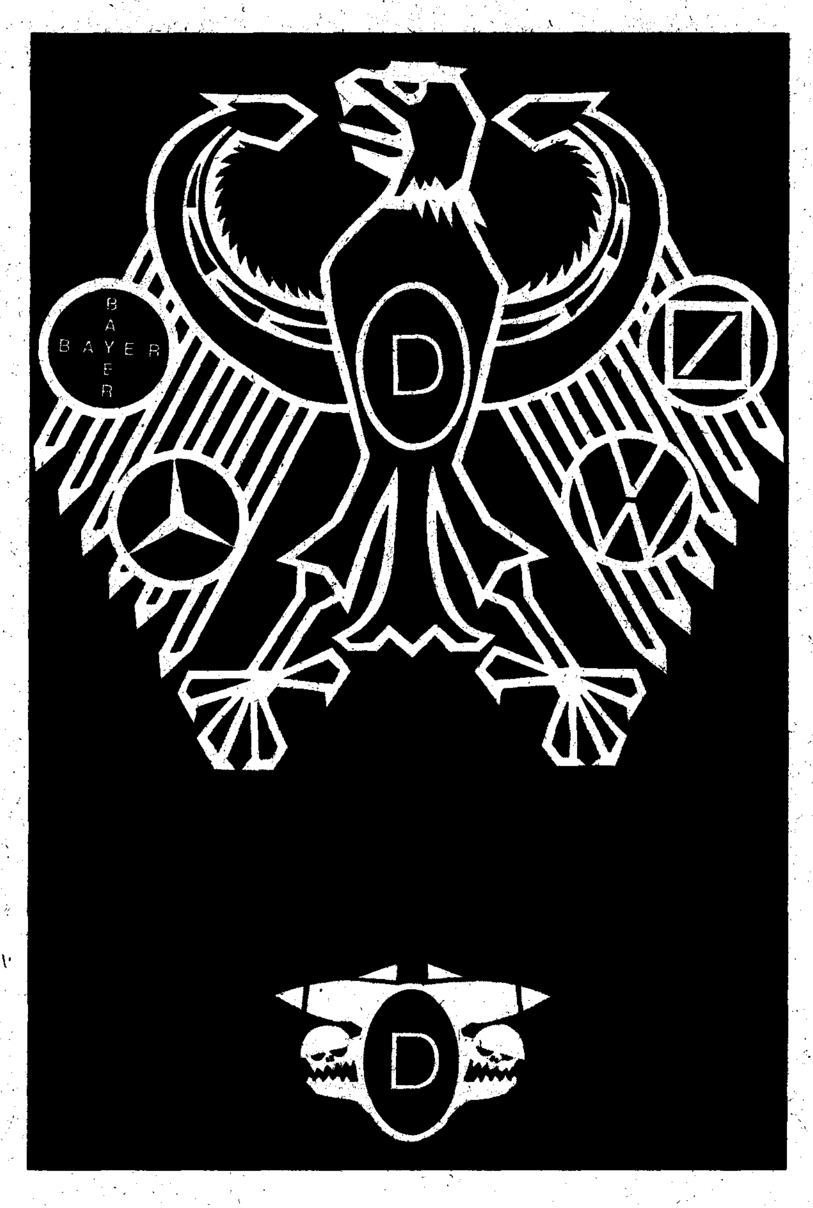
Auch deutsche Steuergelder wurden bisher für die Projekte mißbraucht. Ohne öffentlichen Druck wird sich nichts an der katastrophalen Praxis der Bank ändern! "Urgewald" und die "Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt" (ASW) rufen deswegen dazu auf, sich an dem Protest gegen die Zwangsumsiedlungen zu beteiligen.

Postkarten mit den oben aufgeführten Forderungen können bestellt werden bei:

Urgewald
z.Hd. Olaf Dierker
Wellensiek 197
33619 Bielefeld

Unterm Geier

DIE BRD AUF DEM WEG ZUR WELTMACHT?



Internationalistische Arbeit beginnt im eigenen Land. Dieser Grundsatz der Solidaritätsbewegung steht im Zentrum des 18. BUKO. Anlässe hierfür gibt es genügend: Mit Ende der Blockkonfrontation und dem Ausbruch politischer und ökonomischer Krisenprozesse in den kapitalistischen Staaten werden die Karten auf internationaler Ebene neu gemischt. In dieser Situation des Umbruchs versucht die BRD neue Einflußmöglichkeiten zu gewinnen.

– In der Militärpolitik sollen mit in den Medien bestens inszenierten Einsätzen (unsere Engel von Pnom Penh; Somalia) Fakten für den Einsatz der Bundeswehr außerhalb des Nato-Territoriums (»Out-of-area«) geschaffen werden. In den verteidigungspolitischen Richtlinien werden als Ziele deutscher Außen- und Militärpolitik u.a. die Einflußnahme auf internationale Institutionen und Prozesse und der ungehinderte Zugang zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt formuliert. Ein ständiger Sitz im UN-Sicherheitsrat soll verdeutlichen, daß die BRD sich wieder weltweit einmischen will.

– Mit der neuen Asylgesetzgebung, den Schengener Verträgen und den sogenannten »Rückübernahmeabkommen« mit den östlichen Anrainerstaaten soll ein Schutzwall aufgebaut werden, um unerwünschte Einwanderung zu verhindern. In diesem Zusammenhang denkt der CDU-Fraktionsvorsitzende Schäuble bereits daran, die Bundeswehr als Grenztruppe zur Abwehr unerwünschter EinwandererInnen einzusetzen.

– Mit ökonomischem und politischem Druck werden die osteuropäischen Staaten zu einem schnellen Übergang in die »freie Marktwirtschaft« gedrängt. Darunter wird in der Regel die Öffnung der jeweiligen Märkte verstanden. Gleichzeitig bedient man sich protektionistischer Maßnahmen, wenn diese Länder, wie z.B. bei einigen Stahlprodukten, als Konkurrent auf dem deutschen Markt auftreten.

– Die neue Konkurrenz im Osten und die fehlende Systemkonkurrenz dienen im Innern für die Unternehmerseite auch dazu, das vielbeschworene »Modell Deutschland« aufzukündigen. Wenn Kapital und Regierung sagen, »Standort Deutschland verteidigen«, meinen sie immer nur den Abbau bisheriger Sozial- und Umwelt-Standards. Zynisch werden dabei die lohnabhängigen Menschen der ganzen Welt gegen die in der BRD lebenden Menschen ausgespielt und umgekehrt. Dies kann zu einer sich immer weiter drehenden Spirale nach unten fortgesetzt werden.

– Auf der diesjährigen Weltbevölkerungskonferenz in Kairo, bei der die BRD zweitgrößte Geldgeberin ist, soll mit dem Verweis auf die »Bevölkerungsexplosion« den Menschen in der 3. Welt, und hier insbesondere den Frauen, die Schuld für die sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Krisen zugeschoben werden.

Die BRD auf dem Weg zur Weltmacht – eine beängstigende Gesamtperspektive. Für uns kein Grund zur Resignation, sondern zur Auseinandersetzung, die nicht nur über die schon genannten Themen geführt werden soll, sondern sich auch auf die deutsche Politik gegenüber supranationalen Organisationen wie Europäische Union, NATO und UNO erstreckt.

Um diese Themenfelder geht es auf dem 18. BUKO vom 12.–15.5.94 in Karlsruhe. Gemeinsame Kernfragen aller Foren und Arbeitsgruppen zu den Einzelthemen werden sein:

– Wie lassen sich die Widersprüche bezüglich Rassismus, Sexismus und sozialer Unterdrückung einordnen?

– Was vom Altbekannten bleibt, was ändert sich?

– Welche Konsequenzen haben die Veränderungen für uns in der BRD, was sind (neue) Aufgaben der Solidaritätsbewegung?

– Wer und wo sind BündnispartnerInnen?

Ein zentraler Aspekt des diesjährigen Kongresses wird die Entwicklung von Handlungsperspektiven sein. Denn ohne solche Perspektiven läßt sich die gegenwärtige Krise der Internationalismus-Bewegung und des BUKO nicht lösen. Viel wird auch davon abhängen, inwieweit es dem BUKO gelingt, mit VertreterInnen anderer sozialer Bewegungen in die Diskussion zu kommen.

18. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen 12.5.–15.5.1994 in Karlsruhe

Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, Tel. 040/39 31 56, Fax 040/390 75 20
Postbank Hamburg, Konto 791 12-201, BLZ 200 100 20

Die FOREN und WORKSHOPS des 18. Bundeskongresses 1994

FORUM 1 Außen- und Militärpolitik

In dem Forum sollen die verteidigungspolitischen Richtlinien und die neuen NATO-Papiere dargestellt und mit einer Einschätzung der bundesdeutschen Außen- und Militärpolitik verbunden werden.
Anschließend wird die Diskussion in vier AGs fortgesetzt: In der AG 1 NATO/WEU/out of area soll die Plenumsdiskussion weitergeführt und auf die innere Militarisierung der Gesellschaft eingegangen werden. In der AG 2 Jugoslawien steht die Entstehung des Jugoslawienkonfliktes, die Frage nach der spezifischen Rolle der BRD darin und die Interventionsdebatte im Mittelpunkt. Die AG 3 Kurdistan befaßt sich mit der strukturellen Auswirkung des GAP-Projektes und mit den Ölfeldern Bakus. Die AG 4 beschäftigt sich mit der Rolle der BRD in der UNO.
In dem Workshop »Perspektiven des antimilitaristischen Widerstands« sollen die Ergebnisse des Forums aufgegriffen und nach Möglichkeiten eines bundesweiten Widerstandes gegen die Außen- und Militärpolitik der BRD gesucht werden. Gibt es eine relevante Gegenbewegung? Können wir sie aufbauen, verstärken? Bestehen Chancen der Zusammenarbeit, Vernetzung der verschiedenen Spektren? Mit welchen Forderungen, Zielsetzungen? Eingeladen sind ReferentInnen aus verschiedenen Spektren.

FORUM 2 Rassismus und Flüchtlingspolitik

Mit der faktischen Abschaffung des Asylrechtes verändert sich das Erscheinungsbild der Migration. Andere Formen bekommen ein neues Gewicht (Saisonarbeit, Werkverträge, Illegalität). Vor dem Hintergrund der sich verschärfenden Aufspaltung der Gesellschaft werden sich damit auch die Lebensverhältnisse für Flüchtlinge und MigrantInnen drastisch verschlechtern. Die Debatte über Migration wird in den nächsten Jahren von zentraler Bedeutung sein. In ihr wird auch das zukünftige Verhältnis zwischen BewohnerInnen der »1. und der 3. Welt« (einschließlich Osteuropa) verhandelt.
Im FORUM »Rassismus und Flüchtlingspolitik« wollen wir gemeinsam überlegen, welche praktische Politik wir der im »Superwahljahr« alles überlagernden nationalistischen Standortdebatte entgegensetzen können (auch in Hinblick auf die EU-Ministerrats-Tagung im Dezember 94 in Essen).
Eine mögliche Reaktion auf die beschriebene Entwicklung wäre die Forderung nach Legalisierung aller Illegalen, die anknüpfen könnte an bestehende Zufluchtsprojekte. Ziel sollte die Entwicklung einer Kampagne sein, die sich einerseits bewußt zu Krise und Sozialabbau hier verhält, andererseits auch die Interessen der MigrantInnen berücksichtigt.

FORUM 3 »Standort Deutschland«

Die von den Unternehmern und Politikern forcierte Debatte um den »Standort Deutschland« hat das Ziel, unter Hinweis auf die angeblich gefährdete »Wettbewerbsfähigkeit« der deutschen Wirtschaft auf dem Weltmarkt den abhängig Beschäftigten eine massive Verschlechterung ihrer gesamten Arbeits- und Lebensbedingungen aufzubürden – und das mit ihrer Zustimmung und mit Billigung der Gewerkschaften. Massenarbeitslosigkeit, Abbau der sozialen Sicherheitssysteme und Armut für das untere Drittel der Gesellschaft (und hier besonders der Frauen) sollen als »normal« und »unvermeidlich« hingenommen werden.
In einer Zeit, wo multinationale Konzerne weltweit operieren und länderübergreifende Wirtschaftsräume (EU, EWR, NAFTA) gebildet werden, führt die »Standortdebatte« im Ergebnis zu einer »Spirale nach unten«, nämlich der Angleichung der Arbeits- und Lebensbedingungen der abhängig Beschäftigten an das jeweils niedrigste Niveau: VW-ArbeiterInnen in Pueblo in Mexiko werden gegen die in Wolfsburg ausgespielt, die in Salzgitter gegen die Skoda-ArbeiterInnen in Tschechien usw.
Mit anderen Worten: Unter Weltmarktbedingungen hat das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit hier direkte Auswirkungen auf die Arbeit- und Lebensbedingungen in der »3. Welt«, aber auch auf die Möglichkeiten von Emanzipationsprozessen überhaupt. Neben einer Kritik der »Standort«-Diskussion sollen Handlungsansätze von Belegschaften und Gewerkschaften auf nationaler (z.B. Bischofferode) und internationaler Ebene vorgestellt und Möglichkeiten zur Zusammenarbeit mit Internationalismus-Gruppen erörtert werden.

FORUM 4 Die Rolle der BRD im Welthandel

1992 fand mit großem Aufwand und Medienrummel die UNCED-Konferenz in Rio statt. Ende 1993 wurde nach langjährigen Verhandlungen die Uruguay-Runde des GATT abgeschlossen. Sowohl an den feierlichen Beschlüssen von Rio zu Umwelt und Entwicklung, als auch an den neuen GATT-Vereinbarungen war die Bundesrepublik maßgeblich beteiligt. Doch sind die Beschlüsse zum großen Teil widersprüchlich, da in die GATT-Vereinbarungen weder soziale noch ökologische Mindeststandards für den Welthandel Eingang gefunden haben. Diese Widersprüche wollen wir anhand der Bereiche nachhaltige Landwirtschaft und Gentechnik/Patentierung untersuchen. Dabei werden uns folgende Fragen beschäftigen:
Wie sehen die Ergebnisse der Uruguay-Runde des GATT aus? Wie könnte nachhaltige Landwirtschaft in Industrie- und Entwicklungsländern aussehen? Inwieweit wird ihre Realisierung durch GATT-Bestimmungen beeinträchtigt? Welche Auswirkungen haben Gentechnik und Patentierung auf die Landwirtschaft in den Industrie- und Entwicklungsländern? Wie sehen die neuen Bestimmungen über TRIP's (Trade Related Aspects of Intelectual Property Rights) im GATT aus? Welche Rolle spielen deutsche Konzerne im Bereich Gentechnik und Patentierung? Darüber hinaus möchten wir uns mit der Frage befassen, welche weitgehenden Verhandlungen notwendig sind, um zu einem ökologisch- und sozialverträglichen Welthandel zu kommen. Wie könnten z.B. neue Rohstoffabkommen aussehen, welche sozialen und ökologischen Mindeststandards sind zu fordern?

FORUM 5 Die Rolle der BRD in der EG/EU

Das Für und Wider betreffs der EG/EU wird oft mit der Frage verbunden, ob die EG Deutschland einbinde und damit bändige. Zum einen gehört die Westbindung zum Selbstverständnis der alten BRD – zum anderen erscheint die vergrößerte BRD als von den bisherigen Hemmnissen befreit und in der EG dominant.
Hat sich das Koordinatensystem der BRD-Außenpolitik verschoben? Ergibt sich mit dem DDR-Anschluß eine Umgruppierung in den politischen Prioritäten der BRD? Bremst die Vereinigung die EG-Integration oder hat die BRD gerade jetzt ein Interesse an einer forcierten Integration, weil sich die Stellung der BRD in der internationalen Politik mit der Westintegration verknüpft, so daß eine Aufgabe der Westintegration einen Stellungsverlust der BRD nach sich zöge? Was wären dann die nächsten europapolitischen Ziele der BRD?

Workshop »EG/Europäische Union«

Am 9./10. Dezember 1994 treffen sich die zwölf Regierungschefs der Europäischen Union (EU) zu ihrem halbjährigen Gipfeltreffen. Als Höhepunkt des bundesdeutschen EU-Vorsitzes wird der Stadt Essen die Ehre zuteil, diesen Festakt mit einem kostspieligen Begleitprogramm und aufgeblähten Medienspektakel auszutragen. Neben den Europawahlen ist dieser Gipfel die zweite große Gelegenheit, unsere Kritik am EU-Prozeß einer breiten Öffentlichkeit kundzutun und unseren Protest auf die Straße zu tragen. Die Chancen die unsoziale, neokoloniale und chauvinistische Politik der EU zu thematisieren, waren noch nie so günstig wie 1994. Deshalb dürfen wir diese Ereignisse nicht ungenutzt vorübergehen lassen.
In der Region Essen hat sich schon ein Bündniskreis zur Vorbereitung eines Gegenkongresses, einer Demonstration sowie zu Aktionen zusammengefunden. Dieses regionale Bündnis allein ist jedoch zu schwach, um solche großangelegten Aktivitäten vorzubereiten, geschweige denn durchzuführen. Deshalb kommt es darauf an, daß alle, die eine kritische Position zur EU-Politik haben, sich in den Vorbereitungen der Gegenaktivitäten zum EU-Gipfel engagieren. Wie die BUKO-Gruppen mit dieser konkreten Aktionsperspektive hier mitarbeiten können, soll Gegenstand des Workshops sein.

FORUM 6 Die Rolle der BRD in Osteuropa

Osteuropa im Jahre 5 der Freiheit: Nachdem »Sieg der Marktwirtschaft, Demokratie und Selbstbestimmung« vollzieht sich der Systemwechsel in Osteuropa dramatisch.
Ökonomische Zusammenbrüche, Deindustrialisierung und nationalistische Kriege sind heute in osteuropäischen Ländern sowie in den GUS-Staaten an der Tagesordnung. Die Folgen Verarmung und Verelendung breiter Schichten der Bevölkerung, kurz die »3. Welt« kommt nach Europa. Und die BRD mischt kräftig mit!
Für bundesdeutsche Politik- und Wirtschaftsinteressen ist, nach Wegfall des realexistierenden Sozialismus der Osten wieder »offen« geworden. Die Bundesrepublik will von der Destabilisierung und dem Zerfall der Sowjetunion, Jugoslawiens, der Tschechoslowakei und anderer Staaten in Osteuropa nicht nur ökonomisch, durch vermeintliche neue Absatzmärkte und den günstigen Bezug von Rohstoffen profitieren, sondern sich auch als Ordnungsmacht in Europa einmischen. Deutsche Mittel-Ost-Europa-Politik hat seit 1989 die innere Erosion der großen Zentralstaaten UdSSR und Jugoslawien dazu genutzt, ihren Zerfall zu befördern. Die Abtrennung des Baltikums, die Konkurrenz Rußland/Ukraine, das Selbstbestimmungsrecht für Slowenien und Kroatien aber nicht für Serbien – immer wurde die Dezentralisierung und Parzellierung als das beste Mittel nachfolgender Einflußnahme angesehen.
Im Forum wollen wir uns auf einer Plenumsveranstaltung und in Arbeitsgruppen mit den aktuellen ökonomischen und politischen Situationen der osteuropäischen Länder beschäftigen. Besonders betrachtet werden sollen dabei die deutschen Interventionen in diese Länder auf den unterschiedlichsten Ebenen. Dieses Forum ist als BUKO-Einstieg zum Thema BRD und Osteuropa gedacht. Es werden somit sicherlich Themen und Fragen offen bleiben. Aus diesem Grund entsteht der Vorschlag, einen eigenen BUKO-Arbeitsbereich Osteuropa zu gründen. Hierzu wird am Samstag ein spezieller Workshop stattfinden.

FORUM 7 Die deutsche Entwicklungshilfe nach dem Ende des Ost-West-Konflikts

Die Entwicklungshilfe war ursprünglich ein Kind des Kalten Krieges. Die »jungen Staaten« Afrikas und Asiens sollten für den westlichen Weg der Marktwirtschaft (gegen den Kommunismus) gewonnen werden.
Auch wenn im Laufe der Jahrzehnte andere Zielsetzungen in den Vordergrund traten, so stellt sich die Frage, welche Legitimation Entwicklungspolitik nach dem Ende des Ost-West-Konflikts hat, zumal Entwicklungshilfe nach dem »verlorenen Jahrzehnt« der 80er Jahre grundlegend kritisiert bzw. sogar gänzlich in Frage gestellt wurde.
Aus dem Bonner Entwicklungshilfe-Ministerium sind neuerdings ungewohnte Töne zu hören. Man betont die Bedeutung von Grundbedürfnis-Strategien, von ökologischen Gesichtspunkten in der Entwicklungspolitik, von der Voraussetzung der Einhaltung der Menschenrechte (»Konditionalisierung«) usw.
Vor allem am Beispiel der Konditionalisierung der Entwicklungshilfe soll diskutiert werden, inwieweit die von Bonn propagierten Ziele tatsächlich mit der entwicklungspolitischen Praxis zu tun haben.
Eine weitere Leitfrage, die das Forum beschäftigen soll: Inwieweit ist Entwicklungspolitik überhaupt in der Lage, Fortschritte zu erzielen, solange die Rahmenbedingungen (Preisverfall der Rohstoffe, Verschuldung) unverändert bleiben bzw. sich noch verschlechtern? Welche Haltung soll die Solidaritätsbewegung gegenüber der Bonner Entwicklungshilfe einnehmen, insbesondere angesichts der Bundestagswahlen im Oktober 1994?

FORUM 8 Bevölkerungspolitik

Im September 1994 findet in Kairo die 3. Weltbevölkerungskonferenz statt; die bevölkerungspolitischen Prioritäten der kommenden Jahre werden dort beschlossen. Das Motto ist »Bevölkerung und Entwicklung«, das zentrale Thema wird aber Migration sein.
Um nicht an den wirtschaftlichen Ursachen von Verarmung, Verschuldung und ökologischer Zerstörung zu rühren, werden bereits seit den 70er Jahren bevölkerungspolitische Konzepte entwickelt. An die Vergabe von Krediten gebunden, sollen mit ihnen in den Ländern des Südens die Geburtenraten reduziert werden. Jetzt schon stimmen die Medien auf die Botschaft ein, die von Kairo in alle Welt gehen wird: Eine »Bevölkerungsexplosion« in den Ländern des Südens gefährdet die ökologische Tragfähigkeit der Erde und die wirtschaftliche Entwicklung und hat unkontrollierte Wanderungströme zur Folge. Besonders Frauen und ihre Fruchtbarkeit werden dafür verantwortlich gemacht.
Die Debatte in Deutschland und Europa wird von Schlagworten wie »Alterssicherung«, »Einwanderungsdruck« und »kulturelle Identität« bestimmt.
Nicht vergessen wollen wir, daß die BRD die zweitwichtigste Geldgeberin für Bevölkerungspolitik-Programme ist.
Anders als bei bisherigen Konferenzen werden in Kairo erstmals auch NROs mit einbezogen. Man hat aus der UNCED in Rio gelernt, es macht sich auch gut in der Öffentlichkeit, bindet Kräfte und spaltet. Das Kairo-Theater soll bei uns nicht unwidersprochen bleiben!
Das andere Thema, mit dem wir uns beschäftigen werden, ist der Versuch, die Frauenbewegung an der Frage »Gibt es eine feministische Bevölkerungspolitik?« zu spalten.

Zu den Foren

Aufbauend auf den positiven Erfahrungen mit dem Foren-Konzept auf dem letzten BUKO soll ein großer Teil der inhaltlichen Diskussion auf dem Kongreß auch in diesem Jahr in Foren stattfinden. Um den Foren die Arbeit zu erleichtern und die Diskussion bezüglich der Ergebnisse zu strukturieren, sind einige Fragen formuliert worden, die in der Diskussion Berücksichtigung finden sollen:
a) Wo sind Kontinuitäten, wo sind Brüche bzw. schleichende Veränderungen, wo sind Widersprüche in der Neuen Weltordnung? Wie lassen sich diese Widersprüche bezüglich Rasse, Klasse, Geschlecht einordnen? b) Wie wirken sich die globalen Veränderungen auf die inneren Verhältnisse in der BRD aus? c) Welche BündnispartnerInnen ergeben sich aus diesen Auswirkungen auf die inneren Verhältnisse? Welche Aktionen bzw. Aktionsformen sind möglich? d) Wo sind Kontinuitäten bzw. Brüche in der Solidaritätsarbeit? Ist ein neuer Internationalismusbegriff notwendig?
Da der Versuch einer Zusammenführung der Foren-Ergebnisse im Plenum auf dem letzten Kongreß nicht zur Zufriedenheit gelang, soll auf diese Form der Auswertung diesmal verzichtet werden. Die Diskussionsergebnisse aus den Foren sollen am Samstag in perspektivisch arbeitenden, aktionsorientierten Workshops konkretisiert und eventuell so aufgearbeitet werden, daß für das Plenum am Samstag nachmittag Vorschläge für die Weiterarbeit des BUKO daraus entstehen. Damit aber die Diskussionen und (Einzel-)Ergebnisse der einzelnen Foren für alle, die nicht an dem jeweiligen Forum teilgenommen haben, nachvollziehbar werden, sollen in den Foren schriftliche Berichte angefertigt werden, die dann im BUKO 18-Nachbereitungsheft des »FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen« erscheinen werden.

Workshops

Wie schon im Vorspann der Foren angekündigt, wird es am Samstag morgen einerseits Workshops geben, die die Foren-Diskussionen hinsichtlich Weiterarbeit und Aktionsmöglichkeiten fortführen (teilweise sind diese Workshops zusammen mit den Foren-Texten angekündigt). Andererseits werden auch verschiedene Workshops stattfinden, so z.B. ein Diavortrag über den Besuch einer BUKO-Delegation in Kurdistan, unabhängig von den Foren-Themen. Genaue Informationen werden während des Kongresses auf Wandzeitungen mitgeteilt.

Frauenplenum

Alle Frauen sind eingeladen, die Fragen der Vertretung von Fraueninteressen und -forderungen im BUKO gemeinsam und öffentlich zu diskutieren.

Medienbörse

Auf der Medienbörse können interessierte Gruppen und Einzelpersonen Bücher, Broschüren, Arbeitsmaterialien und sonstige Informationen ausstellen. Wegen des Platzmangels müssen sich die Interessierten unbedingt auf dem Anmeldeabschnitt anmelden. Standgebühr für kommerzielle Stände (z.B. große Verlage): 100,-DM, ansonsten kostenlos.

Aktion

Als Aktion ist geplant, mit einer angemieteten roten Straßenbahn der KVB einige zentrale Punkte aus Politik, Wirtschaft und Geschichte (ZAST, BVG, Siemens, Kernforschungszentrum etc.) anzufahren. Während der Fahrt wird versucht, über die Stationen und ihre Hintergründe zu informieren. Dauer ca. 3 Std.

Koordinierungsausschuß

In diesem Jahr ergeht an alle Mitgliedsgruppen folgende verschärfte Aufforderung:
Alle BUKO-Mitgliedsgruppen und auch Einzelpersonen aus Mitgliedsgruppen sollten sich überlegen, ob sie nicht für den KA kandidieren und sich damit für die BUKO-Arbeit zur Verfügung stellen wollen.
Gruppen mit Interesse an einer Mitarbeit im KA mögen sich bitte an die Geschäftsstelle in Hamburg wenden. Wir beantworten hier gerne alle Fragen in Bezug auf die KA-Arbeit.

Resolutionen

Auch in diesem Jahr werden auf dem Kongreß nur Resolutionen abgestimmt, die bis zum 15.4.94 an die Geschäftsstelle des BUKO geschickt worden sind. Eine Resolutionsantrags-Kommission stellt fest, ob eingegangene Resolutionsvorschläge bereits existierende BUKO-Beschlüsse nur wiederholen würden. Solche werden dann nicht zugelassen. Inhaltlich ähnlich gelagerte Resolutionsanträge werden von der Kommission in sinnvoller Weise gebündelt. Um den Gruppen Gelegenheit zu geben, die Resolutionen zu diskutieren, werden sie mit den Vorbereitungsmaterialien verschickt. Später eingehende Resolutionen werden nur noch zugelassen, wenn sie durch aktuelle Ereignisse bedingt sind.

Vorbereitungsmaterialien

Das VorbereitungsFORUM und weitere Infos und Resolutionsvorlagen werden mit der Anmeldebestätigung ab 22.4.94 verschickt.
Die zu den einzelnen Foren vorliegenden »Basisinformationen« (einführende Texte) werden gegen Erstattung der Kopierkosten (3,- DM in Briefmarken der Anmeldung beilegen und entsprechendes Forum ankreuzen!) verschickt.



Bitte meldet Euch so schnell wie möglich an! Das hilft uns sehr für unsere Vorbereitungen (allerspätestens 20.4.94).

Anmeldung für den 18. Bundeskongreß in Karlsruhe, 12.5. - 15.5.1994

(an den Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg)

1) Name der Gruppe/Institution ....

2) Anschrift ....

3) Status
- O örtliche Basisgruppe
- O Institution/Bundesverband
- O sonstige/r Teilnehmer/in

4) Mitglied
- O ja
- O nein
- O Interesse an der Mitgliedschaft
- O Interesse an der Mitarbeit im Koordinierungsausschuß

Termin und Ort

Der 18. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen findet vom 12.5. bis 15.5.94 im Kulturzentrum »Tollhaus«, Schlachthausstr.1, 76131 Karlsruhe statt.

Teilnahme

Teilnehmen am 18. Bundeskongreß kann jede oder jeder, die/der die Teilnahmegebühr bezahlt hat. Stimmberechtigt sind allerdings nur Delegierte von BUKO-Mitgliedsgruppen, die für das Jahr 1994 ihren Mitgliedsbeitrag bezahlt haben. Der BUKO-Jahresbeitrag beträgt pro Gruppe 200,- DM (plus FORUM-Abo 50,- DM). Institutionen, Bundesverbände und Koordinationen können am Kongreß nur als Beobachter ohne Stimmrecht teilnehmen. Die beobachtende Mitgliedschaft kann bei der Geschäftsstelle formlos beantragt werden (Jahresbeitrag 450,- DM, plus FORUM-Abo 50,- DM).

Anmeldung

Zur Anmeldung muß der untenstehende Abschnitt vollständig ausgefüllt und der Teilnahmebeitrag (80,-DM für TeilnehmerInnen aus BUKO-Mitgliedsgruppen, 110,-DM für sonstige TeilnehmerInnen) IM VORAUS auf das Konto des BUKO überwiesen werden:
Postbank Hamburg, Kto.-Nr. 79112-201 (BLZ 20010020).
Bitte gebt auf der Überweisung den Namen der Gruppe deutlich an.
Der Anmeldeschluß ist der 20.4.94.
Die Anmeldung auf dem Kongreß selbst erfolgt im Kulturzentrum »Tollhaus«.

Fahrtkosten

Fahrtkosten werden wahrscheinlich weitestgehend erstattet.

Essen

Um uns eine Flut von Plastikgeschirr zu ersparen, werden die TeilnehmerInnen gebeten, ihr eigenes Geschirr (Becher, Schüssel, Teller) und Besteck mitzubringen.

Kinder

Für Kinderbetreuung während des Kongresses kann gesorgt werden. Dafür ist es aber notwendig, daß auf dem Anmeldeabschnitt dazu Angaben gemacht werden: Wieviele Kinder werden mitgebracht? Wie alt sind diese?
Bitte erleichtert uns die Organisation, indem Ihr Kinder, die angemeldet wurden und dann doch nicht mitkommen werden, wieder abmeldet.

Programm BUKO 18

Donnerstag 12.5.94

13.00-15.00	Anreise, Anmeldung im »Tollhaus«
15.00-18.00	Kongreß-Eröffnung mit Begrüßung und Einführung in den Kongreß
	anschließend
	Podiumsdiskussion »BRD und Neue Weltordnung – Kontinuitäten, Brüche, Widerstand« Als DiskussionsteilnehmerInnen sind angefragt: Joachim Hirsch, Heiner Möller, Eva Quistorp, Ulla Jelpke, Heleno Safia
18.00-19.00	Abendessen
19.00-20.30	Vorstellung der Foren, die am Freitag ganztägig stattfinden
20.30	Konzert der Gruppe »44 Leningrad«

Freitag 13.5.94

08.30	Frühstück
09.00-13.00	Foren
13.00-14.30	Mittagessen und Pause
14.30-18.00	Foren
18.00-19.00	Abendessen
19.00-21.00	Frauenplenum
21.00	Konzert von Maisha Grant und Band

Samstag 14.5.94

08.30	Frühstück
09.30-13.00	– Workshops, die an den Foren-Themen weiterarbeiten – sonstige Workshops und Treffen – Öffentlichkeitsaktion in Karlsruhe
13.00-14.30	Mittagessen und Pause
14.30-19.00	Plenum zur BUKO-Politik (Rechenschaftsberichte, inhaltliche Schwerpunktsetzung, Beschlüsse, Resolutionen, Seminare etc.)
19.00-20.00	Abendessen
20.00	Kabarett und Disco

Sonntag 15.5.94

08.30	Frühstück
08.30-09.00	Fahrtkostenerstattung
09.30-13.00	Fortsetzung des BUKO-Politik-Plenums: Neuwahl des Koordinierungsausschusses (KA), Abstimmung von Inhalten und Orten Kleiner BUKOs und des BUKO 19
13.00	Mittagessen und anschließend Abreise

✂ ....

5) Zum BUKO melden wir an (Name, Anschrift, Telefon): Schlafplätze nötig für: *

1. .... Do Fr Sa So

.... Interesse an Forum: ....

2. .... Do Fr Sa So

.... Interesse an Forum: ....

3. .... Do Fr Sa So

.... Interesse an Forum: ....

* Zutreffendes bitte ankreuzen

6) O Zusätzliches Basis-Informationsmaterial zur Einführung gewünscht für Forum ....
(3,- DM in Briefmarken der Anmeldung beilegen!)

7) Mitfahrgelegenheit (bildet Fahrgemeinschaften!):
O ich biete O ich suche Mitfahrgelegenheit für .... Personen. Tel.-Nr. ....

8) O Wir benötigen Kinderbetreuung
wieviele Kinder? .... Alter? .... Jahre an folgenden Tagen: ....

O Wir möchten an der Medienbörse teilnehmen.

Teilnahmegebühr von 80,- DM/110,- DM pro Person am .... überwiesen.

Datum .... Unterschrift ....

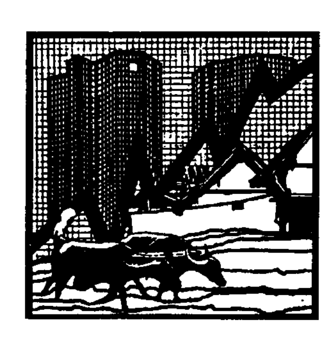
Kampagnen und Tagungen




Man soll die Feste feiern wie sie fallen: Dieses Motto scheinen sich die Vertreter der Bretton Woods Institutionen Weltbank und Internationaler Währungsfonds (IWF) zu Herzen zu nehmen. Über drei Jahre sind **offizielle Veranstaltungen** zum Jubiläum geplant.
Am 21. und 22. Juli 1994 trifft sich das 30köpfige Bretton- Woods-Komitee in New Hampshire (USA), um die Zukunft der Bretton-Woods-Institutionen zu diskutieren. Offizieller Höhepunkt der diesjährigen Festveranstaltungen wird eine öffentliche Konferenz sein, die unmittelbar vor der IWF/Weltbankjahrestagung (4.-6.10.1994) in Madrid stattfinden soll. Das Thema "Der IWF und die Weltbank in einer sich verändernden Welt" soll dort ebenso diskutiert werden wie die Themen "Förderung des ökonomischen Übergangs" (in Osteuropa), "Anpassung, Konditionalität und Wirtschaftswachstum" und "Armutsreduzierung".
1995 wollen sich Bank und Fonds dann darauf konzentrieren, daß andere ihnen nicht die Rolle streitig machen: Dann gilt es, die Botschaft von "Bretton Woods II" in die Vereinten Nationen zu vermitteln, wenn diese auf dem Weltsozialgipfel in Kopenhagen und einem für das Jahresende geplanten UN-Gipfel in New York Eckpunkte einer Reformagenda für die kommende Etappe diskutieren.
Für 1996 schließlich sind zahlreiche weitere Aktivitäten in der Planung, von der Veröffentlichung einer zweibändigen Geschichte der Weltbank über eine Fernsehspot-Kampagne bis hin zur Eröffnung eines Besucherzentrums der Bank in Washington.



Das Netzwerk KAIROS EUROPA ruft zu einer **"Kampagne gegen weltweite Verarmung und Verschuldung durch Bereicherungsmechanismen - für alternative Finanzsysteme"** auf. Im Aufruf heißt es u.a.: "Heute begreifen wir: Auch in Westeuropa und anderen Ländern des reichen Nordens überschulden sich die Staaten und Private, laufen 'Strukturanpassungen', wird den Armen das Geld zum Nötigsten genommen, während sich auf der anderen Seite die Kapitalbesitzenden bereichern können - legal, halblegal, illegal." Insbesondere wendet sich KAIROS EUROPA gegen Bereicherungsmechanismen wie Währungs- und Finanzspekulationen, Steuerhinterziehung, Transferpreismanipulationen von Multis, Lohndrückerei und Standortdumping sowie die von internationalen Institutionen (einschließlich IWF, Weltbank und Europäische Union) vertretene monetaristische Politik, bei der Weltmarktöffnung sowie Währungs- und Preisstabilität auf Kosten von Beschäftigung, sozialer Gerechtigkeit und Umwelt betrieben werden. Es wird u.a. dazu aufgerufen, kommunale Bündnisse gegen Sozialabbau und Bereicherungsmechanismen zu bilden, die KandidatInnen im Wahljahr 1994 daraufhin zu testen, wie sie zum Sozialabbau stehen, die Entschuldung der Dritten Welt auf die öffentliche Tagesordnung zu setzen und an den zentralen Aktionstagen vom 26.-28. Juni in Brüssel teilzunehmen. Vorgesehen sind eine Großveranstaltung vor der Brüsseler Börse, ein öffentliches Hearing im Europaparlament, eine Strategieberatung zur Weiterarbeit und eine Fachkonsultation über alternative Mikrofinanzsysteme, letztere voraussichtlich im September.
Weitere Informationen: KAIROS EUROPA, Ulrich Duchrow/Martin Gueck, Hegenichstr. 22, 69124 Heidelberg, Tel. (06221) 78 07 18, Fax (06221) 78 11 83.



Am 17./18. Juni wird eine internationale Fachtagung **"Die Zukunft der Bretton-Woods-Organisationen - Reformansätze und Alternativen"** in Wuppertal stattfinden. Veranstalter sind WEED und das Wuppertaler Institut für Klima, Energie und Umwelt. An ReferentInnen haben bislang zugesagt: Elmar Altvater (Berlin), Tatjana Chahoud (Berlin), Thomas Fues (Bad Münstereifel), Ingomar Hauchler (Bonn), Gabriela Simon (Berlin), Roberto Bissio (Montevideo), Barbara Bramble (Washington), Amir Jamal (Tansania), Inge Kaul (New York), Jeffrey McNeely (Gland), Bruce Rich (Washington), Maria Clara Soares (Rio de Janeiro). Die Themen der drei Foren lauten: 1. Reformbedarf und Perspektiven von IWF und Weltbank, 2. Zukunft der Umwelt- und Entwicklungsfinanzierung, 3. Handlungsspielräume und Interessenkoalitionen im Reformprozeß.
Weitere Information: WEED, Barbara Unmüßig, Berliner Platz 1, 53111 Bonn, Tel. 0228/696479, Fax 696470.

campaña

Fondo Monetario Internacional, Banco Mundial y G.A.T.T.

50 años bastan

Manifiesto 50 años bastan 1

"50 años bastan!"(50 Jahre sind genug), heißt es in Madrid, wo IWF und Weltbank im September/Oktober ihr Jubiläum feiern wollen. "50 años bastan" ist das Motto einer Kampagne, zu der sich ein Regenbogenbündnis von über 50 Organisationen und Gruppen aus ganz Spanien zusammengefunden hat. Zu dem Kampagnenbündnis gehören Solidaritäts-, Feminismus- und Ökologiegruppen ebenso wie Gewerkschaftsgliederungen und linksalternative Organisationen.
Das spanische Umwelt- und Solidaritätsnetzwerk AEDENAT, das als Sekretariat der Kampagne fungiert, war von Anfang an darum bemüht, NGOs aus anderen Ländern in die Planungen miteinzubeziehen. An dem letzten Vorbereitungstreffen Mitte Februar in Madrid nahmen deshalb auch Ecoropa aus Frankreich, Third World First aus Großbritannien, WEED aus Deutschland und das internationale Jugendbündnis A SEED teil.
Allen Interessierten wird mit einem für den 26. September bis 1. Oktober geplanten Alternativen Forum unter dem Motto 'Los otras voces del planeta' (Die anderen Stimmen des Planeten) Gelegenheit geboten, Reformansätze, Forderungen und Alternativen vorzubringen und zu diskutieren.
Es wird sechs Plenumsveranstaltungen geben (z.B. über Auslandsverschuldung und Strukturanpassung, Konsequenzen des Freihandels und über wirtschaftspolitische Alternativen zum derzeitigen Finanzsystem), die von einer Vielzahl von Workshops und Arbeitsgruppen begleitet werden. Zu den Veranstaltungen eingeladen sind u.a. prominente Kritiker und Kritikerinnen der Bretton-Woods-Organisationen wie Bruce Rich, Susan George, Leonor Briones, Eduardo Galeano, Noam Chomsky, Anil Agarwal, André Gunder Frank, Adolfo Pérez Esquivel, Samir Amin, Vandana Shiva und Rigoberta Menchú. Dadurch erhoffen sich die Veranstalter, möglichst viele AktivistInnen von IWF/Weltbank-Kampagnen aus aller Welt nach Madrid zu locken.
Assoziationen zur IWF/Weltbank-Kampagne in Berlin 1988 - dies sei angemerkt - sind durchaus beabsichtigt: Ein Videofilm aus dieser Zeit ist ein in Spanien derzeit häufig eingesetztes Mobilisierungsinstrument für den kommenden Herbst. Die Organisatoren in Madrid haben bereits viel Arbeit geleistet: Es gibt eine ausführliche Kampagnenplattform und ein ausgearbeitetes Kongreßprogramm. Zudem ist eine Kampagnenzeitung geplant, die Ende September/Anfang Oktober mit Unterstützung des britischen Ecologist täglich in spanisch und englisch herauskommen soll. Wieviele Menschen sich im Jahre 1994 für das Thema in Sälen und auf Plätzen mobilisieren lassen werden, ist derzeit freilich ungewiß. Nur eines ist sicher: Es werden wieder mehr sein als bei den Washingtoner Heimspielen der Bretton-Woods-Zwillinge in den letzten Jahren.
Weitere Information: AEDENAT, Secretaría de la Campagna 50 años bastan, Campomanes 12, E-28013 Madrid, Tel. 34/1/5411971, Fax 5717108.

Materialien

John Cavanagh/Daphne Wysham/Marcos Arruda (Ed.) "Beyond Bretton Woods: Alternatives to the Global Economic Order", Pluto Press/ Transnationale Institute (Amsterdam)/Institute for Policy Studies (Washington), erscheint im August 1994. Die einzelnen Beiträge entwickeln detaillierte Reformvorschläge für den IWF, die Weltbank und die weltwirtschaftlichen Handelsbeziehungen. Außerdem Visionen alternativer Steuerungsinstrumente für die Weltwirtschaft (siehe Beitrag in diesem Heft!).

Eine ausführliche Auswertung und Dokumentation der Entschuldungskampagnenarbeit in Deutschland im Jahre 1993 hat **Misereor** in seiner Reihe **"Berichte und Dokumente" (Heft 7)** herausgebracht. Im einzelnen werden der Misereor-Studientag vom 25.3.93 sowie die Anzeigenaktion und die Memorandumsinitiative zur deutschen Entschuldungspolitik dokumentiert. Kostenloser Bezug über: Misereor Medienproduktionen und Vertriebsgesellschaft mbH, Postfach 1450, 52015 Aachen.

Der **Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung** hat bislang vier **Sonderdienste zum Thema "50 Jahre IWF und Weltbank"** gemeinsam mit kirchlichen Gruppen und anderen NGOs herausgegeben. In den bisherigen Ausgaben wurden die Stabilisierungspolitik der Weltbank in Lateinamerika, ihre Umweltpolitik und Reformkonzepte diskutiert. Die Reihe wird fortgesetzt. Bezug: WEED Service Centre, Berliner Platz 1, 53111 Bonn, Tel. (0228) 69 64 79.

Bruce Rich "Mortgaging the earth. The World Bank, Environmental Impoverishment and the Crisis of Development", Beacon Press, Toronto 1994. Bruce Rich ist Director der internationalen Abteilung des Environmental Defense Fund (EDF) in Washington. 1988 erhielt er den Global 500 Award der Vereinten Nationen. Rich ist ein intimer Kenner und Kritiker der Weltbankpolitik. In seinem jüngsten Buch setzt er sich nicht nur kritisch mit der Geschichte der Weltbank auseinander, sondern entwickelt auch Reformvorschläge (siehe den Beitrag in diesem Heft!).

Die **PROKLA (Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft)** widmet sich in ihrem **Heft 95 (Juni 1994)** den internationalen Institutionen 50 Jahre nach Bretton Woods. Dabei werden nicht nur die Konflikte aus altbekannten Interessensgegensätzen, sondern auch ökologisch bedingte und ethnisch artikulierte Konflikte analysiert. Schließlich geht es um die Frage, welche Stellung die Linke zu den internationalen Organisationen bezieht, und welche Alternativen sie anzubieten hat. Verlag Westfälisches Dampfboot (Münster), ca. 160 S., DM 18.-

Rechtzeitig zu einer Anhörung im Bundestagsausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit vor der Sommerpause erstellt **urgewald e.V.** eine Broschüre über die **Weltbank und ihre Politik.**
Weitere Informationen: urgewald e.V., c/o Maike Rademaker, Danzierstr. 49-51, 51063 Köln, Tel./Fax (0221) 62 46 81.

Susan George "Der Schuldenbumerang", rororo aktuell, Hamburg 1993, 16.90 DM
In diesem Buch zeigt S. George wie die Schuldenkrise allen - also auch den Menschen im Norden - schadet. Sie geht darin weniger auf die Folgen der Strukturanpassungsprogramme für die Länder der Dritten Welt ein, als vielmehr auf weltweit auftretende Probleme, die sie im Zusammenhang mit der Verschuldung untersucht. Sieben solcher "Bumerangs", also Rückwirkungen der Schuldenkrise, analysiert George: Umweltproblematik, Drogenhandel, Schuldenmangament der Banken, Migration, Kapitalflucht, Rüstungsgeschäfte und regionale Kriege.

Zusammengestellt von WEED (Bonn)

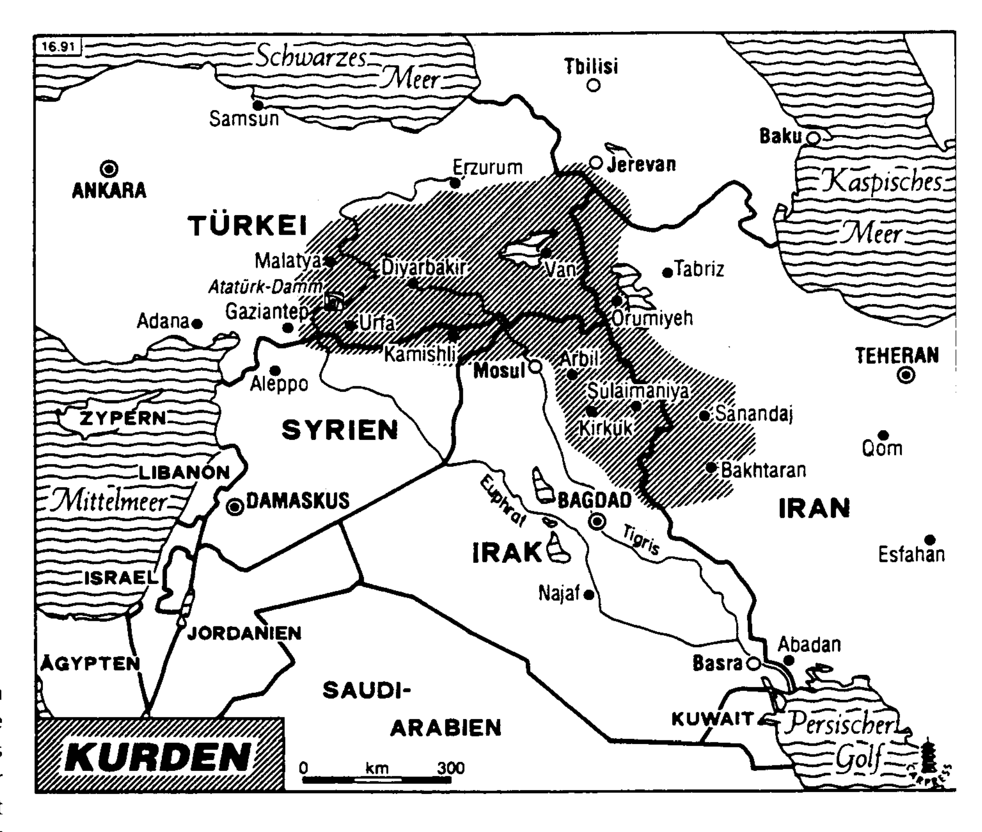
Themenpaket der blätter des iz3w zu 50 Jahre IWF-Weltbank:

blätter-Ausgaben: Die Dritte Welt im Schuldenturm (Aug.'84), Perspektiven der Entschuldung (Nov.'86), IWF/WB-Kampagne (Aug.'88), GATT (Sept.'89), Strukturanpassung (Mai'93), 50 Jahre Bretton Woods (Apr.'94) und die Basso-Broschüre ('88) für zusammen 20,- DM.
Bestellungen an:
iz3w
Postfach 5328
79020 Freiburg
Tel: 0761/74003, Fax: 709866

Wie es der Türkei beliebt

Die Regierung in Arbil beugt sich dem Druck aus Ankara

Der Krieg der Regierung in Ankara gegen die PKK wird nicht nur auf türkischem Territorium ausgetragen, sondern erstreckt sich auf das Gebiet der autonomen kurdischen Region des Irak. Im Januar etwa bombardierten türkische Flugzeuge einen PKK-Stützpunkt, der immerhin 150 km südlich der türkischen Grenze lag. In letzter Zeit verstärkt Ankara seinen Druck auf die Regierung des autonomen Kurdistan. Man will erreichen, daß diese die türkischen Operationen nicht mehr nur duldet, sondern sich direkt an militärischen Aktionen gegen die PKK auf irakisch-kurdischem Territorium beteiligt.



Hisan war eines der Dörfer in irakisch Kurdistan, das einem Angriff Ende des Jahres 1993 zum Opfer fiel. Es war der vorletzte türkische Angriff auf Dörfer der Region. Dreizehn Familien hatten dort erst im vergangenen Sommer ihre Häuser wieder aufgebaut, ohne ausländische Hilfe, da Hisan direkt an der türkischen Grenze und somit in keinem ausländischen Projektgebiet lag. Für den Winter hatten die Einwohner dann Lebensmittel von einer Hilfsorganisation bekommen, als Anreiz, auch in der Wintersaison nicht in die Stadt zurückzugehen. Jetzt ist von den 13 Häusern nicht mehr viel übrig, zwei Frauen kamen ums Leben, acht wurden schwer verletzt, ein Kind ist bis heute vermißt. Männer wurden keine verletzt, denn sie hielten sich nicht im Dorf auf. Während türkische Flugzeuge Hisan bombardierten, waren die Männer aus dem Dorf zusammen mit den türkischen Streitkräften in den Bergen, um diese nach PKK-Basen abzusuchen.

Massoud Barzani, der Vorsitzende der Demokratischen Partei Kurdistan (PDK), die sich mit der Patriotischen Union (PUK) die Regierungsmacht im selbstverwalteten Kurdistan teilt, protestierte unverzüglich gegen die Bombardierung "seiner" Region. Dort gebe es keine PKK, teilte er General Aydin Ilter, Mitglied des türkischen Generalstabes und Gendarmeriekommandant in der türkischen Grenzstadt Silopi mit. Demonstrativ besuchte er die Verletzten im Krankenhaus. Soweit die "öffentliche Reaktion" auf die Angriffe.

Weitaus interessanter dürften die "nicht öffentlichen Diskussionen" gewesen sein, die wohl vor allem zwischen PDK und Celal Talabani, dem Vorsitzenden der PUK, und anderen PUK-Vertretern geführt wurden. Talabani war am Tag nach der Bombardierung überraschend in der türkischen Grenzregion eingetroffen, um dann gemeinsam mit Barzani nach Silopi zu fahren und die türkischen Generäle zu treffen. "Weil einer dem anderen nicht über den Weg traut", wird der gemeinsame Besuch von kurdischen Diplomaten beider Parteien kommentiert. Tatsächlich ist es in der kurdischen Region ein offenes Geheimnis, daß die PDK Barzanis dem türkischen Drängen auf eine gemeinsame militärische Aktion gegen die PKK auf irakischem Territorium wohl schon nachgegeben hätte, wenn Einwände der PUK diese letzte Eskalation nicht immer wieder abgeblockt hätten. Eine weitere "Schwierigkeit", die eine solche Aktion bis jetzt verhindert hat, ist auch die Tatsache, daß die PKK offensichtlich über keine festen Basen in der Grenzregion verfügt. Einen Angriff zu führen, ohne vorher das Ziel der Aggression ausgemacht zu haben, würde wohl auch wohlmeinenden Beobachtern etwas schlecht zu erklären sein. Gerade aus diesem Grund wirft das hartnäckige Drängen von türkischer Seite den Verdacht auf, daß es bei einer solchen Militäraktion nicht nur um die PKK ginge. Wahrscheinlicher ist, daß die türkischen Machthaber wissen wollen, wie weit sie die südlichen Nachbarn auf einen von ihnen bestimmten Kurs bringen

können und mit welchen Widerständen zu rechnen ist.

Wie die Türkei die Nachbarn gefügig macht

Im August 1993 war in Arbil, der Hauptstadt der kurdisch verwalteten Region, die Zeitung "Welat" verboten worden. Eine kurdisch/arabische Zeitung, die der PKK sehr nahestand. Der Gouverneur hatte rechtliche Gründe für dieses Verbot angeführt, die mehr als fadenscheinig waren. Den wirklichen Grund nannte ein ZK-Mitglied der Demokratischen Partei sehr lapidar: "Die Türken wollten es, dann haben wir zugemacht." War dieses Verbot noch gegen den ausdrücklichen Widerstand der zuständigen PUK-Minister durchgedrückt worden, so stimmten diese einen guten Monat später der Schließung aller PKK-Büros in den kurdischen Großstädten zu. Zwei Kader der Demokratischen Partei (PDK) waren bei einer Auseinandersetzung mit der PKK im Grenzgebiet getötet worden. Das war Grund genug für die PDK, auf eine Schließung der Büros zu dringen. Beide sind allerdings auf türkischem Territorium ums Leben gekommen - eine Tatsache, die dem Kabinett zwar bekannt ist, aber in der Diskussion nicht erwähnt wurde. Die Frage: "Was hatten die dort zu suchen?" wurde nicht gestellt.

Anfang November richtete sich Frau Ciller dann mit einer Fernsehansprache an die "Nachbarn der Türkei" und machte deutlich, daß sie Unterstützung im Kampf gegen den Terrorismus erwarte. Dabei sei sie gern bereit, den Nachbarn unter die Arme zu greifen, falls diese nicht in der Lage seien, Aktivitäten der "Terroristen" einzudämmen - wie es in der kurdischen Region dann ja auch geschah.

Ein persönlicher Brief Frau Cillers an Hafiz Al Asad und mehrere bilaterale Gespräche mit iranischen Vertretern ergänzten die Ansprache. Das Echo der syrischen Presse deutet darauf hin, daß der Brief Cillers dieses Mal nicht ohne Folgen bleiben wird. Das liegt nicht nur an den Wassern des Euphrat, mit denen die Türkei schon seit Jahren winkt und droht, sondern auch an der Tatsache, daß Syrien sich schon seit längerem um eine Annäherung vor allem an die USA bemüht. Nachdem die Waffenlieferungen der ehemaligen Schutzmacht UdSSR ja schon vor ein paar Jahren aufgehört hatten, kann es sein, daß sich nun Syrien nach dem Gaza-Jericho-Abkommen auch in seiner Rolle als Unterstützerin der radikalen palästinensischen Opposition umorientieren muß und damit einen Trumpf mehr in seiner Außenpolitik verliert. Zugeständnisse in bezug auf die PKK, die wohl nicht nur von Frau Ciller, sondern auch von den USA eingefordert werden könnten, erscheinen der syrischen Regierung vor dem beschriebenen Hintergrund durchaus als angebracht.



Markt in Dohuk. Foto: Pisacreta/ROPI

Schwieriger wird der Iran zu überzeugen sein, der in der Türkei den Hauptkonkurrenten in bezug auf eine Hegemoniestellung in Zentralasien sieht und seinerseits radikale islamische Strömungen in der Türkei unterstützt. Hier könnte nur zum Tragen kommen, daß vor allem Ministerpräsident Rafsandschani bemüht ist, das iranische Image aufzubessern und daß Türkei, Syrien und Iran - und inoffiziell auch Irak - in mehreren Außenministerkonferenzen ein gemeinsames Vorgehen gegen die Kurden in jedem Land beschlossen haben. Die Tatsache, daß Iran und Türkei im Dezember 1993 ein "Abkommen zur Sicherung der gemeinsamen Grenze" unterschrieben haben (türkische Zeitung SABAH 4.12.93), weist in diese Richtung.

Der türkische Hegemonieanspruch über Irakisch-Kurdistan

In der kurdisch verwalteten Region, dem dritten Nachbarn mit gemeinsamer Grenze, braucht es weniger Diplomatie. Dort ist die Türkei schon seit Jahren präsent, seit einigen Monaten aber immer offensichtlicher. Im MCC, dem Koordinationsbüro der alliierten Schutztruppe in Zaxo, besteht eine türkisch/US-amerikanische Kommandantur. Keine Entscheidung, kein Gespräch, keine Kontrollfahrt der Alliierten kann ohne die türkischen Vertreter stattfinden. Seit etwa zwei Monaten zeigt auch der türkische Rote Halbmond Flagge. 13,5 Mio US$ stellte die türkische Regierung für humanitäre Arbeit im Nordirak zur Verfügung - unter der Bedingung, daß das Hilfsprogramm nur von türkischen Angestellten des Roten Halbmondes ausgeführt wird. So geschah es und nun steht in jeder kurdischen Stadt ein schwerstens bewachtes Büro des Roten Halbmondes - mit einigen Mitarbeitern, deren alleinige Aufgabe es ist, alle Besucher zu überprüfen und auch sonst Informationen zu sammeln. Die Lebensmittelverteilung bedachte in den Städten Arbil und Sulaymania nur die Türkmenen. In Duhok, der dritten Provinz der kurdischen Region, in der keine Türkmenen wohnen, war ein anderes Kriterium für die Aufnahme in die Empfängerliste ausschlaggebend: die Dörfer, deren Muhtar (Bürgermeister) Waffen von der Türkei angenommen und sich bereiterklärt hat, diese auch gegen PKK-Kämpfer einzusetzen, erhielten Rationen vom Roten Halbmond.

Seit dem Krieg gegen die PKK im vergangenen Jahr existiert ein Abkommen zwischen der kurdischen Regionalregierung und der Türkei, in dem sich die Regierung verpflichtet, ihre - also die irakische - Seite der Grenze bezüglich der PKK "sauberzuhalten". Dafür werden die bewaffneten irakisch-kurdischen Kräfte in der Grenzregion von der Türkei bezahlt und mit Nahrung versorgt. Eine offizielle türkische Delegation, die ihr ständiges Büro im irakisch/kurdischen Schaklawa hat, kommt alle zwei bis drei Monate in die Grenzregion, um die Einhaltung dieses Abkommens zu überprüfen.

Als deren Chef, Can Cemal, Ende Januar in Arbil während einer Attacke auf sein Auto ermordet wurde, blieb die von der kurdischen Regionalregierung befürchtete Auseinandersetzung mit der Türkei aus. Statt dessen äußerte sich die Türkei in keiner Weise zu dem Mord - eine Person, deren Existenz man international nicht gerne zugibt, kann auch nicht öffentlich betrauert werden. Dennoch machte der nördliche Nachbar deutlich, daß er den Status quo zur gemeinsamen "Terroristenbekämpfung" nicht mehr für ausreichend hält.

So nahm der Druck auf den verschiedensten Ebenen seit Anfang Oktober spürbar zu. In verschiedenen offiziellen und geheimen Treffen in Silopi oder Zaxo wurde gemeinsames militärisches Vorgehen diskutiert. Als Kompromiß einigte man sich auf eine großangelegte Razzia im gesamten Grenzgebiet in der dritten Oktoberwoche, bei der auch türkische Beobachter anwesend waren.

Die Türkei sitzt am längeren Hebel

Obwohl keinerlei Basen angetroffen wurden, kam es daraufhin wieder zu Bombar-

dierungen der Grenzregion. Interessant ist allerdings, daß es in der Guli-Region, ebenfalls im westlichen Teil des Grenzstreifens, bislang keinerlei Luftangriffe gegeben hat. Den Guli-Agas wird nachgesagt, daß sie der PKK nicht gerade feindlich gesonnen sind. In Sanat, Berwari und Barzan gab es wesentlich mehr türkisch/kurdische Kooperation, dort wurde bombardiert. Militärische Dummheit oder Berechnung? Die Frage läßt sich mit letzter Sicherheit nicht beantworten. Viele Kommentare deuten jedoch darauf hin, daß es den türkischen Streitkräften eher darauf ankommt, die Loyalität der Kurden zu überprüfen, als wirklich nur und in erster Linie die PKK auszulöschen.

Schon seit mehr als zwei Jahren, also seit Beginn der kurdischen Selbstverwaltung, hat die Türkei wesentlich mehr als nur militärische Mittel, der kurdischen Regierung ihren Willen aufzuzwingen. Mit der Europastrasse E4 kontrolliert die Türkei den einzigen offiziellen Zugang zu der kurdischen Region. Das heißt nicht nur, daß sie ihre Grenze, über die auch die gesamten Lebensmittellieferungen in die Region kommen, nach Belieben schließen kann. Internationale Lieferungen können auch nicht ohne türkische Transitgenehmigung in die Region eingeführt werden. Ein Beispiel dafür wissen Mitarbeiter einer italienischen NGO zu berichten, die monatelang auf die Transitgenehmigung für Saatgut aus Italien warteten und das Problem erst lösen konnten, als sie sich entschlossen, bei einer türkischen Firma einzukaufen.

Die Diskussion über die Stromversorgung der kurdischen Provinz Duhok ist ein anderes Beispiel für türkische Einflußnahme. Der Strom wurde der gesamten Provinz mit mehr als 700.000 Einwohner im August von der zentralen Verteilerstelle im irakisch kontrollierten Mosul aus gekappt. Was das in einer Situation bedeutet, in der auch Generatoren nur schwer zu bekommen sind, weil sie unter die Embargobestimmungen fallen, braucht wohl nicht näher beschrieben zu werden. Seit dem 3.11.93 gibt es nun ein technisches Abkommen zwischen dem Elektrizitätswerk Duhok und dem staatseigenen türkischen Elektrizitätsbetrieb TEK über die Lieferung von 10 MW Strom am Tag und 20MW in der Nacht. Ende März 1994 gibt es immer noch keinen Strom. Es liegt kein technischer Grund vor, der die Umsetzung des Abkommens blockiert. "Das hat nichts miteinander zu tun", sagen alle kurdischen Politiker unisono, wenn sie nach einem möglichen Zusammenhang zwischen der Stromlieferung und einer gemeinsamen Militäraktion gefragt werden. Das Gegenteil liegt auf der Hand.

Türkische Destabilisierungsmanöver

In der türkischen Presse sind dann regelmäßig Berichte über das "Chaos" in dem



KDP-Parteigebäude in Dohuk. Foto: Pisacreta/ROPI

"politischen Vakuum" im Nordirak zu lesen, mit denen das Eingreifen der "türkischen Ordnungsmacht" legitimiert werden soll. Schon die oben genannten Beispiele zeigen ja, daß die Türkei selber mit einer ganzen Reihe Maßnahmen aktiv an der Schaffung des vielzitierten Chaos mitwirkt. Welche Dimensionen der türkische Anteil an der Destabilisierung der Region wirklich hat, wird erst nach und nach deutlich. Schon im Sommer 93 hatte es in der Grenzregion zweimal Attacken gegen das Auto der amerikanischen Organisation "Global Partners" gegeben. Pünktlich eine Woche vor dem Anschlag ergingen Warnungen wegen 'geplanter PKK-Aktionen gegen Ausländer in der Region'. Gewarnt hatte die alliierte Koordinationsstelle und die Gouvernatsleitung Duhok. Bei genauerem Nachfragen stellte sich heraus, daß alle Warnungen an die verschiedenen Stellen von ein und derselben Person ausgegangen waren. Sie ist für ihre engen Beziehungen zu den Türken bekannt. Reine Vermutungen über türkische Provokationen wurden zu stichhaltigen Indizien, als dann 12 Leute von der kurdischen Polizei festgenommen wurden. Sie waren auf frischer Tat ertappt worden, als sie TNT am Krankenhaus der Stadt Zaxo deponieren wollten. Die Wasserpumpstation und das Alliierte Koordinationsbüro (MCC) standen auch noch auf ihrem Plan. Alle 12 gestanden während ihrer Verhöre, eine sechswöchige Ausbildung bei dem türkischen Geheimdienst in Sirnak erhalten zu haben. Sie waren zurückgeschickt worden mit der Order, Aktionen zu verüben, "die man der PKK in die Schuhe schieben kann." Rekrutiert werden solche Kandidaten von der "Türkmenischen Brüderlichkeitspartei" (TBP), die in Zaxo ein Büro aufgemacht hat. Der Chef dieses Büros wurde nach den Verhören ebenfalls festgenommen.

Seit Anfang März 1994 scheint die Türkei noch auf eine andere Weise an der "Destabilisierung" der Region zu arbeiten. Allein vom ersten bis 20. März wurden in den grenznahen irakisch-kurdischen Städten Zakho, Shaladize und Duhok über 1.000 Flüchtlinge aus Türkisch-Kurdistan registriert. Ein großer Teil kam aus frisch evakuierten Dörfern in der Nähe der Grenze und gab an, von den türkischen Sicherheitskräften gezwungen worden zu sein, die Grenze zu überqueren. So muß sich die Türkei nicht weiter um die obdachlos gewordenen Menschen kümmern und kann der kurdischen Region gleichzeitig ein neues Problem aufbürden.

Die PUK hat einen geographischen Vorteil

Die Versuche türkischer Einflußnahme wirken sich auch auf die innenpolitische Situation in der kurdischen Region aus. Zweifelsohne ist die PDK als Partei weitgehender von diesen Versuchen betroffen als die PUK, die ihre Hochburgen eher im Süden der Region und nicht an der türkischen Grenze hat. Viele der Clanführer und traditionellen Autoritäten, die Mitglied der PDK sind oder ihr nahestehen, sind in der Grenzregion angesiedelt und auch ökonomisch sehr stark von dem Verhältnis zur Türkei abhängig. Ein Verhalten, das ihnen ihre ökonomische Basis zerstören würde, die in vielen Fällen der Schmuggelhandel mit den Türken ist, könnte zu Krisen innerhalb der Partei führen. Dazu kommt, daß die PKK politisch eine größere Konkurrenz für die PDK darstellt, da sie sich in der gleichen Region aufhält. Immer breitere Unzufriedenheit mit der Regionalregierung, die auch im dritten Winter keine materielle Sicherheit bieten konnte, könnte hier leichter Richtung PKK kanalisiert werden als im Süden.

Die PUK hatte im vergangenen Jahr viel offensiver versucht, politische Beziehungen zur Türkei herzustellen. Talabanis Vorschläge waren bis hin zur Angliederung des "kurdischen Bundeslandes" an die Türkei gegangen. Nachdem dieser Vorschlag international nicht mehr diskutabel war, wurde die PUK zunehmend zum Ziel propagandistischer Aggression der Türkei. Der Gipfel



PUK-Parteigebäude in Duhok. Foto: Pisacreta/ROPI

waren Presseberichte, die Talabani als "Schlange im Gras" bezeichneten. Die Beziehungen der PDK waren schon immer weniger offiziell, aber enger. Aufgegeben hat auch die PUK ihre "türkische Karte" noch nicht. "Langfristig kann die Kurdenfrage in der Türkei nur politisch gelöst werden", sagt Talabani, um dann zu erklären, daß er momentan die Bedingungen für eine erneute Waffenstillstandsoffensive nicht gegeben sieht. Dennoch gibt es in der Türkei zur Zeit vor allem eine Zeitung, die beharrlich dazu auffordert, über eine solche Lösung nachzudenken. SABAH hatte sich im Laufe des vergangenen Jahres zu einem Sammelbecken für die Journalisten entwickelt, die Turgut Özal nahegestanden hatten. Der Chefredakteur dieser Zeitung hielt sich in der zweiten Oktoberhälfte in Irakisch-Kurdistan auf, als Gast Celal Talabanis. Auch hier scheinen sich beide kurdische Parteien auf sehr verschiedene "türkische Ansprechpartner" verlegt zu haben.

Warum Europa und die USA mitspielen

Die fast schon schamlose Offenheit, mit der die Regierung Ciller in der kurdischen Region und innerhalb der alliierten Kommandostruktur Hegemonie für sich beansprucht, weist auf internationale Billigung der türkischen Falkenpolitik und ihres Strebens auf Einfluß im Mittleren Osten hin. Im Rahmen des internationalen Geschehens gibt es einige Entwicklungen, die eine solche Billigung zumindest teilweise erklären könnten. Einmal sehen die USA mit zunehmender Beunruhigung den russischen Versuchen zu, in den zentralasiatischen Republiken Einfluß zu behalten oder zurückzugewinnen. Die Türkei scheint hier als potentieller Gegenpol akzeptiert zu sein. In der Frage um die Erdölpipeline von Baku nach Europa hat sich dieser Konflikt am deutlichsten manifestiert. Nachdem der ehemalige aserbaidschanische Ministerpäsident Elcibey schon einen Vertrag mit der Türkei unterschrieben hatte, wurde dieser von seinem Nachfolger zurückgenommen. Jetzt liegt ein Vorschlag aus Moskau vor, die Pipeline über Rußland und Polen nach Europa zu führen. Die Türkei leistet erbitterten Widerstand dagegen (siehe Tercüman vom 4.12.93) und dies sicherlich zumindest im Sinne der USA.

Ein anderer wichtiger Punkt ist die Tatsache, daß sich die Türkei schon seit mehreren Monaten für eine Aufhebung des Embargos gegen den Irak starkmacht und versucht, die Normalisierungen der Beziehungen mit Bagdad voranzutreiben. Sie kann mit dieser Haltung eine zwar nicht sehr öffentliche, aber dafür umso wichtigere Position im sogenannten "Middle East Peace Process" einnehmen.

Einerseits herrscht wohl Einstimmigkeit darüber, daß der Irak - in seiner bisherigen Form - in irgendeiner Weise in diesen Prozeß miteinbezogen werden muß. Die Zusage von Tariq Aziz in New York, alle UN-Resolutionen einzuhalten, zeigt auch, daß die Regierung in Bagdad die Zeichen der Zeit erkannt hat. Gleichzeitig muß bei einer Integration des Irak darauf geachtet werden, Syrien nicht zu überfordern. Eine zu schnelle Normalisierung der Beziehungen mit dem syrischen "Erbfeind" könnte eine weitere Verzögerung der Verhandlungen über den Golan zur Folge haben. Es ist also durchaus nicht auszuschließen, daß die Türkei dazu "ausersehen" wird, dem Irak die zugedachten Happen zukommen zu lassen.

Diese beiden wichtigen Funktionen, die die Türkei erfüllt, scheinen den totalen Krieg gegen die Kurden in der Türkei und den zunehmenden Druck gegen die Kurden im Irak zu "legitimieren". Und damit scheint es auch für die Medien zur "Routine" zu werden, daß die Opfer weltpolitischer türkischer Ambitionen nicht mehr nur im türkischen Teil Kurdistans zu suchen sind, sondern zunehmend auch auf der anderen Seite der Grenze, im irakischen Südkurdistan.

Ahmet Berse

Cizre - Besuch in einer besetzten Stadt

Cizre galt lange Zeit als eine der Hochburgen des kurdischen Widerstandes und der PKK. Hier und im benachbarten Nusaybin kam es 1990 beim kurdischen Neujahrsfest Newroz erstmals zu volksaufstandsartigen Massenkundgebungen gegen den türkischen Staat. Ein wichtiger Grund war bereits damals die Verelendung und Perspektivlosigkeit der zahlreichen Flüchtlinge, die aus den ländlichen Regionen in die Stadt gekommen waren. Sie mußten alle vor den Säuberungsaktionen des Militärs fliehen. Auch in den folgenden Jahren kam es immer wieder zu riesigen Demonstrationen insbesondere an Newroz. Das Militär schlug immer grausamer zu, 1992 starben durch Schüsse in die unbewaffnete Menge über 20 Menschen. Während die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Stadt immer dürftiger wurden, weil infolge des UN-Embargos der Transitverkehr in den Irak unterbrochen wurde und damit die Haupteinnahmequelle der Stadt versiegte, wuchs die Bevölkerung immer stärker an. Immer mehr Menschen aus den immer konsequenter entvölkerten und zerstörten Dörfern der Umgebung kamen in die Stadt. 65.000 sollen es nach Schätzung des Menschenrechtsvereins (IHD)-Vorsitzenden von Cizre, Rechtsanwalt Ali Dinler, schließlich gewesen sein. Rund um Cizre steht so gut wie kein Dorf mehr. Die wenigen, die unversehrt geblieben sind, werden von den mit dem türkischen Staat paktierenden Dorfschützern bewohnt. Auf der Fahrt von Cizre ins benachbarte Sirnak sind rechts und links der Straße nur noch Ruinen verlassener Dörfer zu sehen, auf den Straßen erleben wir eine massive Präsenz des Militärs.

Zunehmend wurde in den vergangenen beiden Jahren auch Cizre selbst Ziel militärischer Angriffe, mit denen das Militär vorgab, Guerillaangriffe in der Umgebung der Stadt zu vergelten. Doch seit Ende letzten Jahres nahmen diese Angriffe eine neue Qualität an, nächtelang wurden ganze Stadtviertel von den jenseits des Tigris oberhalb der Stadt gelegenen Militärkasernen oder von den umgebenden Hügeln aus systematisch beschossen. Zahlreiche Menschen kamen dabei ums Leben.

Wir können jetzt bei unserem Besuch noch deutlich die Panzerspuren auf einem dieser Hügel sehen. Insbesondere das als Hochburg der Guerilla geltende Viertel Cudi wurde auf diese Weise entvölkert. Doch auch aus anderen Vierteln flohen die Menschen. Ein Teil von ihnen begab sich in sicherere Viertel innerhalb der Stadt. Viele aber gingen ganz, nach Adana, Mersin, Gaziantep oder weiter in die westlichen Metropolen der Türkei.

Dafür kamen andere: Dorfschützer zumeist vom Stamm der Tayan, die seit etwa zehn Jahren aus naheliegenden Dörfern in die Stadt gezogen waren und eine immer größere Zahl ihrer Leute in die Stadt nachholten. Ein weiterer Stamm, der sich als Dorfschützer mit dem Staat verbündet hat, sind die Kican. Zusammen mit Militär und Polizei terrorisieren sie die übrige Bevölkerung. Die Stadt ist nicht groß, jeder kennt jeden, und in einer solchen Situation kommen eigenartige Mechanismen zum Tragen. Es liefen Leute zu den Dorfschützern über, auch solche, so wird uns berichtet, die vorher aktiv die Guerilla unterstützt hatten oder selbst bei der Guerilla waren. Schwierigkeiten oder Druck, dem aus wirtschaftlichen Gründen nicht durch Abwanderung ausgewichen werden kann, mögen dabei ebenso eine Rolle gespielt haben wie vielleicht der Umstand, daß schon Familienmitglieder bei den Dorfschützern waren. Oder persönliche Feinde, gegen die mensch besser gewappnet ist, wenn er/sie zum selben Verein gehört. Die Folgen für die übrigen Aktiven und UnterstützerInnen der PKK in der Stadt sind fatal: sie sind dadurch enttarnt, müssen jederzeit damit rechnen, verraten und zur Zielscheibe der Sicherheitskräfte zu werden. Tatsächlich sollen auch mehrere Leute aus diesem Grund ermordet worden sein, andere haben es vorgezogen zu fliehen.

Dorfschützer und Staatskräfte greifen schließlich auch nach der politischen Macht in der Stadt. Der Führer des Tayan-Stammes, Kamil Atak, kündigt seine Kandidatur für das Bürgermeisteramt bei den Kommunalwahlen am 27. März an. Nach einigem hin und her kandidiert er für die islamistische Refah-Partei, zuvor waren auch die Regierungspartei DYP von Ministerpräsidentin Ciller und die faschistische MHP im Gespräch. Der amtierende unabhängige Bürgermeister Haschim Haschimi, eigentlich von fünf aufreibenden Amtsjahren im Kriegszustand verschlissen und amtsmüde, will daraufhin doch ein weiteres Mal antreten, gegen den Dorfschützerkandidaten. Er gerät nun allerdings unter immer stärkeren Druck der Staatskräfte, auch sein Haus wird mehrfach beschossen.

Als wir in dieser Situation einen Tag vor Newroz in Cizre eintreffen, gleicht die Stadt einer Geisterstadt. Es sind kaum Menschen



Dorfschützer-Chef und Bürgermeisterkandidat Kamil Atak bei seiner Wahlkampfrede an Newroz. Foto:Pisacreta/ROBI

auf den Straßen, die Läden und Lokale so gut wie alle geschlossen. Nach Einbruch der Dunkelheit traut sich ohnehin schon lange niemand mehr auf die Straßen, diese gehören dann endgültig den militärischen Rambos in ihren Panzerwagen, mit denen sie auch tagsüber ständig durch die Stadt kurven. Zum Straßenbild gehören zum Zeitpunkt unserer Ankunft auch die von der BRD gelieferten BTR 60. In der Nacht zuvor wurde die Stadt noch heftig beschossen, Leute einer bereits vor uns eingetroffenen Delegation waren zugegen. Wir erfahren, daß unmittelbar vor Newroz noch einmal etliche Leute aus Angst weggegangen sind, viele nur vorübergehend bis nach Newroz oder bis nach den Wahlen, andere ganz. Noch ganze 10.000 Leute sollen derzeit in Cizre sein. Auch während unseres Aufenthaltes sehen wir ständig Familien mit ihrer Habe in Minibussen abreisen. Ein Teil unserer Delegation erfuhr im Nordirak, daß unter den 1500 bis 2000 Kurden, die die Türkei in den vergangenen Wochen nach Irakisch-Kurdistan vertrieben hat, sich auch Bewohner der Stadt Cizre befinden.

Newroz selbst erleben wir als Machtdemonstration von Staat und Dorfschützern sowie als Wahlkampfveranstaltung der Refah-Partei. Ab morgens um acht wird vor dem Wahlkampflokal der Refah-Partei lautstark türkisch-nationalistische Musik gespielt, Newroz soll zu einem türkischen Fest werden. Etwa 300 - 400 Leute kommen zusammen, großteils alte Männer und viele Kinder, kaum Frauen. Das seien alles Dorfschützer, wird uns vereinzelt bedeutet, und daß es in den vergangenen Jahren ganz anders gewesen sei an Newroz - das allerdings nur versteckt und schnell am Rande des Geschehens. Alles spielt sich unter Bewachung eines massiven Aufgebotes an bewaffneten Sicherheitskräften aller Gattungen ab. Soldaten verteilen auch Bonbons und Fähnchen der Refah-Partei sowie solche mit dem Konterfei von Staatsgründer Atatürk an die Kinder. Auf dem Höhepunkt des Geschehens - ein großes Feuer aus Autoreifen brennt inzwischen auf dem Platz - wird in einem gepanzerten Fahrzeug der Polizei Bürgermeister Haschimi vor das Rednerpult gefahren. Er spricht dann einige sehr allgemeine Sätze zu der Menge und beeilt sich wieder zu verschwinden. Sein Auftritt wirkt extrem gezwungen, später wird uns bestätigt, daß er nicht freiwillig erschien. Anschließend hält der Dorfschützerkandidat Kamil Atak eine lange, aggressiv wirkende Wahlkampfrede, die mit flammenden Verwünschungen gegen die PKK gespickt ist.



In der Woche zwischen Newroz und den Wahlen belebt sich die Stadt wieder etwas, doch es bleibt eine beklemmende Atmosphäre. In der Innenstadt machen viele Läden wieder auf, an Newroz waren sie aus Protest geschlossen. Bei unseren Unternehmungen in der Stadt werden wir häufig von bewaffneter Zivilpolizei im Auto unter "Begleitschutz" genommen, manchmal auch belästigt. Dennoch gelingen uns auch unkontrollierte Gänge in einzelne Viertel, bei denen auch ein paar Kontakte zustandekommen. Wir erfahren so einiges über die Opfer der ständigen Beschießungen der vergangenen Monate und sehen die Schäden. Man führt uns zu zerstörten Häusern. Einschußlöcher sind an fast allen Häusern zu sehen. Auch am Büro und noch stärker am Haus von Rechtsanwalt Ali Dinler, dem Vorsitzenden des Menschenrechtsvereins. Der äußere Anschein, daß die Dorfschützer im Verein mit den Sicherheitskräften alles unter Kontrolle gebracht haben, trügt. Die noch vorhandene kurdische Bevölkerung ist gegen den Staat und die Dorfschützer, verhält sich aber aus Angst ruhig.

Ohne die besondere Situation in der Stadt würden viele Leute bei den Wahlen dem Boykottaufruf der PKK folgen. Aufgrund der Kandidatur des Dorfschützerchefs werden etliche zur Wahl gehen, um dessen Sieg zu verhindern. Sie befürchten, daß sonst die Stadt völlig den Dorfschützern und dem Militär ausgeliefert ist. Deren Wählerpotential ist nicht zu unterschätzen, obwohl die Dorfschützer nur über 300 Bewaffnete mit ihren Familien ausmachen. Da jedoch nach einem Gesetz alle Soldaten an ihrem Stationierungsort wählen dürfen (während sonst ein halbes Jahr Meldezeit am Ort vorgeschrieben ist), kommen praktisch die überreichlich vorhandenen Militärs in der Stadt als Wähler noch hinzu.

Es gibt noch einen dritten Kandidaten, den alteingesessenen Agha Salih Sik, der für die Regierungspartei DYP aufgestellt ist. Obwohl dieser stockkonservativ und staatsloyal ist, wird er von vielen in der Stadt offenbar als Alternative zu Kamil Atak gesehen. Einfach weil er alteingesessen und kein direkter Repräsentant von Dorfschützern und Militär ist wie Kamil Atak. Nicht wenige in der Stadt vertreten daher die Ansicht, daß sich er und der amtierende Bürgermeister Haschimi zusammentun und nur einer kandidieren sollte, um so eine Spaltung der Stimmen und den Wahlsieg des Dorfschützers zu verhindern.

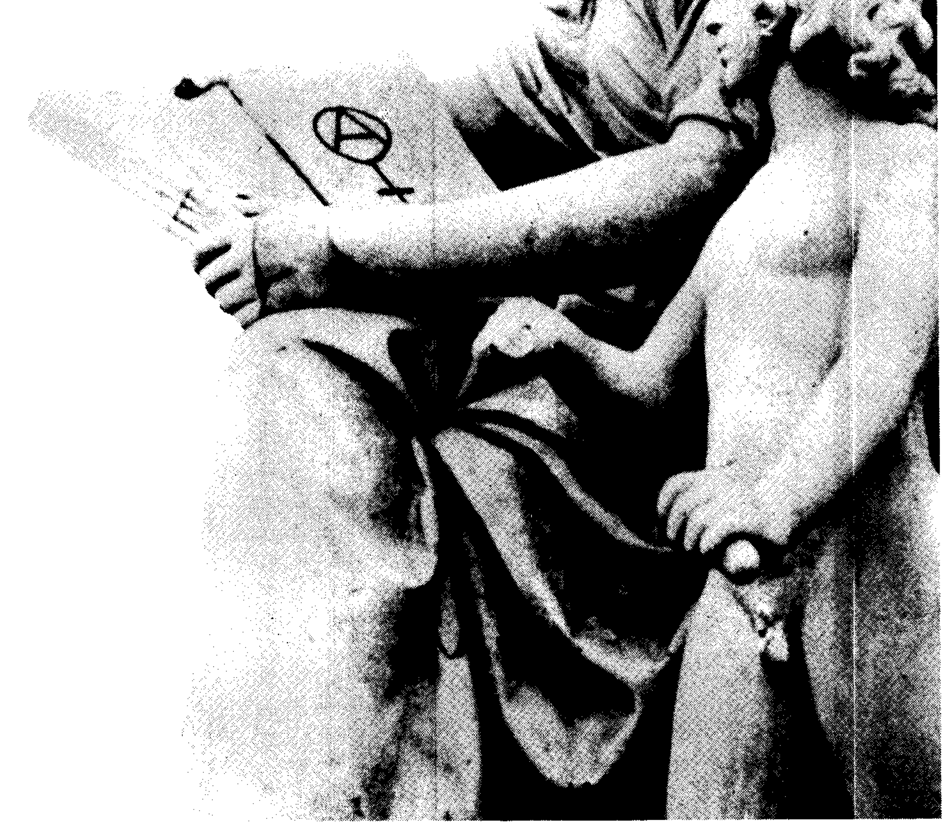
Bürgermeister Haschimi selbst steht praktisch unter Aufsicht: Polizei ist in seinem Haus präsent, begleitet ihn fast auf Schritt und Tritt. Der politische Druck, der nicht nur auf ihn, sondern auf die Bürgermeister der Region generell ausgeübt wird, verdeutlicht sich an dem einige Monate vor der Wahl verhängten Maulkorberlaß für die Bürgermeister im Ausnahmezustandsgebiet. Danach sind diesen allgemeine politische Erklärungen verboten, sie werden als unerlaubte Einmischung in die Angelegenheiten des Supergouverneurs für die Ausnahmezustandsgebiete behandelt. Als Haschimi einer Zeitung ein Interview zu den Umständen des Wahlkampfes mit einem Verweis auf diese Bestimmung verweigert, wird ihm eben dies als politische Erklärung und damit als Verstoß gegen den Erlaß ausgelegt. Aufgrund dessen wird nun ein Verfahren gegen ihn angestrengt.

Am Freitag vor den Wahlen gibt Haschimi endgültig den Verzicht auf seine Kandidatur bekannt. Etwa 150 vor seinem Haus anwesende Leute aus seinem engeren Anhang in der Stadt reagieren darauf besorgt und unruhig. Sofort fährt Militär und Polizei auf. Wir werden kurz darauf aus der Stadt gewiesen und unter Polizeibegleitung nach Diyarbakir gebracht. Absurderweise beschuldigt uns der Kaymakan (Landrat/ Regierungspräsident) von Cizre, der uns noch weitere unsinnige Vorwürfe macht, wir hätten den beschriebenen Auflauf angezettelt. Offenbar will man uns nun endgültig weghaben, ob es nur wegen der Situation in der Stadt ist, bleibt unklar. Zwei Tage später fliegt die türkische Armee Luftangriffe auf Dörfer bei Cizre und Sirnak, offiziell werden 14 Opfer unter der Zivilbevölkerung zugegeben. BeobachterInnen berichten von etwa 50 Opfern. Die Armee spricht kaltblütig von einem Versehen.

Das Ergebnis der Wahlen in Cizre erfahren wir kurz vor unserer Rückreise in Diyarbakir: etwa 3900 Stimmen für Kamil Atak; rund 3600 für Salih Sik; 1300 trotz Rückzug für Haschim Haschimi, der noch auf den Wahlzetteln stand. Wahlberechtigte und Boykottanteil unbekannt. Schlechte Aussichten für Cizre. Es ist zu befürchten, daß nun noch mehr Leute weggehen.

Udo Wolter

Sisterhood ein frommer Wunsch?



Ungleichheit in der Frauenbewegung: Dieser Tatbestand ist für Chong-Sook Kang der Ausgangspunkt für die Betrachtung des Verhältnisses von deutschen Frauen zu Migrantinnen und farbigen Frauen. In ihrer Analyse geht es zum einen um das Phänomen, daß auch Feministinnen "Mitfrauen einer Dominanzkultur" sind - auch wenn sie dies nicht wahrhaben wollen -, zum anderen um die "feministischen Vorstellungen von Frauen anderer Herkunft", die vom Mainstream der Frauenbewegung zu wenig wahrgenommen werden.

Auf bestimmten Ebenen teilen die Migrantinnen, die farbigen Frauen und die weißen Frauen bestimmte Interessen. Das betrifft vor allem sexistische Gewalt und sexuelle Unterdrückung. Auf Grund dieser gemeinsamen Erfahrungen haben westliche Feministinnen versucht, die Schwesternschaft und Solidarität unter Frauen zu entwickeln. Es ist anzunehmen, daß auch Migrantinnen und farbige Frauen Teil dieser Schwesternschaft sein sollten. Aber das Verhältnis der deutschen Frauenbewegung zu ihnen ist bisher durch konzeptionelle Unsichtbarkeit, zwischenmenschliches Unverständnis und Mißverständnisse, Marginalisierung und Ausnutzung charakterisiert. Der Mainstream der deutschen Frauenbewegung hat sich bisher hauptsächlich mit der Geschlechterdifferenz beschäftigt. Diese Zentrierung versperrt den Blick auf andere Herrschaftsverhältnisse und andere Formen der Unterdrückung. Die unleugbare Differenz zwischen den Deutschen und Migrantinnen und farbigen Frauen auf Grund ihrer ethnischen, nationalen und religiösen Zugehörigkeit und ihrer sexuellen Orientierung wird weitgehend ignoriert.

Die Gleichsetzung aller Frauen dieser Welt

In der Frauenbewegung hat sich die Parole "Wir sind gemeinsam betroffen" oder "Sisterhood is powerful" breitgemacht. Häufig wird die Analogie zwischen Sexismus und Rassismus gezogen und oft werden unzulässige Vergleiche angestellt zwischen allgemeinen Formen der Unterdrückung und Erfahrungen der Herrschaft, denen farbige Frauen und Migrantinnen ausgesetzt sind. Es wird implizit so getan, als seien die Erfahrungen von farbigen Frauen und Migrantinnen entweder mit denen farbiger Männer oder mit denen von weißen Frauen vergleichbar. Als Beispiel dafür nenne ich den Ansatz der Subsistenzproduktion. Ich selbst habe mich mit diesem Ansatz sehr lange beschäftigt und habe mit koreanischen Frauen das Buch "Frauen - die letzte Kolonie" ins Koreanische übersetzt. Anfangs haben wir uns von diesem politischen Ansatz begeistern lassen, aber mit der Zeit haben wir gemerkt, daß darin Frauen auf der internationalen Ebene universalisiert werden. Die Frauen der Industrienationen und die der "Dritten Welt" werden analytisch auf eine gleiche Ebene gestellt. Ich zitiere jetzt eine Aussage von Veronika Bennholdt-Thomsen, die ja eine Vertreterin dieses Ansatzes ist und in der Zeitschrift "Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis" über die Rolle des Geldes bei der sexistischen Unterjochung von Frauen geschrieben hat: "Die Verschiebung zwischen der Frau, die den Mais oder den Jams selbst anbaut und jener, die das Brot vom Bäcker holt und neuerdings ja wieder nur

das Korn kauft, um das Brot dann selber zu backen, ist nur eine graduelle. Sie ist unbehelligt im Hinblick auf die Struktur der sexistischen Arbeitsteilung. In beiden Fällen tun Frauen die unbezahlte Arbeit für das direkte Überleben, nämlich die Subsistenzproduktion, über deren Prozesse und Produkte sie jedoch nicht selber bestimmen können, sondern die von jenen kontrolliert werden, die qua sexistischer Gewaltstruktur das Geld und die Macht haben." Das stimmt irgendwo. Dieses Phänomen existiert hier und auch in der "Dritten Welt". Aber sie hat dabei übersehen, daß zwischen den Frauen in der "Dritten Welt" und denen in den Industrieländern ein Herrschaftsverhältnis besteht. Trotz ihres guten politischen Ansatzes - sie wollte gegen das kapitalistische Weltsystem mit einer Sicht von unten eine internationale Strategie entwickeln - läuft ihr Konzept letztendlich auf die Gleichstellung aller Frauen dieser Welt hinaus. Diesen Widerspruch müssen wir immer wieder beachten.

Der latente Rassismus

Durch Vereinheitlichung des Frauendaseins unter dem Emanzipationsziel für alle Frauen konstruieren die weißen Feministinnen die Subjektivität von farbigen Frauen und Migrantinnen. Sie ordnen uns also bestimmten Schubladen zu, beispielsweise, daß die Türkinnen rückständig seien usw..

In der Frauenbewegung und -forschung haben nicht alle Formen der Subjektivität der Migrantinnen und der farbigen Frauen den gleichen Zugang zur Sprache und zum Recht, sich zu äußern oder ihre eigenen Interessen zu vertreten, wie die weißen Frauen. Sie sind in der Frauenforschung und -bewegung ausgeschlossen oder marginalisiert, sie haben meistens nicht die Möglichkeit, eigene Ansätze in der Forschung zu entwickeln. Sie können sich nicht in ihrer eigenen Sprache zu Wort melden. Den Migrantinnen muß innerhalb der Frauenforschung ermöglicht werden, eigene Forschung zu betreiben, ansonsten kann es keinen interkulturellen Feminismus geben. Sie müssen immer wieder protestieren und korrigieren. Es ist sehr mühsam, ein anderes Konzept und andere feministische Vorstellungen auf derselben Ebene gleichberechtigt einzubringen.

Die Konstruktion der anderen Frauen in der westlichen Frauenbewegung ist für mich eine Herrschaft durch die Macht der Definition und durch die Macht der Interpretation. Ich wage sogar zu behaupten, daß das latenter Rassismus in der Frauenbewegung ist. Wir haben diese Mechanismen in der Frauenbewegung schon lange entdeckt und bekämpft. Warum hat das die Frauen nicht sensibler gemacht für die Forschung über Migrantinnen und Frauen der "Dritten Welt"?

In der Folge gutgemeinter Identifikation mit den Frauen in der "Dritten Welt" und den Migrantinnen kommt es zum positiven Rassismus. Es ist alles sehr solidarisch gemeint, aber die anderen Frauen werden dabei nicht so ernst genommen. Das führt zu einem eindimensionalen Blick und kommt vielleicht von einem Zwang zur Solidarität, zur Identifizierung mit den anderen Frauen. Dieser Zwang zur Identifizierung versperrt die Wahrnehmung der Lebenswirklichkeit und des Potentials der anderen Frauen. Die Folge ist die Verwischung der realen Lebens- und Arbeitssituation zwischen den Frauen der sogenannten Ersten und Dritten Welt.

Mitfrauen einer Dominanzkultur

Als Beispiel mag hier eine Sichtweise innerhalb der Frauenbewegung dienen, die die Frauen aus dem Süden und die Migrantinnen einseitig nur als Opfer des patriarchalen Herrschaftsverhältnisses betrachtet. Natürlich sind diese Frauen unterdrückt und Opfer, aber es gibt auch viele Frauen, die nicht nur passiv alles hingenommen haben, sondern auch Widerstand leisteten und noch leisten. Warum gibt es hier so wenige Bücher über die Frauenbewegung in anderen Ländern? Die Frauen dort befinden sich in einer ganz anderen Situation, oft müssen sie um Leben oder Tod kämpfen. Ihre Stärke ist nicht vergleichbar mit der der Frauen in dieser Gesellschaft, wo alle relativ gesichert sind. Solch eine Stärke, die Qualität der dort kämpfenden Frauen, wird hier erst gar nicht wahrgenommen und auch nicht miteinbezogen. Die Frauen werden also nicht nur als Opfer dargestellt, sondern werden innerhalb ihres Opferstatus nochmals untergeordnet - sie sind angeblich stärker unterdrückt - und das wird immer besonders betont, als ob diese Frauen ihre Unterdrückung zugelassen hätten.

Eine weitere Vermutung von mir ist, daß es leichter ist, sich der eigenen Unterdrückung bewußt zu werden, als der Macht und der Privilegien, die Frauen haben. Frauen im Norden empfinden es als selbstverständlich und nicht als Privileg, wenn sie sich satt essen können, studieren können, frei von unmittelbarer Bedrohung ihre Meinung äußern können, frei überall hin reisen können und das Wahlrecht besitzen.

Ich lebe hier seit über zwanzig Jahren und besitze bisher noch nicht das Recht, zu wählen. Und dann kommen die deutschen Frauen und erzählen, daß parlamentarische Demokratie ja überhaupt nicht zähle und ich nicht so traurig sein solle. Die parlamentarische Demokratie hat viele Mankos, aber in diesem Land ist es ein ganz wichtiges Recht, frei wählen zu dürfen und ich besitze dieses elementare Bürgerrecht nicht einmal!

Diese Selbstverständlichkeiten bei den deutschen Frauen oder Frauen im Norden weist sie als Mitfrauen einer Dominanzkultur aus, die ihren materiellen Wohlstand, ihr kulturelles Erbe und ihr politisches Selbstverständnis als hier gültige Selbstverständlichkeiten verteidigen möchten. Max Weber hat gesagt: "Der (die) vom Glück Begünstigte gibt sich selten mit der Tatsache seines (ihres) Glücks zufrieden. Darüber hinaus will er (sie) wissen, daß er (sie) dieses Glück verdient hat." Dieser Gedanke kann auf die Dominanzkultur vieler Frauen übertragen werden. Viele rechtfertigen ihre Macht und/oder Überbewertung ihres Denkens und ihrer Gefühle damit, daß sie gefüllt seien mit weltweiten zivilisatorischen Aufgaben. Ein ungebrochener Fortschrittsgedanke - die Überlegenheit des westlichen Feminismus - kommt hoch in der Betrachtung und Beschreibung der "unterdrückten" Frauen aus der "Dritten Welt" und der Migrantinnen, nach dem Motto "wir sind viel weiter in der Frauenbewegung, wir sind viel emanzipierter".

Autonomiebegriff als Ausgangspunkt

Im folgenden möchte ich einige feministische Sichtweisen von Frauen anderer Herkunft darstellen, wobei ich nicht die ganze Palette vorstellen kann. Zuerst möchte ich noch auf den Autonomiebegriff des westlichen Feminismus eingehen, dem ja eine zentrale Bedeutung zukommt.

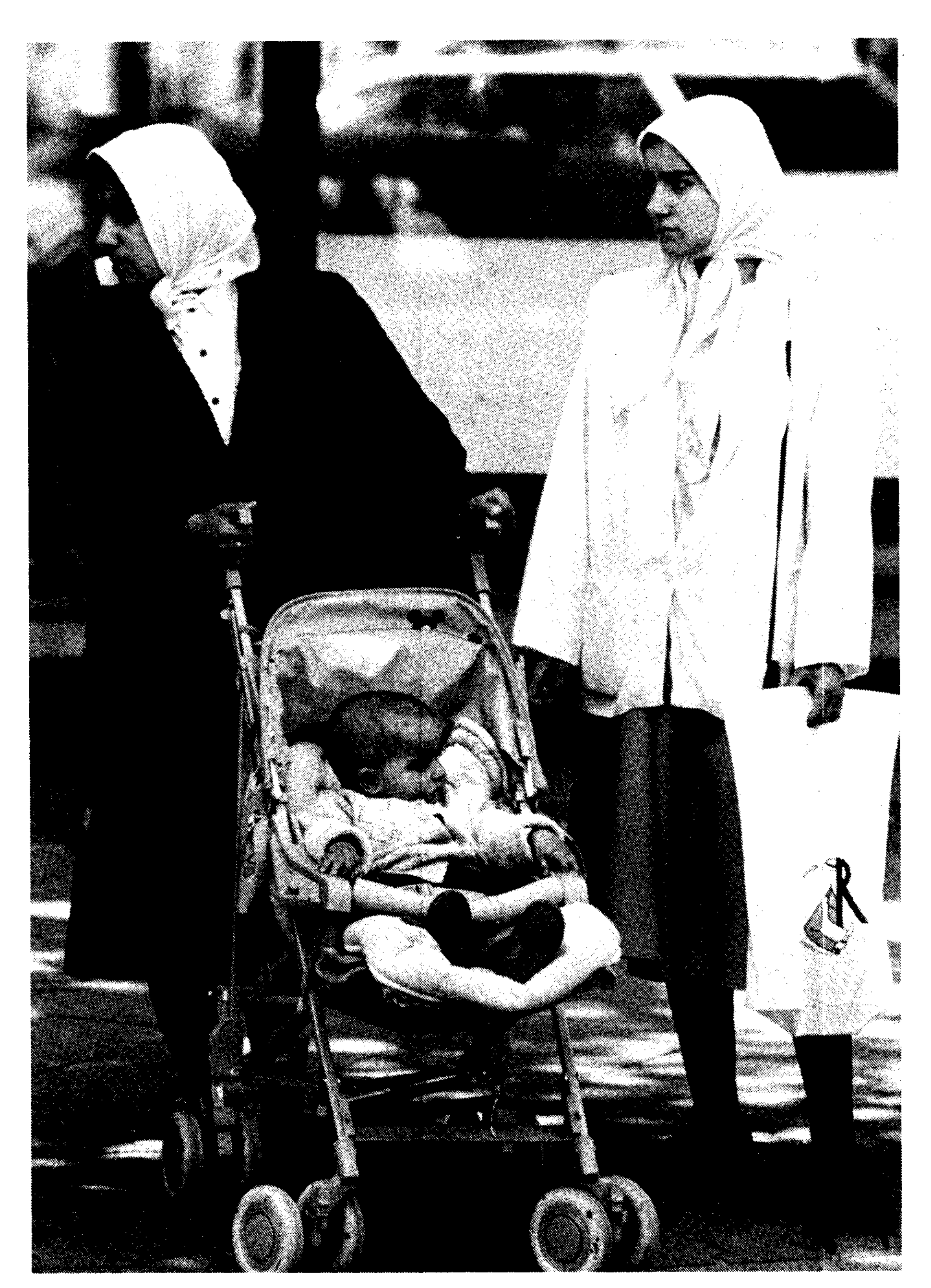
Ich selbst komme aus einer konfuzianistisch geprägten Gesellschaft und kann nur aus diesem Kulturkreis heraus reden. Das Individuum im monotheistischen Christentum seit der Aufklärung und seit dem Entstehen der bürgerlichen Gesellschaft ist für den Autonomiebegriff der Ausgangspunkt. Ich sehe diesen Gegensatz zum buddhistischen und konfuzianistischen Denken. Nach jener bürgerlichen Gesellschaftsvorstellung hat das Individuum das Recht und die Freiheit, sich zu entfalten. Die Autonomie bezieht sich auf die Einzelne, wie sich auch ihre Begrenzung auf die Einzelne bezieht. In der Situation, wo die Einzelne handelt, wird ihre Autonomie gewährleistet und bewahrt. Die Einzelne kann ihre Autonomie in einer Situation verlieren und in einer anderen gewinnen. In der christlichen Kultur wird die Realisierung der Autonomie als Moment gesellschaftlicher Freiheit angesehen. Dieses europäische Autonomieprinzip schreibt den einzelnen Frauen, also den einzelnen Menschen, die Verantwortung dafür zu, ihre eigene Entscheidung gegenüber anderen zu wahren. Damit ist sowohl die Gewißheit der Einzelnen über sich selbst als auch die Zuverlässigkeit und Berechenbarkeit jeder Einzelnen für alle gewährleistet. Wann immer die Einzelne, also das Individuum, versagt oder verfehlt, hat dieser einzelne Mensch dafür einzustehen.

Im europäischen Kontext macht die einzelne Frau das Wahrnehmen ihrer Autonomie zur Grundlage der zwischenmenschlichen Handlungsstrategie. Das bezieht sich sowohl auf ihr Verhältnis zu Männern, als auch auf das zu anderen Frauen. Da die eine Frau mit ihrer Autonomie zu tun hat, kann die andere Frau ihr Handeln ihr gegenüber darauf einrichten, ihr die Chance lassen, ihre Autonomie zu wahren oder ihre Autonomie einzuschränken. Das ist die Wahl dieser einzelnen Frau. Das alles ist sehr zugespitzt dargestellt, aber durch diese individuelle Autonomie gibt es immer Fälle oder Grenzen, wo Individuen mit dem Bedürfnis nach Selbstentfaltung andere konfrontieren. Auch die Liebesbeziehung im europäischen Kontext wird deswegen so konstruiert - ein idealtypischer Fall ist das Drama über Romeo und Julia. Shakespeare hat hier die aufkommende Idealvorstellung aufgegriffen, nämlich gegen die Familie, gegen die Gesellschaft und Umwelt die eigene Autonomie, die eigene Liebe zu entwickeln und zu realisieren.

Autonomie als strukturbildende und soziale Zusammenhänge sichernde Kraft

In Asien gab es solche Liebesvorstellungen nicht, zumindest bis vor zwanzig Jahren. Ich will hier nicht bewerten, was besser oder schlechter ist, sondern nur darstellen, daß die Menschen in anderen Kulturen ganz andere Vorstellungen über das Verhältnis des Individuums zu seinen Mitmenschen, seiner Familie und Umwelt haben. Ich streite nicht ab, daß das auch Unterdrückungsmechanismen sein können, aber die Frauen anderer Kulturen müssen eben in ihrem gesamten Kontext verstanden werden. Frauen, die über Familienvermittlung heiraten, sind nicht per se rückständig; sie handeln nach ihrem Weltbild, nach ihrem Selbstverständnis und ihrer Beziehung zu Familie und Umwelt.

Ich möchte/kann natürlich keiner deutschen Frau zumuten, daß sie durch die Vermittlung der Familie oder der Freundinnen heiraten soll, aber die Frauen aus anderen Ländern sollen auch nicht als besonders unterdrückt dargestellt werden. Die koreanischen Frauen können nicht glücklich werden, wenn sie sich nach europäischem Autonomiebestreben individuell durchsetzen. Die Autonomie orientiert sich nicht an den Einzelnen, sondern an übergreifenden sozialen Einheiten und begibt sich erst von ihnen aus auf die Einzelne. Sie bildet Strukturen und sichert soziale Zusammenhänge. Das hat zwei wichtige Folgen. Nicht der jeweils einzelne Handlungskontext zählt für das Wahren oder Verlieren der Autonomie, sondern die Gesamtheit aller Handlungskontexte im jeweiligen sozialen Kreis. Innerhalb dieses Kreises kann frau ihre Autonomie als Ganzes bewahren oder verlieren.



Die Emanzipationsvorstellungen 'weißer' Feministinnen gehen an der Lebensrealität von Migrantinnen oft vorbei.

Die Sorge um die eigene Autonomie wird in die Verantwortung aller Anderen gelegt. Das Wahren der eigenen Autonomie beruht auf dem Muster des Gebens der Autonomie durch die Anderen. Die Autonomie der einzelnen Frau muß sich in ihrer Unverwechselbarkeit nicht ständig gegenüber anderen durchsetzen oder behaupten. Das ist nicht der Ehrgeiz von vielen Frauen oder das oberste Ziel. Es obliegt ihnen vielmehr, sich ihrer Einbettung in ein dichtes Gewebe menschlicher Beziehungen würdig zu erweisen. Das andere Verständnis über Autonomie der Frauen im fernöstlichen Kulturkreis trägt daher die Kommunikationsmuster und die Solidarität unter Frauen.

Unabhängigkeit vom Mann

Ein wichtiger Aspekt des Autonomiediskurses in der deutschen Frauenbewegung ist die Unabhängigkeit von den Männern, dem die Zweigeschlechtlichkeit zugrunde liegt. Durch das festgeschriebene Bild des Geschlechtes besteht für viele Frauen, besonders für die frauenbewegten, ein Identitätszwang, nach dem Motto, daß eine emanzipierte Frau so oder so zu sein hat. Beispielsweise wird eine Frau, die viele Kinder hat, mit Entsetzen wahrgenommen. Diese Festschreibung der emanzipierten Frauen kann zur Herrschaftsstabilisierung führen. Die polare Spaltung Mann-Frau führt zu einer gespaltenen Kultur, in der sich jeweils das eine Glied der Polarität für wertvoller und wichtiger hält, als das andere. Diese gespaltene Kultur bringt Menschen mit gespaltener Persönlichkeit hervor. Natürlich ist es eine berechtigte Forderung, daß sich die Frauen gegenüber den Männern abgrenzen und diese auch ausgrenzen, aber wenn wir das 20, 30, 40 Jahre weiterhin so tun, schreiben wir uns ein festes Bild vor. Wir

können aktiv sein und passiv, gefühlsbetont und rational usw.. Die Wirkung der Frauenbewegung der letzten 20 Jahre muß neu überdacht werden und wir müssen ernsthaft darüber nachdenken, ob wir weiterhin eine dualistische Gesellschaft wollen.

Verschiedene Möglichkeiten, das Patriarchat zu kippen

Viele westliche Feministinnen sind entsetzt, wenn Frauen im Süden mit Männern zusammen in einer Gruppe arbeiten, oder wenn sie zu Veranstaltungen über Frauenthemen Männer als Referenten einladen oder mit ihnen zusammen auf dem Podium diskutieren. Das ist für die deutsche Frauenbewegung unvorstellbar. Wir müssen eher durch verschiedene Möglichkeiten das Patriarchat kippen und uns nicht von einer stereotypen Vorstellung über die Organisationsstruktur in der deutschen Frauenbewegung beherrschen lassen. In der konfuzianistischen Gesellschaft sind die Frauen sowieso in ihrer Kindheit, Familie und ihrem Beruf ganz stark getrennt von den Männern. Die geschlechtliche Arbeitsteilung ist dort noch krasser und daher wollen die Frauen nicht unbedingt von den Männern getrennt leben und wollen sich in ihrem Kampf auch mit ihnen konkret auseinandersetzen. Hier dagegen besitzen die Männer einen wichtigen Stellenwert in den Beziehungen, im Leben der Frauen. Provozierend gesagt, dreht sich hier alles um die Männer, während in Asien die Bedeutung der Männer nicht so dominant ist, sie stellen nur einen Teil von vielen im Leben der Frauen dar.

Der Verallgemeinerungsanspruch in unserem Werturteil

Wir müssen uns selbst klarmachen, daß Frauen in der Auseinandersetzung mit einem anderen Feminismus, in ihrem Bemühen um Verständnis, sich häufig selbst im Wege stehen, denn sie sind selber in ihren grundlegenden Annahmen und Denkfiguren mit ihren Begriffen und Methoden zutiefst der jeweiligen Kultur verpflichtet, in der sie aufgewachsen sind. Interkultureller Feminismus setzt voraus, zu akzeptieren, daß wir alle eine bestimmte Kultur verinnerlicht haben, aus deren historisch tradierten Sinnvorräten wir in der Auseinandersetzung mit unserer Umwelt Bedeutungs-, Handlungs- und Sprachmuster schöpfen. Unserer Verständigungsschwierigkeit liegt oft ein Verallgemeinerungsanspruch in unserem Werturteil zugrunde, der andere und generalisierende Denkfiguren der eigenen Herrschaftskultur subsumiert. Ohne den historischen und gesellschaftlichen Kontext ihrer jeweiligen kulturellen Ausdrucksformen zu hinterfragen, beurteilen beide Seiten die anderen Formen mit ihren kulturimmanenten Kategorien. Jede Seite - in der Kommunikation zwischen deutschen Frauen und Migrantinnen - faßt ihre Kategorien als objektiv und rational auf. Dazu erlauben die realen Machtverhältnisse den deutschen Frauen ihre Höherwertigkeitsvorstellung. Die ethnozentristisch begründeten weltkulturellen Ansprüche grenzen - mit ihrer realen Macht ausgerüstet - die anderen aus. Zwischen deutschen Frauen und den Frauen anderer Kulturen besteht ein Machtfaktor. Der Prozeß der Intersubjektivität, also die Anerkennung anderer Frauen als eigenständige Subjekte, nicht als Spiegel des eigenen Selbst, würde den interkulturellen Feminismus erst ermöglichen.

Kolonisierte als Kolonisatorinnen

Dieser Selbstreflexionsprozeß gibt uns die Möglichkeit, unserer jeweils ambivalenten Identität und das diese umgebende Herrschaftsverhältnis von Grund auf neu zu erkennen. Viele Frauen in Europa sind selbst kolonisiert. Sie sind durch Männer kolonisiert worden, aber sie sind auch zugleich selbst Kolonisatorinnen der Frauen aus dem Süden und nehmen bewußt oder unbewußt an den kolonialen Privilegien teil.

Auch die Identitätsfindung der kolonisierten und ausgebeuteten Frauen in der "Dritten Welt" und der Migrantinnen ist ziemlich ambivalent. Sie werden schwach gemacht und Frantz Fanon hat klar gezeigt, daß diese Menschen oft die Herrschenden als Vorbild nehmen und so eine geliehene Identität erlangen. Wir wissen, daß mit der Ungleichheit zwischen Frauen der bisherige historische Ablauf der dominanten Kultur andere Lebensformen in anderen Ländern verdrängt, entwertet und ausgemerzt hat. Z.B. wurde weiße Weiblichkeit während des Kolonialismus als Gegenbild zur schwarzen Weiblichkeit und Sexualität konstruiert und gleichzeitig zur Domestizierung der weißen Frauen eingesetzt.

Eine feministische Ethik herstellen

Die Erkenntnis der eigenen Stellung und der gesellschaftlichen und internationalen Hierarchien kann ganzheitlich ein Prozeß der Entwicklung für alle Frauen sein. So kann die eigene Verantwortlichkeit einer jeden Frau und eine feministische Ethik hergestellt werden. Für die Frauen aus den "Entwicklungsländern" und die Migrantinnen ist ein Selbstreflexionsprozeß über ihre eigene Komplizenschaft bei der Unterdrückung anderer Frauen in anderen Klassen und anderen ethnischen Gruppen erforderlich. Alle unausweichlichen Reflexionen und alle Bewußtseinsprozesse über die bestehenden Differenzen zwischen Frauen im Verlauf des interkulturellen Feminismusdiskurses sollten stets die Tatsache miteinbeziehen, daß das Verhältnis zwischen den verschiedenen Frauen im Zusammenhang mit der weltweiten Verflechtung von Herrschaft zu begreifen ist.

Mit der Ausklammerung der Gleichstellung von Migrantinnen und deutschen Frauen in dieser Gesellschaft kann nicht über interkulturellen Feminismus weiter diskutiert werden. Solange die Gleichstellung der Migrantinnen in allen gesellschaftlichen Positionen nicht realisiert ist, können wir den interkulturellen Feminismus vergessen.

Chong-Sook Kang
Überarbeitete und gekürzte Fassung
aus Terre des Femmes Rundbrief 2/1993

Menschen als Wegwerfware

Die Ermordung sozial unerwünschter Personen in Kolumbien und Brasilien



Foto aus EPK 1/92

In der Nacht vom 12. August 1993 tauchten an den Wänden der Gebäude in der Zone "Los Martires" im Stadtzentrum von Bogotá Dutzende von Plakaten auf, die die Straßenkinder und andere "Kriminelle" zu ihrer eigenen Beerdigung einluden. Die übermittelte Botschaft war für die Betroffenen als Todesdrohung unmißverständlich. Als Urheber dieser Morddrohung gelten lokale Industrielle und Händler, die durch Bettler, Straßenkinder und Kleinkriminelle in dieser Stadtzone um ihre Umsätze fürchten.[1] Aber es bleibt nicht allein bei der Bedrohung.

Bis Mitte der achtziger Jahre war die Ermordung sozial unerwünschter Personen fast unbekannt. Inzwischen werden in Guatemala, Kolumbien und Brasilien täglich Straßenkinder, Straftäter (vor allem Taschendiebe), Prostituierte, Transvestiten, Obdachlose, Bettler und Müllsammler Opfer von Mordanschlägen. In Kolumbien ist der Ausdruck "limpieza social" (soziale Säuberung) für diese Verbrechensart inzwischen gebräuchlich geworden. Mit dem Begriff der "sozialen Säuberung" wird die systematische Ermordung von Menschen beschrieben, die aufgrund ihrer wirtschaftlichen Situation von der Gesellschaft an den Rand gedrängt wurden.

Nach Untersuchungen des Sozialforschungszentrums CINEP wurden zwischen 1986 und 1993 in Kolumbien mindestens 2.947 Menschen umgebracht, weil sie sozial unerwünscht sind. Etwa 10% der Opfer waren minderjährig.[2]

In Brasilien wurden zwischen 1989 und 1991 etwa 4.611 Straßenkinder getötet. 52% wurden erschossen. Die übrigen wurden erstochen, erschlagen, vergiftet, erdrosselt oder sie starben an den Folgen einer Vergewaltigung.[3] Die überwiegende Mehrzahl der Opfer von Mordanschlägen in der Gruppe der Straßenkinder ist in Brasilien männlich, nur 10% der Opfer sind Mädchen. Dies wird damit erklärt, daß den Mädchen als Ausweg zur Kinderkriminalität die Prostitution bleibt.[4] Als minderjährige Prostituierte haben sie auf der Straße größere Überlebenschancen als männliche Jugendliche, die der Beteiligung an Eigentumsdelikten verdächtigt werden. In Brasilien tragen die Kindermorde auch rassistische Züge. Schwarze Straßenkinder werden häufiger ermordet als weiße.[5] Daneben werden in Brasilien auch Eigentumsdelinquenten und Bettler Opfer von Mordanschlägen, jedoch gibt es über deren Anzahl kein verfügbares Zahlenmaterial.

Die Ermordung von sozial unerwünschten Personen ist ein Problem der Städte. Solche Morde werden in Kolumbien besonders häufig in den Städten Bogotá, Cali, Barranquilla, Medellin, Cucutá und Manizales begangen.[6] In der Hauptstadt Bogotá sind im Stadtzentrum die Zone "Los Martires" und der Slum "Cuidad Bolivar" mit dieser Art der Kriminalität besonders belastet. Mehr als die Hälfte aller Morde an sozial schwachen Menschen in der Hauptstadt Bogotá wurde im Jahr 1992 in "Los Martires" begangen. In Brasilien werden vor allem in Sao Paulo, Rio de Janeiro und Recife Straßenkinder ermordet.[7]

Die Dunkelziffer bei dieser Verbrechensart ist besonders groß. Die Zeugen der Verbrechen haben Angst, eine Anzeige zu erstatten oder wollen mit der Polizei nichts zu tun haben. Aufgefundene Leichen von Menschen, die sozialen Randgruppen angehören, werden nicht gerichtsmedizinisch untersucht, Ermittlungsverfahren werden nicht eröffnet oder rasch wieder eingestellt und die Leichen oftmals unidentifiziert als "N.N." bestattet. Da in Brasilien nur identifizierte Tote bestattet werden dürfen, kommt es häufig zur Adoption toter Kinder.[8] Bereits 1989 hatte der UN-Sonderberichterstatter für extralegale Hinrichtungen, Amos Wako, darauf hingewiesen, daß in Kolumbien Morde an Armen und Straftätern nur selten strafrechtlich untersucht werden und die Regierung aufgefordert, dies abzustellen. Auch in Brasilien sind strafrechtliche Ermittlungen bei dieser Kriminalitätsart äußerst selten.[9]

In Kolumbien spricht die Bevölkerung von den Opfern oft als "desechables" (Wegwerfware). Durch diesen Begriff werden die Opfer dehumanisiert und eine Verletzung dieser Opfergruppen als weniger verwerflich angesehen als die anderer Mitglieder der Gesellschaft. Durch diese Kennzeichnung kommt aber auch die Überzeugung zum Ausdruck, daß es sich bei diesen Menschen um "überflüssige Produkte" der Gesellschaft handelt, deren Beseitigung dem Wohl der Gesellschaft dient. Solche Einstellungen zu den Opfern werden nur vor dem Hintergrund der sozioökonomischen Lage der Gesellschaft verständlich.

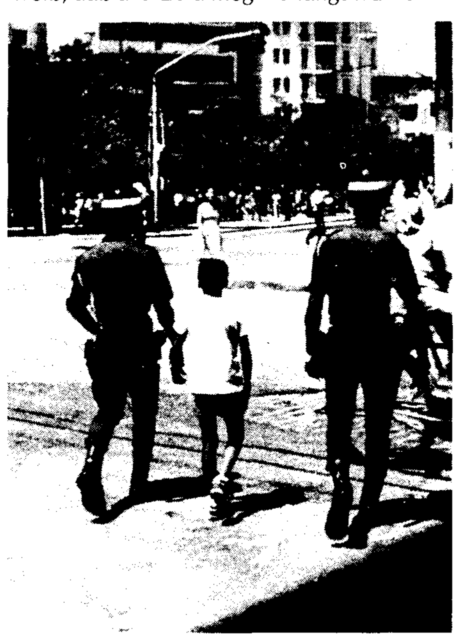
Katastrophale soziale Zustände

Durch eine wirtschaftliche Entwicklung, die die Landwirtschaft völlig vernachlässigt und die Industrialisierung mit arbeitsplatzvernichtenden Technologien bevorzugt, durch die Ideologie des freien Marktes und durch die Strukturanpassungsprogramme zur Überwindung der Schuldenkrise sind im vergangenen Jahrzehnt in Lateinamerika immer mehr Menschen an den Rand der Gesellschaft gedrängt worden. Bei dieser Entwicklung wurde die soziale Problematik völlig ausgeblendet. Die sozialen Kosten der "Wirtschaftssanierung" wurden ignoriert. Diese bestehen nicht nur aus einer Zunahme der Landflucht, Verslumung der Städte, der Kindersterblichkeit und dem Ausbruch von Krankheiten und Epidemien, sondern auch in einer Zunahme der Anzahl der Obdachlosen, Bettler, Prostituierten und Straßenkinder. Gleichzeitig muß ein Anstieg von Armuts- und Begehrlichkeitsdelikten wie z.B. Taschendiebstähle, Raubüberfälle oder Einbruchdiebstähle beobachtet werden, durch diejenigen, deren Überleben nicht gesichert ist.

Lange Zeit haben Entwicklungsexperten die Überwindung von wirtschaftlicher Unterentwicklung, Hunger und Krankheit als primäre Aufgaben angesehen und die Frage der Kriminalitätsentwicklung in den Entwicklungsländern völlig vernachlässigt. Dabei steigt schon seit Ende der sechziger Jahre die Kriminalität in den Entwicklungsländern dreimal so schnell wie in den Industriestaaten. Die Zusammenhänge zwischen Entwicklung und Kriminalitätsanstieg blieben weitgehend unerforscht und in den Ländern selbst meinte man durch mehr Polizei und eine bessere Ausstattung derselben die Kriminalität in den Griff zu bekommen. Das ist jedoch in keinem der betroffenen Länder gelungen.

Durch die Verelendung weiter Teile der Bevölkerung wurde die Familie krisenanfällig. In den Slums Lateianmerikas besteht eine Familie immer weniger aus einem Vater, einer Mutter und ihren Kindern, sondern aus sog. mutterzentrierten Familien.[10] Die völlig überlasteten, alleinerziehenden Mütter sind selten in der Lage, das Verhalten der Kinder zu kontrollieren oder deren Entwicklung empathisch zu begleiten. Gerade den Söhnen wird sehr früh die Rolle des Ernährers und des "Mannes" in der Familie übertragen, auf die diese überhaupt nicht vorbereitet sind. Abgesehen davon existieren gerade für die Jugendlichen viel zu wenig Arbeitsplätze. So versuchen vor allem die Söhne ihr Glück auf der Straße, während die Mädchen während der Erwerbstätigkeit der Mutter auf die jüngeren Geschwister aufpassen. Gleichwohl muß festgestellt werden, daß der Anteil der Mädchen unter den Straßenkindern wächst, auch wenn die Jungen, die auf der Straße leben, weitaus häufiger Opfer von Gewalttaten werden.

Die Gründe für den Weg der Kinder auf die Straße wurden mehrfach untersucht.[11] Es handelt sich zumeist um einen langsamen Gewöhnungsprozeß, der mit dem Verkauf von Waren oder dem Anbieten von Dienstleistungen auf der Straße beginnt. Die Kinder tragen auf diese Weise zum Unterhalt der Familie bei. Teilweise begehen die Kinder auch Diebstähle und Raubüberfälle auf Passanten, um hierdurch ihr Überleben zu sichern. Mädchen tragen oft durch Kinderprostitution zum Familieneinkommen bei. Oft geben die Kinder den Erlös oder Teile des Erlöses an die Mutter ab, die zumeist weiß, daß das Geld illegal erlangt wurde.



Brasilianische Sicherheitskräfte im "Einsatz". Foto: Pollmann

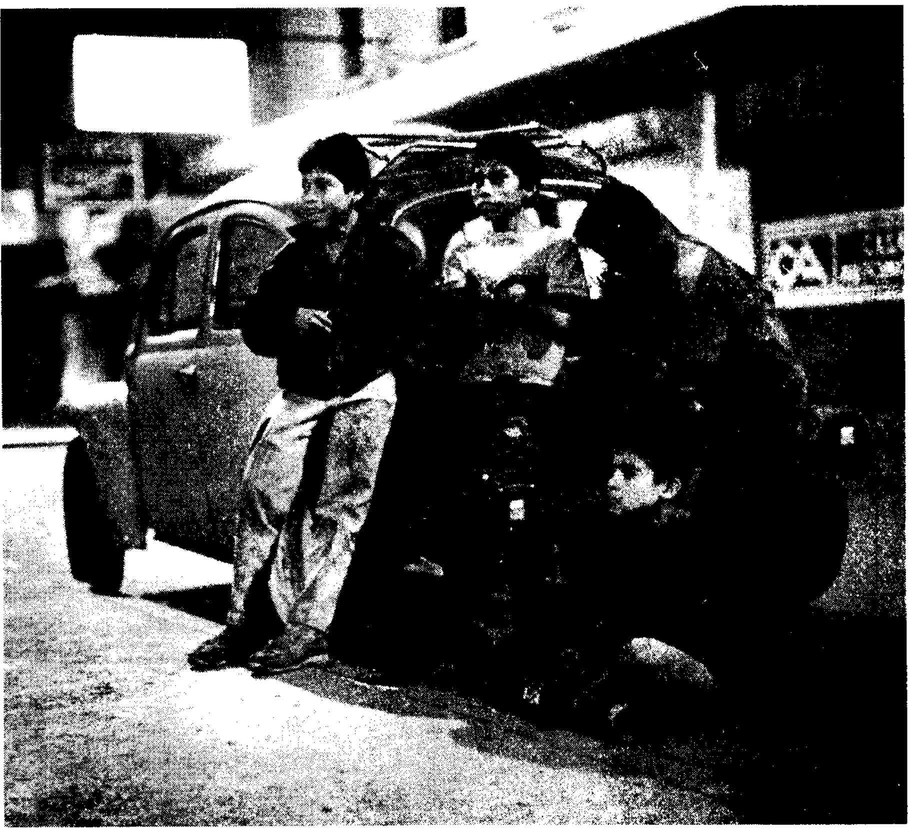
Die Straßenkinder sind zumeist keinerlei informeller Sozialkontrolle unterworfen, da ihre Herkunftsfamilie entweder nicht mehr präsent oder emotional und psychisch nicht in der Lage ist, das Verhalten der Kinder zu steuern.[12] Je mehr sich die Kinder von der Herkunftsfamilie entfernen, um so mehr hängt ihr Überleben von ihnen selbst ab. Oft reicht der Erlös aus Straßenverkäufen oder Dienstleistungen (Wagen waschen, Schuhe putzen) nicht aus, und die Kinder sehen in der Kriminalität einen Ausweg aus ihrer Situation. Aus Brasilien ist bekannt, daß kriminelle Banden die Kinder als "Werkzeuge" bei der Begehung von Straftaten benutzen, etwa dadurch, daß sie die Kinder Einbrüche begehen lassen oder sie als Drogenkuriere einsetzen.[13] Die Banden machen sich dabei die Vorteile des Jugendstrafrechtes zunutze, nach dem Kinder unter 12 Jahren nicht strafrechtlich verfolgt werden können.

Die Ermordung der Straßenkinder in Brasilien verläuft parallel zum Anstieg der Kinder- und Jugendkriminalität.[14] Die Kriminalitätsfurcht in Kolumbien und Brasilien ist enorm angestiegen. Die Bevölkerung gibt dem Sicherheitsproblem eine immer größere Bedeutung. Dies kommt dadurch zum Ausdruck, daß sich reichere Bevölkerungsteile immer mehr Sicherheitstechnik zulegen und einfache Geschäftsleute oftmals einen Leibwächter haben. Es wird zwar nach mehr polizeilichem Schutz gerufen, aber gleichzeitig wird der Polizei mißtraut. In Brasilien werden nur 40% aller Raubüberfälle bei der Polizei angezeigt.[15] In Kolumbien liegt die Anzeigequote noch niedriger. Dort wird von den Opfern auch als wesentlicher Grund für das Unterlassen einer Strafanzeige angegeben, daß sie kein Vertrauen in die Polizei haben.[16] Die Arbeit der Polizei bleibt erfolglos, wenn die Bevölkerung mit dieser nicht zusammenarbeitet und zu ihr kein Vertrauen hat. Das mangelnde Vertrauen kann auch darauf beruhen, daß die Polizeikommissariate als "Kommissariate des Schreckens" gelten bzw. immer wieder über Menschenrechtsverletzungen durch die Polizei bzw. korrupte Polizeibeamte berichtet wird. Die Erfolglosigkeit kann dann wiederum dazu führen, daß die Mitarbeiter der Polizei glauben, nur durch illegale Handlungen die Kriminalität bekämpfen zu können.

Die Täter und die Zuschauer

In Kolumbien wurden 92,9% aller Morde an sozial unerwünschten Personen nicht aufgeklärt.[17] Hinsichtlich der wenigen aufgeklärten Fälle konnte man feststellen, daß diese vorwiegend von Polizeibeamten und Mitgliedern paramilitärischer Gruppen begangen wurden. Zu Verurteilungen ist es in fast keinem der Fälle gekommen.

In Brasilien wird die Mehrzahl von Morden an Straßenkindern von Polizeibeamten und von Mitgliedern von Todesschwadronen begangen. Die Todesschwadronen bestehen sowohl aus Bürgern wie auch aus aktiven und ehemaligen Polizeibeamten. Teilweise werden sozial unerwünschte Personen auch wegen der Ineffektivität der Polizei von der Bevölkerung im Lynchwege umgebracht oder durch Banden, die in Stadtteilen, die stark mit Kriminalität belastet sind, für "Recht und Ordnung" sorgen. Zumeist entstehen diese Banden dann, wenn der Staat nicht präsent ist, etwa dadurch, daß die Polizei bestimmte Stadtzonen nicht mehr kontrolliert.[18] Die Bewohner erwarten von den privaten Banden eine Ant-



Straßenkinder in Bogotá, Kolumbien Foto: Jeff Share

wort auf das ungelöste Sicherheitsproblem.

Die Polizei und Justiz steht den Morden an sozial unerwünschten Morden hilflos, aber gleichzeitig auch billigend gegenüber, wobei in vielen Fällen diese systematischen Morde ohne die Unterstützung der Polizei gar nicht möglich wären.[19] Darüber hinaus sind immer wieder Fälle bekannt geworden, in denen Polizeibeamte im aktiven Dienst Jagd auf soziale Randgruppen machen. Es liegt jedoch kein Zahlenmaterial über Körperverletzungen im Amt vor, die zu Lasten von Straßenkindern, Bettlern, Müllsammlern etc. begangen werden, obwohl diese Straftaten immer wieder vorkommen.

Die Täter sind in aller Regel mächtige Täter, da sie entweder durch ihr Amt oder durch ihre Beziehungen strafrechtliche Ermittlungen verhindern können. Sie können z.B. Morde an sozial unerwünschten Personen als bewaffnete Auseinandersetzungen bei regulären Polizeieinsätzen tarnen, was besonders häufig vorkommt. Sie bleiben in aller Regel straflos. Ihre Vorgesetzten wissen oft von den illegalen Einsätzen zur Kriminalitätsbekämpfung, leiten jedoch keine Disziplinarverfahren ein. Die Täter fühlen sich nicht als Kriminelle, da sie glauben, zum Besten der Gesellschaft zu handeln. Die Straflosigkeit der Taten erleichtert ihnen die Wiederholung. Wirtschaftliche Interessen spielen auch eine Rolle, da die Täter oft von lokalen Geschäftsleuten entlohnt werden.

Die systematische Eliminierung der Armen ist nicht allein ein Problem von Polizeibrutalitäten, sondern die Ursachen sind mehr darin zu suchen, daß durch den wirtschaftlichen und politischen Prozeß in beiden Ländern den Armen die Schuld für die Armut zugeschoben wurde. Dies ist z.B. daran zu erkennen, daß die wirtschaftlichen Anpassungsmaßnahmen immer zuerst zu Kürzungen im Bereich Gesundheit, Bildung und Sozialfürsorge führen. Dies begünstigt Haltungen, die eine Lösung des Armutsproblems in der Vernichtung der Armen sehen. Die Bevölkerung hat kein Verständnis für diejenigen, die auf der Straße leben. Die Opfer führen dem Rest der Bevölkerung das Mißglücken des Modernisierungsprozesses vor Augen. Sie sieht die Ursache für die Armut der Obdachlosen oft in deren persönlichen Versagen und möchte sich mit den strukturellen Ursachen nicht auseinandersetzen.

Es gibt keine Untersuchungen, die der Frage nachgehen, warum ab Mitte der achtziger Jahre in mehreren lateinamerikanischen Ländern sozial unerwünschte Personen systematisch umgebracht werden. Man kann vermuten, daß ein Zusammenhang zwischen der Schuldenkrise, den Strukturanpassungsmaßnahmen und diesen Morden besteht. Die Schuldenkrise der lateinamerikanischen Länder erreichte Mitte der achtziger Jahre ihren Höhepunkt. Aus dieser Zeit stammen auch die meisten Strukturanpassungsabkommen und die nationale Umsetzung derselben. Diese Maßnahmen hatten für die sozial schwachen Bevölkerungsgruppen gravierende Auswirkungen. Die Antwort auf die verschlechterte Einkommens- und soziale Situation, die auch im Straßenbild sichtbar wurde, waren u.a. Prostitution von Frauen und Kindern[20], erhöhter Alkoholkonsum, vermehrte Drogensucht und eine Zunahme der Kriminalität. Der wirtschaftliche Prozeß ließ zumeist keinen Spielraum oder es fehlte der politische Wille, um die Anpassungsmaßnahmen sozial abzufedern. Finanzielle Mittel zur Versorgung der Opfer der Strukturanpassung (z.B. durch die Bereitstellung von Unterkünften für die Zuwanderer oder Straßenkinder, Unterstützung von Selbsthilfeprojekten, kostenlose Gesundheitsdienste, Beschäftigungsprogramme zur Sicherung des Existenzminimums, etc.) fehlten. Durch die Ausgrenzung von immer mehr Menschen aus dem "normalen" Leben wurde die Sicherheitsfrage immer drängender. Die Menschen auf der Straße wurden aufgrund ihrer zunehmenden Zahl als immer größere Bedrohung der inneren Sicherheit angesehen. Hinsichtlich der Obdachlosen standen die staatlichen Stellen vor dem Dilemma, daß sie zwar wußten, was sie eigentlich tun müßten, diese Maßnahmen aber dem Programm der wirtschaftlichen und finanziellen Staatssanierung zuwider liefen. Die Dominanz der Straßenkinder im Erscheinungsbild der Straßen gefährdete z.B. in Brasilien die Einnahmen aus dem Tourismus. Auf diese Devisen war aber die Wirtschaft des Landes angewiesen.

Darüber hinaus gingen die Einnahmen der Staatsbediensteten (und damit auch der Polizeibeamten) in den vergangenen Jahren zurück, da an ihren Gehältern im Wege der Anpassung kräftig gespart wurde. Immer mehr Staatsbedienstete und damit auch Beamte mit Polizeibefugnissen waren auf die Einnahmen aus einer Zweitbeschäftigung angewiesen. Als solche dient auch die Zusammenarbeit mit einer Todesschwadron. Dies kann bei der Erklärung, warum die Ermordung der sozial Schwachen erst Mitte der achtziger Jahre begann, eine Rolle spielen.

Nun ist zu fragen, warum die Staatsführungen eine systematische Ermordung der Armen billigend in Kauf nahmen. Eine Zwangskasernierung der Armen kam wegen der ebenfalls Mitte der achtziger Jahre

beginnenden Demokratisierung nicht in Betracht. Beschränkungen der Freiheitsrechte wurden international zum Gradmesser der Demokratisierung. (So schenkt man z.B. einer Pressezensur oftmals mehr Aufmerksamkeit als der Ermordung eines Journalisten). In einigen Ländern wurden Strafvorschriften, die den Alkoholismus, das Faulenzen und Betteln und Leben auf der Straße unter Strafe stellten, mit Beginn der Demokratisierung abgeschafft. Übrigens ist es durchaus denkbar, daß diese über Jahrzehnte bestehende Kriminalisierung der Armut auch etwas damit zu tun hat, daß man heute die Verletzung und Vernichtung dieser Personengruppe als nicht so schlimm ansieht. Bei der Vernichtung der Armen muß den betreffenden Staatsführungen vor allem ein Unterlassen vorgeworfen werden, da sie diese Taten weder untersuchen noch anklagen oder Staatsbedienstete, die an diesen Taten beteiligt sind, aus dem Amt entlassen. Man wird ihnen nicht vorwerfen können, daß sie einen geheimen Plan entwickelt hätten, nach dem die Armut durch Vernichtung der Armen beseitigt werden soll. Da die Staatsführungen aber nach dem Internationalen Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte verpflichtet sind, die Menschenrechte zu garantieren, ist auch ein unterlassener Schutz für die Menschenrechte ein Konventionsverstoß.

In fast allen Ländern waren paramilitärische Strukturen vorhanden, die z.B. in Brasilien in der Demokratisierungsphase neue Finanzierungsquellen benötigten. So trafen deren Interessen oftmals mit denen der lokalen Händler und Unternehmer, die um ihre Einnahmen fürchteten, zusammen. Die Verbrechen dieser Gruppen (die oft mit dem Sicherheitsapparat direkt zusammenarbeiten) werden stillschweigend gebilligt - ähnlich wie viele politische Morde, die ab Mitte der achtziger Jahre die politisch motivierte Inhaftierung ersetzte.[21]

Insgesamt steht die Bevölkerung der Ermordung von Mitgliedern sozialer Randgruppen gleichgültig gegenüber. Die Tatsache, daß Mitglieder der untersten sozialen Schichten besonders häufig Opfer von Polizeibrutalitäten und Folter sind, führt selten zu offenem Protest. Waldmann weist zu Recht darauf hin, daß der Protest gegen die Folter während der Militärdiktatur (die sich damals gegen die politische Opposition richtete) größer war als heute, wo die Betroffenen oft Straftäter oder Angehörige der untersten sozialen Schichten sind.[22]

Die systematische Tötung von Mitgliedern sozialer Randgruppen ist ohne die unausgesprochene Zustimmung der Bevölkerung genauso wenig denkbar wie ohne die Finanzierung der Todesschwadrone durch Händler und Unternehmer, die durch die Präsenz von Obdachlosen und Kriminellen Einbußen befürchten.

Die Opfer sind besonders schwache Opfer, da sie stigmatisiert sind, über keinerlei oder eine geringe Ausbildung verfügen und alle diejenigen, die den Opfern professionellen Schutz und Beistand leisten könnten, selbst zu Opfern anonymer Morddrohungen werden. So werden z.B. in Brasilien Betreuer von Straßenkindern kontinuierlich bedroht.

Einen Schutz für soziale Randgruppen kann man nur dadurch erreichen, daß in der Bevölkerung sich zunächst die Haltung verändert und die "Menschen auf der Straße" als gleichwertige Bürger des Staates Anerkennung finden. In diese Richtung ging die spontane Demonstration nach der Ermordung eines Obdachlosen in Bogotá. Hunderte von Straßenkindern, Prostituierten, Obdachlosen und Abfallsammlern blockierten Ende September 1993 die Straßen. "No somos desechables!" (Wir sind keine Wegwerfware) riefen sie der umstehenden Bevölkerung zu.

Gabriela M. Sierck

Anmerkungen:

1) Amnesty International, Children in Terror. London 1994, S.1.
2) ILSA, Limpieza Social en Colombia y Brasil: Exterminio de los Pobres. In: Reporte de Derechos Humanos 1993, Vol.1 No. 7 , S.1.
3) H. Faber, Leben und sterben auf der Straße. Der lautlose Krieg gegen Brasiliens Straßenkinder. In: Brasilien Nachrichten 1993 (Nr. 114), S.2.
4) G. Dimenstein, Krieg der Kinder. Kindermorde in Brasilien. Neukirchen-Vluyn 1991, S.23.
5) ILSA 1993, S.7.
6) Department of the State, Country Reports on Human Rights Practises 1992, Washington 1993, S.360.
7) Movimento Nacional de Meninos e Meninas de Rua u.a., Vidas em Risco: assesinatos de Criancas e Adolescentes no Brasil. Rio de Janeiro 1991, S.53.
8) G. Dimenstein 1991, S.36ff
9) Amnesty International, Auslöschen könnt Ihr sie nicht. Kampagne gegen Verschwindenlassen und politischen Mord. Bonn 1993, S.102 ff.
10) Siehe hierzu L. Aptekar, The Psychology of Colombian Street Children. In: Int. Journal of Health Service 1989 (19/2), S. 295310 (297).
11) Siehe hierzu L. Aptekar 1989, S.295 ff. und M.F. Granados Tello, Gamines. Bogotá 1976.
12) Zum Zusammenhang zwischen Verelendung und Versagen der Erziehung siehe C. Rodriguez Rabanal. Überleben im Slum. Frankfurt 1991.
13) G. Dimenstein 1991, S.23.
14) G. Dimenstein 1991, S.11.
15) P. Waldmann, Staatliche und Parastaatliche Repression in Lateinamerika. Manuskript. Stiftung Wissenschaft und Politik Ebenhausen 1992, S.20.
16) Comision Andina de Juristas, Boletín Nr. 16 (1987) Colombia: violencia y Democracia, S. 228.
17) Comision Andina de Juristas, Seccional Colombiana, Panorama de Derechos Humanos y Derecho Humanitario en Colombia durante 1993, Bogotá 1994.
18) P. Waldmann 1992, S.15. Zu Kolumbien siehe auch A. Salazar, Tot geboren in Medellin, Wuppertal 1991.
19) Siehe Beispiele in G. Dimenstein 1991, S.33.
20) So vermuten z.B. Mitarbeiter von Nichtregierungsorganisationen in Peru, daß die Kinderprostitution seit der Durchführung des "Fuji-Schocks" im Jahr 1990 sich vervierfacht hat.
21) Gabriela M. Sierck, Welche Menschenrechtsverletzungen passen zu einer Demokratie? Politisch motivierte Morde in Lateinamerika, in 'blätter des iz3w', Nr. 190, Juli 1993, S. 25ff.
22) P. Waldmann 1992, S. 14 ff. Siehe auch G. Dimenstein 1991, S.25.

Fluten und bedrohliche Explosionen

In der Diskussion über Bevölkerungswachstum und Migration werden häufig dieselben Bilder verwandt: Wogen, Fluten, Überschwemmungen, steigender Druck und Explosionen, die Katastrophen auslösen. Es wird nicht mehr von Menschen und gesellschaftlichen Vorgängen gesprochen, sondern von scheinbar naturhaften Ereignissen, die schicksalhaft ihren Verlauf nehmen. Differenzierungen gehen unter in "Wellen, die nach Norden branden." Der folgende Artikel untersucht die in bundesdeutschen Medien und von PolitikerInnen verbreiteten Bilder der drohenden Überflutung der Länder des Nordens durch Menschen aus der Dritten Welt.

Die gängige Ideologiekritik greift zu kurz. Sie setzt an jenem Muster der Ideologiebildung an, wonach politische Vorgänge verschleiert werden, indem man ihnen einen Naturcharakter gibt. Meine These lautet, daß die genannten Bilder an existierenden Gefühlen und Ängsten ansetzen können, die charakteristisch sind für die Menschen in den industrialisierten Ländern. Diese Bilder können deshalb so stark wirken, weil sie auf eine Bereitschaft treffen, sie unreflektiert zu akzeptieren.

Bilder und Symbole sind Bedeutungsträger. Sie haben einen konkreten Inhalt, sprechen jedoch zusätzliche, oft unbewußte Bedeutungsgehalte an. Jede Gesellschaft bringt im Verlauf ihrer Geschichte Symbole hervor, die mit Wertungen besetzt sind. Diese Deutungen und Wertungen werden von Generation zu Generation persönlich oder in schriftlicher Form weitergegeben. Oft finden sie Ausdruck in der Kunst. Wichtig ist, daß sie im subjektiven Erleben des Einzelnen mit Gefühlen besetzt werden, die nicht immer bewußt sind.



Und was passiert, wenn die Staumauer und damit die innere Ordnung zusammenbricht?

In der von Klaus Theweleit analysierten Literatur, die in Deutschland nach dem ersten Weltkrieg geschrieben und gelesen wurde, lassen sich viele Hinweise auf "rote Fluten" und Überschwemmungen finden. In seinem ersten Band der "Männerphantasien" stellt Theweleit einige tiefenpsychologische Betrachtungen dazu an:

- die Verwendung der Bilder von Fluten und Überschwemmungen versetze die Menschen in eine ambivalente Erregung. Bedro-

hung und Anziehung vermischen sich.

- Die Überflutung stehe für das Einreißen alter Bollwerke, die sonst die innere und äußere Ordnung herstellen und bewahren.

- Eine Flut oder Überschwemmung komme nicht unerwartet, sondern baue sich langsam auf, um in einer bestimmten Situation die Grenzen zu durchbrechen und Chaos herzustellen. Die alte Ordnung wird davongespült, was zwar zerstörerisch ist, aber auch die Chance eines Neubeginns in sich trägt.

"Die Flut ist so abstrakt, daß sehr verschiedene Vorgänge unter ihrem Bild subsumiert werden können; gemeinsam sein muß ihnen lediglich ein Art Grenzüberschreitung, Landesgrenzen, Körpergrenzen, Grenzen des Anstandes, der Gewohnheit; diese Überschreitungen müssen Verbotenes betreffen"[1].

Das in der Diskussion über Bevölkerungswachstum gern verwandte Bild besteht aus drei Teilen: aus einem Inneren - die BewohnerInnen der reichen Industriegesellschaften des Nordens; aus einem Äußeren - die Menschen in der "Dritten Welt", die sich angeblich rasant vermehren und die ihren ärmlichen Lebensbedingungen entfliehen und teilhaben wollen am Reichtum der Industrieländer; aus einer Staumauer - die diese Eindringlinge abhält.

Zur Symbolik gehören weiterhin zwei antagonistische Zustände: die Flut, das Bewegte, das Chaos, das zu überwältigen droht, und das Feste, das Bollwerk, das gebraucht wird, um Kontrolle aufrechtzuerhalten. Die Nähe dieser Bilder zu Körperbildern ist ein Grund für ihre starke Wirkung: das Individuum identifiziert sich und seinen eigenen Körper mit den von den Medien verbreiteten Zustandsbeschreibungen.

Übertragen auf Körperempfindungen stehen Flut und Überschwemmung nicht nur für bedrohliche Gefühle, sondern auch für Emotionen und lustvolle Körpererfahrungen. Das Bollwerk verkörpert das rationale Ich, welches die Emotionen und Triebe kontrolliert und damit unlustvolle Funktionen ausübt. Das Ich ist wichtig, weil der Verlust von Kontrolle Angst auslöst. Die Ängste, die von katastrophischen Bildern wie Überschwemmungen und Explosionen angesprochen werden, gehen in zwei Richtungen: was würde geschehen, wenn im Inneren ein nicht mehr zu kontrollierendes Chaos ausbricht und die alte Ordnung davongeschwemmt wird? Und was passiert, wenn die innere Ordnung durch äußere Kräfte angegriffen wird, wenn die Staumauern brechen?

Das Innere

Wie sieht es im Inneren der Festungen des Nordens aus, die jetzt verteidigt werden müssen? In Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs werden sie beschrieben als Wohlstandsparadiese, in denen alle versorgt werden. Forderungen nach Teilen und Umverteilen werden vor allem in den guten Zeiten laut. Werden jedoch Auswirkungen einer Krise spürbar, mehren sich die Stimmen, die die Forderungen nach einer Umverteilung ablehnen: wir müssen jetzt für uns selbst sorgen, sollen die anderen doch sehen, wo sie bleiben.

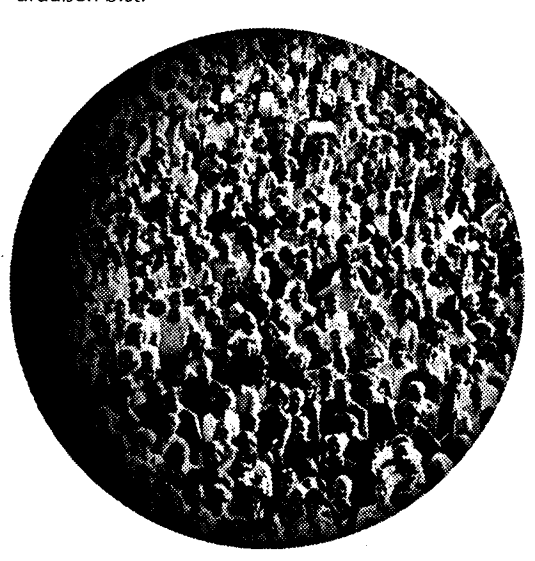
Das oben abgedruckte Spiegel-Titelbild zeigt diese Stimmungen auf. Um- und überflutet von ameisengleichen Menschen steht das Boot auf dem Trockenen, von Stützen in einem prekären Gleichgewicht gehalten. Mit allen Mitteln versuchen die Menschen von außen hineinzuklettern und werden mit Gewalt davon abgehalten. Wer es dennoch schafft, nach oben zu gelangen, wird von den mit Speeren ausgerüsteten Deckbewohnern über Bord geworfen. Auf den Transparenten stehen Sprüche wie: "Genug ist nicht genug", "Hunger", "Ängste", "Consumo ergo sum", "Rette sich, wer kann", "Sozialer Sprengstoff". Das SPIEGEL-Titelbild suggeriert einen Zustand, in dem sich Chaos und Orientierungslosigkeit innerhalb und außerhalb des Bootes zuspitzen, was darauf hinausläuft, daß die Stützen brechen und das ganze Boot kippt.

Tatsächlich gibt es auch innerhalb der reichen Länder Unruhe, die für die herrschende Ordnung gefährlich werden könnte. Die Schaffung des Reichtums der Industrieländer ist gekoppelt an die Herausbildung einer besonderen Charakterstruktur: der Mensch der bürgerlichen Neuzeit ist charakterisiert durch *"die Kategorien der Zivilisiertheit, der Affektkontrolle, der Zeitdisziplin, der Selbstbeherrschung, der Unterwerfung und Rationalitätskriterien und die Steuerung des eigenen Handelns nach systematischen Sachgesetzlichkeiten"*[2]. "Die Disziplin steigert die Kräfte des Körpers (um die ökonomische Nützlichkeit zu erhöhen) und schwächt diese selben Kräfte (um sie politisch fügsam zu machen)"[3].

Selbst nach Erfüllung der notwendigen Arbeitspflichten kanalisiert die Konsumgesellschaft die chaotischen Triebe und die kreative Entfaltung lustvoller Wünsche in durchorganisierte Freizeitveranstaltungen. Als Belohnung für Zeit- und Körperdisziplin gibt es den Konsum von Waren und das Versprechen von "Sicherheit" in allen Lebenslagen.

Wirtschaftliche Depression und steigende Arbeitslosigkeit lösen bei den Menschen berechtigte Existenzängste aus. In solchen Situationen verlieren die unlustvollen Tugenden der Pünktlichkeit, Ordnung und Disziplin ihren Sinn. Familiensysteme und andere gesellschaftliche Strukturen des Zusammenhaltes lösen sich auf. Frühere Werte und Moral sind fragwürdig geworden. Durch den Verlust des Arbeitsplatzes beginnen auch in den Industrieländern Menschen "zu schwimmen". Es gibt Anlaß genug, auch Unruhe, "auflodernden Haß und Angst" im Inneren zu befürchten. Das alles muß ebenfalls "eingedämmt" werden.

Die Notwendigkeit hierzu wird durch die Metapher des Bootes oder der Arche beschworen. Sie sind definiert durch eine klare quantitative Begrenzung: nur einige Auserwählte passen hinein. Aber selbst für die, die drinsitzen dürfen, ist die Gefahr noch nicht gebannt, denn die gewaltigen Fluten könnten es umwerfen. Von daher gibt es für alle im Boot das Gebot des Stillhaltens, klare Regeln und Hierarchien, die je nach Stärke des äußeren Ansturms strenger werden und zum Zwecke des eigenen Überlebens eingehalten werden müssen. Wer sich der Ordnung widersetzt, läuft Gefahr, über Bord zu gehen oder aber das ganze Boot zum Kentern zu bringen. Die Verwendung der Boot-Metapher suggeriert bereits den Ausnahmezustand: Die Sintflut steht vor der Tür! Verhalte dich still, ducke dich, sei zufrieden, daß du drinnen und nicht draußen bist.



Logo einer ZEIT-Serie mit dem Titel: "Die Erde ist voll" (21.12. / 28.12.1990).

Das Äußere

Wie sieht nun das Äußere aus, von dem die angebliche Gefahr ausgeht? Zwar gibt es offiziell noch Unterscheidungen zwischen denen, die als ArbeitsmigrantInnen, Flüchtlinge oder als AsylbewerberInnen einwandern wollen. Aber im Sprachgebrauch des SPIEGELS sind diese Differenzierungen verschwunden. Übrig bleiben "Horden von Elenden", "Ströme von Analphabeten", "plündernde Banden", "Bevölkerungsmonster", "Menschenfluten"[4].

Die Psychoanalyse interpretiert Zuschreibungen für das Äußere, - das Andere, den Fremden - als unerlaubte eigene Anteile, die abgespalten und nach außen verlagert werden. Besinnen wir uns auf die Tugenden der Disziplin und Ordnung, so sind die unerlaubten Anteile all diejenigen Regungen und Aktivitäten, die diesen Tugenden entgegenstehen. Befürchtet wird das Chaos der Gefühle, welches aus dem Nachgeben von Bedürfnissen nach Sinnlichkeit resultiert, die der Disziplin entgegenstehen.

Als Beispiel für die Projektion eigener Ängste auf Menschen, die von außen kom-

men, sei ein Abschnitt aus einem Artikel aus der "Welt" zitiert: "Diesem Typ des Chaos-Flüchtlings (...) gilt es verstärkte Aufmerksamkeit zu schenken. Denn er flüchtet nicht nur vor dem Chaos, er bringt es, willentlich oder nicht, hierher mit. Viele Chaos-Asylanten verfügen gar nicht mehr über Erfahrungen in einem geordneten Gemeinwesen oder gar in einem geschlossenen Kulturkreis (...). Hier kommen Menschen mit den Trümmern einer zerbrochenen Welt im Kopf - und tauchen hier wieder in eine höchst fragwürdige Subkultur ein, die (...) entweder in Apathie und lebenslange Fremdheit oder in die Kriminalität weist." [5]

Ähnlich ergiebig ist ein Blick auf die bevölkerungspolitische Diskussion in den geordneten mitteleuropäischen Gemeinwesen. Da ist oft die Rede vom "irrationalen Gebärverhalten" der Frauen des Südens. Sie bekommen mehr Kinder, als sie "sich leisten können". In den Industrieländern muß sich der Wunsch nach Kindern in einer rationalen Planung optimal genutzter Lebenszeit durchsetzen. Die Menschen des Südens scheinen ihre Kinder einfach so zu bekommen, ohne reifliche Überlegung und



Logo einer Serie der Süddeutschen Zeitung (15.9. - 24.12.1990).

Begründung.

Diese Zuschreibungen können anknüpfen an eine kolonialistische Tradition, die die Völker des Südens als ungebildete Primitive bezeichnet, die ausgestattet seien mit "drei Hauptuntugenden: die gänzlich fehlende Gewissenhaftigkeit, die Unehrlichkeit und die Lügenhaftigkeit". [6]

Im Kontext der Rechtfertigungen für den Kolonialismus wurde die Disziplinierung des Industriearbeiters aufgewertet und Unterdrückung als moralische Pflicht ausgegeben: "Deutschem Fleiße und deutscher Tatkraft ist ein wichtiges Arbeitsfeld gewonnen. Es gilt nunmehr, jene Länder zu erschließen, die in Barbarei versunken sind, zu lichteren Höhen der Gesittung emporzuführen." [7]

In der von Theweleit analysierten Literatur nach dem Ersten Weltkrieg finden sich Formulierungen wie "Die Welle des Bolschewismus brandet heran und droht, ... die deutsche Ostgrenze zu überschwemmen". Ausgegrenzt wurden damals "Rote" und "Bolschewisten", man schützte sich gegen "die riesige schmutzig-rote Welle" [8], die die bürgerliche Ordnung einzureißen drohte.

SPIEGEL- und andere Autoren müssen sich im klaren darüber sein, daß die von ihnen verwendeten Symbole und Bilder Bedeutungsgehalte haben, die verankert sind in der rassistischen Denkweise des Kolonialismus. Sie wurden auch verwandt in nationalistischen Argumentationen, derer sich später der Faschismus bediente, um "die anderen" abzuwerten, auszugrenzen und zu vernichten.

Das Bollwerk

Zurück zu unserem dreigliedrigen Bild. Nachdem wir uns das disziplinierte Innere und das chaotische Äußere angesehen haben, wenden wir unseren Blick zur Staumauer. Unliebsame Ströme von innen und von außen müssen abgewehrt werden. Die Kontrolle nach innen haben wir bereits weiter oben angedeutet: es ist die Disziplinierung des Körpers und der Gefühle, die den Charakter formt, auf dem das kapitalistische Produktionssystem aufbauen kann.

Wie sieht die Kontrolle nach außen aus? Durch Gesetzgebungen, Bestimmungen und Anträge wird die anstürmende Flut in rationale, bürokratische Bahnen gelenkt. Dem Chaos wird ein Regelwerk entgegengestellt. Damit wird der persönlichen Konfrontation mit den überwältigenden Fluten aus dem Weg gegangen. Aus Menschen werden AntragstellerInnen, die entweder die Einwanderungsbedingungen erfüllen oder nicht. Bevor sich Konflikte zuspitzen und entladen können, werden sie bürokratisch aufgespalten, isoliert und formal abgehandelt. Psychologisch interpretiert bedeutet dies, daß die Zuwanderer sich den gleichen Mechanismen unterwerfen sollen, die auch die Menschen, die "im Boot" sitzen, disziplinieren. Es sind die Regeln der Verwaltung, die den "modernen Menschen" durchdringen, sein Raum- und Zeiterleben bestimmen. Nach dem Motto: wer an unserem Wohlstand teilhaben will, muß auch den nötigen Triebverzicht leisten, auf dem unsere Zivilisation aufgebaut ist.

Die Explosion

Die Errichtung der Bollwerke gleicht der Vorbereitung auf kriegerische Auseinandersetzungen. "Da soll nichts fließen, am allerwenigsten 'rote Fluten'. Wenn sich etwas bewegen soll, dann die Bewegung, also man selbst, aber wie ein Mann, formiert, auf Kommando als Linie, als Kolonne, als Block, als Keil, als feste Einheit. Tod allem, was fließt." [9]

Im Umgang mit der Frage von Einwanderung und der "Bevölkerungsexplosion" werden militärische Begriffe und Denkweisen benutzt. *"In Salamanca haben sich Ende September 1992 die Außen- und Innenminister Frankreichs und Spaniens ... getroffen, um zwei Tage lang zu beraten, wie Europas exponierte Südflanke vor der aufgestauten demographischen Flut geschützt werden kann."* [10] Es ist die Rede von "Invasionen" oder dem "Ansturm der Armen" auf die "exponierte Südflanke Europas", von Strategien, die ergriffen werden müssen, um den Überfall zu verhindern. Nicht länger bedroht die atomare Aufrüstung die Welt, sondern die "Zeitbome Mensch" oder "B-Bombe". Bereits in den 50er Jahren wurden die Folgen des Bevölkerungswachstums denen der Zündung einer Atombombe gleichgesetzt. Die Angst vor einem atomaren Krieg wurde angesprochen, um starke Gefühle im Zusammenhang mit dem Bevölkerungswachstum hervorzurufen.

Ganz wie in Zeiten, als absolutistische Herrscher ihre Kriegsmacht über die Größe ihrer Bevölkerung definierten, werden heute ähnliche quantitative Vergleiche angestellt: "Zum ersten Mal seit 2000 Jahren hat nun der Süden ein Übergewicht: 200 gegen 190 Millionen Einwohner". [11] Nachdem das Feindbild klar gezeichnet ist, wird nicht mit kriegerischen Vorschlägen gespart, wie dieser Übermacht zu begegnen sei. "Der tägliche Abwurf einer Atombombe des Typs, der über Hiroshima barst, würde die Vermehrung kaum mindern; zwar wäre dann mit jeweils 90.000 Toten zu rechnen, aber am gleichen Tag gäbe es schon wieder 250.000 Neugeborene." [12]

Angesichts einer solchen Bedrohung von außen sind alle Mittel zur Verteidigung recht. Diese aggressive Argumentation bildet den Hintergrund, vor dem sich das Drängen der Bevölkerungslobby zur Eindämmung des Bevölkerungswachstums als rational abhebt: Es muß sofort etwas getan werden, sonst ist die Katastrophe unabwendbar.

Eva Engelhardt

Anmerkungen:

1) Theweleit, Klaus: Männerphantasien, Band 1, 1977, S. 293.
2) Hahn zitiert nach Henning Melber/Gerhard Hauck: Kolonialer Blick und Rationalität der Aufklärung, Peripherie Nr. 37, 1989, S. 12.
3) Michel Foucault: Überwachen und Strafen, Frankfurt 1977, S.177.
4) SPIEGEL 10/1992.
5) Zitiert nach Ute Gerhard: Wenn Fluchtimage und Einwanderer zu „Asylantenfluten" werden, in FR 19.10.1991.
6) Entwicklungspolitische Korrespondenz (Hg): Deutscher Kolonialismus, Hamburg 1991, S. 129.
7) Melber/Hauck a.a.O.
8) Theweleit, a.a.O. S. 189 und 294.
9) Ders. S. 291.
10) R. Chimelli: Über den Todespfad ins Glück, in: Zeitbombe Mensch, S. 133.
11) Chimelli, a.a.O. S.134.
12) Zitiert nach der englischen Ärztezeitschrift "The Lancet", im SPIEGEL 10/1993.

Kairo '94

Ökologischer Marshallplan

"Ökologischer Marshallplan" - dahinter steckt eine parteiübergreifende Initiative deutscher Politiker, die sich in aufgeklärter Manier um die ökologische Zukunft unseres Planeten sorgen. Zu Recht, denn nach dem Medienspektakel der Weltkonferenz zu Umwelt und Entwicklung (UNCED) in Rio 1992 mit ihren hehren Absichtserklärungen magerer Reichweite und noch magererem Umsetzungswillen wären Taten eigentlich vonnöten. Doch was sich hier Franz Alt, Lutz Wicke (Berliner CDU-Umweltsekretär), Jo Leinen (SPD-Umweltminister im Saarland), Wolfgang Rauls (Sachsen-Anhalt, FDP) und Joschka Fischer auf der Grundlage der gleichnamigen Kampagne des US-Vize Al Gore (Veröffentlichung: "Wege zum Gleichgewicht") ausgedacht haben, beinhaltet falsche Zusammenhänge und irreführende Lösungsansätze und entbehrt nicht eines gewissen Tons ungebrochener westlicher Dominanz.

Der Plan besteht aus vier Themenkomplexen, die Forderungen zum Klimaschutz, zur Rettung der Tropenwälder, zur Bevölkerungsstabilisierung (als "Bevölkerungsexplosion" aufgebauscht) und zur Ost-West-Umweltkooperation enthalten (wo bleibt eigentlich die Süd-Nord-Umweltkooperation?). Als Kernpunkt des "globalen Marshallplans" wird der öko-soziale Umbau der Marktwirtschaft im Norden formuliert. Zu fragen ist hierbei, wie bei einer Beibehaltung der kapitalistischen Produktionsweise der "Wachstumszwang" verhindert werden soll, ist er doch unserem expansiven Wirtschaftssystem immanent. Technische Lösungen sind kein Rezept, um die komplexen soziopolitischen und kulturellen Probleme anzugehen, die sich vor dem Hintergrund eines umfassenden Strukturproblems abzeichnen.

Und noch etwas Grundsätzliches: hinter der ideologisch verbrämten "globalen Umweltpartnerschaft" versteckt sich eine Haltung, die gemäß der "Eine Welt"-Vision alle, egal ob Hauptverursacher(in), Beteiligte(r) und/oder Leidtragende(r), an den anfallenden Kosten der ökologischen Krise beteiligen will. Getreu dem gleichmacherischen und Interessenidentität vortäuschenden Bild des "Raumschiffs Erde". Dieses kennt kein arm und reich, kein oben und unten, kennt keine fortwährende Geschichte von über 500jähriger Ausbeutung des Südens. Die südlichen Länder, genauer deren Eliten, die natürlich auch ihren Beitrag zur Umweltkrise leisten, können eben nur bedingt beschuldigt werden. Denn klar ist: der größte Teil des weltweit sich auswirkenden Ressourcenverbrauchs und der Umweltzerstörung geht auf das Konto der nördlichen Industriestaaten. Sie sind Nutznießer der herrschenden Weltwirtschaftsordnung, deren Weltmarktzwänge die südlichen Ökonomien von vorne herein einengen bzw. gänzlich aus der Zirkulation herausfallen lassen. Daß im "Marshallplan" die Mär des demographischen Wachstums als eine Ursache für die ökologische Krise erzählt wird, dient letztlich in legitimatorischer Weise auch dazu, weiterhin Bevölkerungskontrollprogramme durchführen zu lassen; zudem hat der weiterhin hartnäckig aufrechterhaltene Mythos "Bevölkerungswachstum = Ökokrise" für die Hauptschuldigen des Nordens eine Entlastungsfunktion bei der Frage der eigentlich Verantwortlichen. Dennoch ist es der Norden, der Bedingungen an den Süden stellt: "Wenn diese Staaten Bevölkerungsstabilisierungspläne entwickeln und realisieren, sollte ihnen (...) von der wirtschaftlichen Staatengemeinschaft wirksame Hilfe gewährt werden."

Des weiteren wird die Verschuldungspolitik gegenüber den Staaten des Südens ausgeklammert. Es ist zynisch, Forderungen nach der Rettung des Regenwaldes zu erheben, aber die fortschreitende Verschuldung außer acht zu lassen, die die Schuldnerländer zwingt, ihre Ressourcen auf dem Weltmarkt zu diktierten Bedingungen zu verramschen.

Die bundesdeutsche alternative "Umweltszene" reagierte bisher mit verhaltener Zustimmung (Politische Ökologie 34, Nov/Dez. 1993) oder mit kritischer Distanz (Grünstift 10/93). Doch sie wird weiterhin heftigst umworben. So zum Beispiel mit dem Aufruf zur Teilnahme an der Unterschriftenaktion "globale Umweltpartnerschaft", deren Erstunterzeichner mit den Inititiatoren des "Marshallplans" identisch sind. Bis zur Rio- Nachfolgekonferenz in Berlin am 28. März bis 7. April 1995 sollen eine Million Unterschriften gesammelt werden. Der Koordinator der anvisierten "Volksbewegung" (Franz Alt):

Stiftung Naturschutz Berlin, Sangerhauser Weg 1, 12349 Berlin, Tel: 030-262 601, Fax: 261 52 77.



Worldwatch-Institut

Die Nahrungsmittelproduktion kann mit der Bevölkerungsentwicklung nicht mehr Schritt halten - so der Befund des Washingtoner Worldwatch-Instituts. In ihrem "Weltzustandsbericht 1994" stellt das Institut sich gegen die bisherige Auffassung von WissenschaftlerInnen, daß genug Nahrungsmittel für alle Menschen auf der Welt produziert werden könnte, wenn die Anbaumethoden verbessert und das Problem der Verteilung gelöst würden.

Statt dessen wird ein ideologisches Rollback unternommen, so daß das Ergebnis des Worldwatch-Berichtes anders formuliert lautet: nicht BäuerInnen und WissenschaftlerInnen sind gefragt, sondern FamilienplanerInnen. Nach Auffassung des Instituts reichen die landläufigen Methoden der Nahrungsmittelproduktion nicht mehr aus, um den Bedarf der Menschen zu decken. Und so wird wieder einmal das "unkontrollierte" demographische Wachstum in der "Dritten Welt" als Hauptproblem in den Vordergrund gestellt, wo scheinbar der Schlüssel zur Lösung aller Probleme zu finden ist, wobei das Konsumverhalten der nördlichen Industriestaaten nur noch unter "ferner liefen" aufgeführt wird. Von den eigentlichen Ursachen wird so wieder einmal abgelenkt.

Süd-Süd-Kooperationen

Im November 1993 fand in Denpasar/Indonesien die Bevölkerungskonferenz der Blockfreien statt. In einer 50seitigen Abschlußerklärung werden Empfehlungen für die Kairo-Konferenz formuliert. Es gibt ein klares Bekenntnis zur "Familienplanung". Auch wenn auf dem Papier die Verbesserung der Situation der Frau gefordert wird und auch wenn festgestellt wird: "Familienplanungsprogramme sind heute über ihre ursprünglichen Ziele der Geburtenbeschränkung hinausgewachsen; sie sollten deshalb auch offiziell in Richtung von Familienpolitik weiterentwickelt werden" - die bisherige Praxis der nationalen Bevölkerungspolitiken (z.B. Indonesien: Masseneinsatz von Norplant) spricht eine ganz andere Sprache. Davon möchte der deutsche Vertreter der Bundesregierung, der an der Bali-Konferenz teilgenommen hat, nichts wissen. So lobt er denn auch in seinem Bericht an die deutsche Kommission für die Vorbereitung der Kairoer Konferenz die Blockfreien-Empfehlungen als "äußerst detailliert, sehr konkret und weitgehend ideologiefrei. Die großen Erfolge in der Familienplanung in vielen asiatischen Staaten (China, Korea, Thailand, Indonesien, Malaysia) sind beispielgebend für afrikanische und zum Teil lateinamerikanische Staaten."

Quelle: **UNFPA Informationsdienst, Nr. 17, 18; Herausgeber: Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen, Poppelsdorfer Allee 55, 53115 Bonn, Tel: 0228/21 36 46.** Um das Problem zu veranschaulichen, werden in dieser Publikation gerne und oft Statistiken, Tabellen und Schaubilder aufgeführt, die einem/r das Ausmaß des Bevölkerungswachstums drastisch vor Augen führen sollen. Bisherige Maßnahmen zur Bevölkerungskontrolle werden kritisiert; neue, d.h. frauen- und basisnahe Maßnahmen werden gefordert, denn: Kontrolle soll weiterhin ausgeübt werden.

Inti-Illimani
Musik und Politik zwischen den Welten

Inti-Illimani, eine der bekanntesten Musikgruppen Lateinamerikas, wird in Kürze wieder in Deutschland auftreten. In ihrem neuesten Album "Andadas" singt die chilenische Gruppe gegen die Diskriminierung der Mapuche-IndianerInnen im Süden ihres eigenen Landes. In Deutschland wollen sie nun auf den Zusammenhang von Ausgrenzung und Unterdrückung ethnischer Minderheiten hier wie dort aufmerksam machen. Die Texte von Inti-Illimani sind nicht nur in die großen "Weltsprachen" Englisch, Französisch oder Italienisch, sondern auch von den Befreiungsbewegungen der KurdInnen oder PalästinenserInnen in ihre Sprachen übersetzt worden.

Sie gründeten sich 1967 - damals noch Studenten an der Technischen Universität Santiago - und spielen bis heute in fast unveränderter Besetzung: Horacio Salinas, Marcelo Coulon, Horacio Duran, Max Berru, Jorge Coulon, Renato Fryggang, Jose Seves. Ihr Name kommt aus der Quechua-Sprache und ist eine Zusammensetzung aus den Wörtern inti für Sonne und illimani, der Name eines Berges in den Anden Boliviens östlich von La Paz. Anfangs spielten sie noch als reines Folkloreensemble; sie haben sich aber im Laufe ihrer Professionalisierung zunehmend von der Musik anderer Kulturen und Stilrichtungen beeinflussen lassen. Heute spielen sie eine Mischung aus traditioneller Folklore, verschiedenen lateinamerikanischen Rhythmen und Elementen aus Rock und Freejazz. So arbeiten sie beispielsweise auch eng mit dem New Age-Musiker John Williams zusammen. Und sie beherrschen ihr Handwerk. Die sieben Musiker spielen über 30 Percussion-, Saiten- und Blasinstrumente, darunter viele typische Andeninstrumente wie maraca (Kürbisrassel), charanga, cuatro (Gitarren), bombo (große Trommel) - Instrumente, die übrigens von der chilenischen Militärdiktatur als "kommunistisch" verboten waren.

Die kulturelle Bewegung des Canto Nuevo war ein Teil der chilenischen Demokratiebewegung in den 60er Jahren. Sie stellte den Versuch dar, altes, nur mündlich überliefertes Kulturgut des Volkes künstlerisch zu verarbeiten und identitätsstiftend zu wirken. Inti-Illimani sind eine der wichtigsten Vertreter des Canto Nuevo, das in der Unidad Popular als kultureller Ausdruck der Suche des Volkes nach Unabhängigkeit und Gerechtigkeit seinen politischen Höhepunkt hatte. Die Musik lebte von ihrer Volksverbundenheit und Poesie. Unter der Unidad Popular wurden Inti-Illimani und andere KünstlerInnen staatlich gefördert, so daß sie sich ganz ihrer Musik und der Volkskultur widmen konnten. Sie reisten durch das Land und veranstalteten Musik-Workshops, Konzerte auf der Straße und auf penas, gingen zu den campesinos und in die Gewerkschaften. In dieser Zeit sangen sie viele Kompositionen von Violeta Parra und Luis Advis, nach dem Putsch interpretierten sie im Andenken an ihren von den Militärs im Stadion ermordeten Freund Victor Jara, einem der wichtigsten Künstler des Nuevo Canción, dessen Lieder. Nach und nach gingen sie dann dazu über, eine eigene Stilrichtung zu entwickeln.

Interminable tour

Inti-Illimani befand sich 1973 anläßlich des Internationalen Jugendfestivals in Berlin zum ersten Mal auf einer Europa-Tournee, als sie der Putsch überraschte und ihnen die Rückkehr unmöglich machte.

In diesem Herbst begann für sie, wie sie es selbst bezeichnen, eine "interminable tour", ein jahrelanger Tournee- und Veranstaltungsmarathon durch Europa, Nordamerika und Australien, um dadurch die Solidaritätsbewegung für Chile zu unterstützen. Ihre Musik wurde zu einem Symbol des Widerstands gegen die Diktatur in Chile und anderen Ländern Lateinamerikas. Durch ihre Lieder erfuhren viele Menschen erstmalig von dem demokratischen Sozialismus in Chile und seinem blutigen Ende durch den Militärputsch.

Inti-Illimanis Triumphzug war von diversen Preisen und Auszeichnungen begleitet. Vor allem in Italien, dem Land ihres Exils, erreichten sie eine ungeheure Popularität. Sie traten zum ersten Mal in der Geschichte des weltberühmten Arenatheaters von Verona als Ensemble, das keine Oper spielte, auf. Eine Platin-Schallplatte erhielten sie für "El vuelo del Condor", der Filmmusik zum gleichnamigen Film.

Die Rückkehr

Erst 1988 durften sie wieder nach Chile einreisen, nachdem ihnen dies bis dahin verwehrt war. Chile bereitete ihnen einen überwältigenden Empfang. Ihr erster Gang führte sie an den Ort, an dem 1985 die Leichen von drei enthaupteten Oppositionellen gefunden worden waren und an dem jährlich Gedenkfeiern und Protestaktionen der Menschenrechtsorganisationen stattfinden. Nachdem sie dort Blumen niedergelegt hatten, kündigte Jorge Coulon vor dem Lied "El pueblo unido" an: "Esta es la ultima lágrima. Después basta de lágrimas. Después hay que mirar al futuro" (Dies ist die letzte Träne, die wir vergießen. Danach wird nicht mehr geweint. Danach muß man in die Zukunft schauen). Anschließend gingen sie, nach fünfzehn Jahren das erste Mal wieder, in eine población, um dort Musik zu machen. Spontan fanden sich dort viertausend Leute ein. Inti-Illimani engagierten sich 1988, im Jahr ihrer Rückkehr, in der Kampagne für das 'No', die das Ende der Diktatur einläutete. Andererseits wehren sie sich gegen das ihnen angetragene historisierende Klischee des kämpferischen Widerstands gegen die Diktatur. Inti-Illimani kämpfen auch gegen ihre eigene Legende und für ihr Recht, jenseits unmittelbarer politischer Verwertbarkeit einfach "nur" Künstler und Musiker sein zu können. Dies bringt ihnen nicht nur Beifall ein, sondern wird von vielen ChilenInnen auch enttäuscht zur Kenntnis genommen.

Petra Stamm
A. Jensch

Literaturhinweis: Birgit Rospek: Untersuchungen zum kulturellen und politischen Funktionswandel der Gruppe Inti-Illimani im Rahmen des Nueva Canción Chilena. Dissertation an der Universität Bremen 1991.

Inti-Illimani auf Tournee:

22.05. Hamburg
24.05. Amsterdam
28.05. Berlin
01.06. Münster
02.06. Trier
03.06. Halle
04.06. Greifswald

Frauen-Netzwerk zwischen Lateinamerika und Europa

Am 18. Mai 1992 haben wir uns in Oostmalle (Belgien) getroffen. Wir - das waren etwa hundert lateinamerikanische Frauen, die in Europa leben und Europäerinnen, die sich mit Lateinamerika verbunden fühlen. Wir trafen uns, um Erfahrungen aus unserer jeweiligen Lebens- und Arbeitssituation auszutauschen - Erfahrungen, die sehr verschieden sind, da sich die Realitäten in den verschiedenen Ländern sehr unterscheiden.

Trotz aller Unterschiede kamen wir bei dem Treffen zu der Überzeugung, daß es notwendig ist, unsere Kräfte zu vereinen, um eine gemeinsame Strategie zu entwickeln, mit der Frauengruppen in Lateinamerika und Europa gemeinsam an Stärke gewinnen können. In der Zwischenzeit haben wir verschiedene nationale und regionale Treffen veranstaltet, auf denen wir Erfahrungen und Perspektiven austauschten. Lateinamerikanische Frauen in Europa leiden nicht nur unter den Auswirkungen der wirtschaftlichen Krise, die ihren Zugang zum Arbeitsmarkt einschränkt, sondern darüberhinaus auch unter ethnischen und rassistischen Angriffen und Fremdenhaß.

Wir haben beschlossen, diese Probleme gemeinsam anzugehen. Außerdem suchen wir nach Möglichkeiten für Frauen beider Kontinente, sich wieder neu zu begegnen. Das ist nicht einfach. Trotzdem haben wir entdeckt, daß uns keine Abgründe trennen, sondern daß Frauen aus dem Norden und dem Süden sich zusammenschließen und gemeinsame Ziele finden können. Wir sind herausgefordert, Beziehungen zu entwickeln, in denen ein wirklicher Austausch stattfinden kann, um so einseitige paternalistische Sichtweisen und Analysen sozialer Zusammenhänge zu überwinden. Auf dieser Grundlage suchen wir die Zusammenarbeit mit Frauenorganisationen in Lateinamerika. Wir haben ein gemeinsames Ziel: Wir wollen die Beziehungen zwischen den Geschlechtern verändern und die Unterdrückung der Frau überwinden, um so einen Beitrag zu leisten für die Veränderung der jeweiligen Gesellschaft. Wir spüren, daß wir Frauen in diesem Prozeß eine besondere Verpflichtung haben, was jedoch nicht heißt, daß die Gesellschaft nicht auch ihren Teil zur Veränderung beitragen muß.

Was schlagen wir vor?

- Den Beginn einer Kampagne im Jahre 1994 unter dem Titel: Frau, Migration und Rassismus.
- Die Herausgabe unserer Broschüre Aquí Nosotras, die als Mittel des Austauschs zwischen den Mitgliederinnen des Netzwerks dienen soll.
- Die Herausgabe der Zeitschrift Voces y Acciones, mit der Grundidee, die europäische Öffentlichkeit in den verschiedenen Ländern über die Lebenssituation von Frauen in Lateinamerika und Europa zu informieren und zu sensibilisieren.
- Die Stärkung des Netzwerks zwischen Lateinamerikanerinnen in verschiedenen europäischen Ländern.
- Eine Verstärkung der Kontakte und der Zusammenarbeit zwischen Lateinamerikanerinnen und Europäerinnen hier und in Lateinamerika.
- Verbindungen schaffen zwischen Europa und Lateinamerika durch den Austausch von Informationen über die verschiedenen Formen der Organisation, über die Entwicklung von Alternativen und über die Arbeit verschiedener Projekte. Darüberhinaus natürlich auch ein Einblick in die aktuellen Probleme, Hauptsorgen und die Vorschläge, diese ganz direkt zu lösen. - Die Ausarbeitung und Realisierung eines gemeinsamen Projekts der Frauenbewegungen beider Kontinente, um so ganz konkret politische Arbeit zu leisten.

Kontakt:
Für die Bundesrepublik: AGISRA, c/o Marcela Sosa, Kasselerstr.1A, 60484 Frankfurt/M., Tel.069/777755, Fax:069/777757. Für die europäische Koordination: Grupo de Mujeres, c/o Yvette Deploige, Lange Lozanastraat 14, B- 2018 Ambéres, Belgica, Tel.323/2375630, Fax:323/2375562.

Mapuche-Widerstand auf Chiloé

Das einseitige Bild von Chile als dem "Tiger Lateinamerikas" läßt allzu leicht die immer stärker werdende Verarmung der Unterschichten, die Demokratisierungshindernisse, die massiven Umweltzerstörungen aus dem Blickfeld geraten.

Die von dem neoliberalen Ausverkauf nationaler Ressourcen am härtesten betroffenen Gesellschaftsgruppen sind die marginalisierten indigenen Völker Chiles. Von ihnen stellen die Mapuche (Menschen der Erde) mit über einer Million Menschen die größte Gruppe dar. Ihr angestammtes Territorium erstreckt sich von der Hauptstadt Santiago bis zur Insel Chiloé über den ganzen Süden des Landes. Da ihnen privater Grundbesitz und somit festgeschriebene Landtitel fremd waren und immer noch sind, waren sie bislang wirtschaftlichen Interessen nationaler und vor allem internationaler Firmenkonsortien ausgeliefert. 'Ihre' Wälder werden rücksichtslos ausgebeutet, die Meere aggressiv überfischt und Agrarflächen vernichtet oder enteignet.

Jüngstes Beispiel der Mißachtung indigener Lebensansprüche war die Lizenzvergabe zur "Nutzung" ursprünglichen Waldes an die philippinische Gesellschaft "Golden Spring Forrestal (Chile) Cia. Ltda." mit Sitz in Hongkong. Das heißt nichts anderes als Entwendung des Waldes, Rodung und anschließende Pflanzung schnell wachsender Baumarten (Pinien, Eukalyptus). Ohne zu beachten, daß dieser Wald seit Jahrhunderten traditionelles - allerdings vom chilenischen Staat nicht verbrieftes - Gemeinschaftseigentum der Huilliche-Mapuche ist (Huilliche = Menschen des Südens), fing die Holzhandelsgesellschaft im September mit Erschließungsarbeiten an, baute einen 20 km langen und ca. 40 m breiten Wirtschaftsweg zur Ausbeutung der an sie abgetretenen Urwaldflächen - und durchschnitt dadurch das Territorium der Huilliche-Niederlassung Coigin de Compu.

Die Erfahrungen mit anderen existentiellen Bedrohungen durch Wirtschaftsunternehmen führte zur offenen Konfrontation der 10.000 im "Allgemeinen Rat der Oberhäupter" organisierten Huilliche-Mapuche mit "Golden Spring" und den regionalen Genehmigungsbehörden. Nach Carlos Lincormán, dem "Führer des Allgemeinen Rates" der Huilliche, schlossen die verschiedenen Huiliche-Gemeinschaften auf Chiloé am 22. November 1993 ihre Beratungen ab und verkündeten ihren Widerstand gegen die internationale Gesellschaft. Im Januar 1994 stellten sie die ultimative Aufforderung an die "Golden Spring" ihre Erschließungsarbeiten einzustellen. Darüber hinaus forderten sie die Einsetzung eines gemeinsamen Gremiums aller Beteiligten in dem der Konflikt gelöst werden sollte.

Die erste Aktion erfolgte bereits am 12. Februar 1994. Wie vorher der Presse angekündigt, blockierten einige Huilliche den Wirtschaftsweg für drei Stunden und besetzten ihn symbolisch, ohne daß es zu Zwischenfällen kam. Am 28. Februar 1994, dem Tag des Auslaufens des von den Huilliche gestellten Ultimatums, kam es in der chilotischen Hauptstadt Castro zu einem Treffen zwischen Vertretern der drei beteiligten Gruppen. Das für die Huilliche nicht unerwartete Ergebnis war, daß die Firma auf der Ausbeutung des Waldes besteht. Für den Bau des strittigen Wirtschaftsweges sowie einer notwendigen Hafenanlage seien schon 15 Mio. US$ investiert worden. Die zuständige und durchaus kritische Forstbehörde CONAF erklärte, daß sie keine Handhabe gegen die Ausbeutung des Waldes hätte, da "Golden Spring" nur die Abholzung von ca. 100 ha Waldfläche beantragt hätte. Nach der chilenischen Gesetzgebung benötigen erst Projekte über 100 ha eine Genehmigung von CONAF. Daraus resultiert eine Salamitaktik der Holzgesellchaften; so ist zum Beispiel bekannt, daß "Golden Spring" eigentlich 500 ha Wald abholzen will, aber nur 100 ha beantragt hat. Nach erfolgter Ausbeutung werden die nächsten 100 ha angegangen.

Vertreter der autonomen Mapuche-Bewegung bestehen auf ihren traditionellen Rechten. Der Beschluß des "Allgemeinen Rates" der Huillichen, sich nicht mit finanziellen Ausgleichszahlungen zufrieden zu geben, hat Bestand. D.h. bei einer Lösung zuungunsten der Huilliche werden sie sich

erheben und die Firma "Golden Spring" mit allen Mitteln bekämpfen.

Vor dem Hintergrund der erfolgreichen Reorganisierung der Mapuche, ihrer in jüngster Vergangenheit erworbenen Erfahrungen in diversen Auseinandersetzungen mit dem chilenischen Staat und einzelnen Unternehmen zeigt sich, daß nicht mehr von einem regional begrenzten Konflikt oder Aufstand gesprochen werden kann. Während die Huilliche im Süden agieren, kämpfen die Pehuenche-Mapuche im Norden für die Sache der Indígenas. Letztere sind unmittelbar von sechs geplanten und im Bau befindlichen Staudammprojekten in ihren Lebensraum entlang des Rio Bio Bio existentiell bedroht (vgl. 'blätter' Nr. 190).

Da die Mapuche Unterstützung für ihre Aktionen und vor allem für deren Koordinierung und Bekanntmachung benötigen, sind sie auf Geldspenden angewiesen.

Spendenkonto: Chile-Infobüro, Kto-Nr: 390 09 467, Stichwort "Mapuche", BLZ: 440 100 46, Postgiro Dortmund

Aktuelle Infos:
Chile-Informationsbüro Münster, Frauenstr. 3-7, 48143 Münster, Tel: 0251-54210.

Guatemalas indigene Landbevölkerung kämpft um ihre Landrechte

In der Gegend von Los Cimientos streiten 130 Familien, allesamt Nachkommen der Maya-Quiche, seit Jahren um ihre Landrechte. Obwohl die Landtitel seit 1909 mehrfach gerichtlich bestätigt wurden und auch der neue Staatspräsident Leon de Carpio das Anliegen der Kleinbauernfamilien bisher unterstützte, gilt in dieser auf die Ebene eines Rechtsstreits gedrückten Auseinandersetzung offenbar nur das Wort der Militärs.

Diese hatten die kleinbäuerliche Siedlung 1981 überfallen. Mehrere Menschen wurden mit Macheten erschlagen und den Überlebenden wurden Bombardierungen angedroht, falls sie nicht verschwänden. Im Februar 1982 wurden 700 Indios endgültig mit Militärgewalt von ihrem Land vertrieben. Die Mitglieder der Gemeinschaft wurden in sechs Gruppen aufgeteilt und mußten sich unter sklavenähnlichen Bedingungen als LandarbeiterInnen auf umliegenden Farmen verdingen oder wurden in militärisch kontrollierte Modelldörfer gezwungen. Einer Gruppe gelang es, die Landdokumente zu retten.

Seit 1985 versuchen die Menschen von Los Cimientos mit unterschiedlichen Schritten (beispielsweise Petitionen an den Staatspräsidenten), ihre Rechte auf legalem Wege wieder zuerkannt zu bekommen. Obwohl das Militär auf Anordnung des Präsidenten den Entrechteten im April 1989 Sicherheit versprach und die Landtitel anerkannte, wurde kurz darauf auf diesem Land eine Militärstation errichtet. Gleichzeitig wurden auf dem Gelände fünfzig andere Familien aus der Umgebung angesiedelt. Diese haben den ursprünglichen BesitzerInnen der Ländereien mit dem Tod gedroht, falls sie nicht endgültig auf ihr Land verzichten würden, und das obwohl den neuen SiedlerInnen von den Ursprünglichen durch ihren Repräsentanten vor Gericht eine friedliche Koexistenz angeboten wurde.

Diese Spannungen innerhalb der indianischen Bevölkerung Guatemalas sind eine der Auswirkungen der jahrzehntelangen repressiven Politik des Militärs. Einer Politik, die mittels "Modelldörfer" und "Zivilpatrouillen" Haß, Bespitzelung und Krieg in den Dörfern sähte und über die auch ein ehemaliger Menschenrechts-Ombudsmann im Amt des Staatspräsidenten nicht hinwegtäuschen kann.

FIAN, eine internationale Menschenrechtsorganisation für das Recht sich zu ernähren, startete aus diesen Gründen eine Protestbriefaktion an die Adresse des guatemaltekischen Präsidenten Carpio und dessen Verteidigungsminister, für die Einhaltung bzw. Durchsetzung der sozialen Menschenrechte.

Weitere Informationen:
FIAN, Overwegstr. 31, 44625 Herne, Tel: 02320-49 00 99, Fax: 49 69 56.

Hungerstreik gegen zweigeteilte Menschenwürde

Zum 1.11.93 ist bundesweit der fälschlicherweise als Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) bezeichnete Maßnahmenkatalog zur Abschreckung von Flüchtlingen in Kraft getreten. Durch das Gesetz werden sozialstaatliche "Leistungen" für Flüchtlinge quasi abgeschafft. Das heißt konkret, daß Flüchtlinge im ersten Jahr nach Asylantragstellung um 25 % gekürzte Sozialhilfe in Form von Sachleistungen, sprich "Paketfraß", zuzüglich eines Taschengeldes von DM 80,- für Erwachsene und DM 40,- für Kinder erhalten.

Desweiteren wird per Gesetz die medizinische Versorgung für Flüchtlinge eingeschränkt, d. h. nur noch Schmerzzustände, nicht aber deren Ursachen, dürfen behandelt werden; chronische Erkrankungen werden erst bei Gefahr für Leib und Leben ernst genommen. Zudem müssen ÄrztInnen auf dem Krankenschein vermerken: "Asylbewerber - kein Anspruch auf Krankenhilfe. Leistungen nur im Ausnahmefall, wenn medizinisch unabweisbar". Diejenigen Flüchtlinge, die arbeiten, müssen ab sofort für die ihnen zustehenden 4,5 qm DM 300,- Miete bezahlen und zudem können alle Flüchtlinge zu gemeinnützigen Arbeiten gezwungen werden; bei Weigerung droht die nochmalige Kürzung der Sozialhilfe. Eingeführt werden also per Gesetz Zwangsarbeit und Mietwucher und erstmals in der Geschichte der BRD wird eine Gruppe von Menschen aus dem Bundessozialhilfegesetz ausgegrenzt. Zudem spaltet es die Gruppe der Flüchtlinge. Diejenigen nämlich, die länger als ein Jahr in der BRD sind, bekommen ungekürzte Sozialhilfe in bar, bis über deren Asylantrag entschieden ist. Wird der Asylantrag abgelehnt, erhalten Flüchtlinge erneut gekürzte Sozialhilfe in Form von Sachleistungen.

Die baden-württembergische Variante des Gesetzes schreibt noch verschärfend zum Bundesgesetz in speziellen Ausführungsbestimmungen zum Asylbewerberleistungsgesetz vor, daß die Sozialhilfe - egal ob gekürzt oder ungekürzt - immer in Form von Sachleistungen und Taschengeld ausgegeben werden muß.

Bei Flüchtlingen in Freiburg waren Unmut und Unverständnis über diese erneute Zuspitzung rassistischer Politik auch dementsprechend groß. Am einschneidensten wurde der Entzug von Bargeld und die Paketversorgung sowie die für die arbeitenden Flüchtlinge erhobene "Wohnheimgebühr" empfunden.

Ab Dezember '93 fanden wöchentliche Plena statt, um den Widerstand gegen die diskriminierenden Regelungen des Asylbewerberleistungsgesetzes zu organisieren. Die anwesenden Flüchtlinge entschieden schnell, daß sie die "Essenspakete" verweigern würden. Nachdem in der ersten Februarwoche fast alle in Freiburg lebenden Flüchtlinge die Annahme der Pakete verweigert hatten, entstand in einem gut besuchten Plenum ganz spontan die Idee, in Hungerstreik zu treten.

Forderungen waren: "Ungekürzte Sozialhilfe für Alle", "Uneingeschränkte medizinische Versorgung", "Weg mit den Wuchermieten und mit der Zwangsarbeit" sowie "Keine Sondergesetze für Flüchtlinge". Praktisch konzentrierte sich die Hoffnung darauf, die Stadt Freiburg dazu zu bewegen, von der Versorgung durch Sachleistungen Abstand zu nehmen. Hoffnung machten den Flüchtlingen Regelungen sowohl in anderen Städten Baden-Württembergs als auch anderer Bundesländer, die das Sachleistungsgesetz weniger rigide durchführten.

Auf den Hungerstreik der Flüchtlinge und auf die Verweigerung der Pakete durch 3/4 der in Freiburg lebenden Flüchtlinge für den Zeitraum eines Monats reagierte die Stadtverwaltung mit massiven Repressionen. Paketauslieferungen fanden teilweise im Beisein von städtischen Angestellten sowie

der Polizei statt. Als "Rädelsführer" gebranntmarkten Flüchtlingen wurden z. T. Arbeiten im Wohnheim, die einen Zuverdienst ermöglichten, entzogen bzw. es wurde gedroht, beim Bundesamt deren politische Aktivitäten anzuzeigen und deren Asylverfahren zu beschleunigen, sprich sie abzuschieben.

Trotz dieser Repressionen ließ sich der Widerstand der Flüchtlinge nicht brechen. Die durch den Hungerstreik (diese Form des Widerstandes führte zu Entsolidarisierung v. a. kirchlicher Kreise) sowie die Paketverweigerung in Gang gekommene Diskussion in Freiburg führte nach diversen Gesprächen mit Stadtverwaltung, Parteien und Wohlfahrtsverbänden schließlich dazu, daß der Sozialbürgermeister Freiburgs in der ersten Märzwoche verkündete, alle Flüchtlinge, die länger als ein Jahr in Freiburg seien, würden wieder Bargeld erhalten.

Bezeichnend war, daß die Stadtverwaltung sowie die ParteienvertreterInnen dieses "Einlenken" auf den Standard des Bundesgesetzes als Ergebnis deren Engangements gegen die noch diskriminierende Ländergesetzgebung Baden-Württembergs verkauften. Tatsache ist jedoch, daß ohne die Verweigerungsaktionen der Flüchtlinge und den Hungerstreik nichts passiert wäre.

Flüchtlinge und "UnterstützerInnen" betrachten die Bargeldauszahlung für einen Teil der Flüchtlinge allenfalls als "Teilerfolg". Die Aktionen in Freiburg gehen weiter, wenn momentan auch auf Sparflamme. Am 4. Mai steht im Landtag von Baden-Württemberg eine vereinheitlichende Entscheidung der Praxis zum Asylbewerberleistungsgesetz an, wir erwarten eine erneute Verschlechterung.

GeldgeberIn für ein Projekt in Kolumbien gesucht

Seit 1971 gibt es im kolumbianischen Departement Causa den regionalen Indianerrat (Consejo Regional Indígena del Causa, CRIC). Er hat es sich unter anderem zur Aufgabe gemacht, Boden, der den indianischen KleinbäuerInnen weggenommen wurde, wieder zurückzuerkämpfen. Zu Zeiten der spanischen Kolonialherrschaft waren den Indígenas - in bekannt paternalistischer Weise - Ländereien, die Resguardas, zugeteilt worden, die sie gemeinsam bewirtschafteten und unveräußerlich waren. In der Folgezeit wurden die NutzerInnen widerrechtlich enteignet und mußten sich gar als TagelöhnerInnen auf ihren eigenen Böden verdingen.

Der CRIC trat den Kampf um die Rechte der Indígenas an. Bisher konnten einige 10.000 Hektar Land zurückgewonnen werden - in ständiger Auseinandersetzung mit Behörden, Großgrundbesitzern und Militär. Wichtige andere Programme hat der CRIC bereits auf den Weg gebracht: ein zweisprachiges Schulprogramm, ein Gesundheits- und ein Landwirtschaftsprogramm. Der Fortbestand eines weiteren, verwaltungstechnischen Projekts zur Effizienzsteigerung der organisationseigenen Ressourcen aber ist unsicher. Die bisherige Geldgeberin, eine kanadische Organisation, läßt ihre Unterstützung auslaufen. CRIC muß also ab dem 1. Juli eine(n) neue(n) PartnerIn finden, ansonsten können wichtige Aufgaben, z.B. die Beratung des alle zwei Jahre neu gewählten Vorstands des CRIC, nicht mehr weitergeführt werden.

Ein Verwalter hat sich bereits gefunden: Unsere Welt für Frieden, Umwelt, Gerechtigkeit e.V.. Dieser Verein hat bei der EU einen Förderungsantrag gestellt, muß aber einen Eigenanteil von etwa 65.000 DM vorweisen. Die Gelder müssen aus privaten, europäischen Quellen stammen.

Wer sich dafür interessiert - gerade auch kleinere Organisationen und Gruppen oder Einzelpersonen - oder wer Kontakt zu potentiellen GeldgeberInnen herzustellen vermag, kann sich nähere Auskünfte holen bei:

Unsere Welt - für Frieden, Umwelt, Gerechtigkeit e.V., Heinrich - Böll - Haus Lüneburg, Katzenstraße 2, 21335 Lüneburg.

Keine Kriminalisierung des antifaschistischen Widerstands!

Während der rechte Terror für viele zum Normalfall geworden ist, werden diejenigen kriminalisiert, die sich gegen die rechte manifeste Gewalt und die zeitweise damit einhergehenden, offenen oder auch heimlichen Sympathiebekundungen breiter Teile der deutschen Bevölkerung zur Wehr setzen. Den schwersten Fall stellt der Berliner "Fall Kaindl" dar. Zwischen dem 14. November und dem 3. Dezember 1993 werden in der Stadt die fünf AntifaschistInnen Erkan, Fatma, Mehmet, Abidin und Bahretin verhaftet. Mindestens fünf weitere werden mit Haftbefehl gesucht. Ihnen allen wird "Mord", "Mordversuch" oder "gemeinschaftlicher Mord" vorgeworfen. Somit drohen ihnen lebenslängliche Haftstrafen. Sie sollen am 3. April 1992 ein Treffen von Nazis der 'Deutschen Liga für Volk und Heimat' überfallen haben. Damals war eine Gruppe führender Funktionäre dieser Partei, die als Bindeglied zwischen terroristischer Nazi - Szene und den parlamentarischen Faschisten gilt, von sechs bis acht vermummten Personen in einem Restaurant angegriffen worden. Bei dem Handgemenge erlitt der 47jährige Berliner Landesschriftführer der 'Deutschen Liga', Gerhard Kaindl, Verletzungen, denen er wenig später erlag.

Obwohl niemand die Täter genauer beschreiben konnte, ging die Polizei, die sofort eine 20köpfige Sonderkommission bildete und 10.000 DM Belohnung auslobte, von "türkischen und arabischen Tätern" aus. Ihre Ermittlungen leitete sie im Herbst 1992 an den Funktionär der 'Deutschen Liga', Thorsten Thaler, weiter, der in der Hauspostille der rechtsextremistischen Partei verkünden ließ: "Wir kriegen euch alle".

Die verhafteten fünf türkischen und kurdischen AntifaschistInnen waren in den ersten Monaten extremen Isolationsbedingungen unterworfen. In ihrem Freundeskreis gab es eine Durchsuchungswelle und zahlreiche Fälle von Observation.

Unter anderen ruft "Arranca!" ("linke Zeitschrift" aus Berin) dazu auf, die Solidarität mit den Verfolgten und Gefangenen und den Protest gegen deren Kriminalisierung auf einer bundesweiten Demonstration am 21. Mai 1994 in Berlin auf die Straße zu tragen. Ort: Breitscheidtplatz, Nähe Bahnhof Zoo, 15 Uhr.

Spenden zur Unterstützungsarbeit an: R. Stüker, Stichwort: "Antifa", Kto.Nr: 240 297 679, Sparkasse Berlin, BLZ: 100 500 00.

Infos: FreundInnen und UnterstützerInnen, c/o Kreuzbüro, Großbeerenstr. 89, 10963 Berlin.

"Don Niño oder Die Geographie der Träume", so lautet der zunächst etwas umständlich erscheinende Titel, unter dem nun die deutsche Übersetzung von Miguel Angel Asturias' Roman "El Alhajadito" im Lamuv-Verlag erschienen ist.

Der 1899 in Guatemala geborene Asturias, der 1967 den Literaturnobelpreis erhielt, hatte bereits 1926 mit der Arbeit an diesen Kindheitserinnerungen begonnen. Sie wurden allerdings erst 1961, 13 Jahre vor seinem Tod, veröffentlicht. Der Roman besteht aus drei Teilen, in deren erstem Asturias zunächst die Geschichte von Don Niño erzählt. Der Junge - Nachfahre der geheimnisvollen Alhajados - wird bereits in jungen Jahren Herrscher über einen kleinen Hofstaat und versucht als solcher, die Geheimnisse seiner Vorväter zu ergründen. Erst im zweiten und dritten Teil erzählt Asturias in der Ich- Form und es geschieht auch erst auf den letzten Seiten, daß die drei scheinbar eigenständigen Teile zusammengeführt werden, in das Schlußwort mündend: "... alles war nur ein Traum gewesen."(S.217). Doch der deutsche Titel - Die Geographie der Träume - rechtfertigt sich nicht erst an dieser Stelle. Das gesamte Buch hindurch spielt Asturias mit den Grenzen zwischen Traum und Realität, zwischen Phantasie und Wirklichkeit. Don Niño, oder genauer "El Alhajadito", "ersetzte das Wissen um seine Ahnen (...) durch eigene Vorstellungen."(S.54) So wandelt er traumwandlerisch auf den Spuren seiner Vorväter und dadurch wird der Roman, obwohl er ein Buch aus der Kindheit ist, auch zu einem Buch über den Tod; ein Buch des Erinnerns und des Vergessens, der mystisch verklärten Vergangenheit und der noch im Nebel versteckten Zukunft. "Jeder auf dieser Welt schafft sich seine eigene Wahrheit"(S.67) lautet ein weiterer Schlüsselsatz in diesem Roman, der keine erklärende Sprache kennt, sondern in poetischen Bildern und Metaphern erzählt. Daß die Kraft und Ausdrucksstärke dieser lyrischen Prosa, von der ein Großteil der Faszination des Romans ausgeht, auch im Deutschen erhalten bleibt, ist dem Übersetzer Anselm Maler zu danken.

dm

Miguel Angel Asturias, "Don Niño oder Die Geographie der Träume", Roman, aus dem Spanischen von Anselm Maler, Lamuv- Verlag, Göttingen 1994, 220 Seiten, DM 19,80.

Nachdem der Kampagnenrummel des Jahres 1992 sich auch publizistisch gelegt hat, ist es verdienstvoll und bei der Masse von Publikationen zu Kolumbus und den Folgen sicherlich auch mühevoll gewesen, einen Literaturbericht zu veröffentlichen. In "Die publizistische Entdeckung Amerikas" werden die deutschsprachigen Publikationen anläßlich des 500. Jahrestages der "Entdeckung" Amerikas aufgelistet. Für Historiker, Lehrer und Studenten ist es nun einfacher, sich einen ersten Überblick zu verschaffen.

In zwölf Kapiteln, wie zum Beispiel "Kolumbus-Biographien", "Missionierung und koloniale Eroberung" und "Zeitschriften" werden die Publikationen knapp angerissen. Der Rezensent fühlte sich allerdings erschlagen von sich ewig wiederholendem Adjektivmüll wie "lesenswert", "verdienstvoll" und "verständlich". Während des Lesens verdichtet sich der Eindruck, daß der Autor den Wald vor lauter Bäumen nicht mehr sieht. Eine klarere Bewertung einerseits und der Verzicht auf Nebensächlichkeiten andererseits wäre sicher angebracht gewesen. So taucht ein zentraler Autor für die Diskussion im Vorfeld des Kampagnenjahrs, wie Tsvetan Todorov, nur en passant (S.35) auf. Dagegen ist es nur für Spezialisten interessant, wer die "Besatzungslisten der drei Schiffe" von Kolumbus (S.23) veröffentlicht hat und wo. "In der dritten Auflage liegt nunmehr das wohl aus gegebenem Anlaß mit am meisten diskutierte Buch vor"(S.92). Damit meint der Autor das von B.Höfer/ H.Dieterich/ K. Meyer herausgegebene Buch "Das Fünfhundertjährige Reich." Die Frage, warum das Buch Diskussionen hervorrief, wird allerdings nicht beantwortet. Ohne Frage, der Platz in einem Literaturbericht ist knapp bemessen. Zusammenfassend könnte gesagt werden: Eine Fleißarbeit mit begrenztem Gebrauchswert.

gelu

van der Heyden, Ulrich: Die publizistische Entdeckung Amerikas. Deutschsprachige Publikationen anläßlich des 500. Jahrestages der Entdeckung Amerikas durch Christoph Kolumbus. GSFP - Gesellschaft für sozialwissenschaftliche Forschung und Publizistik mbH, Berlin 1993, 126 Seiten, 24.-DM

Etienne Balibar ist wohl einer der renomiertesten Rassismus- und Nationalismustheoretiker unserer Tage. Schon in dem zusammen mit Immanuel Wallerstein verfaßten Buch "Rasse Klasse Nation" geht er wesentlich der Frage der Herausbildung kollektiver Identitäten sowie deren historischer Transformation nach. Sein jetzt erschienenes Buch "Die Grenzen der Demokratie" ist zugleich Ergänzung und Weiterführung seiner früheren Schriften. Versammelt sind hier zum einen ältere Aufsätze, die sich mit dem Aufstieg des Rassismus in Frankreich beschäftigen. Prägnant formuliert er dabei das Ineinanderwirken von Rassismus, Nationalismus und staatlichen Institutionen: keine schon immer vorhandene "Fremdenangst" ist die Basis des Rassismus, sondern er ist "in der Struktur der Institutionen und im bewußten oder unbewußten Verhältnis der Massen zu diesen Institutionen verankert"(S. 9). Die heutigen Formen des Rassismus und die Gewalt gegenüber ImmigrantInnen analysiert Balibar im Kontext der Transnationalisierung der Arbeitsmärkte und der Ökonomie bei gleichzeitiger Krise des nationalen Sozialstaats.

Einen zweiten Schwerpunkt legt Balibar auf die Dynamik und Widersprüche in der Konzeption der Menschen- und Bürgerrechte. Er betont die "inneren Grenzen", die trotz formaler Gleichheit von Beginn an in das Konzept der Staatsbürgerschaft eingeschrieben waren. So ist die Frau zwar Staatsbürgerin, aber durch die gesellschaftlich institutionalisierte Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen mehr für das Private zuständig. Diese Form der Arbeitsteilung ist aber Vorbedingung für die politisch-öffentliche Kompetenz "der Männer". Das hat Konsequenzen für die Neukonzeption von Staatsbürgerschaft: Sie kann nicht einfach eine Ausweitung des bestehenden Begriffs auf die Frauen bedeuten, sondern für die Verwirklichung der Gleichheit zwischen den StaatsbürgerInnen ist die radikale Infragestellung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung erforderlich. Dasselbe gilt für eine Politik der Menschenrechte: Sie darf sich nicht einfach am Bestehenden orientieren, sondern muß beständig an der demokratischen und juristischen Ordnung rütteln. Nur so können die "inneren Grenzen" der Demokratie, die sich in der institutionalisierten Ungleichheit von Geschlecht, "Rasse" und Klasse manifestieren, überwunden werden.

Auch wenn vieles nur "angedacht" ist - der fragmentarische Charakter die geschlossene Analyse überwiegt - bleibt das Buch eine anregende und wichtige Lektüre.

CP

Etienne Balibar: Die Grenzen der Demokratie, Argument-Verlag, Hamburg 1993, 242 S., 29,- DM.

Alles halb so schlimm?

Bei dem Buch von Siegfried Kohlhammer "Auf Kosten der Dritten Welt?" geht es um die Überprüfung der These, nach der wir in den reichen Ländern des Nordens auf Kosten der Dritten Welt leben. Überprüfung ist vermutlich nicht der richtige Ausdruck, denn der Autor versucht lediglich, seine vorgefaßte Meinung darzulegen und ausreichend zu begründen. Seine Ausführungen machen den Eindruck einer Stammtischrede, in der es darum geht, immer neue Argumente heranzuziehen und aneinanderzureihen, um die eigene Position zu stärken und nicht darum, eine These von allen Seiten zu beleuchten und auf ihre Richtigkeit zu überprüfen. Aber der Autor gibt selbst zu, daß seine "Polemik [...] keinen Anspruch auf Wissenschaftlichkeit noch gar auf eigenständige Forschungsleistungen" erhebt (S.122, Anm.1). Dies müssen wir ihm zugute halten.

Zunächst zum Inhalt. Mehr als deutlich wird, daß der Autor keinesfalls der Meinung ist, die Industrieländer lebten auf Kosten der Dritten Welt. Hierbei handele es sich lediglich um ein "weitverbreitetes Vorurteil" (S.5). Im Gegenteil seien die Ursachen für die wirtschaftlichen Probleme der Dritte-Welt-Staaten rein interner Art, und nur die Führungen der Staaten versuchen uns glauben zu machen, wir wären die Alleinschuldigen. Diejenigen, die diese Position der Ausbeutung und der schuldhaften Verantwortung bei uns im Norden vertreten, bezeichnet Kohlhammer mit schon fast unverschämter Hartnäckigkeit als "edle Seelen", so als wollte er sagen: "Ihr Dummerchen seid auf die billige Rhetorik der Dritte Welt-Eliten hereingefallen, aber jetzt komme ich und öffne euch die Augen".

Dies versucht er mit der Entkräftung der Argumente von den Rohstoffpreisen, über die Terms of Trade und die Multis bis hin zu Kolonialismus und Schuldenkrise zu erreichen. Eine detaillierte Auseinandersetzung mit den Argumenten Kohlhammers würde an dieser Stelle zu weit führen und vermutlich ein weiteres Buch füllen. Interessant ist jedoch die Vorgehensweise von Siegfried Kohlhammer.

Mit Vorliebe zitiert er solche Autoren, die nicht im Verdacht stehen die gleiche Meinung zu vertreten wie er. Daß er sowohl bei der Darstellung der empirischen Daten als auch beim Zitieren anderer Autoren sehr selektiv vorgeht, sei am Beispiel der Terms of Trade und der Heranziehung der Ausführungen von Mohssen Massarrat gezeigt. Kohlhammer zitiert Massarrat richtig, indem er anführt, daß der Terms-of-Trade-Ansatz problematisch ist und man je nach Basis-Jahr zu "ungerechten Preisen" für Waren der Industrieländer oder für Rohstoffe der Entwicklungsländer kommen kann. D.h aber nicht, daß Massarrat der Meinung Kohlhammers ist, daß ein Süd-Nord-Einkommenstransfer nicht stattfinden würde. Im Gegenteil weist Massarrat mit seinem Dumpingpreis-Ansatz sehr wohl nach, daß es einen solchen Süd-Nord-Einkommenstransfer gibt (Massarrat u.a.: Dritte Welt und Wir, S.17 ff). Diese weiteren Argumente unterschlägt Kohlhammer bzw. verwirft sie mit einer fadenscheinigen und falschen Begründung in den Anmerkungen.

Dies Beispiel führt zu einem weiteren Punkt der Kritik . Die einzelnen Argumente stehen unverbunden nebeneinander. Kohlhammer vermeidet es, Argumente wie Rohstoffpreise, Multis und Schuldenkrise miteinander in Beziehung zu setzen und ihre wechselseitige Beeinflussung zu analysieren.

Ein letzter Punkt, den ich hier zur methodischen Vorgehensweise Kohlhammers anbringen möchte, betrifft den Grad der Ausdifferenzierung. In den Punkten, in denen es ihm nützt, unterbleibt eine differenzierte Betrachtungsweise. So z.B., wenn es darum geht, die Eliten und politischen Führungskräfte der Entwicklungsländer der Korruption, Vetternwirtschaft und Unfähigkeit anzuklagen. Hier stehen Beispiele immer für die Gesamtheit der Dritte-Welt-Staaten. Ebenso ist dies der Fall bei der Freisprechung der Industrieländer vom Vorwurf der Ausbeutung. Daß es diesen einfachen kausalen Zusammenhang nicht gibt, ist jedem vernünftig denkenden Menschen klar. Es unterbleibt eine differenzierte Analyse nach Ländergruppen, Wirtschaftssektoren oder Politikbereichen.

So bedenklich, selektiv und teilweise falsch wie die Auseinandersetzung des Autors mit den Einzelargumenten ist, so gefährlich und falsch ist auch die Gesamtaussage des Buches. Mit seiner Kritik greift er letztendlich nur eine extreme Position in der Dritte-Welt-Diskussion an. Diese wird zweifelsohne vertreten, ist aber in Kreisen, die sich intensiv und objektiv mit dem Thema beschäftigt haben, nicht mehrheitsfähig.

Er macht ihnen ihre extreme, polarisierte Position zum Vorwurf, begeht dabei aber den gleichen Fehler, indem er die entgegengesetzte extreme Position vertritt und auf der anderen Seite polarisiert. Nun enthalten aber solche polaren Positionen auch immer Anteile von Wahrheit und man kann Rupert Neudeck durchaus verstehen, wenn er in seinem Nachwort sagt, er habe das Buch mit gemischten Gefühlen gelesen. Es enthält ja die durchaus berechtigte Kritik an Führungskräften und internen Strukturen in vielen Entwicklungsländern, und man könnte in vielen Punkten auch zustimmen, wenn nicht alles in einer Schlußfolgerung münden würde, die uns von jeglicher Verantwortlichkeit entbindet und nur noch eine moralische Verpflichtung zur Hilfe sieht.

Die Formulierung polarisierter Thesen ist notwendig und gut, wenn es darum geht, neue, wichtige Aspekte in eine Diskussion einzubringen und diese durch die Provokation mit der extremen Position zu beleben. In meinen Augen sind wir aber über den Punkt der einseitigen Schuldzuweisungen in der Dritte-Welt-Diskussion im Zeitalter von globalen Denkansätzen und Sustainable Development für Süd und Nord längst hinaus. Die Thesen und Argumente Kohlhammers bieten in dieser Zeit der Suche nach vermeintlich schnellen und einfachen Lösungen und der Suche nach persönlichem oder nationalem Vorteil eine akzeptable Begründung des Elends dieser Welt, ohne sich selbst mit Schuldgefühlen belasten zu müssen. Zu befürchten ist, daß nur allzuviele Leser bereit sein werden, der Argumentation des Autors bedingungslos zu folgen, weil sie sehr bequem ist und die Industrieländer aus jeglicher Verantwortung entläßt und nicht, weil sie das Buch als einen neuen Aspekt in einer Diskussion über ein komplexes Problem verstehen.

Jens Meier

Siegfried Kohlhammer: "Auf Kosten der Dritten Welt?", Göttingen 1993, (Steidl Verlag), 171 Seiten, 20.-DM.

Betr.: Unterrichtsmaterialien "Kairo '94", blätter Nr. 196

Daß RezensentInnen die Publikationen nicht lesen, über die sie schreiben, kommt wohl häufiger vor. Seltener ist, daß es journalistisch Tätigen reicht, lediglich das Inhaltsverzeichnis zur Kenntnis zu nehmen, um "Bescheid zu wissen". Was sich Ute Sprenger bezüglich der vom Verein EINE WELT FÜR ALLE herausgegebenen Unterrichtsmaterialien erlaubt hat, ist eine journalistische Frechheit und ein Musterbeispiel für ideologischen Übereifer.

Sie zitiert einen Halbsatz aus dem Inhaltsverzeichnis ("Daß die Menschheit pro Sekunde um 5 Personen zunimmt...") und bezeichnet diesen als "kennzeichnend" für die Problemformulierung unserer Unterrichtsmaterialien. Tatsächlich hat sie einen Aufforderungssatz aus einem Schülerarbeitsblatt erwischt, der das Ziel hat, die Vorurteile und Voreinstellungen der Schüler zur Sprache zu bringen. Die SchülerInnen sollen diesen Satz selbst zu Ende führen. Zu behaupten, diese didaktische Aufforderung stünde für unsere "Problemformulierung", entbehrt jeder Grundlage.

Ute Sprenger schreibt über eine Broschüre, die noch gar nicht fertig ist. Sie hat es unterlassen, zumindest das vorläufige Manuskript anzufordern und sich nach dem Stand der Dinge zu erkundigen. So ist dann leider alles falsch geworden: Weder die Auflage noch der Preis stimmen, nicht einmal die Postleitzahl. Eine solche Recherche läßt auf weitere fundierte Beiträge der Autorin zur Weltbevölkerungskonferenz hoffen. Die Art und Weise, wie über das Grundsatzpaier von "Eine Welt für alle" polemisiert wird, ohne daß die eigenen Prämissen auch nur angedeutet werden, gibt einen entspechenden Vorgeschmack.

Georg Krämer

Eine Welt für alle e.V.: Ein überbevölkerter Planet? Unterrichtsmaterialen zum Thema Weltbevölkerung für Sek. I (ab Klasse 8) und Sek. II. 48 S., Bielefeld 1994. Preis: 1.60 DM. Achtung: Auslieferung erfolgt aus Kostengründen erst ab 10 Exemplaren (=16.- DM plus Porto). Bezug: Dritte Welt Haus Bielefeld, August Bebel Str. 62, 33602 Bielefeld. Tel.: 0521/62802.

Erwiderung:

Zur Klarstellung der Verantwortlichkeit: Die Kairo '94-Seite ist ein Produkt der Zusammenarbeit der "blätter"-Redaktion und der "Berliner Frauen gegen Bevölkerungspolitik". Ute Sprenger zeichnet nur für den Artikel über den "nationalen Bericht" zur Weltbevölkerung.

Zu den Anschuldigungen:

1.) Im Fall der Unterrichtsmaterialien handelt es sich um eine Ankündigung und eben nicht, wie unterstellt, um eine Rezension. Es wurde aber versäumt deutlich zu machen, daß als Grundlage der Beurteilung nicht die Broschüre diente, sondern nur eine dreiseitige Vorabankündigung des Infodienstes von "Eine Welt für alle". Ergebnis: ein Schnellschuß, der erstmal nur auf Vermutungen basiert. Den Schuh ziehen wir uns an!

2.) Die falschen Angaben zu Auflage und Preis sind wiederum besagtem Info-Dienst von "Eine Welt für alle" entnommen, sind also - mit Ausnahme der Postleitzahl - nicht auf unserem Mist gewachsen. Der Ball geht zurück!

3.) Zum Grundsatzpapier: das wird unter dem Punkt "Vorurteilskampagne" angesprochen. Die hier sehr wohl geäußerte Kritik muß auszuhalten sein, auch wenn sie "nur" angedeutet ist.

Die Redaktion

Jeder Mensch hat das Recht...- **Menschenrechtsarbeit ein Jahr nach der Weltkonferenz in Wien.** Wochenendseminar der Evangelischen Akademie Hofgeismar am 10. bis 12. Juni 1994. Anmeldung: Ev. Akademie, Postfach 1205, 34362 Hofgeismar, Tel. 05671/881-0.

Kommunalpolitik für Eine Welt: Wirtschaftsstandort Deutschland contra Nachhaltigkeit? Wochenendseminar des AKE-Bildungswerk am 4. bis 6. Mai 1994. **Warum sie zu uns kommen - Fluchtursachen am Beispiel des "Horn von Afrika".** Wochenendseminar des AKE-Bildungswerk vom 17. bis 19. Juni 1994. Anmeldung: AKE-Bildungswerk, Horstweg 11, 32602 Vlotho, Tel. 05733/6800 oder 2977.

Bangladesch zwischen Demokratisierung und Fundamentalismus. Fachtagung des AK "Bangladeschi in Niedersachsen" vom 10. bis 12. Juni 1994 in Göttingen. Anmeldung: IIK e.V., Scheidestr. 24, 30625 Hannover.

Marktwirtschaft auch für die Armen? Entwicklungszusammenarbeit zwischen Triumph der freien Marktwirtschaft und der Entwicklung von Überlebensstrategien der Armen. Zukunftsseminar von SWISSAID am 26./27. Mai 1994 in Bern (Schweiz). Anmeldung: Swissaid, Postfach, CH-3000 Bern 6, Fax +41 (0)31 3512783.

IWF und Weltbank im 21. Jahrhundert. Reformbedarf und Perspektiven der Bretton Woods Organisationen. Internationales Symposium veranstaltet von WEED, Bonn, und dem Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie am 17./18. Juni 1994 in Wuppertal. Anmeldung: WEED, Berliner Platz 1, 53111 Bonn, Tel. 0228/696479.

Trägt uns die Erde noch? Beiträge zur Weltbevölkerungsfrage. Symposium und Seminar vom 12. bis 14. Mai 1994 in Graz. Anmeldung: Akademie Graz, Albrechtgasse 7, A-8010 Graz, Tel.:+43/316/83798516, Fax:+43/316/83798517.

Hunger und (Über-)Bevölkerung. Wochenendseminar von FIAN und Dienste in Übersee zur Vorbereitung der UN-Bevölkerungskonferenz am 4./5. Juni 1994 in Offenbach. Anmeldung: FIAN, Overwegstr. 31, 44625 Herne, Tel. 02323/490099, Fax:02323/496956.

Blumen und Menschenrechte. Hintergründe und Aktionsmöglichkeiten der Blumenkampagne. Wochenendseminar von FIAN und Projekt ökologisches Lernen und Handeln (PÖLH) am 17./18. Juni 1994 in Ammersbek bei Hamburg. Anmeldung: PÖLH, Wulfdorferweg 33, 22949 Ammersbek, Tel. 040/6051014.

Lateinamerika Nachrichten 238 / April 1994
Mexiko: Durchzug im Mief der Korruption - Zum Ende der ersten Verhandlungsrunde zwischen Zapatistas und Regierung * Eine Antwort, kein Friedensabkommen - Dokumentation des Angebots der Regierung, das überall als „Einigung" gehandelt wird. * Paraguay: Bauern machen mobil - Großdemonstration in Asunción bildet vorläufigen Höhepunkt der Protestwelle. * Brasilien: Anti-Lula verzweifelt gesucht - Im Superwahljahr 1994 dreht sich das Kandidatenkarussel des bürgerlichen Lagers immer schneller * Sleeping with the enemy - Die PT auf der Suche nach ihrem Verhältnis zum Militär. * Haiti: Von Einigkeit weit entfernt * Aristide sitzt zwischen allen Stühlen und läuft Gefahr, nun auch die Unterstützung der Volksbewegung zu verlieren. * Peru: Wie schwer es ist, Gott zu sein - Carlos Iván Degregori auf der Suche nach den Wurzeln des Leuchtenden Pfades. Kuba/Interview: Revolution in der Revolution - Die Regierung nähert sich auf leisen Sohlen den progressiven Teilen der ExilkubanerInnen. * Jamaica: Basisprojekte auf Jamaica - Rastafaris initiieren gesellschaftlichen Fortschritt. * Tagungsbericht: WELTstadt - STADTwelt. * Kuba/Film: „Fresa y chocolate" und der Sozialismus - Interview mit Tomas Gutiérrez Alea, Regisseur des Kinoerfolges. * Kurznachrichten: Brasilien, Ecuador, El Salvador, Kuba, Kolumbien. * BRD/Mexiko: Aztekischer Touri-Nepp in Berlin - Selbsternannte Aztekensprecher macht auf Liebe und Harmonie.
Einzelausgabe DM 6,-; Jahresabo DM 60,-.
Bezug: Lateinamerika Nachrichten, Im Mehringhof, Gneisenaustr. 2, 10961 Berlin.

---

ila 173 (März 94) Haiti
39 Seiten Schwerpunktberichte mit Analysen und Interviews zu Geschichte, Kultur und Literatur Haitis, seines von der Weltöffentlichkeit unbeachteten politischen Leidensweg; u.a. auszugsweiser Vorabdruck aus der Autobiographie Jean Bertrand Aristides. Berichte und Hintergründe: „For a few Dollars more": Cubas Bereitschaft zum Dialog und zur Zusammenarbeit mit den Imperialisten. Homosexuelle organisieren und outen sich in Chile. Und weitere Artikel zu Ränkespielen um die mexikanische Präsidentschaft und das dortige Regierungskalkül bei den Verhandlungen mit der Zapatistischen Befreiungsarmee sowie eine Parabel zum wundersamen Wahlausgang in Venezuela. Solidaritätsbewegung: U.a. zwei Buchbesprechungen: „Colonia Dignidad - Von der Psychosekte zum Folterlager" und „Indigenas im bolivianischen Tiefland". Außerdem: Ländernachrichten aus Guatemala, Uruguay, Mexico und Chile.
Preis: Einzelheft DM 7,-, Abo (10 Ausgaben/Jahr) DM 60 bzw. ermäßigt DM 50,-.
Bezug: ila, Heerstraße 205, 53111 Bonn.

Philippinen Forum Nr. 35, März 1994
Schwerpunkt: Industrielle Entwicklung - „Philippines 2000": Traum oder Alptraum vom Schwellenland * Die Ramos-Regierung und ihre Vision „Philippines 2000" * Interview mit Walden Bello zu den Erfahrungen ostasiatischer Schwellenländer * Regionalprojekte: Cagayan-Iligan Industrial Corridor, CALABARZON, Hochbahnprojekt in Manila, General Santos City im Wandel, Mt. Apo: „Entwicklung" contra Indigene Bevölkerung, Kommentar zur Agroindustrialisierung. Außerdem: Im Hintergrund: Die chinesische Minderheit, Export von Seeleuten * Deutsch-philippinische Beziehungen: Bonns Philippinenkonzept * Kultur: Ostern in den Philippinen * Migration: Exil im Barrio Utrecht * Berichte aus der Solidaritätsarbeit, Nachrichten, Termine, Jahresregister 1993.
Erscheint vierteljährlich, Einzelheft DM 6,- (plus Porto), Jahresabo DM 24,- (inkl. Porto)
Bezug: Philippinenbüro, Postfach 250408, D-50520 Köln, Tel. 0221-324506, Fax 0221-326846

---

informationsdienst südliches afrika Nr. 1 Januar/Februar 1994
Südafrika: Trügerische Idylle - Der ANC in Ladybrand/Manyatseng * Zwischen Comrades und Tsotsis - Ein Bericht aus Sharpeville * Die extreme Rechte im Übergangsprozeß * Der Übergangsrat und seine Befugnisse * Auf dem Weg nach Boerassic Park? Ethnizität, Selbstbestimmung und die Überwindung von Apartheid * Der schwierige Prozeß der Polizeiumbildung * Namibia: Verfassungsstreit um NBC * Frauen in Botswana: Frauen wollen wirkliche Veränderung * Wo eine Ehefrau Kind ist * Südliches Afrika: Die westliche Politik gegenüber dem Südlichen Afrika * Ethnomathematik: Konferenz in Beira zur Grundschulmathematik * Index Jahrgang 1993.
Preis pro Heft: DM 8,- Abo (6 Ausgaben) DM 50,-.
Bezug: Informationsstelle Südliches Afrika, Königswinterer Str. 116, 53227 Bonn

---

Rainer Tetzlaff (Hg.), **Menschenrechte und Entwicklung**, Stiftung Entwicklung und Frieden, Bonn 1993, 320 S., DM 7.-

---

Internationaler Verein für Menschenrechte in **Kurdistan, Jahresbericht 1993**, Bremen 1994, 64 S., DM 12.-, Bezug: IMK e.V., Postfach 104551, 28045 Bremen.

B. Hasenjürgen/S. Preuss (Hg.), **Frauenarbeit - Frauenpolitik**, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 1993, 270 S.

Südwind - Institut für Ökonomie und Ökumene, **Der Deutschen alte Kleider**, Siegburg 1994, 146 S., DM 9.-, Bezug: Südwind e.V., Lindenstr. 58-60, 53721 Siegburg.

Elmar Römpczyk, **Chile - Modell auf Ton**, Horlemann Verlag, Bad Honnef 1994, 220 S., DM 38.-

Chiapas: Der Südosten in zwei Winden, einem Sturm und einer Prophezeiung, Text der EZLN vom Januar 1994, Din A 4, 27 S., sFr. 3.-, Bezug: Infoladen Kasama, Postfach, CH - 8026 Zürich.

Shen Chongwen, **Türme über der Stadt**, eine Autobiographie aus den ersten Jahren der chinesischen Republik, Horlemann Verlag, Bad Honnef 1994, 206 S., DM 36.-

---

Vénus Khoury-Ghata, **Die Geliebte des Notablen**, Horlemann Verlag, Bad Honnef 1994, 268 S., DM 36.-